

Die Universität Rostock 1945-1946.
Entnazifizierung und Wiedereröffnung.

Von
Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Herausgegeben von Kersten Krüger

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 6

Universität Rostock 2008

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock

Redaktion: Prof. Dr. Kersten Krüger

Druckvorlage: Prof. Dr. Kersten Krüger

Einband: Medienzentrum der Universität Rostock

Druck und Herstellung: Universitätsdruckerei Rostock 727-08

Copyright 2008 by Universität Rostock

ISBN 978-3-86009-037-4

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock
Universitätsarchiv
Universitätsplatz 1
18051 Rostock
Telefon: +49-381 498 8621
Fax: +49-381 498 8622

Inhalt

	Seite
Vorwort des Herausgebers	7
Umbrüche und Kontinuitäten. Die Entnazifizierung an der Universität Rostock nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges	
Von Jobst D. Herzig	
1. Einleitung	9
1.1 Vorwort	9
1.2 Aufbau, Erkenntnisinteresse und leitende Fragestellungen	10
1.3 Forschungsstand und Literatur	11
2. Die Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern	14
2.1 Die erste Welle der Entnazifizierung	14
2.2 Erste Probleme	15
2.3 Die Instrumentalisierung der Entnazifizierung	19
2.4 Das Ende der ersten Entnazifizierungswelle	21
2.5 Die Direktiven 24 und 38 und der Befehl 201 – der Beginn der zweiten Phase	22
2.6 Der SMAD-Befehl Nr.35 zur offiziellen Einstellung der Entnazifizierung	28
3. Die Universität Rostock. Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs und die Entnazifizierung	30
3.1 Einführung	30
3.2 Kurt Wachholder	31
3.3 Die politische Ebene – ein Verwirrspiel um die Zuständigkeit	32
3.4 Die Universität Rostock nach 1945 – erste Bestrebungen zur Wiedereröffnung	34
3.5 Das Ende des „Freiraums“ – die Universität im Fokus der Politik	40
3.6 Rückschritte und Verzögerungen auf dem Weg zur Wiedereröffnung	43
3.7 Die erste demokratische Rektorwahl nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und ihre Bedeutung für die Wiedereröffnung der Universität	45
3.8 Der Befehl zur Wiedereröffnung	47
3.9 Statistische Erhebungen zur Entnazifizierung an der Universität Rostock – eine Zusammenfassung	48

4.	Professor Dr. Hermann Teuchert Ein Fallbeispiel zur Entnazifizierung	60
4.1	Kurz-Biografie und wissenschaftliches Schaffen Hermann Teucherts	60
4.2	Hermann Teuchert und die Entnazifizierung an der Universität Rostock	63
4.3	Eine Bewertung	73
5.	Zusammenfassung und Beurteilung	84
6.	Anhang	87
6.1	Abkürzungsverzeichnis	87
6.2	Quellenverzeichnis (ungedruckte Quellen)	87
6.2.1	Aktenbestände aus dem Universitätsarchiv Rostock (UAR)	87
6.2.2	Aktenbestände des Wossidlo-Archivs Rostock (WA)	92
6.2.3	Aktenbestände aus dem Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS)	92
6.3	Quellenverzeichnis (gedruckte Quellen)	94
6.4	Zeitzeugengespräch mit Dr. Jürgen Gundlach in Wismar am 5. Dezember 2007 (Auszug)	95
	Literaturverzeichnis (Jobst D. Herzig und Catharina Trost)	177

Die Wiedereröffnung der Universität Rostock nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Catharina Trost

1.	Vorbemerkung	103
2.	Die Nachkriegssituation in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Mecklenburg-Vorpommern	104
2.1	Die Gründung der Provinz Mecklenburg – Zusammensetzung und innere Struktur der neuen Landesregierung	105
2.2	Die Bildung der Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone	108
2.3	Die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV)	109
2.4	Die Abteilung Kultur und Volksbildung in Mecklenburg-Vorpommern	111
3.	Die Entnazifizierung in der SBZ am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern	113
3.1	Die Entnazifizierung der Universität Rostock	116
3.2	Rektor Prof. Dr. Kurt Wachholder	118
3.3	Maßnahmen des Rektors zur Wiedereröffnung	125
3.4	Die Positionen der Landesverwaltung	127
4.	Die Wiedereröffnung der Universität Rostock im Jahr 1946 unter Rektor Prof. Dr. Günther Rienäcker	132
4.1	Die neue Struktur der Universität Rostock	139
4.2	Die Zulassung der Studenten 1946	143
4.3	Die Personalauswahl 1946	147
4.4	Die Pflichtvorlesung „Politische und soziale Fragen der Gegenwart“	151
4.5	Die Differenzen um das Statut der Universität Rostock	154
5.	Schlussbetrachtung	158
6.	Anhang	
6.1	Brief des Rektors an den Oberbürgermeister von Rostock 30. Juli 1945	162
6.2	Brief des Rektors an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern 17. September 1945	164
6.3	Befehl Nr. 208 der SMA	

17. Juni 1946	168
6.4 Block der antifaschistischen Parteien: Mitteilung an Kurt Wacholder	
9. Februar 1946	170
6.5 Block der antifaschistischen Parteien Entscheidung über Kurt Wacholder	
13. Juli 1946	171
6.6 Lebenslauf von Prof. Dr. Kurt Wacholder	
11. April 1953	172
6.7 Brief von Prof. Dr. Kurt Wacholder an das Staatsekretariat für Hochschulwesen	
23. September 1953	173
7. Abkürzungsverzeichnis	175
8. Quellen	175
Literaturverzeichnis (Jobst D. Herzig und Catharina Trost)	177

Vorwort des Herausgebers

Im vorliegenden Band werden zwei Untersuchungen von Nachwuchswissenschaftlern über die unmittelbare Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock veröffentlicht: zur Entnazifizierung seit 1945 und zur Wiedereröffnung 1946. Beide entstanden parallel im Rahmen akademischer Examina – Jobst Herzig Erste Staatsprüfung, Catharina Trost B. A. – und erreichten durch selbstständige Forschung neue Ergebnisse, die weit über das Maß solcher Qualifikationsarbeiten hinausgehen.

Beide Arbeiten ergänzen sich. Jobst Herzig legt den Schwerpunkt auf die Entnazifizierung und widmet sich insbesondere dem Germanisten Hermann Teuchert als Fallbeispiel. Ergänzend führte er ein Zeitzeugengespräch mit Hermann Teucherts engstem Mitarbeiter und späteren Herausgeber des Mecklenburgischen Wörterbuchs, Dr. Jürgen Gundlach. Ein Auszug wird hier veröffentlicht. Es zeigt sich, dass die Entnazifizierung nicht konsequent und geradlinig verlief, sondern von Widersprüchen und Streit um Kompetenzen gekennzeichnet war. Im Interesse der Funktionsfähigkeit von Verwaltung und Universität erwiesen sich Zugeständnisse wiederholt als notwendig. Catharina Trost schildert den spannenden und spannungsgeladenen Prozess der Wiedereröffnung der Universität Rostock im Februar 1946 und rückt insbesondere den ersten Nachkriegsrektor, Kurt Wacholder, in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung. Klar weist sie seine Verdienste nach und kann gängige Vorurteile über den angeblichen „Reaktionär“ widerlegen. Wenn sich auch Jobst Herzig zu Kurt Wacholder äußert, so ist das eine willkommene Ergänzung.

Gewiss gehören beide Untersuchungen in den größeren gesamtdeutschen Rahmen der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und seinen Trägern wie Sympathisanten. Davon war Rostock ebenso betroffen wie alle anderen deutschen Universitäten. Die Universität Rostock exemplarisch zu betrachten, hat Bedeutung sowohl für ihre eigene Geschichte wie die der Universitäten allgemein. Unseren Nachwuchswissenschaftlern gebühren Dank und Anerkennung für ihre Forschungsleistung und für die von ihnen erreichten Erkenntnisfortschritte.

Rostock, im Juli 2008

Kersten Krüger

Umbrüche und Kontinuitäten

Die Entnazifizierung an der Universität Rostock nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Von Jobst D. Herzig

1. Einleitung

1.1 Vorwort

Nach dem Sieg der alliierten Mächte über das faschistische Deutschland sahen sich die Besiegten bei der Wiederherstellung der Ordnung in ihrem Land gravierenden Schwierigkeiten gegenübergestellt. Neben dem Wiederaufbau, der zur Trennung Deutschlands führenden Besatzung und den wirtschaftlichen Defiziten kristallisierte sich ein weiteres Problemfeld heraus, welches die deutsche Bevölkerung bis in die heutige Zeit verfolgt: die Frage nach dem Umgang mit den ehemaligen in Deutschland lebenden Nationalsozialisten. Wie sensibel mit dieser Frage umgegangen wird und welche Emotionalität sie hervorrufen kann, lässt sich durch die Geschichte der jungen Republik wie ein roter Faden verfolgen. Ob von Vielen verschwiegen, wie in den 1950er Jahren oder ob als in Gewalt umschlagende Proteste, wie bei der so genannten 68er Generation – die Frage nach der Entnazifizierung der Gesellschaft und der Bemessung der nationalsozialistischen Aktivität bestimmt den geschichtlichen Werdegang Deutschlands bis in die heutige Zeit, wie zwei Ereignisse aus dem vergangenen Jahr deutlich werden lassen: So erzeugten die lobende Nachrede von Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger für den ehemaligen NS-Marineoffizier Hans Filbinger und Günter Grass' Geständnis, als Jugendlicher in der SS aktiv gewesen zu sein, in den Medien zu heftig geführte Debatten in der deutschen Gesellschaft.

Die Emotionalität, mit der in der Vergangenheit des Öfteren Debatten über den Themenkomplex Entnazifizierung geführt worden sind, darf natürlich keinen Einzug in die wissenschaftliche Diskussion erhalten. So ist es wichtig festzustellen, dass die Frage der Entnazifizierung nicht eine Frage nach der Schuld des Einzelnen auf der wissenschaftlichen Ebene sein darf. Die Begriffe Entnazifizierung und Schuld sind zwar eng miteinander verbunden, doch handelt es sich beim zweiten nicht um eine wissenschaftlich zu belegende und zu bewertende Determinante. Vielmehr soll hier die Frage nach der Aktivität des Einzelnen zur Zeit des Nationalsozialismus gestellt werden, die sich – zum Beispiel durch Mitgliedschaften – deutlich einfacher feststellen und belegen lässt.

1.2 Aufbau, Erkenntnisinteresse und leitende Fragestellungen

Das Thema der Entnazifizierung bildet den Kern der vorliegenden Hausarbeit, wobei bedacht werden muss, dass es sich hierbei um einen facettenreichen Begriff handelt. Entnazifizierung bezeichnet nicht nur den bloßen Akt der so genannten Entfernung von ehemaligen NS-Mitgliedern aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen – wie es im Potsdamer Abkommen bestimmt wird – sondern ist zudem ein Politikum, wie sich vor allem im ersten Teil dieser Arbeit zeigen wird. Ich werde mich diesem komplexen Begriff auf drei Ebenen nähern, die immer engere Kreise um diesen ziehen sollen, um ihn so einzugrenzen.

Dabei wird sich die erste Ebene mit dem historischen Kontext beschäftigen und auf politische Ereignisse im Wesentlichen eingehen. Hier bekommt der Leser einen Überblick über die wesentlichen Bestimmungen der Entnazifizierung, ihre Entstehung und ihre Durchsetzung in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei habe ich mich bemüht, dieses komplexe Thema möglichst zu entzerren und einen chronologischen und übersichtlichen Ablauf der Ereignisse darzustellen. Das Erkenntnisinteresse dieses ersten Teils der Arbeit beschränkt sich auf den historischen Rahmen, der vonnöten ist, wenn die Betrachtung tiefer geht und sich auf die Universität Rostock im Speziellen konzentriert. Dennoch soll auch hier eine erste Bewertung vorgenommen werden, die sich mit dem Erfolg der Entnazifizierung beschäftigt. Aus diesem Grund werden Probleme und auch politischer Missbrauch angesprochen und erörtert.

Die zweite Ebene konzentriert sich auf die Universität Rostock und bildet somit einen Beitrag zur Universitätsgeschichte. Während sich die im vorangestellten Kapitel erörterte politische Vorgehensweise der Entnazifizierung auf notwendigerweise viele Bereiche konzentrierte – als Beispiele seien hier die Bereiche Justiz und politische Verwaltung genannt – soll hier eine spezielle Betrachtung der Entnazifizierung vorgenommen werden. Da die universitäre Bereinigung des Lehrkörpers sehr eng an die Bemühungen um die Wiedereröffnung der Universität gekoppelt ist, wird auch auf diese eingegangen. Dieses Kapitel steht unter der Fragestellung, ob es nach 1945 eine Zäsur in der Geschichte der Rostocker Hochschule gegeben hat oder ob doch eher die Kontinuität der zur Zeit des Nationalsozialismus bestehenden Strukturen sich durchgesetzt hat. Also: Gab es eine gründliche Beseitigung von ehemaligen NS-Mitgliedern und Sympathisanten des NS-Regimes an der Universität? Und wie ist diese vorangetrieben worden und war sie wirklich möglich? Wie wurden die eventuell entstandenen Lücken wieder gefüllt? Statistische Erhebungen, die den Lehrkörper der Universität genauer beleuchten, sollen hier vor allem Aufschluss geben.

Im dann folgenden Teil dieser Arbeit wird eine personalisierte dritte Ebene betrachtet. Germanistikprofessor Dr. Hermann Teuchert, der bereits 1920 als

ordentlicher Professor für die deutsche Sprache und ältere deutsche Literatur, niederdeutsche Sprache und Literatur an die Universität Rostock gekommen war, soll mir hier als Fallbeispiel dienen, damit ich in diesem Teil der Arbeit die Problematik der Entnazifizierung an einem konkreten Beispiel aufbereiten, verfolgen und erörtern kann. Hermann Teuchert eignet sich hierfür aus mehreren Gründen als Beispiel: Zum einen war er sowohl zur Zeit des Nationalsozialismus wie auch zur Zeit der Wiedereröffnung an der Universität Rostock tätig, war zwar niemals Mitglied der NSDAP, geriet aber dennoch in den Fokus der Entnazifizierungskommission, wurde aber nicht aus dem Dienst entlassen. In diesem Kapitel der Arbeit soll vor allem die Bedeutung der Entnazifizierung für die zeitgenössische Wahrnehmung nachempfunden werden, sodass hier unmittelbar an die Universitätsgeschichte gekoppelt auch die Betrachtung der Alltagsgeschichte mit in die Arbeit aufgenommen wird.

Abschließend sollen in einer kurzen Zusammenfassung und Bewertung die in den einzelnen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse zusammengeführt und unter der schon in den einzelnen Teilbereichen der Arbeit aufgegriffenen Fragestellung zu einem Gesamturteil zusammengefasst werden: Bedeutete die Entnazifizierung einen tatsächlichen Umbruch oder setzte sich die Kontinuität der zur Zeit des Nationalsozialismus bestehenden Strukturen fort?

1.3 Forschungsstand und Literatur

Die Betrachtung des Forschungsstandes und der Sekundärliteratur wird im Folgenden für jede oben dargestellte Ebene der Arbeit separat vollzogen.

Zur Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern kann insbesondere Damian van Melis mehrere Publikationen¹ aufweisen, darunter auch eine sehr ausführliche Monografie mit dem Titel *Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948*². Neben van Melis ist vor allem Klaus Schwabe zu nennen, dessen Veröffentlichung *Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947/49. Anmerkungen zur Geschichte einer Region*³

¹ van Melis, Damian: „Angabe nicht möglich“. Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern. In: Hoffmann, Dierk (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1996. S. 161.

van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Karge, Wolf; Rakow, Peter- Joachim; Wendt, Ralf (Hg.): Ein Jahrtausend. Mecklenburg und Vorpommern. Biographie einer norddeutschen Region in Einzeldarstellungen. Rostock 1995. S. 338-343.

² van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. München 1999.

³ Schwabe, Klaus: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947/49. Anmerkungen zur Geschichte einer Region. Schwerin 1992.

durch einen umfangreichen Fundus an gedruckten Quellen ergänzt wurde. Zum besseren Verständnis der in der SBZ direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrschenden politischen Strukturen ist Babara Faits Kapitel über Mecklenburg-Vorpommern im SBZ-Handbuch⁴ sehr hilfreich. Detlef Brunner hingegen beschäftigt sich im Kern mit dem Verhältnis zwischen Landesregierung und sowjetischer Besatzungsmacht⁵. Für einen Vergleich zur Entnazifizierung in anderen besetzten Gebieten Deutschlands habe ich Lutz Niethammers Monografie *Die Mitläuferfabrik*⁶ zu Rate gezogen. Darüber hinaus habe ich weitere Forschungen im Landeshauptarchiv Schwerin angestellt, um mir die eigene oben bereits erläuterte wissenschaftliche Betrachtung dieses Kapitels zu erarbeiten.

Weniger umfangreich ist der Forschungsstand zum Themenbereich Entnazifizierung an der Universität Rostock. Auch wenn hier momentan im Hinblick auf das 600-jährige Jubiläum 2019 eine Vielzahl von Veröffentlichungen mit dem Schwerpunkt auf der umfangreichen Universitätsgeschichte erscheinen, ist doch jede Betrachtung der Epoche direkt nach 1945 auf den Basistext aller momentan entstehenden Veröffentlichungen zu lenken: Martin Handschuck hat für seine Monografie *Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955*⁷ eine umfangreiche Quellenarbeit geleistet und ein Kapitel auch der Entnazifizierung gewidmet. Ausführlicher beschäftigt sich Rosemarie Hoffmann in ihrer Dissertation⁸ mit der Entnazifizierung an der Universität, wobei jedoch zu bemerken ist, dass diese leider dogmatisch-marxistisch geprägt ist, weshalb sie einer wissenschaftlichen Überprüfung in keiner Weise standhält. Des Weiteren seien an dieser Stelle ein Aufsatz des Rostocker Professors Werner Müller zum 575-jährigen Jubiläum der Rostocker Universität⁹, ein

Schwabe, Klaus: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. 1945-1949. Schwerin 2000.

⁴ Fait, Barbara: Mecklenburg (-Vorpommern). In: Broszart, Martin; Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1990. S. 103-126.

⁵ Brunner, Detlev: Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns unter sowjetischer Besatzung, 1945-1948. Bd. I. Die ernannte Landesverwaltung Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Bremen 2003.

⁶ Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Bonn 1982.

⁷ Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955. Bremen 2003.

⁸ Hoffmann, Rosemarie: Der Kampf um die demokratische Neueröffnung der Universität Rostock. (Mai 1945 bis Februar 1946). Rostock 1964.

⁹ Müller, Werner: Die Anfänge „sozialistischer Umgestaltung“ der Universität in der Nachkriegszeit. In: Jakubowski, Peter; Münch, Ernst: Universität und Stadt. Anlässlich des 575.

Aufsatz von Peter Jakubowski und Kerstin Urbschat¹⁰ und die Monografie von Markus Seils¹¹ genannt, die ebenfalls allesamt die Umstände der Universität zur Zeit ihrer Wiedereröffnung beleuchten. Der wohl einzige wissenschaftlich wertvolle Beitrag zur Geschichte der Universität Rostock um 1945, der noch vor 1989 veröffentlicht wurde, ist die im Westen erschienene Monografie von Thomas Ammer.¹² Das durch die Sekundärliteratur erlangte Wissen habe ich durch Nachforschungen im Universitätsarchiv und Landeshauptarchiv in Schwerin versucht zu hinterfragen und zu erweitern.

Für den dritten Hauptteil der vorliegenden Arbeit gibt es keine Sekundärliteratur, weshalb sich das Kapitel über Professor Hermann Teuchert fast ausschließlich auf die Quellenbestände des Rostocker Universitätsarchivs, des Wossidlo-Archivs und des Landeshauptarchivs in Schwerin¹³ stützt. Die hier aufgefundenen Quellenbestände waren umfangreich und sind im Einzelnen den Fußnoten zu entnehmen. Darüber hinaus habe ich, um einen persönlichen Eindruck der Person Hermann Teucherts und über die an der Universität nach dem Zweiten Weltkrieg herrschenden Verhältnisse gewinnen zu können, ein Zeitzeugengespräch mit Dr. Jürgen Gundlach in Wismar geführt. Herr Gundlach kam als 19-jähriger aus der Kriegsgefangenschaft zum Sommersemester 1946, dem ersten Semester nach der Wiedereröffnung der Universität, an die Rostocker Hochschule und war seitdem ein Student Teucherts. Nach seinem Abschluss wurde er einer von Teucherts Mitarbeitern beim *Mecklenburgischen-Wörterbuch* und übernahm für die Erstellung der letzten noch ausstehenden Bände nach dem Tod Teucherts die Verantwortung.

Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock. Rostock 1995. S. 267-285.

¹⁰ Jakubowski, Peter; Urbschart, Kerstin: Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952. Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs. In: Bernitt, Hartwig (Hg): Die Universität Rostock 1945-1969. Rostock 1994. S. 9-31.

¹¹ Seils, Markus: „Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten.“ Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1959. Schwerin 1996.

¹² Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969.

¹³ An dieser Stelle sei allen, die mich bei dieser Arbeit tatkräftig unterstützt haben, gedankt. Besonders hervorheben möchte ich an die Mitarbeiter des Rostocker Universitätsarchivs.

2. Die Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern

2.1 Die erste Welle der Entnazifizierung

Das Bedürfnis nach einer gründlichen Entfernung der ehemaligen Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern wurde früh formuliert. Bereits auf der im Juli/August 1945 stattfindenden Potsdamer Konferenz, die die Neuordnung Europas gestalten sollte, ging man auf dieses Thema ein. In den Beschlüssen heißt es:

*Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, in der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu helfen.*¹⁴

Mit dieser Festlegung war die Grundlage der Entnazifizierung bereits knapp drei Monate nach dem Kriegsende geschaffen. Interessant dabei ist vor allem folgende Beobachtung: Schon kurz nach dem Ende des Krieges fand bereits eine Differenzierung statt. NSDAP-Mitglied ist nicht gleich NSDAP-Mitglied. Voraussetzung für eine Entfernung aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern ist demnach eine „mehr als nominell[e]“ Tätigkeit innerhalb der Partei Adolf Hitlers. So sinnvoll eine solche Differenzierung der ehemaligen Pgs [Parteimitglieder der NSDAP] auch gewesen ist, erfasste diese bloße Zweiteilung die komplexen Strukturen des einstigen Parteiapparates keineswegs. Die Gleichschaltung des deutschen Volkes, die von den Nationalsozialisten vor allem nach 1933 durch die Mitgliedschaft in diversen Vereinen bewerkstelligt wurde – genannt seien hier zum Beispiel Sportvereine oder auch der NS-Lehrer- und Studentenbund –, lässt eine bloße Einteilung in aktive und weniger aktive Pgs nicht zu, da viele ehemalige Nationalsozialisten auch ohne ein öffentliches Parteiamt für den NS-Staat beziehungsweise für die Umsetzung seiner Ideologie aktiv waren. Der Facettenreichtum, mit dem die nationalsozialistische Struktur Hitler-Deutschlands versuchte, jeden Bürger auf Parteilinie zu bringen, erforderte einen präzisen Leitfa-den zur Bewertung der Aktivität jedes Einzelnen. Die Richtlinie, die der Entnazifizierung in diesem Beschluss der Potsdamer Konferenz mit auf dem Weg gegeben wurde, ist folglich alles andere als konkret formuliert worden.

¹⁴ Auszug aus dem Beschluss der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945). Zitiert nach: Arnold, Gerhard (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Berlin 1957, S. 4.

Schon in den knapp einhundert Tagen nach dem Kriegsende in Europa am 8. Mai 1945 und den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz fanden Entnazifizierungsprozesse statt. Bereits auf der Konferenz von Jalta hatten sich die Alliierten, noch vor dem Kriegsende, im Februar 1945 darauf verständigt, dass „alle Nazi- und militärischen Einflüsse von den öffentlichen Ämtern und vom kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes zu entfernen und in gemeinsamer Übereinstimmung andere Maßnahmen in Deutschland zu treffen“¹⁵ seien. So kam es auch ohne konkrete von oben vorgegebene Richtlinien bereits wenige Tage nach dem Kriegsende zu ersten Entlassungen von zum Beispiel Bürgermeistern in Mecklenburg-Vorpommern, die mit deren Parteimitgliedschaft begründet wurden. Dabei ist festzustellen, dass die ersten Schritte der Entnazifizierung auf lokaler Ebene und von oben nach unten¹⁶ durchgeführt wurden. Das bedeutet, dass man zuerst mit der Beseitigung hoher Funktionsträger begann. Zutreffend ist folgende Einschätzung von Niethammer, die dieser in seiner Monographie „Die Mitläuferfabrik“ gibt.¹⁷ Durch die äußeren Umstände – er nennt es „Durcheinander“ – die nach 1945 geherrscht haben, sei die Fokussierung auf eine „Stabilisierung der Lage“¹⁸ gerichtet gewesen, was eine systematische Entnazifizierung vorerst nicht zuließ. Hierbei muss in Betracht gezogen werden, dass eine großflächige Entlassung ehemaliger Nationalsozialisten aus der Verwaltung eben dieser Stabilisierung entgegengewirkt hätte – ein Punkt der mich im Verlauf dieser Arbeit noch öfter beschäftigen wird. So gibt es bereits unmittelbar nach Kriegsende erste Berichte über ehemalige NSDAP-Mitglieder, die entweder ihrer Beschäftigung weiter haben nachgehen können oder sogar in anderen Stellungen untergekommen sind.¹⁹

2.2 Erste Probleme

Die fehlenden Vorgaben für die Entnazifizierung veranlassten die Verantwortlichen auf lokaler Ebene, eigene Kriterien für die Entlassung ehemaliger Anhänger des Nationalsozialismus zu finden. Die Parteimitgliedschaft war in diesem Falle

¹⁵ Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der Alliierten von Jalta im Februar 1945 zitiert nach Schwabe (1992). Anlage Dokument Nr.1.

¹⁶ van Melis (1999). S. 67. bzw. S. 69.

¹⁷ Niethammer (1982). S. 148. Auch wenn Niethammer in seiner Monografie die Entnazifizierung in Bayern beschreibt, kann die von ihm getroffene Aussage ohne Probleme auf ganz Deutschland – und damit auch Mecklenburg-Vorpommern – übertragen werden.

¹⁸ Ebd. S. 148.

¹⁹ Van Melis nennt hier das Beispiel einer ehemaligen SS-Büroleiterin, die in Lychen eine Anstellung bei der örtlichen Polizei bekommen hatte. Vgl. van Melis (1999). S. 68.

natürlich eine wesentliche Richtlinie, wobei sich das Jahr 1937 als Orientierungspunkt herauskristallisierte.²⁰ War jemand vor 1937 NSDAP-Mitglied geworden, sollte er aus seinem Beruf entlassen werden. Dass die Fixierung auf das Jahr 1937 als Eintrittsdatum in die NSDAP natürlich nicht die Antwort auf die Frage nach der Aktivität des Einzelnen sein konnte, zeigt sich zum Beispiel am Berufsstand der Mediziner, von denen viele bereits vor 1937 in die nationalsozialistische Partei eingetreten waren, da sie sonst ihren Beruf im Nazi-Deutschland nicht hätten ausüben können.²¹ Dies war jedoch ein Argument, welches die russische Besatzungsmacht vorerst nicht gelten lassen wollte. Das Kriterium des erzwungenen Beitritts spielte bis dato in ihren Überlegungen keine Rolle.²²

Die Frage der Zuständigkeit für den Entnazifizierungsvorgang war darüber hinaus ein weiteres Hemmnis für eine systematische Entnazifizierung. Die am 29. Juni 1945 neu gegründete Landesregierung²³ versuchte in Absprache mit der Besatzungsmacht einen Rahmen für das weitere Vorgehen zu finden, aber erst als die Entnazifizierung der Personalpolitik zugeordnet wurde, konnte eine allmähliche systematische Außer-Amt-Setzung von einstigen Nationalsozialisten beginnen. Die Politik der Entnazifizierung sollte in den Händen der Landes- und Provinzverwaltung bleiben (auch wenn in der folgenden Zeit immer wieder Eingriffe der Sowjets in die Personalpolitik zu vermerken sind²⁴), die sich nun von der eher zufälligen und häufig durch Sympathie – beziehungsweise in diesen

²⁰ Brunner (2003). S. 22. vgl. van Melis (1999). S. 70.

²¹ So heißt es in einer von einem Mitglied der neu eingesetzten Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns vorgenommenen Korrektur der Direktive 24 um den 28. Dezember 1946: „Dabei ist jedoch im Gesundheitswesen darauf zu achten, dass nun nicht evtl. das gesamte Krankenhauswesen durch die fassenden Beschlüsse lahmgelegt wird.“ zitiert nach Schwabe (1992). Anlage Dokument Nr. 6.

²² Brunner (2003). S. 22f.

²³ Die Landesregierung bezeichnete sich selbst als „Der Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommerns“ und spaltete sich in elf unterschiedliche Ressorts auf. Wilhelm Höcker (SPD) wurde Präsident dieser neu gegründeten Landesregierung und war für die Ressorts Allgemeine Verwaltung und Finanzen zuständig, seine Stellvertreter Gottfried Grünberg (KPD), Otto Möller (parteilos) und Jonhannes Warnke (KPD) waren jeweils den einzelnen Ressorts zugeteilt. Wichtig ist jedoch, dass die Landesregierung erst mit dem Befehl Nr. 110 im Oktober 1945 das Recht zugesprochen bekam eigene Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Bis dahin waren ihre Verordnungen auf die SMAM (Sowjetischen Militäradministration in Mecklenburg) und SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) zurückzuführen. Fait (1990). S.109f.

²⁴ van Melis (1999). S. 93.

Fällen: Antipathie – geprägten Anwendung entfernen und an bestimmte Richtlinien der „Funktionalität und politischer Loyalität“²⁵ orientieren sollte.

Auch bei der Frage der Bestrafung ehemaliger NSDAP-Mitglieder herrschte Uneinheitlichkeit. Neben Berufsverboten, Entlassungen und dem Verlust des Beamtenstatus kam es bei der Ächtung ehemaliger Nationalsozialisten sogar zu grausamen Bestrafungen „unter KZ-ähnlichen Bedingungen“, wie Klaus Schwabe feststellt. So sind von der Besatzungsmacht Internierungslager eingerichtet worden, in welchen auch Personen ohne rechtskräftiges Urteil festgehalten worden sind. Als Schreckensbeispiel nennt er das Internierungslager 'Fünfeichen' bei Neubrandenburg, welches nach seinen Informationen circa zwei Drittel aller Inhaftierten nicht überlebt haben.²⁶

Dass der Prozess der Entnazifizierung nun in Wechselwirkung zu dem Prozess des Aufbaus eines funktionierenden Verwaltungsapparates trat, musste in Kauf genommen werden und erforderte bestimmte Einschränkungen. In einem Runderlass vom 30. August 1945, mit dem Johannes Warnke, der unter anderem der Leiter des Ressorts Inneres war und damit der Verantwortliche für das Vortreiben der Entnazifizierung gewesen ist, auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz reagierte, ist folgender Passus zu finden:

*Ist ein Entlassener fachlich fähig oder sogar als Spezialist unbedingt notwendig, und ergibt die Nachprüfung, dass er kein aktiver Faschist war; ist er außerdem bereit, am antifaschistischen Aufbau mitzuarbeiten, und bietet seine Persönlichkeit die Gewähr dafür, dass er bewusst und zuverlässig im demokratischen Sinne tätig sein wird, so kann ihm die Gelegenheit gegeben werden, trotz seiner Entlassung am Aufbau mitzuarbeiten und sich in dieser Arbeit zu bewähren.*²⁷

Das bedeutet, dass das Parteibuch alleine nicht das Kriterium für eine Entlassung bilden sollte, wie es die russischen Besatzer durchzusetzen versucht hatten. So war es für einstige Nationalsozialisten nun durchaus möglich, sich in ihren Stellungen zu halten beziehungsweise in diese zurückzukehren, auch wenn sie ihren Beamtenstatus verloren. Natürlich betont Warnke, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder weder „leitende Aufgaben“²⁸ noch ein hohes Maß an Selbstständigkeit

²⁵ Ebd. S. 77.

²⁶ Schwabe (1992). S. 11.

²⁷ Runderlass des Präsidenten des Landes, Abteilung Innere Verwaltung, betreffend die Entnazifizierung der Verwaltung vom 30. August 1945. LHAS, MdI 752. o. Bl.

²⁸ Ebd.

haben dürften – ihre Arbeit solle „unter ständiger Kontrolle eines zuverlässigen Antifaschisten stehen“²⁹.

Dennoch muss an dieser Stelle die Einschätzung von Damian van Melis korrigiert werden, der in diesem Runderlass „eine Entnazifizierungsverordnung, die über das Potsdamer Abkommen und die vom ZK der KPD vorgegebenen Richtlinien hinausging“ sieht, da dieser die Entlassung aller ehemaligen Pgs „unabhängig von ihrem Eintrittsdatum und tatsächlichen Engagement“ fordere.³⁰ Nach meiner Einschätzung jedoch werden die Richtlinien der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz durch die von Warnke erlassene Bestimmung lediglich ergänzt beziehungsweise präzisiert. Warnke schuf mit diesem Runderlass eine Möglichkeit zum Verbleib ehemaliger Pgs in ihren Berufen. Anders als bei den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens werden die ehemals aktiven Nationalsozialisten nun nicht mehr nur nach ihrer nominellen Tätigkeit zur Zeit des Dritten Reiches beurteilt, sondern es wird auch ihre aktuelle Position und Gesinnung und damit ihre Tätigkeit in der Gegenwart mit in die Bewertung aufgenommen. Warnke versuchte so die Balance zwischen gründlicher Entnazifizierung einerseits und dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltung andererseits zu bewältigen. Diese Vermutung wird durch die Tatsache gestützt, dass in Folge dieser Verordnung zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder Anträge auf Weiterbeschäftigung stellten, sodass am 1. Oktober 1945 34 ehemalige Pgs und am 1. November desselben Jahres 25 ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Landesverwaltung tätig waren.³¹ Diese Zahlen berücksichtigend, kann folglich kaum von einer besonders „rigorosen“³² Richtlinie des – wie van Melis ihn nennt – „langjährigen Kommunisten Warnke“ zur Entnazifizierung gesprochen werden.

Noch aufschlussreicher als diese neue Richtlinie zur Entnazifizierung ist vor allem die Tatsache, dass Warnke nun einmal als Verantwortlicher in der Landesregierung die alleinige Befugnis zur Entnazifizierung besaß und er zum anderen mit diesem Schreiben eine Vereinheitlichung des Entnazifizierungsprozesses bezwecken wollte. Um zu überprüfen, ob ein ehemaliges Parteimitglied der NSDAP „die politischen und moralischen Eigenschaften besitzt, ehrlich und aufrichtig beim Aufbau des neuen demokratischen und antifaschistischen Deutschland mitzuarbeiten“, müsse „deshalb [eine] eingehende Untersuchung“ stattfinden. Dass dieses kein leichtes und zeitlich schnell zu bewältigendes Unter-

²⁹ Ebd.

³⁰ van Melis (1995). S. 339.

³¹ Brunner (2003). S. 24.

³² van Melis (1999). S. 101.

fangen sein konnte, war Warnke ebenfalls klar. Dennoch betonte er, dass es „eine klare und schnelle Lösung“ geben müsse.³³

Neben der eigentlichen Entnazifizierung seien der Vollständigkeit halber noch zwei weitere Verfahren kurz genannt, die die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns gegen Ende des Jahres 1945 in Angriff nahm und die bei der Neugestaltung des Landes eine wesentliche Rolle spielten: die Sequestrierung des Kapitals ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen und die Bodenreform, die fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihren ursprünglichen Besitzer wechseln ließ.³⁴

2.3 Die Instrumentalisierung der Entnazifizierung

Die Notwendigkeit einer schnell vorangetriebenen und radikal durchgeführten Entlassung der ehemaligen Nationalsozialisten kann jedoch nicht die Tatsache verschleiern, dass der Prozess der Entnazifizierung in den folgenden Monaten immer mehr zugunsten der Errichtung einer neuen Diktatur instrumentalisiert worden ist. So wurde die Entnazifizierung benutzt, um politische Gegner auszuschalten und den Sozialismus in der SBZ durchsetzen zu können.³⁵ Dafür sprechen folgende Faktoren:

Die Geschwindigkeit, mit der der Verwaltungsapparat entnazifiziert worden ist, war vergleichsweise hoch. So meldete Ministerpräsident Wilhelm Höcker bereits am 27. November 1945 den Besatzern, dass die Entnazifizierung „in allen mir unterstellten Verwaltungen durchgeführt“³⁶ sei. Vergleicht man diese Zügigkeit mit dem Prozess der Entnazifizierung in Bayern, muss festgestellt werden, dass das Vorgehen dort deutlich langsamer war und zum gleichen Zeitpunkt im Süden des besetzten Deutschlands von einem Abschluss gar keine Rede sein konnte. Ganz im Gegenteil: Am Jahresende 1945 stagnierte dort die Entlassung ehemaliger Nationalsozialisten, obwohl noch nicht alle bis dato überprüft worden waren.³⁷

³³ Runderlass des Präsidenten des Landes, Abteilung Innere Verwaltung, betreffend die Entnazifizierung der Verwaltung vom 30. August 1945. LHAS, Mdl 752. o. Bl.

³⁴ van Melis (1999). S. 93f. vgl. Schwabe (1992). S. 11. (In Mecklenburg-Vorpommern waren von der Bodenreform ca. 2200 Gutsbesitzer betroffen, die 54% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr eigen nennen durften.)

³⁵ Schwabe (2000). S. 44.

³⁶ Bericht Höckers vom 27. November 1945 über die Bereinigung der Verwaltung von Faschisten. LHAS, Mdl 752. o. Bl.

³⁷ Niethammer (1982). S. 249.

Es ging den Sozialisten in der SBZ folglich nicht primär um die Beseitigung der alten Kader im Verwaltungsapparat, sondern eher darum, die bestehenden Strukturen zu nutzen, um sie mit Personen zu besetzen, die den Aufbau Deutschlands in ihrem Sinne vorantrieben. Dass die Entnazifizierung – also die Möglichkeit, Personen aus ihrer Stellung drängen und sie durch Genehmere ersetzen zu können – hier eine wesentliche Rolle spielte, lässt sich an der Tatsache erkennen, dass selbst zu Unrecht entlassene nicht wieder in ihren alten Beruf zurückkehren durften.³⁸ Ein anderes Beispiel dafür, dass der Entnazifizierungsprozess im Sinne der neuen Machthaber manipuliert wurde, zeigt uns Klaus Schwabe in seiner Monographie *Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. 1945-1949. Anmerkungen zur Geschichte einer Region*. Bei dem Zusammenschluss von SPD und KPD zur SED am 21./22. April 1946 in der SBZ wurden 549 ehemalige Offiziere der Wehrmacht, fast ausschließlich ehemalige Mitglieder der NSDAP, ohne weitere Umstände in die SED übernommen. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um ehemalige Kriegsgefangene der Sowjetunion, die später Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland waren und Schulungen in Marxismus-Leninismus erhalten hatten. Diese „fachlich versierten Mitglieder“ wurden von der SED-Führung mit Aufgaben in der Landesverwaltung und mit dem Aufbau der Landes- und Kreispolizei beauftragt.³⁹

Klaus Schwabe erkennt in seiner Monographie jedoch lediglich die fachliche Kompetenz dieser SED-Mitglieder an, doch muss an dieser Stelle noch eine andere Komponente von mir ergänzt werden, die hier vermutlich mit eine Rolle gespielt haben könnte: Die ehemaligen NSDAP-Mitglieder kannten sich mit den Strukturen einer Diktatur aus, waren durch diese zur Konformität erzogen worden und konnten sich von daher in einer neuen Diktatur gut ein- beziehungsweise auch unterordnen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Instrumentalisierung der Entnazifizierung in zwei Richtungen funktionierte. Zum einen diente sie dazu, unliebsame Personen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen, zum anderen wurde sie bei bestimmten Personen bewusst nicht praktiziert, da bei diesen davon ausgegangen werden konnte, dass sie sich mit ihrer Kompetenz trotz NSDAP-Vergangenheit gut in die neue Diktatur einfügen würden. Das in seinen demokratischen Traditionen unterentwickelte, einst großherzoglich regierte Mecklenburg-Vorpommern, musste sich dafür besonders gut eignen.

Eine andere Tatsache, die zeigt, dass die Entnazifizierung – beziehungsweise ihr Nicht-Anwenden – instrumentalisiert wurde, um den Sozialismus in der SBZ aufzubauen, ist das Desinteresse an einer Entnazifizierung der Flüchtlinge.⁴⁰

³⁸ Schwabe (2000). S. 44.

³⁹ Ebd. S. 42.

⁴⁰ van Melis (1999). S. 95.

Diese hatten sich nach dem Kriegsende zu großen Teilen in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt, sodass eine Überprüfung ihrer möglichen NSDAP-Aktivitäten einen enormen Verwaltungsaufwand bedeutet hätte. Da viele Stellen durch die Entnazifizierung unbesetzt waren, bildeten die Flüchtlinge ein gern gesehenes Potenzial an Arbeitern,⁴¹ die vermeintlich keinen nationalsozialistisch geprägten Hintergrund besaßen. Dass dies häufig nicht der Wirklichkeit entsprach und nur wenige Flüchtlinge ihre einstige NSDAP-Mitgliedschaft zugaben, lag daran, dass deren Angaben nur sehr schwer überprüft werden konnten. Auch wenn dies eine allgemein bekannte Tatsache gewesen sein muss, wurde darüber hinweggegangen, da die Ortsfremden eine wichtige Stütze des Verwaltungsapparates sowie der SED selbst bildeten. Häufig getrieben durch die Dankbarkeit, eine Chance für einen Neuanfang zu bekommen – in Mecklenburg-Vorpommern fanden viele der Flüchtlinge eine neue Anstellung oder bekamen durch die Bodenreform Land zugesprochen – oder einfach durch die panische Angst davor aufzufallen, zeichnete sich diese Bevölkerungsgruppe durch ein hohes Maß an Loyalität gegenüber der SED aus.⁴²

2.4 Das Ende der ersten Entnazifizierungswelle

In einem Gespräch mit Ministerpräsident Höcker am 21. September 1945 forderte der Chef der SMAM für Zivilangelegenheiten Skossyrew indirekt und in nur einem Satz den Abschluss der Entnazifizierung binnen dreier Tage.⁴³ Die Beiläufigkeit, mit der hier das Ende dieses komplexen Prozesses angeordnet wurde, zeigt, dass sich auch die sowjetische Besatzungsmacht nicht über den eigentlich zu leistenden Arbeitsaufwand im Klaren gewesen ist oder diesen gar nicht erkennen wollte. Warnke war diesem Befehl jedoch bereits zuvorgekommen und hatte schon am 15. September 1945 angeordnet, dass „die Entlassungen bei den nachgeordneten staatlichen Dienststellen usw. der Fachabteilungen von den Fachabteilungen auszusprechen sind“ und hatte damit allen Fachabteilungen den Abschluss der Entnazifizierung innerhalb von 15 Tagen selbst übertragen.⁴⁴ So konnte bereits zum 30. September 1945 die Entnazifizierung der Verwaltung für beendet erklärt werden. Schon am 27. November 1945 legte Höcker den von van Melis

⁴¹ van Melis (1996). S. 166.

⁴² Ebd. S. 165.

⁴³ Niederschrift der am 21.9.1945 in der Militärischen Administration stattgefundenen Besprechung unter der Leitung des Generalmajors Skossyrew. LHAS, MdI 60. Bl. 329. („Innerhalb von drei Tagen ist zu melden, daß die Säuberung der Verwaltung im ganzen Land durchgeführt und alle Faschisten entlassen sind.“)

⁴⁴ Verordnung Warnkes zur Bereinigung der Verwaltung am 15. September 1945. LHAS, MdI 752. o. Bl.

als „Abschlussbericht der Entnazifizierung“⁴⁵ bezeichneten Text vor. Höcker resümiert darin die bisher geleistete Arbeit und betont, dass die Entfernung der Nationalsozialisten „in allen mir unterstellten Verwaltungen durchgeführt“ worden sei.⁴⁶

Dennoch sollte dies noch nicht das Ende der Entnazifizierung gewesen sein, sodass in Bezug auf Höckers Bericht nicht von einem „Abschlussbericht der Entnazifizierung“ im Allgemeinen gesprochen werden kann. Höcker hatte sich mit seinem Resümee auf die Verwaltung bezogen und andere wichtige Bereiche, wie zum Beispiel das Schulwesen oder die Wirtschaft, außer Acht gelassen und seinen Bericht zudem nicht als einen abschließenden Report gekennzeichnet. Dieser kann allenfalls als Abschluss der ersten Welle der Entnazifizierung bezeichnet werden, welche sich hauptsächlich auf die Verwaltung bezogen hat.

2.5 Die Direktiven 24 und 38 und der Befehl 201 – der Beginn der zweiten Phase

Am 12. Januar 1946 erließ der Alliierte Kontrollrat die Direktive 24, die eine erneute Überprüfung ehemaliger Pgs auch in Mecklenburg-Vorpommern notwendig machte. Diese Direktive 24 wurde nicht aus innenpolitischen Gründen von der Besatzungsmacht in der SBZ für gesetzlich gültig erklärt, sondern war an außenpolitische Verpflichtungen geknüpft. Die Sowjetunion hatte sich gegenüber den anderen alliierten Mächten zu diesem Schritt verpflichten müssen. Während in den anderen Ländern der SBZ die Entnazifizierung noch nicht abgeschlossen war, bedeutete diese für ganz Deutschland gültige Direktive eine Neuauflage des Entnazifizierungsprozesses in Mecklenburg-Vorpommern.⁴⁷ Mit ihr wurden nun genaue und allgemeingültige Richtlinien zur Bewertung der Aktivität ehemaliger Pgs in einem breiten Spektrum an Betätigungsfeldern erlassen.

In dieser Direktive⁴⁸ erfolgte eine genauere in vier Gruppen unterteilte Definition der Personen, die bisher als „aktive“ und damit mehr als nur „nominelle“ Mitglieder der NSDAP bezeichnet wurden. Zu ihnen zählen erstens alle „Amtsträger“ und Personen, die innerhalb der Partei oder angeschlossener Organisationen „aktiv tätig waren“ und zweitens „Personen, die nationalsozialistische Verbrechen, Rassenverfolgungen oder ungleichmäßige und ungerechte Behand-

⁴⁵ van Melis (1999). S.119.

⁴⁶ Bericht Höckers vom 27. November 1945 über die Bereinigung der Verwaltung von Faschisten. LHAS, Mdl 752. o. Bl.

⁴⁷ van Melis (1999). S. 190f.

⁴⁸ Direktive 24. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 5). 31. März 1946. S. 98-115.

lung gutgeheißen oder an solchen Taten willig teilgenommen haben“. Darüber hinaus galten drittens „Personen, die offen erklärte Anhänger des Nationalsozialismus [...] waren“ und viertens „Personen, welche freiwillig der NSDAP, deren Führern oder Hoheitsträgern wesentlichen moralischen oder materiellen oder politischen Beistand irgendeiner Art geleistet haben“ als von der Entnazifizierungskommission zu überprüfen. Darüber hinaus wurden sehr genau definierte Tätigkeitsfelder aufgezählt, aus denen Personen, die einer der vier oben genannten Gruppen zugeordnet werden konnten, zu entlassen waren. „Bei freien Berufen oder Gewerben bedeutet der Begriff `Entfernung`, dass das Recht der Person zur Berufsausübung aufgehoben“ wurde.

In den folgenden Paragraphen werden die Verantwortlichkeit (§4), die Vorgehensweise bei Nachprüfungen (§5), Ausnahmeregelungen (§8), das weitere Verfahren mit Verurteilten (§9) sowie die regelmäßige Überprüfung des Vorschreitens der Entnazifizierung (§9) geregelt. Besonders hervorgehoben soll der überaus umfangreiche zehnte Paragraph werden, in dem aufgelistet wird, welche Personen zwingend zu entlassen seien. Neben Kriegsverbrechern (Unterpunkt 1) zählen auch Offiziere und Unteroffiziere der Waffen-SS (Unterpunkt 4), Amtsträger der Deutschen Studentenschaft (Unterpunkt 24) und des Deutschen Dozentenbundes (Unterpunkt 25) und hohe Beamte in der Wirtschaft (Unterpunkte 75-86) und Justiz (Unterpunkte 87-99) dazu.

Paragraph elf befasst sich mit den „Richtlinien für Entfernung und Ausschluss nach Ermessen“ und bezieht sich auf Berufsoffiziere der Deutschen Wehrmacht und „Personen, die die preußische Junkertradition verkörpern“. Paragraph zwölf versucht all diejenigen zu erfassen, die nicht in einen der vorangegangenen Paragraphen eingeordnet werden können.

Im abschließenden dreizehnten Paragraphen wird festgestellt, dass „sachlich weniger geeignete Personen“ generell Verdächtigen jeglicher aufgeführter Kategorie im Berufsfeld vorzuziehen seien.

Die Direktive sollte ihre Gültigkeit bis zur Auflösung der Entnazifizierungskommissionen im April und März 1948 behalten. Sie erweiterte das Feld der zu Überprüfenden deutlich, da nun nicht mehr nur die Tätigkeit aller ehemaliger Pgs untersucht werden musste, sondern sich die Frage nach der Tragfähigkeit in einer demokratischen Gesellschaft auf die gesamte Elite des Dritten Reichs ausweitete. In Mecklenburg-Vorpommern wurde erst spät auf diese Direktive reagiert. Erst am 31. August 1946 ordnete Warnke die Bildung der vorgesehenen Entnazifizierungskommissionen unter Vorsitz von Oberbürgermeistern und Landräten an.

Auch in der Folgezeit verlief die „Überprüfung des Personalbestands des gesamten öffentlichen Dienstes sowie aller großen Betriebe“ nach den in der Direktive 24 vorgesehenen Richtlinien eher schleppend.⁴⁹ Auch wenn die Neu-

⁴⁹ van Melis (1999). S.191f.

aufgabe der Entnazifizierung auf einer alliierten Direktive beruhte, blieb die Zuständigkeit zur Durchführung weiterhin im Kompetenzbereich von Warnke und damit eine Landesangelegenheit. Das Procedere sah vor, dass „alle Personen im öffentlichen Dienst und in großen Betrieben von ihren jeweiligen Vorgesetzten aufgelistet und über ihre politische, familiäre und soziale Situation und Vergangenheit befragt werden“. Sollte die befragte Person auf Basis der Direktive 24 als vorbelastet eingestuft werden, musste dies der zuständigen Entnazifizierungskommission gemeldet werden.⁵⁰

Die fast neun Monate später am 12. Oktober 1946 vom Alliierten Kontrollrat erlassene Direktive 38 sollte die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“⁵¹ regeln und lieferte so den Strafenkatalog für die durch die Direktive 24 belasteten Personen.

In einem Schreiben vom 5. Dezember 1946 zog der Leiter des Landespersonalamtes Erich Kundermann ein erstes Resümee der Wiederaufnahme des Entnazifizierungsprozesses, welches ernüchternd ausfiel. Er erklärte „die zahlenmäßig bisherigen niedrigen Ergebnisse“ – es wurden lediglich 93 Personen aus der Verwaltung und 14 Personen aus der Industrie entlassen – damit, dass bereits früher eine gründliche Entnazifizierung „energisch betrieben“ wurde und „größere Industriebetriebe verhältnismäßig wenig vorhanden sind“. Zudem gestand er ein, dass es Probleme und auch bekannte Fälle von Missbrauch gegeben habe. So berichtete Kundermann von mehreren Fällen, bei denen Einzelpersonen Bescheinigungen ausgestellt worden seien, die diese dazu berechtigen, „wieder bei einer Verwaltung eingestellt zu werden“, obwohl sie als vorbelastet eingestuft worden waren. Kundermann beklagt sich darüber, dass mehrere Entnazifizierungskommissionen die Direktive 24 nicht beachteten beziehungsweise den Unterschied zwischen einem aktiven und nominellen Mitglied der NSDAP nicht richtig auslegten. So berichtet er von einem Fall aus dem Kreis Rügen, wo eine „seit 1933 ununterbrochen sich aktiv in der SA“ betätigende Person zur Wiedereinstellung vorgeschlagen wurde, obwohl in anderen Fällen Personen zur Entlassung empfohlen worden seien, die „fälschlich als Militaristen bezeichnet“ wurden, da sie „6 und mehr Jahre Soldat waren.“ Zudem zählt Kundermann mehrere Fälle auf, bei denen sich noch immer ehemalige Nationalsozialisten in führenden beziehungsweise gehobenen Stellungen befanden.⁵²

⁵⁰ Ebd. S. 193.

⁵¹ Direktive 38. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 11). 31. Oktober 1946. S. 184-212, S. 184.

⁵² Bericht Kundermanns über den Stand der Entnazifizierung am 5. Dezember 1946. LHAS, MinPräs 1375. o. Bl. (Kundermann berichtet von der Wismarer Firma DEUTRA bei der „zahlreiche ehemalige Mitglieder der NSADAP [sic] noch in leitender Stellung befinden“,

Wie gering das Interesse an einer flächendeckenden Wiederaufnahme der Entnazifizierung gewesen sein muss, zeigt uns ein Schreiben von Warnkes Ministerium für Innere Verwaltung und Planung an alle Oberbürgermeister und Landräte am 2. Januar 1947, in dem bemängelt wird, dass „die Entnazifizierung der Dienst- und Arbeitsstellen nicht mit dem notwendigen Eifer gemäß der Direktive 24 des Alliierten Kontrollrats durchgeführt wird.“ Das hier genannte Beispiel einer Besprechung aller Vorsitzenden der einzelnen Entnazifizierungskommissionen am 28. Dezember 1946 in Schwerin macht das Stocken des Entnazifizierungsprozesses besonders deutlich. Mehrere Vorsitzende der Kommissionen hatten erst gar nicht den Weg nach Schwerin angetreten beziehungsweise sich durch ihre Stellvertreter oder gar nur durch Personen, „die mit der Entnazifizierung überhaupt nichts zu tun hatten“, vertreten lassen.

Interessant ist zudem, dass nicht länger politisch-ideologische Motive die Verantwortlichen handeln ließen. Warnke führt in diesem Schreiben lediglich außenpolitische Gründe an, die ein Vorantreiben der Entnazifizierung so wichtig machen. So beruft er sich auf die Potsdamer Beschlüsse und verweist auf die im folgenden März stattfindende Moskauer Außenministerkonferenz, bei der „als erster Punkt die Entnazifizierung Deutschlands begutachtet“ wird.⁵³ Die Abkehr von politisch-ideologischen Motiven zeigt ebenfalls, dass es sich mittlerweile bei der Entnazifizierung eher um von außen bestimmte Motive handelte und die Emotionalität, die diesen Prozess anfangs noch begleitete, abhanden gekommen zu sein scheint. Das Interesse an einer Beseitigung ehemaliger Nationalsozialisten hatte auch bei der politischen Führung der SBZ abgenommen. Ähnliches lässt sich aus dem Schreiben Kundermanns vom 7. August 1947 ersehen, mit dem er sich gegen ein eigenmächtiges Einstellen beziehungsweise ein Erliegen weiterer Untersuchungen der Entnazifizierungskommissionen zu stemmen versucht. Er bemängelt, dass „die Arbeiten der Entnazifizierungskommissionen in den Kreisen nachgelassen, resp[ektive] einige Kommissionen ihre Tätigkeit bereits eingestellt haben“. Kundermann weist die Berichte über einen Abschluss des Entnazifizierungsprozesses zurück und hebt hervor, dass es „einen Abschluss der Entnazifizierung nicht gibt, weil wir immer wieder darauf stossen werden, dass sich Personen, die wir heute als nominelle PGs betrachten, als aktive Faschisten herausstellen und zwar nicht nur durch Auffindung von alten Dokumenten über diese

vom Kreise Güstrow wo ein ehemaliges nominelles Pg das Amt des Gemeindevorstehers inne hat und von verschiedenen Reichsbahn- und Postdienststellen, deren Mitarbeiter Personalunterlagen nicht zur Verfügung stellen.)

⁵³ Schreiben der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Verwaltung an alle Landräte und Oberbürgermeister die Entnazifizierung betreffend vom 2. Januar 1947. LHAS, MdI 762. o. Bl.

Betreffenden, sondern auch vor allem durch ihr Benehmen während der Zeit des demokratischen Aufbaues“.⁵⁴

Nur neun Tage nach Kundermanns Schreiben erließ die SMAD den Befehl 201, der laut seiner Kopfzeile „Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates“⁵⁵ festlegte. Die SMAD versuchte mit diesem Befehl „die Beschleunigung der Durchführung und den Abschluß der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone“ zu erreichen und wollte dieses Vorhaben im Kontext der Direktiven 24 und 38 erscheinen lassen. Auch wenn in Punkt acht festgelegt wird, dass „[a]lle Fälle von Verbrechen, die in den Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrats angeführt werden, [...] den deutschen Untersuchungsbehörden [gemeint sind hier die Entnazifizierungskommissionen der Landesregierungen] zur Bearbeitung zu übergeben“ seien, lässt sich beim genaueren Lesen erkennen, dass es den sowjetischen Besatzern vor allem um eine zügige Beendigung der Entnazifizierungsprozesse ging. So verlangt der Befehl Nr. 201 im ersten Artikel:

*Den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei, die sich nicht durch Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit anderer Völker oder durch Verbrechen gegen das deutsche Volk selbst vergangen haben, wird nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht gewährt. Die von den deutschen Verwaltungsorganen oder den Organen der Sowjetischen Militärverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone herausgegebenen Verordnungen, Bestimmungen und Instruktionen über die Beschränkung der politischen und bürgerlichen Rechte der Personen oben aufgeführter Art werden aufgehoben.*⁵⁶

Vergleicht man diesen Passus mit den Vorgaben zur Bestrafung, die in der Direktive 38 erlassen worden waren, lässt sich ein deutlicher Unterschied erkennen. Der Alliierte Kontrollrat, in dem alle Besatzungsmächte vertreten waren, verhängte nur dann „keine Sühnemaßnahmen“ (Artikel XII)⁵⁷, wenn Personen „trotz [...] formelle[r] Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Merkmals sich nicht nur passiv verhalten, sondern auch aktiv nach besten Kräften der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet und

⁵⁴ Schreiben Kundermanns vom 7. August 1947. LHAS, MdI 762. o. Bl.

⁵⁵ Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947. Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates zitiert nach Rößler, Ruth-Kristin: Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien. Goldbach 1994. S. 147-149.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Direktive 38. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 11). 31. Oktober 1946. S. 184-212, S. 194.

dadurch Nachteile erlitten“⁵⁸ haben (Artikel VI). Das bedeutet, dass lediglich Personen, die den Faschismus aktiv bekämpft hatten und dafür auch im Dritten Reich belangt worden waren, nicht mit einer Bestrafung durch die Entnazifizierungskommission rechnen mussten. Die SMAD dagegen gewährte allen Personen, die nicht aktiv an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt gewesen waren, alle Bürgerechte und sah von einer Bestrafung ab – dies war mit einer Entschärfung der Maßnahmen, die der Alliierte Kontrollrat vorgegeben hatte, gleichbedeutend.

Auch bei der Verurteilung von „Kriegsverbrecher[n], Mitglieder[n] der verbrecherischen Naziorganisationen und führenden Persönlichkeiten des Hitlerregimes“ befahl die SMAD eine schnelle Durchführung (Artikel 3) und für die Entlassung von Personen aus dem „öffentlichen, halböffentlichen Posten und den entsprechenden Posten in den wichtigen Privatbetrieben“ wurde eine dreimonatige Frist ausgesprochen (Artikel 4).

Der Grund für den Wunsch einer schnellen Beendigung der Entnazifizierung lag – wie bereits oben erörtert – darin, dass die Verantwortlichen in der SBZ im Grunde genommen eine Politik der Reintegration von ehemaligen Pgs ohne größere Schuldenlast aus der Zeit des Nationalsozialismus bereits seit Mitte 1945 betrieben hatten, um nicht jegliche Dynamik der Verwaltung, Wirtschaft und Justiz zu verlieren. Die Direktiven des Alliierten Kontrollrates waren der Sowjetunion folglich nicht willkommen, sodass es kein Zufall war, dass die SMAD die Außenministerkonferenz im März und April 1947 in Moskau abwartete, ehe sie mit dem Befehl 201 die Direktiven entschärfte, ohne Gefahr zu laufen, mit unangenehmen Fragen und Forderungen der westlichen Alliierten konfrontiert zu werden. Nun kam es darauf an, sich an die internationalen Abmachungen zu halten, diese jedoch so schnell und schmerzlos wie möglich in der SBZ umzusetzen.

Tatsächlich erreichte die SMAD mit diesem Befehl eine erneute Beschleunigung der Entnazifizierung, sodass mit einem Beginn der zweiten Welle des Entnazifizierungsprozesses im Grunde genommen erst nach dem Befehl 201 und nicht wie eigentlich von den alliierten Mächten im Westen – besonders hervorzuheben sind hierbei die USA – erwünscht, nach Erlassen der Direktiven 24 und 38 gesprochen werden kann. Bis zum 1. März 1948 beschlossen die Entnazifizierungskommissionen in Mecklenburg-Vorpommern die Entlassung von 3688 Personen aus dem öffentlichen Dienst sowie die Versetzung von weiteren 1627 Beschäftigten. Darüber hinaus wurden 11685 bereits Entlassene nicht wieder eingestellt.⁵⁹ Auch wenn sich die Arbeit der Entnazifizierungskommissionen vor allem im strukturellen Bereich gebessert und eine gewisse Form der Routine

⁵⁸ Ebd. S. 191.

⁵⁹ Fait (1990). S. 112. vgl. Schwabe (2000). S. 33.

Einzug in ihre Arbeitsweise erhalten hatte, blieben Nebenkriegsschauplätze im Kampf um die Zuständigkeit zwischen der SMAD und den Landesregierungen charakteristisch für den Prozess der Entnazifizierung.

2.6 Der SMAD-Befehl Nr. 35 zur offiziellen Einstellung der Entnazifizierung

Der SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 zog einen endgültigen Schlussstrich unter den Prozess der Entnazifizierung in der SBZ, auch wenn dieses Thema weiterhin zu hitzigen Diskussionen und auch Protesten führen sollte. Dennoch sahen die sowjetischen Besatzer „eine feste Grundlage einer antifaschistischen demokratischen Ordnung“ und bekundeten ihr Vorhaben, den letzten verbliebenen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern „durch ehrliche Arbeit“ ihre Chance zur Rehabilitation zu gewähren und sie am „demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau in der Sowjetischen Besatzungszone“⁶⁰ zu beteiligen. Dass der Abschluss der Entnazifizierung jedoch übereilt herbeigeführt worden war, zeigt sich an zwei Berichten Kundermanns. So stellt er am 3. März 1948 in seinem „Bericht zum Befehl 201 für den Monat Februar“ fest, dass noch 5022 Fälle nicht bearbeitet worden seien. Zwar erwähnt Kundermann, dass „der größte Teil der Entnazifizierungskommissionen meldete, daß sie den zuerst genannten Termin zum 15.3.1948 [gemeint ist hier der im Befehl 35 festgelegte Termin zur Beendung der Entnazifizierung] innehalten würden“, jedoch zeigt die ebenfalls erwähnte Tatsache, dass selbst im Februar 1948 noch 3871 Fälle bei den Entnazifizierungskommissionen eingegangen waren,⁶¹ dass auch weiterhin das Bedürfnis nach einer gründlichen Entnazifizierung hätte vorhanden sein sollen. Auch im Hinblick auf die Bearbeitung der Berufungsverfahren gibt sich Kundermann am 3. März noch optimistisch und glaubt, dass es möglich sein wird, „den im Befehl 35 genannten Termin zum Abschluß der Berufungsfälle innezuhalten.“⁶²

Nur sechzehn Tage später revidierte er jedoch seine getroffenen Aussagen und musste eingestehen, dass 476 noch offen stehende Fälle nicht mehr durch die Entnazifizierungskommissionen bearbeitet werden können, sodass die Betroffenen in diesen Fällen keine Konsequenzen mehr zu fürchten hätten. Auch bezüglich der Berufungsverfahren musste Kundermann eingestehen, dass „die

⁶⁰ Befehl Nr. 35 der SMAD über Auflösung der Entnazifizierungs-Kommissionen vom 26. Februar 1948 zitiert nach Rößler (1994). S. 257f.

⁶¹ Bericht Kundermanns zum Befehl 201 für den Monat Februar vom 3. März 1948. LHAS, MinPräs 1479. o. Bl.

⁶² Ebd.

Landesentnazifizierungskommissionen physisch nicht in der Lage sein werden, alle Berufungen zu überprüfen.“⁶³

Wie groß die tatsächliche Dunkelziffer der nicht überprüften, beziehungsweise zu nachlässig verfolgten Fälle der Entnazifizierungskommission tatsächlich gewesen ist, bleibt spekulativ. Fakt ist jedoch, dass Probleme bei der Zuständigkeit, die oben angesprochene Instrumentalisierung der Entnazifizierung und die allgemein schwierige soziale und wirtschaftliche Lage in der SBZ einen ordnungsgemäßen Abschluss der Entnazifizierung nicht möglich gemacht haben. Dies erklärt auch, warum in den folgenden Jahren dieses Thema noch häufig zu Diskussionen geführt hat. Die Chance auf eine Auseinandersetzung im Hinblick auf die Schuldfrage sowie die konsequente Durchführung des Entnazifizierungsprozesses wurden direkt nach dem Kriegsende versäumt und erst viele Jahre später wieder aufgegriffen.

⁶³ Bericht über den Abschluss der Entnazifizierung vom 19. März 1948. LHAS, MinPräs 1479. o. Bl.

3. Die Universität Rostock. Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs und die Entnazifizierung

3.1 Einführung

„Ich weiß, daß Sie alle nur den einen Wunsch haben, endlich wieder für Ihr Studium, für Ihre Zukunft und damit für Deutschlands Zukunft und Erneuerung zu arbeiten, und ich weiß, daß Sie diese Arbeit ernst nehmen und mit ganzer Kraft anpacken wollen.“⁶⁴ Diese Worte des damaligen Rektors Günther Rienäcker anlässlich der Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25. Februar 1946 zeigen einen optimistischen Blick in die Zukunft und spiegeln auch eine gewisse Erleichterung wider, die aufgrund der zurückliegenden Ereignisse nur allzu verständlich erscheint. Die vergangenen Jahre waren vor allem auch für die Universität eine turbulente Zeit, die vom Missbrauch der Wissenschaft durch die Nationalsozialisten, von der Zerstörung Rostocks durch englische Bomben und dem langen Ringen um die Wiedereröffnung der Universität geprägt war.

Nachdem in dem vorangehenden Kapitel dieser Arbeit der historische Rahmen und die Bedingungen der Zeit direkt nach dem Kriegsende erläutert worden sind, wird im Folgenden auf die Geschichte der Universität Rostock nach 1945 eingegangen. Hier steht der Prozess der Entnazifizierung im Vordergrund, der jedoch eng an die Bemühungen um die Wiedereröffnung gekoppelt war.

Um einen differenzierten Einblick in die Geschehnisse an der Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewinnen zu können, ist es nötig, bis in die Zeit des Nationalsozialismus zurückzublicken. Zwar bedeutet das Jahr 1945 eine entscheidende Zäsur in der Geschichte der Universität Rostock, aber dennoch ist es wichtig festzuhalten, dass diese Zäsur nicht einem völligen Neustart ohne Hypotheken aus der Zeit des Nationalsozialismus gleichkommt. Denn auch wenn der universitäre Betrieb für knapp zehn Monate ruhte, muss eine gewisse Kontinuität in Erwägung gezogen werden – so angesichts des Bestehenbleibens bestimmter Strukturen und des Verbleibs bestimmter Personen an der Universität. Dies sind wichtige Faktoren, die bedacht werden müssen. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung den Begriffen Umbruch und Kontinuität bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs zukam, ferner ob der optimistische Blick Rienäckers in die nähere Zukunft nicht in Wirklichkeit durch die dunklen Schatten der Vergangenheit konterkariert wurde und die – in diesem Fall wissenschaftliche – „Erneuerung“ Deutschlands bereits in ihrer guten Absicht nicht doch vorbelastet gewesen ist. Eine Beantwortung dieser Frage setzt voraus,

⁶⁴ Rede des Rektors Günther Rienäcker anlässlich der Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25. Februar 1946. UAR, RIII, 14. o. Bl.

dass die damaligen Geschehnisse an der Universität Rostock genauer beleuchtet werden, was uns bis in das Jahr 1944 zurückbringt – genauer bis zum 1. April 1944, dem Tag, an dem Kurt Wachholder zum Rektor der Universität ernannt wurde.

3.2 Kurt Wachholder

Der Professor der Physiologie Kurt Wachholder folgte auf Professor Dr. Otto Steurer, der seit dem 1. Mai 1937 NSDAP-Mitglied war und 1944 als Stabsarzt der Reserve eingezogen wurde.⁶⁵ Das Bemerkenswerte an der Berufung Kurt Wachholders zum Rektor der Universität Rostock war die Tatsache, dass dieser nicht Mitglied der NSDAP war.⁶⁶ Die vor allem marxistisch-leninistisch geprägte und dadurch auch häufig nicht wissenschaftlich objektive Betrachtung der Geschichte der Rostocker Universität in der DDR-Zeit kam dennoch zu dem Ergebnis, dass Wachholder „[m]it allen Mitteln versuchte [...] eine echte Demokratisierung an der Universität [...] zu verhindern“⁶⁷ und als „letzter Nazidirektor“⁶⁸ seinen „reaktionären Einfluß“⁶⁹ geltend zu machen versuche. Obwohl der Block der antifaschistischen Parteien am 9. Februar 1946 einstimmig festgestellt hatte, dass trotz „der früheren Zugehörigkeit des Professors Wachholder [Wachholder war zu dieser Zeit bereits nicht mehr Rektor der Universität] als `förderndes Mitglied der SS´ gegen seine Tätigkeit als Universitätsprofessor keine Bedenken“ vorliegen⁷⁰, geriet Wachholder doch noch in das Visier der Entnazifizierungskommission⁷¹. Doch aufgrund der Beharrlichkeit des angesehenen Kurators

⁶⁵ Hoffmann (1964). S. 68f.

⁶⁶ Martin Handschuck nennt die Berufung eines nicht NSDAP-Mitgliedes „ein Novum im vom Krieg gezeichneten Deutschland“, welches „das Missfallen des Reichsministerium“ erregte. Handschuck (2003). S. 36.

⁶⁷ Rektor der Universität Rostock (Hg.): Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Verfasst von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn, Gerhard Heitz, Johannes Kalisch, Karl-Friedrich Olechnowitz, Ulrich Seemann. Zwei Bände. Berlin (Ost) 1969. S. 8.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Hoffmann (1964). S. 69.

⁷⁰ Beschluss des Blocks der antifaschistischen Parteien Kurt Wachholder betreffend vom 9. Februar 1946. LHAS, MfV 2237. Bl. 42.

⁷¹ Schreiben des Kurators an das Amt für Volksbildung in Schwerin, in dem er sich auf die durch die Entnazifizierungskommission der Stadt geforderte Entlassung Wachholders auf Basis der Direktive Nr. 24 bezieht. LHAS, MfV 2237. Bl. 107.

Schlesinger⁷² und des herrschenden Mangels an Lehrpersonal konnte Wachholder letztlich im Amt verbleiben, ehe er 1953 die DDR verließ und einem Ruf an die Universität Bonn folgte.⁷³

Inwieweit Wachholders Gesinnung nationalsozialistisch geprägt war, soll hier nicht weiter thematisiert werden, es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass seine Bemühungen um die Wiedereröffnung der Universität nicht von einem „reaktionären Geist“ geprägt waren – eine These, die im weiteren Verlauf der Arbeit eingehend begründet wird –, sondern dass einzig das Ziel der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs Antrieb seines Handelns gewesen ist. Wachholder setzte sich nach dem Ende des NS-Regimes nicht anders als die – in der DDR hoch angesehenen – späteren Rektoren Rienäcker oder Schlesinger für politisch belastete Kollegen ein. Das hing nicht mit der ihm nachgesagten zweifelhaften Gesinnung zusammen, sondern war eher der Kompensation des nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstandenen Vakuums an fachlich versierten Hochschullehrern geschuldet. Eine gewisse Tragik der Person Wachholders liegt darin begründet, dass er derjenige war, der seine ganze Kraft in die Wiedereröffnung der Universität steckte, allerdings durch sein Vorgehen dabei diese weiter hinauszögerte. Tatsächlich ist die Universität Rostock die letzte Hochschule gewesen, die im Osten Deutschlands den Lehrbetrieb wieder aufnehmen durfte⁷⁴.

3.3 Die politische Ebene – ein Verwirrspiel um die Zuständigkeit

Nachdem der Zweite Weltkrieg beendet und Deutschland besetzt worden war, wurde mit der Gründung der SMAD am 9. Juni 1945 die Basis für die Wiederaufnahme eines geregelten Verwaltungsapparates gelegt⁷⁵ und bereits zwanzig Tage später eine Landesregierung installiert. So war ab dem 29. Juni 1945 Gottfried Grünberg für das Ressort Volksbildung und Kultur (später „Deutsche Verwaltung für Volksbildung“, DVV) zuständig, worunter auch die Vorbereitungen zur

⁷² Schlesinger setzte sich bereits früher für einen Verbleib Wachholders an der Universität ein. So schrieb er am 21. Dezember 1945 an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Kultur und Volksbildung, dass eine von Wachholder gehaltene Rede am 30. Januar 1945 „kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sondern lediglich den allgemeinen Wunsch für den Sieg unserer Waffen und das Gedächtnis der Gefallenen“ enthalten habe. LHAS, MfV 2237. Bl. 208.

⁷³ Handschuck (2003). S. 394.

⁷⁴ Ebd. S. 50. Wiedereröffnungen der Universitäten in der SBZ: Jena (15. Oktober 1945), Berlin (29. Januar 1946), Leipzig (1. Februar 1946), Halle (6. Februar 1946) und Greifswald (15. Februar 1946).

⁷⁵ Fait (1990). S. 109.

Wiedereröffnung der Universitäten fielen.⁷⁶ Hier muss jedoch ergänzt werden, dass sich das anfängliche Verwaltungschaos, welches bereits im ersten Teil dieser Arbeit im Hinblick auf die Entnazifizierung genauer erläutert worden ist, auch im Bereich der Wiederherstellung des Bildungsapparates abspielte. Denn neben der deutschen Landesregierung gab es auch hier sowohl auf SBZ- wie auch auf Landesebene sowjetische Sektoren, die sich ebenfalls mit dem Ressort 'Bildung' auseinandersetzten. So war innerhalb der für die ganze SBZ geltenden Abteilung für Volksbildung der studierte Chemiker – und damit durchaus mit dem Hochschulwesen vertraute – M. Woronow für die sechs Universitäten im gesamten von der Sowjetunion besetzten Gebiet zuständig.

In der auf Landesebene entsprechenden Abteilung in Mecklenburg-Vorpommern war der ebenfalls akademisch vorgebildete I. Jessin für die Universitäten Rostock und Greifswald verantwortlich.⁷⁷ Diese miteinander konkurrierenden Zuständigkeitsinstitutionen blockierten sich gegenseitig. Dies erklärt sich auch aus der Tatsache, dass eine direkte Kompetenzzuweisung in diesem Falle nicht stattgefunden hatte. Eigentlich war nur die Rolle der DVV deutlich definiert: Sie hatte sich der SMAM unterzuordnen und sollte lediglich deren Verordnungen an die entsprechenden Institutionen übermitteln und deren Umsetzung kontrollieren. Mit dieser Rolle jedoch nicht zufrieden war es durchaus im Sinn der DVV, dass sich die SMAM vor allem im Bereich des Ressorts Volksbildung durch Handlungslosigkeit auszeichnete und von sich aus häufiger die entsprechende deutsche Abteilung zu Rate zog.⁷⁸ Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die DVV zu Beginn ihrer Tätigkeit strukturell und personell kaum in der Lage war, eigene Ziele zu verfolgen. Durch die personelle Unterbesetzung konnte eine notwendige Kontinuität in dem Arbeitsvorgehen nicht gewährleistet werden⁷⁹, was sich vor allem auch an der Tatsache zeigt, dass die Zuständigkeit für die Universitäten innerhalb der DVV mehrfach wechselte. Doch es gab noch weitere Faktoren, die ein zügiges Aufnehmen ernsthafter Bemühungen um eine Wiedereröffnung der Universitäten bremsten: Hier sind (1) der Mangel an fachlich versiertem Personal zu nennen – Gottfried Grünberg hatte als Bergarbeiter⁸⁰ keine Kenntnisse von den Strukturen an einer Universität –, (2) die zuerst in den Fokus

⁷⁶ Müller (1995). S. 268.

⁷⁷ Handschuck (2003). S. 34.

⁷⁸ Ebd. S. 35.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Fait (1990). S. 110.

der DVV gerückte Reorganisation des Schulwesens⁸¹ oder (3) andere für wichtiger erachtete Aufgaben, wie zum Beispiel der Aufbau der Verwaltung.⁸²

Es sollte sich in der Folgezeit ein teilweise bizarres Verwirrspiel um die Wiedereröffnung der Universität Rostock ergeben, in welchem die vier Instanzen DVV, SMAD, SMAM und nicht zuletzt Kurt Wachholder als Rektor der Universität versuchten, ihre eigenen Vorstellungen und Interessen durchzusetzen und sich deshalb – wenn auch unfreiwillig – häufig gegenseitig blockierten.

3.4 Die Universität Rostock nach 1945 – erste Bestrebungen zur Wiedereröffnung

Während sich die oben beschriebenen Vorgänge auf der politischen Ebene ereigneten, sah sich die Universität Rostock mit ganz anderen Problemen konfrontiert. Von ehemals 124 Wissenschaftlern der Universität war lediglich ein Bruchteil auch nach dem Kriegsende in Rostock verblieben, Studenten waren ebenfalls nur wenige vorhanden, der Buchbestand der Bibliothek musste erneuert werden, und Universitätsgebäude wurden von den Besatzern belegt oder waren durch den Krieg beschädigt worden.⁸³ Mit der Berufung Richard Möllers zum Kurator der Universität bekam Wachholder einen tatkräftigen Unterstützer im Bemühen um die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes. Zusammen wollten sie die nötigen Vorkehrungen treffen, um eine möglichst zügige Wiedereröffnung der Universität zu erreichen – im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand eine universitäts-eigene Entnazifizierung, die bereits mit dem 29. Mai 1945, also nur drei Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation, begonnen wurde.⁸⁴ Damit startete sie deutlich früher als die vereinheitlichte und von der Regierung geregelte Entnazifizierung, die von Warnke – wie oben erwähnt – erst knapp 100 Tage später, am 30. August 1945, in Angriff genommen wurde. Es muss sogar davon ausgegangen werden, dass die Entnazifizierung an der Universität noch früher als bisher angenommen startete. Die Professoren Teuchert, Huscher und Bröcker, um nur ein paar Beispiele zu nennen, reagierten bereits früher: Teuchert legte schon am 17. Mai 1945, Huscher am 16. Mai 1945 und Bröcker sogar am 15. Mai 1945 den von der Universitätsverwaltung geforderten Lebenslauf vor. Diese Tatsache lässt die Bemühungen Wachholders und Möllers deutlich anders erscheinen, als es die Universitätsgeschichtsschreibung von 1969 vermuten lässt. Dort heißt es, sie –

⁸¹ Handschuck (2003). S. 36.

⁸² Müller (1995). S. 268.

⁸³ Handschuck (2003). S. 36f.

⁸⁴ Datierungen der Lebensläufe, die von den Angestellten in der Verwaltung der Universität Rostock bei der Universitätsleitung eingereicht worden sind. UAR, RIII, 9. o. Bl.

Wachholder und Möller – würden die Universität „rasch im alten Geist“ wieder-eröffnen wollen.⁸⁵ Im Hinblick auf die Bewertung der NSDAP-Aktivität hielten es Wachholder und Möller wie später die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die zwischen nominellen und darüber hinaus engagierten NSDAP-Mitgliedern unterschieden.⁸⁶ Dass diese Orientierung bei weitem nicht ausreichte, wird deutlich, wenn man bedenkt, wie viele kleinere Vereine und Gruppierungen den Nationalsozialisten durch die Gleichschaltung nahe standen.

So kam es, dass bei der bis zum 11. August 1945 durchgeführten Überprüfung des Lehrkörpers und aller anderen Mitarbeiter der Universität mehrere Lehrkräfte⁸⁷ und zahlreiches Personal der unteren Ebene, bis hin zu den „Reinemachfrau[en]“, entlassen wurden.⁸⁸ Darüber hinaus entließ man die aus Furcht vor den sowjetischen Truppen kurz zuvor geflohenen acht⁸⁹ Angehörigen des Lehrkörpers ebenfalls, während die übrigen Wissenschaftler – von denen ungefähr die Hälfte NSDAP-Mitglieder gewesen waren – an der Universität vorerst verbleiben durften.⁹⁰ Um eine Bewertung des Handelns Wachholders und Möllers zu ermöglichen, soll an dieser Stelle ein kurzer Vergleich zu den Entnazifizierungsbemühungen an anderen Universitäten gezogen werden: Hier sollen als Universität auf ostdeutschem Boden (1) die Universität Leipzig und als Beispiel einer westdeutschen Universität (2) die Hochschule in Köln herangezogen werden.

1. Ähnlich wie die Universität Rostock bewegte sich auch die Universität Leipzig unmittelbar nach dem Ende des Krieges in einer Art – „Freiraum“, wie Müller es nennt⁹¹ – was bedeutete, dass die Verantwortlichen vorerst ohne Eingriffe der Besatzungsmacht ihre Entscheidungen treffen konnten. In Leipzig entschied man

⁸⁵ Geschichte der Universität Rostock (1969). Bd. 2. S. 21.

⁸⁶ Müller (1995). S. 269.

⁸⁷ Die Angaben über die tatsächliche Anzahl der überprüften Lehrkräfte schwanken. Wachholder berichtet in einem Schreiben vom 22. September 1945 an Grünberg von 65 durchgeführten Überprüfungen auf der Ebene des Lehrpersonals, die Monografie zur Universitätsgeschichte jedoch nur von 49. Vgl. Geschichte der Universität Rostock (1969). Bd. 2. S. 35.

⁸⁸ Vergleiche dazu das Protokoll des universitätseigenen Untersuchungsausschusses vom 25. Juni 1945, in dem festgelegt wird, dass die „Reinemachefrau“ Emma Lüss in ihrer Stellung verbleibt, so lange bis über den Verbleib ihres Mannes entschieden wird, der NSDAP-Mitglied und uniformierter Blockleiter gewesen ist. UAR, R2148. o. Bl.

⁸⁹ Hoffmann (1964). S. 117. Unter ihnen war auch Willi Flemming, der seit 1924 eine a.o. Professur am Germanistischen Institut für Neuere Deutsche Literatur und Theaterwissenschaft inne hatte.

⁹⁰ Handschuck (2003). S. 37.

⁹¹ Müller (1995). S. 268.

sich ebenfalls zu einer universitätseigenen Entnazifizierung, die am 6. Juni 1945 begann. Der damalige Rektor Schweitzer verkündete hier jedoch bereits zwei Monate später die Entnazifizierung als für beendet. Bis dato waren lediglich dreizehn sich bereits in Haft befindende Hochschullehrer entlassen worden und von achtzehn neu eingestellten Wissenschaftlern hatten acht der NSDAP angehört. Der Rektor Schweitzer hoffte anscheinend, dass das bisherige Desinteresse der Besatzungsmächte an der Universität eine Wiederaufnahme des Lehrbetriebs ohne den zuerst befürchteten Aderlass an Mitarbeitern ermöglichen könnte. Hans-Uwe Feiges Urteil von 1994 über die Bemühungen Schweitzers fällt in seinem Aufsatz *Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig*⁹², auf den sich meine Ausführungen über die Universität Leipzig stützen, in der *Zeitschrift für Geschichte* vernichtend aus:

*Das Unvermögen der Universität, die proklamierte 'Selbstreinigung' von Naziaktivisten ernsthaft in Angriff zu nehmen, unterminierte ebenso wie ihr unzeitgemäßes Festhalten an Hochschullehrern, die nach den Kriterien der späteren Direktive 24 des Alliierten Kontrollrates als untragbar gelten mußten, das anfänglich durchaus vorhandene Vertrauen des maßgebenden Hochschulpolitikers der Besatzungsmacht [...] gegenüber Rektor Schweitzer und seinem Leitungsteam.*⁹³

Die für den 29. Oktober 1945 geplante Eröffnungsfeier fand nicht statt, und es wurden im Zuge einer von der Besatzungsmacht – also extern – geleiteten Entnazifizierung in der Folgezeit rund zwei Drittel des gesamten Lehrkörpers der Universität Leipzig entlassen.

2. Auch an der Kölner Universität wurden bereits Anfang August 1945 in einer „Personalkommission“ Richtlinien für eine universitätseigene Entnazifizierung entwickelt, wobei auch hier die englische Besatzungsmacht sich vorerst nicht in die universitätseigenen Belange einmischte. Interessant ist vor allem, dass es sich bei dem ausgearbeiteten Kriterienkatalog um ein sehr differenziertes Werk handelte, welches sogar der später erlassenen Direktive 24 zuvorkam und auch Nicht-NSDAP-Mitglieder durchaus so sehr belastete, dass sie auch ohne Mitglieds-papiere der einstigen Partei Adolf Hitlers entlassen werden konnten. In der praktischen Umsetzung sah dies jedoch anders aus: Der Wunsch nach einer schnellen Wiedereröffnung der Universität veranlasste auch die Kölner, bei vielen belasteten Mitgliedern des Lehrkörpers über ihre selbstaufgestellten Richtlinien hinweg-

⁹² Feige, Hans-Uwe: Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig. In: ZfG, 42, 1994. S. 795-808.

⁹³ Ebd. S. 801.

zusehen und Kompromisse einzugehen, sodass der Kölner Rektor Kroll bei der Eröffnungsfeier der Universität am 10. Dezember 1945 einräumen musste, dass manchem „gezwungenen oder schwachen oder unentschiedenen oder anfänglich von Irrlichterei und idealistischen Verbrämung des Antichristen verführten Mitläufer“⁹⁴ durchaus die Chance auf Rehabilitierung gegeben worden sei. Karin Kleinen zitiert in ihrer Monografie *Ring um Demokratie*⁹⁵ den Kölner Sozialdemokraten Grölinger, der die an der Universität bestehende Situation weniger verschleiert darstellt: Er sah „Nationalsozialisten noch stärkstens“ an der Hochschule vertreten und kritisierte, dass die Universität sich in ihrer Entnazifizierungspraxis politischen Einflüssen von außen meistens entgegengestellt hatte.⁹⁶ Frank Golczewski kommt in seiner Monografie *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*⁹⁷ zu einem von Karin Kleinen ebenfalls aufgegriffenen vernichtenden Urteil:

*Eine Entnazifizierung hatte nur dergestalt stattgefunden, daß Kölner Hochschullehrer, die sich nationalsozialistisch geäußert hatten, nun nicht mehr Derartiges kundgaben – personell war der Grad der Veränderung relativ gering.*⁹⁸

Tatsächlich ist es bemerkenswert, dass eine von politischer Seite aus gelenkte Entnazifizierung erst etwa drei Monate nach der Wiedereröffnung der Universität ab dem 22. März 1946 stattgefunden hat.

Es wird deutlich, dass bei allen drei hier zum Vergleich gestellten Universitäten eine Gemeinsamkeit besteht: Sie alle bewegten sich vorerst in eben diesem bereits oben erwähnten „Freiraum“⁹⁹, der nichts anderes bedeutete, als dass sich vorerst fast alle Universitäten von politischer Seite aus unbeobachtet neu strukturieren konnten. Das auf andere Schwerpunkte fokussierte Interesse der Besatzungsmächte beziehungsweise das der sich neu formierenden Landesregierungen ließ den Universitäten vorerst freie Hand, und es wurde in manchen Fällen (in diesem Beispiel die Universität Köln) sogar die Erlaubnis zur Wiedereröffnung erteilt. Erst später wurde das Interesse auf die Hochschulen gelenkt, wo es in den

⁹⁴ Kleinen, Karin: *Ring um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945-1950)*. Köln, Weimar, Wien 2005. S. 28.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd. S. 29.

⁹⁷ Golczewski, Frank: *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*. Köln (u.a.) 1988.

⁹⁸ Ebd. S. 403.

⁹⁹ Müller (1995). S. 268.

meisten Fällen noch dringenden Handlungsbedarf von politischer Seite aus gab. Die zweite Gemeinsamkeit der Entnazifizierungsstrategien der meisten Universitäten war, dass genau dieser „Freiraum“ genutzt worden ist und deshalb eine universitätseigene Entnazifizierung meistens weit oben auf den Prioritätenlisten zu finden ist. Jedoch im Hinblick auf die Entnazifizierung werden auch erste Unterschiede zwischen den Universitäten deutlich, wobei hier allen das Problem des Wechselspiels zwischen dem Wunsch nach einer Bereinigung des Lehrkörpers und der Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes gemein ist. Eine gründliche Entnazifizierung und die damit verbundene Entlassung vieler Professoren hätten nämlich die Universitäten ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Die von Seiten der DDR-Historiographie betonte Reinkarnation des „alten Geist[es]“¹⁰⁰ hingegen war damals wohl nicht zu befürchten. Natürlich gab es an den Universitäten bestimmte Personen, die die Entnazifizierung missbrauchen wollten, doch scheinen diese deutlich in der Minderheit gewesen zu sein. Das Festhalten an vorbelasteten Mitgliedern des Lehrbetriebs ist in den meisten Fällen deutlich auf den Versuch der Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes zurückzuführen – so auch im Falle Wachholder und Möller. Hierfür sprechen zwei weitere Indizien: Tatsächlich gab es im Sommer 1945 Überlegungen, die Universität Rostock gänzlich zu schließen, da sich das Land Mecklenburg-Vorpommern anscheinend nicht zwei Universitäten leisten konnte.¹⁰¹ Diese Mitteilung veranlasste Wachholder und Möller zum Handeln. Hatten sich ihre Bemühungen bisher auf universitätseigene Prozesse konzentriert, banden sie nun die politische Führung der Stadt Rostock sowie des Landes Mecklenburg-Vorpommerns mit ein, was aus einer Mehrzahl von Schreiben Wachholders an die betreffenden Stellen hervorgeht.¹⁰²

Eine derartige Einbindung der politischen Ebene in die universitären Angelegenheiten von Seiten der Universitätsleitung ist bei den Beispielen Köln und Leipzig anscheinend nicht der Fall gewesen. In Leipzig traf das plötzliche Interesse der Politiker an der Universität den damaligen Rektor Schweitzer unvorbereitet – er hatte bis dato den Kontakt zu den politischen Spitzen gemieden. In Köln war ein Einbinden der politischen Ebene nicht notwendig, da es hier zu der von der Politik genehmigten Wiedereröffnung kam, auch ohne dass es eine genauere politisch gelenkte Entnazifizierung gegeben hatte. Wachholders Bemühun-

¹⁰⁰ Geschichte der Universität Rostock (1969). Bd. 2. S. 21.

¹⁰¹ Handschuck (2003). S. 40.

¹⁰² Siehe zum Beispiel Wachholders Schreiben vom 30. Juli 1945 an den Oberbürgermeister der Stadt Rostock, in dem er sich zur Schließung der Universität Rostock sowie zur Schließung einzelner Fakultäten äußert. UAR, RIII, 1. o. Bl.

gen waren um eine „gute[...] Beziehung[...]“¹⁰³ zur Landesverwaltung geprägt. Dies wird besonders deutlich, wenn man Gottfried Grünbergs Versprechen vom 15. August 1945 in Betracht zieht, sich für eine zügige Wiedereröffnung einzusetzen. Dieses Versprechen war jedoch an bestimmte Bedingungen geknüpft. So sollte der Kurator, der für die politischen Angelegenheiten an einer Universität verantwortlich war, einen Ausschuss aus Rektor und Dekanen bilden, die sich mit den nötigen Arbeiten zur Wiedereröffnung beschäftigen sollten. Dieser Ausschuss sollte ausnahmslos aus Antifaschisten bestehen, was nebenbei bemerkt deutlich werden lässt, dass die Wahrnehmung Wachholders durch dessen Zeitgenossen eine andere war, als es die ihm später unterstellte Nähe zum Faschismus in der Literatur behauptet. Desgleichen forderte Grünberg die Einberufung von Unterausschüssen an den jeweiligen Fakultäten sowie Lehrprogramme, ein Verzeichnis über die zur Verfügung stehenden Professoren und Pläne für die Aufnahme von Studenten. Die Universitätsverwaltung beeilte sich, den ihr aufgetragenen Maßnahmen Rechnung zu tragen, sodass Wachholder bereits zwölf Tage später den Vollzug der angewiesenen Maßnahmen melden konnte.¹⁰⁴ Diese enge Zusammenarbeit zwischen politischer Leitung und Rektor beziehungsweise Kurator macht deutlich, dass Wachholder nicht in der Lage gewesen wäre, profaschistische Tendenzen an der Universität beizubehalten.

Ein weiteres Indiz für die politisch korrekten Absichten Wachholders lässt sich aus einer anderen Tatsache schließen. Wie gefährlich nationalsozialistisches Gedankengut oder auch nur eine wenig nachvollziehbare Verbindung einer Person zu solchem gewesen ist, erfuhr Möller am eigenen Leibe. Im Herbst 1945 wurde er unter – so Handschuck – „mysteriösen Umständen“¹⁰⁵ von der SMAM verhaftet und verstarb nur kurze Zeit später im bereits oben erwähnten Internierungslager Fünfeichen. Der Grund seiner Verhaftung war angeblich ein unter einem Pseudonym verfasstes Buch über die Geschichte der Sowjetunion, welches kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs erschienen war und laut wissenschaftlicher Bewertung zur Zeit der DDR „von gemeinsten Ausfällen und Entstellungen, die zu zitieren mir [Rosemarie Hoffmann] widerstrebt“¹⁰⁶ geprägt sein sollte. Möller, der nie NSDAP-Mitglied gewesen ist und zwischen 1933 und 1942 keiner Lehr-tätigkeit nachgehen konnte, da seine politische Vergangenheit als ehemals hoher DDP-Funktionär den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge gewesen sein muss¹⁰⁷, ist ein gutes Beispiel dafür, dass die sich neu formierende Diktatur bereits sehr

¹⁰³ Handschuck (2003). S. 39.

¹⁰⁴ Ebd. S. 40. vgl. Müller (1995). S. 269.

¹⁰⁵ Ebd. S. 35.

¹⁰⁶ Hoffmann (1964). S. 80.

¹⁰⁷ Handschuck (2003). S. 391.

früh mit allen Mitteln versuchte, ihr unliebsame Personen verschwinden zu lassen. Hier wird die Instrumentalisierung der Entnazifizierung zugunsten der neuen Machthaber besonders deutlich. Möllers Verhaftung, die nichts mit den Vorgängen an der Universität Rostock zu tun zu haben scheint, macht deutlich, wie leicht es in der damaligen Zeit gewesen sein muss, Personen, die sich vermeintlich nicht im Sinne des Sozialismus am Aufbau der DDR beteiligt haben, aus dem Weg zu schaffen. Wachholder hingegen wurde nicht gewaltsam beseitigt, sondern mit der ersten demokratischen Rektorwahl nach dem Ende des Krieges abgewählt, was die bereits oben geäußerte Vermutung untermauert, dass Wachholder von seinen Zeitgenossen nicht als jemand angesehen wurde, der versucht hat, nationalsozialistisches Gedankengut auch nach dem Zweiten Weltkrieg an der Universität zu etablieren.

3.5 Das Ende des „Freiraums“ – die Universität im Fokus der Politik

Nachdem die enge Zusammenarbeit zwischen Universitätsleitung und politischer Führung – damit sind die SMAM, die SMAD und die DVV gemeint – einen anscheinend reibungslosen Ablauf einer schnellen Wiedereröffnung vermuten ließ, war die Landesregierung ihrerseits bereit, die Entnazifizierung zu vereinheitlichen. Laut Handschuck „überrascht[e]“¹⁰⁸ Warnkes Runderlass vom 30. August 1945 die Universitätsleitung und sorgte „für erhebliche Verwirrung“¹⁰⁹. Diese Einschätzung Handschucks wird leider nicht durch Quellen gestützt und basiert lediglich auf der Tatsache, dass die Rostocker Universitätsleitung nicht aktiv auf diesen Erlass reagierte. Meiner Meinung nach war Warnkes Runderlass kein überraschendes und für Verwirrung sorgendes Ereignis. In der damaligen Situation war es völlig logisch, dass es in absehbarer Zeit eine solche Verordnung, die die Entnazifizierung auf Landesebene vereinheitlichte, geben musste. Darüber hinaus sollte diese Verordnung Wachholder nicht allzu hart treffen. Es wurde festgelegt, dass alle Beamten, die vor 1933 der NSDAP beigetreten waren, zu entlassen sind, was der Forderung des Potsdamer Abkommens entsprach. Der Runderlass Warnkes nahm zudem bei den nach 1933 Eingetretenen die Unterscheidung in „nominell“ und „aktiv tätig“ vor. Doch sollten die „fachlich fähig[en] oder sogar als Spezialist[en] unbedingt notwendig[en]“ NSDAP-Mitglieder bei einer Bereitschaft zum „antifaschistischen Aufbau“ Deutschlands die Chance erhalten, „sich in dieser Arbeit zu bewähren“.¹¹⁰ Hier bot sich gerade für die

¹⁰⁸ Ebd. S. 40.

¹⁰⁹ Ebd. S. 41.

¹¹⁰ Runderlass des Präsidenten des Landes, Abteilung Innere Verwaltung, betreffend die Entnazifizierung der Verwaltung vom 30. August 1945. LHAS, MdI 752. o. Bl.

Universitätsprofessoren, die sowohl als „fachlich fähig“, wie auch als „Spezialist[en]“ zu gelten hatten, die Gelegenheit, trotz einer mehr als nur nominellen Mitgliedschaft in der NSDAP durchaus an der Universität zu verbleiben, da der universitäre Betrieb ansonsten nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Wachholder dürfte dieser Runderlass nicht sonderlich überrascht haben, sodass seine fehlende Reaktion nicht auf seine Irritation zurückzuführen ist, sondern lediglich auf die Tatsache, dass er es unter den gegebenen Umständen nicht für nötig gehalten hatte, auf Warnkes Anordnung zu reagieren. Diese war im übrigen noch nicht einmal legitimiert, da die neue Landesregierung erst durch den Befehl Nr. 110 im Oktober 1945 das Recht zugesprochen bekam, Gesetze zu erlassen.¹¹¹

Wie schlecht die Absprache zwischen SMAD, SMAM und DVV funktionierte, sollte sich am 4. September 1945 zeigen, als die oberste Instanz, die SMAD, durch den Befehl Nr. 50 anordnete, die sechs sich in der SBZ befindenden Universitäten auf die Wiedereröffnung vorzubereiten. Während Wachholder umgehend reagierte und am 14. September 1945 den Antrag auf die Wiedereröffnung der Universität zum kommenden Wintersemester stellte, musste dieser Vorstoß der SMAD bei der SMAM und der DVV für einige Irritationen gesorgt haben.

Mit seinem Antrag auf Wiedereröffnung bewies Wachholder, dass er genau wusste, welche Bedingungen erfüllt sein mussten, um die Erlaubnis erteilt zu bekommen. So stellte er nicht nur fest, dass die Universität „nach der ihr verbliebenen materiellen Ausstattung, also nach Gebäuden, Lehrmaterial und sonstigem Inventar durchaus in der Lage ist, einen fachlich vollwertigen Unterricht in allen Fakultäten durchzuführen“¹¹², sondern er nahm auch Stellung zum Stand der Entnazifizierung:

Rektor und Dekane der Universität glauben aber, was besonders betont sei, nicht nur fachlich, sondern auch kulturpolitisch und allgemein politisch antifaschistisch einwandfreien Unterricht gewährleisten zu können.

Wachholder wusste, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt – der Zusammenbruch der Nazi-Diktatur war ja gerade erst etwas mehr als vier Monate vorüber – unglaubwürdig erscheinen würde, wenn er einen kompletten Abschluss der Entnazifizierung vermelden würde. Er stellte deshalb die gewagte Behauptung auf, dass es innerhalb der Universität Rostock schon vor dem Ende der NS-Zeit demokratische Tendenzen gegeben habe:

¹¹¹ Fait (1990). S. 109f.

¹¹² Antrag auf Wiedereröffnung der Universität Rostock durch Rektor Kurt Wachholder vom 14. September 1945. UAR, RIII, 7. o. Bl.

Jetzt eine antifaschistische Gesinnung zu dokumentieren und zu versprechen, mag sehr billig erscheinen. Die Universität Rostock kann sich aber darauf berufen, daß sie diese Gesinnung bereits in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch mehrfach bezeugt hat.

Wachholder stützt seine Behauptung mit einer Reihe von Beispielen von Lehrstuhlinhabern der Universität Rostock, die aufgrund ihrer politischen Gesinnung Probleme mit der faschistischen Diktatur gehabt haben und kommt dann auch auf die universitätseigene Entnazifizierung zu sprechen:

Überdies hat die Universität im Mai 1945, als noch keine Landesregierung bestand, von sich aus einen Untersuchungsausschuß aufgestellt und eine Anzahl ihr politisch nicht tragbar erscheinender Hochschullehrer von sich aus ausgemerzt. Die Urteile des Ausschusses sind seitdem in mehreren Fällen von der Landesregierung bestätigt worden.

Interessant ist, dass Wachholder den Passus über die eigenen Entnazifizierungspraktiken an der Universität an dieser Stelle nur kurz abhandelt. Im Folgenden beruft er sich wieder auf die angeblich bereits im Nationalsozialismus schon vorhandenen demokratischen Tendenzen und belegt diese mit weiteren Beispielen. Dies zeigt, dass Wachholder genau wusste, wie sensibel er mit dem Thema Entnazifizierung umgehen musste, um eine zügige Neueröffnung nicht zu gefährden. Es wird einmal mehr deutlich, dass es Wachholder anscheinend klar gewesen ist, dass eine rigorose und endgültige Entnazifizierung den Universitätsbetrieb hätte zusammenbrechen lassen.

In seinem Ergänzungsantrag wird der Rektor im Hinblick auf die Entnazifizierung konkreter. Hier schlägt er vor, wie mit den noch an der Universität verbliebenen ehemaligen NS-Parteigenossen umzugehen sei. Er fordert die „Belassung aller noch verbliebenen Professoren, Dozenten und Ärzte, soweit sie nur nominelle Parteigenossen waren“. Ausscheidung der ganz vereinzelter Fälle aber sollte erst erfolgen, wenn vollwertiger Ersatz beschafft werden kann, was bislang nicht möglich war¹¹³. Zudem erbittet er „[f]reie Hand für den Rektor bzw. Kurator in der Bereinigung der Verwaltung“ und „freie Hand für deren Ersetzung durch geeignete Nicht-Pg's“¹¹⁴. Um die Arbeit in der Universitätsverwaltung nicht zu gefährden, schlägt er die „Belassung der wenigen noch in untergeordneten Stellen tätigen Pg's“ vor, betont, dass diese alle nur „lediglich nominell Pg waren“ und dass es sich bei ihnen um fachlich versierte Kräfte handele, da sie „lang

¹¹³ Ergänzungsantrag auf Wiedereröffnung der Universität Rostock vom 17. September 1945. UAR, RIII, 2. o. Bl.

¹¹⁴ Ebd.

eingearbeitet[...]“¹¹⁵ seien. Der Grund, warum Wachholder in diesem Ergänzungsantrag so konkrete Vorschläge zum weiteren Verlauf der Entnazifizierung macht, ist durch den Befehl Nr. 50 begründet, der „keinerlei Regelungen über die Entnazifizierung des Lehrkörpers“¹¹⁶ enthält. Wachholder scheint mit seinem Vorstoß genau diese sich daraus ergebende Möglichkeit ausnutzen zu wollen und sieht in diesem Moment die Chance, die Entnazifizierung an der Universität Rostock nach seinen Maßstäben zu gestalten.

Dass Wachholder genau wusste, wie viele politisch nicht tragfähige Personen noch an der Universität beschäftigt waren, macht der Ergänzungsantrag ebenfalls deutlich. Wachholder versuchte nämlich die bevorstehende Rektorwahl zu verschieben.

*Hier ist die Frage zu klären, ob unter den jetzigen Verhältnissen bereits eine Wahl von Rektor, Senatoren und Dekanen stattfinden kann, solange noch zahlreiche PG's in der Professorenschaft sind, ferner, welche Rechte dann diesen Pg's zuzuerkennen sind. Vorgeschlagen wird, daß den Pg's ein passives Wahlrecht aberkannt wird, daß sie also weder Rektor noch Senator, noch Dekan werden können.*¹¹⁷

Dies zeigt ausdrücklich, dass es Wachholder tatsächlich nur um den Erhalt des Lehrbetriebs gegangen sein kann und sein Ziel nicht die Wiedereröffnung der Universität im „alten Geist“¹¹⁸ gewesen ist, da er ansonsten wohl kaum mit dieser Bitte an die politische Ebene herangetreten wäre.

3.6 Rückschritte und Verzögerungen auf dem Weg zur Wiedereröffnung

Dass es in der Folgezeit nun doch nicht zu einer zügigen Wiedereröffnung der Rostocker Universität kam, lag an politischen Nebenkriegsschauplätzen, auf denen sich SMAD und SMAM bekämpften. Nachdem der Befehl Nr. 50 von der SMAD an die Universitäten gegangen war, richtete Wachholder seinen Antrag auf Wiedereröffnung nicht an die in Berlin sitzende Besatzungsmacht, sondern – wie es der bürokratische Weg vorschrieb – direkt an die DVV, die diesen an die SMAM weitersandte. Da keine Reaktion von Seiten der SMAM erfolgte, erneuerte Wachholder seinen Antrag am 11. Oktober 1945, richtete ihn diesmal aber

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Handschuck (2003). S. 41.

¹¹⁷ Ergänzungsantrag auf Wiedereröffnung der Universität Rostock vom 17. September 1945. UAR, RIII, 2. o. Bl.

¹¹⁸ Geschichte der Universität Rostock (1969). Bd. 2. S. 21.

nicht an Grünberg, sondern direkt an Professor Iwanow, den Zuständigen für Bildungsfragen auf der Ebene der SMAM.

Die am 4. September 1945 so nah erscheinende Wiedereröffnung hatte sich nun als Illusion erwiesen, was vor allem bezüglich der Person Wachholders eine gewisse Tragik offenbart: Nachdem dieser sich mit einem großen Arbeitsaufwand für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität eingesetzt hatte, schienen ihm nun die Hände gebunden zu sein, da sich die Frage nach der Wiedereröffnung zu einem Politikum entwickelt hatte. Die Universität Jena – die am 15. Oktober 1945 als erste Universität innerhalb der SBZ ihre Pforten wieder für Studenten öffnen durfte – hatte in dieser Beziehung größeres Glück. Während Wachholder und Möller sich überwiegend an die DVV oder die SMAM gewandt hatten, war in Jena schon frühzeitig ein Dialog der Universitätsleitung mit den Vertretern der höchsten Instanz, der SMAD, geführt worden. Nachdem von dieser Stelle der Befehl Nr. 50 ausgegangen war, suchten Vertreter der Universität erneut das Gespräch mit der SMAD – und zwar mit Erfolg. Diese veranlasste die Landesverwaltung Thüringen zu der „sofortige[n] Einreichung eines Gesuches [...] an Marschall Shukow¹¹⁹ mit der „Bitte die Erneuerung der Tätigkeit der Universität Jena zu gestatten [...]“.¹²⁰

Wachholder hatte zwar zu diesem Zeitpunkt ebenfalls die gleichen Voraussetzungen an der Universität Rostock geschaffen, hatte aber anscheinend die falschen Dialogpartner gewählt.

Darüber hinaus hatte sich die Chance auf die Wiedereröffnung an einer anderen Stelle noch weiter verschlechtert. Denn die SMAD ergänzte ihren Befehl vom 4. September und erließ am 18. September Durchführungsbestimmungen für den Befehl Nr. 50. In diesem wurde festgelegt, dass eine „politische Überprüfung“ des Lehrkörpers durch Ausschüsse der zuständigen Landes- und Provinzialverwaltungen erfolgen solle. Dies bedeutete, dass die Entnazifizierung nicht länger in den Händen der Universitätsleitung bleiben sollte, sondern dass die politische Ebene einen Anteil daran erhielt. Das war ein schwerer Rückschlag für Wachholder, da eine nun erneut bevorstehende Überprüfung des gesamten Lehrkörpers auf NSDAP-Zugehörigkeit von politischer Seite aus stattfinden musste. Die einzelnen Lehrbeauftragten wurden nun mit Hilfe von persönlichen Fragebögen überprüft.¹²¹ Am 23. Oktober 1945 fragte Wachholder erneut an, „ob nunmehr alle Vorbedingungen für die Eröffnung der Universität erfüllt sind, oder

¹¹⁹ Shukow war zu diesem Zeitpunkt der oberste Befehlshaber der SMAD. Broszart, Weber (1990). S. 1024.

¹²⁰ zitiert nach: John, Jürgen; Wahl, Volker; Arnold, Leni (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Jena 1998. Dokument Nr. 60. S. 240.

¹²¹ Schreiben Wachholders an den Präsidenten der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Kultur und Volksbildung vom 18. Oktober 1945. UAR, RIII, 3. o. Bl.

welche Unterlagen hierfür dort [gemeint ist die SMAM, das Schreiben ging an die DVV] noch gefordert werden.“¹²² Die Antwort fiel ernüchternd aus. Grünberg schrieb am 26. Oktober an Wachholder, dass acht weitere Professoren „sofort zu entlassen“, während sieben weitere lediglich „vorläufig auf ihren Posten“ zu belassen seien.¹²³ Auch wenn Wachholder dieser Aufforderung schnell nachkam¹²⁴, war noch lange kein Ende des Entnazifizierungsprozesses in Sicht. Am 7. November 1945 forderte Grünberg weitere persönliche Fragebögen zu 13 weiteren Lehrbeauftragten an, die allesamt der Medizinischen Fakultät angehörten.¹²⁵

3.7 Die erste demokratische Rektorwahl nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und ihre Bedeutung für die Wiedereröffnung der Universität

In der Zwischenzeit kam es an der Universität Rostock zur ersten Rektorwahl nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wachholder hatte sich vergeblich bemüht, die Wahl zu verschieben, ein Umstand, der ihm unter seinen Kollegen wahrscheinlich genau so wenige Sympathien eingebracht haben dürfte wie die Tatsache, dass eine Wiedereröffnung nicht in Reichweite zu sein schien. Wachholder verlor die Wahl deutlich gegen den Chemiker Professor Dr. Rienäcker, der von 29 abgegebenen Stimmen 22 für sich verbuchen konnte (Wachholder bekam lediglich sechs Stimmen, ein Wahlzettel war nicht beschrieben).¹²⁶ Handschuck nennt die Wahl Rienäckers zum Rektor der Universität „ein günstiges Zeichen aus der Sicht der neuen Machthaber“¹²⁷, da dieser als SPD-Mitglied als überzeugter Demokrat galt.

Handschucks Einschätzung, dass Wachholder „zunehmend das Misstrauen der sowjetischen und deutschen Verwaltungsstellen“ auf sich gezogen hatte, da er versuchte, an den „nur nominell belasteten Angehörigen des Lehrkörpers“¹²⁸ festzuhalten, ist nicht überzeugend. Sicher war die Tatsache, dass Rienäcker politisch besser in das neue Staatsgefüge passte als sein Vorgänger, ein wesentlicher Aspekt der nun schnell folgenden Wiedereröffnung der Universität. Dass aber Wachholders Eingeständnis, Zahlungen an die SS getätigt zu haben, hier –

¹²² Schreiben Wachholders an Grünberg vom 23. Oktober 1945. Ebd.

¹²³ Schreiben Grünbergs an Wachholder vom 26. Oktober 1945. Ebd.

¹²⁴ Schreiben Wachholders an Grünberg vom 1. November 1945. Ebd.

¹²⁵ Schreiben Grünbergs an Wachholder vom 7. November 1945. Ebd.

¹²⁶ Handschuck (2003). S. 46.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd.

wie Handschuck vermutet¹²⁹ – eine Rolle spielte, muss bezweifelt werden, da er dies erst einen Monat nach der Rektorwahl bekannt gegeben hatte.¹³⁰ Neben dem Wechsel im Rektorat hatte es bereits am 1. Dezember 1945 eine Neubesetzung der nach der Verhaftung Möllers vakanten Stelle des Kurators gegeben. Erich Schlesinger, der 1952 Rienäcker als Rektor folgen sollte, war von der Landesregierung in das Amt des Kurators gebracht worden. Der konservative Politiker war jedoch zu Beginn seiner Amtszeit nicht unumstritten – eine Tatsache, die von der geschichtswissenschaftlichen Betrachtung zu DDR-Zeiten gerne übersehen wurde.¹³¹

Dennoch ist Handschucks Gesamteinschätzung zu folgen, dass vor allem die politische Ausrichtung Rienäckers wie auch eventuelle Gerüchte um Wachholders Vergangenheit eine positive Trendwende bei den Besatzungsmächten hervorriefen. Doch änderte sich im Hinblick auf die Entnazifizierung und des Bestrebens nach einer Wiedereröffnung vorerst nichts, weil Wachholder noch bis zum 7. Januar 1946 die Leitung der Universität kommissarisch innehatte, da Rienäcker erst dann von den Besatzungsbehörden bestätigt wurde.¹³²

Wachholder ließ sich trotz der für ihn negativ ausgefallenen Wahl nicht beirren und forderte am 14. Dezember 1945 erneut die „alsbaldige Verfügung der Wiedereröffnung und des Unterrichtsbeginnes in allen Fakultäten“¹³³ Anbei legte er eine Liste¹³⁴ mit den Vorschlägen für das Lehrpersonal der Universität Rostock, auf der sich tatsächlich kein ehemaliges NSDAP-Mitglied mehr befand. Inwieweit diese Liste den wirklichen Tatsachen entsprach, muss jedoch hinterfragt werden, da Wachholder zum Beispiel im Falle Heinz Janerts von der landwirtschaftlichen Fakultät nicht ganz wahrheitsgemäß berichtete. Dieser war 1937 in die NSDAP eingetreten, auch wenn er später wegen angeblicher Kritik an den Nationalsozialisten verhaftet worden ist.¹³⁵ Wachholder wusste dies, da der Sachverhalt einem früheren Dokument, das er kannte, wie seine Marginalien beweisen, zu entnehmen war.¹³⁶ Auch im Falle Günther Falckenbergs scheint Wachholder den Vermerk unterschlagen zu haben, dass dieser zwar nicht in der

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Erklärung Wachholders. LHAS, MfV 2237. Bl. 40f.

¹³¹ Handschuck (2003). S. 46.

¹³² Ebd.

¹³³ Schreiben Wachholders an die SMAM vom 14. Dezember 1945. UAR, RIII, 3. o. Bl.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Fragebogen Günter Falckenbergs. UAR, RIII, 3. o. Bl.

¹³⁶ Ebd.

NSDAP Mitglied, aber früher im NSFK aktiv tätig gewesen ist.¹³⁷ So gesehen hatte Falckenberg den Fragebogen, der nach der bloßen Mitgliedschaft fragte, zwar richtig beantwortet, aber dessen Lücken auch ausgenutzt: Die Frage nach einer bloßen Mitgliedschaft in der NSDAP sagt noch nichts über tatsächlich vorhandene antidemokratische Tendenzen des Befragten aus. Wäre hier der wenig später erscheinenden Direktive 24 gefolgt worden, hätte Falckenberg entlassen werden müssen.

3.8 Der Befehl zur Wiedereröffnung

Das entscheidende Datum auf dem Weg zur Wiedereröffnung war der 6. Januar 1946, auch wenn der an diesem Tag erlassene Befehl Nr. 4 der SMAD vorerst nichts mit der Universität Rostock zu tun hatte, sondern die Wiedereröffnung der Berliner Universität regelte. Dreizehn Tage später teilte die mecklenburgische Landesregierung dem Kuratorium der Rostocker Universität mit, dass auch diese auf der Basis des Befehls Nr. 4 mit ihrer Wiedereröffnung rechnen könne. Nun endlich waren auch die Richtlinien für die Entnazifizierung geklärt, sodass die Verantwortlichen an der Rostocker Universität alle geforderten Maßnahmen treffen konnten. Demnach wurde allen aktiven Mitgliedern der NSDAP wie auch den Mitläufern, das Recht entzogen, Seminare oder Vorlesungen zu halten oder Leitungsfunktionen in der Universitätsverwaltung zu bekleiden. Darüber hinaus wurden keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder oder Führer der Hitlerjugend zum Studium in Rostock zugelassen.¹³⁸ Zudem zeichnete sich bereits zu dieser Zeit das starke Eingreifen der Politik in die Belange der Universität Rostock ab, welches hier noch unter der Vorgabe der demokratischen Erneuerung der Universität geschah, jedoch bis zum Ende der DDR weitergehen sollte. Die SMAD verlangte eine Liste der Fächer und der vorgesehenen Fachkräfte, die Lehrprogramme, ein Verzeichnis der von der DVV vorgeschlagenen Kandidaten für die Ämter des Rektors, der Dekane, der Direktoren der einzelnen Institutsleiter und eine Liste mit allen Professoren und Dozenten.¹³⁹ Rektor und Kurator bemühten sich, die Auflagen zu erfüllen. Dennoch sollten weitere Spannungen deutlich werden. Zwar war eine Entnazifizierung der Lehrbeauftragten erreicht worden, doch auf der Ebene des unteren wissenschaftlichen Personals – so Schlesinger in einem Schreiben an Grünberg vom 22. Januar 1946 – habe diese nur teilweise stattgefunden. Hiervon waren vor allem die Angestellten der Universitätskliniken betroffen, die andererseits aber den Erhalt der medizinischen Versorgung gewähr-

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Müller (1995). S. 270. vgl. Handschuck (2003). S. 49.

¹³⁹ Ebd.

leisteten.¹⁴¹ Grünberg reagierte mit der Aufforderung, dass der gesamte wissenschaftliche Apparat der Universität zu bereinigen sei, sodass sich Rienäcker in einzelnen Fällen dazu gezwungen sah, Widerspruch einzulegen.¹⁴¹

Dennoch sollte es am 29. Januar 1946 endgültig soweit sein: Mit dem Befehl Nr. 28 der SMAD wurde die Wiedereröffnung der Universität Rostock angeordnet, die in einem Festakt am 25. Februar 1946 feierlich vollzogen wurde.

3.9 Statistische Erhebungen zur Entnazifizierung an der Universität Rostock – eine Zusammenfassung

Der Weg zur Wiedereröffnung war lang und beschwerlich, sodass an diesem Punkt nicht nur die Erleichterung, die Rienäcker in seiner Rede am 25. Februar 1946 zum Ausdruck brachte, verständlich erscheint, sondern auch auf den ersten Blick von einer tatsächlichen Zäsur in der Geschichte der Universität Rostock gesprochen werden kann. Doch handelte es sich dabei wirklich um den von Rienäcker in seiner Eröffnungsrede proklamierten „Neubeginn“¹⁴²? Die Liste der Lehrenden, die Wachholder Mitte Dezember 1945 vorgelegt hatte und die im Kern auch den Lehrkörper aufführte, der zum Sommersemester 1946 in Rostock tätig war, weist tatsächlich keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder mehr auf. Aber kann deshalb von einer erfolgreichen Entnazifizierung gesprochen werden? Es lohnt sich ein genaueres Hinschauen:

Zu Beginn sei angemerkt, dass am 1. Januar 1943 124 Lehrbeauftragte an der Universität Rostock tätig waren, die sich wie folgt auf die verschiedenen Fakultäten verteilten: sechs auf die Theologische Fakultät, 13 auf die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, 41 auf die Medizinische Fakultät und 64 auf die Philosophische Fakultät.¹⁴³

Nach der Kapitulation hatte es eine große Fluktuation der Lehrkräfte gegeben. Da sich nicht mehr alle offiziell zur Universität Rostock gehörenden Professoren und Dozenten in Rostock aufhielten, wurden von der unter Wachholder eingeleiteten universitätseigenen Entnazifizierung lediglich 82 Personen überprüft. Davon waren 63 Mitglieder in der NSDAP gewesen, was einem Prozentsatz von knapp 77% entspricht.

Im Zuge dieser Entlassungen wurden zuerst die acht vor den sowjetischen Truppen geflohenen Lehrkräfte ihres Amtes entbunden¹⁴⁴, später weitere fünf von

¹⁴¹ Handschuck (2003). S. 49.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Rede Rienäckers zur Wiedereröffnung der Universität. UAR, RIII, 14. o. Bl.

¹⁴³ Auflistungen der Lehrkräfte vom 1. Januar 1943. UAR, RIII, 3. o. Bl.

¹⁴⁴ Entlassungen der universitätseigenen Entnazifizierungskommission. UAR, R 2151. o. Bl.

Wachholder entlassen.¹⁴⁵ Erst nachdem die Entnazifizierung von politischer Seite aus forciert wurde, gab es einschneidende Veränderungen in der Zusammensetzung der Lehrkräfte. Insgesamt mussten 36 weitere Hochschullehrer ihren Posten räumen.¹⁴⁶

Wie hoch wirklich die genaue Zahl der Lehrkräfte war, die sich an der Universität befanden, als diese ihre Pforten wieder für die Studenten öffnete, ist nicht eindeutig festzustellen. Müller¹⁴⁷ und Handschuck¹⁴⁸ – beide berufen sich auf Seils¹⁴⁹ – vermuten, dass es 45 Lehrkräfte gewesen sind. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Aktenlage nicht eindeutig ist: Es existiert kein Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1946, jedoch ist ein maschinenschriftlicher Eintrag eines Mitarbeiters der Universitätsbibliothek von 1953 in den gebundenen Vorlesungsverzeichnissen für das erste Semester nach der Wiedereröffnung auf den ersten Seiten gemacht worden.¹⁵⁰

Demnach entfielen auf die Theologische Fakultät zwei Lehrkräfte, auf die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sechs Lehrkräfte, auf die Landwirtschaftliche Fakultät sieben Lehrkräfte und auf die Philosophische Fakultät 35. Insgesamt wären damit 50 Lehrkräfte im Sommersemester 1946 an der Universität gewesen, also eine Abweichung von fünf Personen zu der Aufstellung von Seils. Auch die Akten, die im Universitätsarchiv unter dem Aktentitel *Lehrkräfte SS 1946* liegen, scheinen keine komplett vollständige Aufstellung des Lehrpersonals zu bieten. Zwar handelt es sich hierbei um eine am 23. März 1946 erstellte Aufstellung des genehmigten Lehrpersonals, die von der Landesverwaltung in Schwerin an die Leitung der Universität geschickt worden ist, doch wurden wohl nachträglich mehrere Namen handschriftlich ergänzt.¹⁵¹ Auf der Liste – was die Vermutung nahe legt, dass sich Seils auf das in Schwerin lagernde Pendant beruft – sind 45 Lehrkräfte vermerkt, wobei interessant ist, dass weitere fünf – und damit wären es wieder 50 Lehrkräfte – handschriftlich ergänzt worden sind. Diese Ergänzung ist wahrscheinlich in Rostock geschehen, da davon auszugehen ist, dass die Landesverwaltung keinen handschriftlich ergänzten Roh-

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Ammer (1969). S. 9.

¹⁴⁷ Müller (1995). S. 271.

¹⁴⁸ Handschuck (2003). S. 51.

¹⁴⁹ Seils (1996). S. 24.

¹⁵⁰ Handschriftlicher Eintrag des Vorlesungsverzeichnisses für das Sommersemester 1946. Vorlesungsverzeichnis der Universität Rostock vom Sommersemester 1946 bis zum Wintersemester 1951.

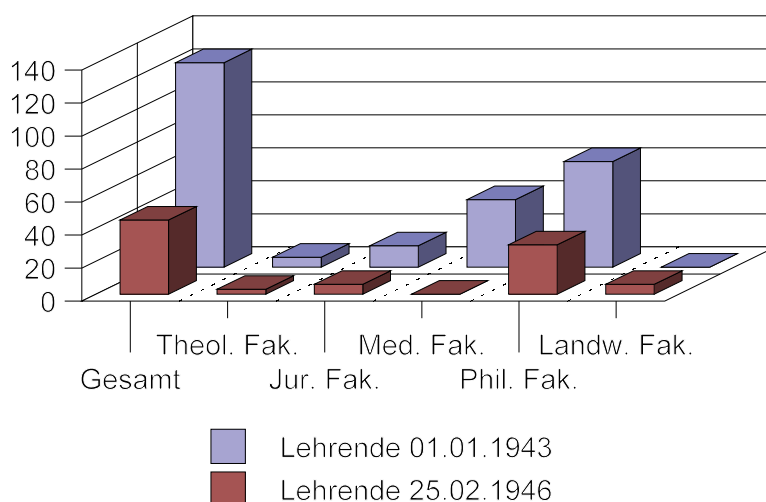
¹⁵¹ Auflistung der von der DVV genehmigten Lehrkräfte für das Sommersemester 1946. UAR, RIII, 13. o. Bl.

entwurf an die Universität gesendet hätte. Darüber hinaus moniert der Kurator Schlesinger in einem an den Rektor Rienäcker gerichteten Schreiben vom 27. März 1946¹⁵², dass die aus Schwerin eingetroffene Liste nicht vollständig sei. Zwei der von Schwerin genehmigten Lehrkräfte seien aus der SBZ geflohen, drei weitere würden trotz einer früher ausgesprochenen Lehrgenehmigung auf der Liste fehlen. Es ist wahrscheinlich, dass sich die Zahl der Lehrkräfte zur Zeit der Wiederaufnahme des universitären Betriebes folglich zwischen 45 und 50 Personen bewegte, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Medizinische Fakultät erst wieder im Herbst 1946 eröffnet wurde, da sie die meisten Entlassungen zu verkraften hatte.

Tabelle und Diagramm 1
Lehrende 1943 und 1946

	Gesamt	Theol. Fak.	Jur. Fak.	Med. Fak.	Phil. Fak.	Landw. Fak.
Lehrende 01.01.1943	124	6	13	41	64	0
Lehrende 25.02.1946	45	3	6	0	30	6

Lehrende 1943 und 1946



¹⁵² Schreiben Schlesingers an Rienäcker vom 27. März 1946. Ebd.

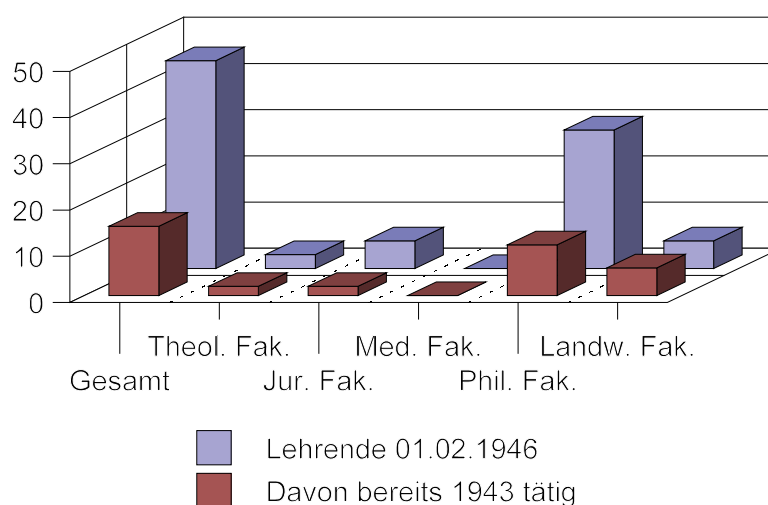
Die Tabelle 1 lässt vermuten, dass eine gründliche Entnazifizierung an der Universität stattgefunden hat. Von einst 124 Lehrstellen sind lediglich 45 bei der Wiedereröffnung besetzt worden, was gerade einmal einen Wert von 36,3% ergibt (nach Fakultäten aufgesplittet: 50% an der Theologischen Fakultät, 46% an der Juristischen Fakultät, 0% an der Medizinischen Fakultät, 47% an der Philosophischen Fakultät. Rechnet man die 1943 noch nicht existierende Landwirtschaftliche Fakultät nicht in diese Statistik mit ein, ergibt sich sogar ein Gesamtwert von lediglich 31,5% an wiederbesetzten Lehrstellen).

Dennoch ist eine genauere Überprüfung notwendig, um ein präzises Urteil fällen zu können.

Tabelle und Diagramm 2
Zahl der Lehrenden 1946 und 1943

	Gesamt	Theol. Fak.	Jur. Fak.	Med. Fak.	Phil. Fak.	Landw. Fak.
Lehrende 01.02.1946	45	3	6	0	30	6
Davon bereits 1943 tätig	15	2	2	0	11	0

Lehrende 1946 und 1943

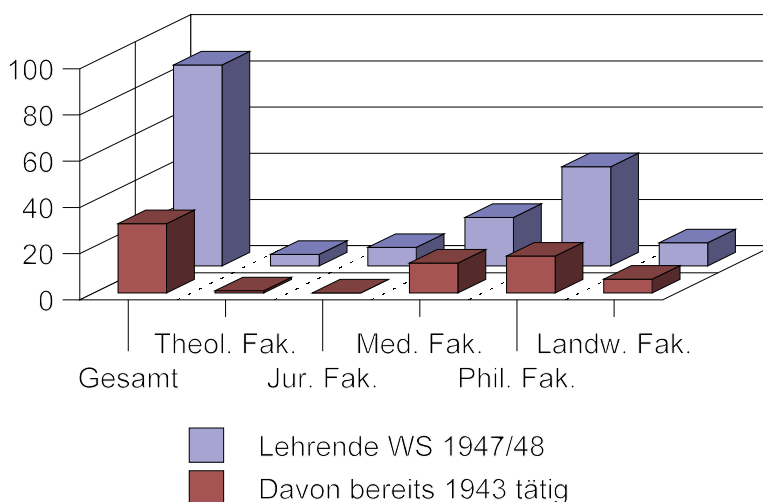


Die Tabelle 2 macht deutlich, dass 1/3 der Lehrkräfte, die bereits zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität unterrichtet haben, auch nach der Wiedereröffnung an der Universität tätig gewesen sind (nach Fakultäten aufgeteilt: 66,6% an der Theologischen Fakultät, 33,3% an der Juristischen Fakultät, 36,7% an der Philosophischen Fakultät. Nimmt man die 1943 noch nicht gegründete Landwirtschaftliche Fakultät aus dieser Berechnung heraus, waren sogar 38,5% aller Lehrkräfte zur Zeit der Wiedereröffnung bereits vor 1945 in Rostock tätig).

Tabelle und Diagramm 3
Zahl der Lehrenden 1947/48 und 1943

	Gesamt	Theol. Fak.	Jur. Fak.	Med. Fak.	Phil. Fak.	Landw. Fak.
Lehrende WS 1947/48	87	5	8	21	43	10
Davon bereits 1943 tätig	30	1	0	13	16	0

Lehrende 1947/48 und 1943



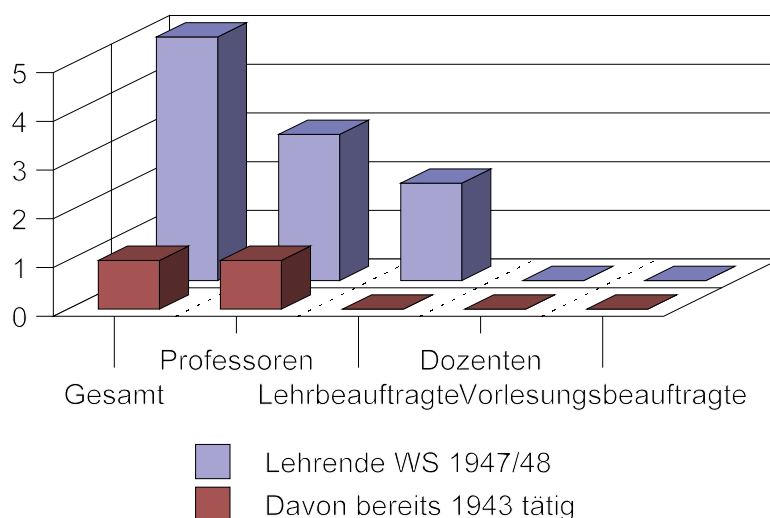
Zu Beginn sei bemerkt, dass die im Wintersemester 1947/48 bereits existierende Pädagogische Fakultät und die Sozialwissenschaftliche Fakultät in der Tabelle 3 nicht extra aufgeführt werden. Dies hat darin seinen Grund, dass diese beiden Fakultäten zu großen Teilen ihre Lehrkräfte aus der Philosophischen Fakultät bezogen haben, sodass mehrere Lehrkräfte quasi eine Doppelfunktion besaßen,

die sich verfälschend in dieser Statistik niedergeschlagen hätten. Bemerkenswert an dieser Statistik ist vor allem die Tatsache, dass der prozentuale Anteil der bereits vor 1945 sich an der Universität befindenden Lehrkräfte sogar sehr leicht gestiegen ist (mit 34,5% lag er rund 1% höher als noch 1946). Dies erscheint unter dem Aspekt der sich dem Ende zuneigenden Entnazifizierung – sie sollte bis zum 15. März 1948, also noch vor dem Ende des Wintersemesters 1947/48 vollständig durchgeführt worden sein – zu Recht widersprüchlich. Tatsächlich war die Anzahl der Beschäftigten, die bereits zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität tätig waren, um 80% gestiegen (am 25.02.1946 waren es noch 15, nun 27), was natürlich die verspätete und nun erfolgte Wiedereröffnung der Medizinischen Fakultät als Ursache hatte.

Tabelle und Diagramm 4
Theologische Fakultät WS 1947/48 und 1943

Theologische Fakultät	Gesamt	Professoren	Lehrbeauftragte	Dozenten	Vorlesungsbeauftragte
Lehrende WS 1947/48	5	3	2	0	0
Davon bereits 1943 tätig	1	1	0	0	0

Theol. Fakultät 1947/48 und 1943



Bei einer Aufteilung der einzelnen Fakultäten ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der bereits vor 1945 an der Universität tätigen Lehrkräfte lag bei der Theologischen Fakultät bei 20%, bei der Juristischen Fakultät bei 0%, bei der nun wiedereröffneten Medizinischen Fakultät bei 62%, bei der Philosophischen Fakultät bei 37,2% und bei der Landwirtschaftlichen Fakultät, die erst jetzt gegründet wurde, natürlich bei 0%. Ein weiterer interessanter Aspekt zeigt sich, wenn man die Stellung dieser Lehrkräfte an der Universität genauer betrachtet.

Tabelle und Diagramm 5
Medizinische Fakultät 1947/48 und 1943

Medizinische Fakultät	Gesamt	Professoren	Lehrbeauftragte	Dozenten	Vorlesungsbeauftragte
Lehrende WS 1947/48	21	16	0	2	3
Davon bereits 1943 tätig	13	13	0	0	0

Med. Fakultät 1947/48 und 1943

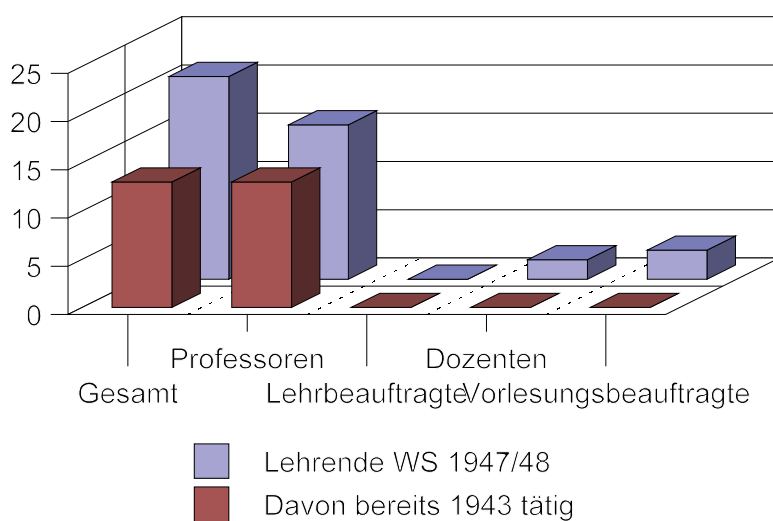
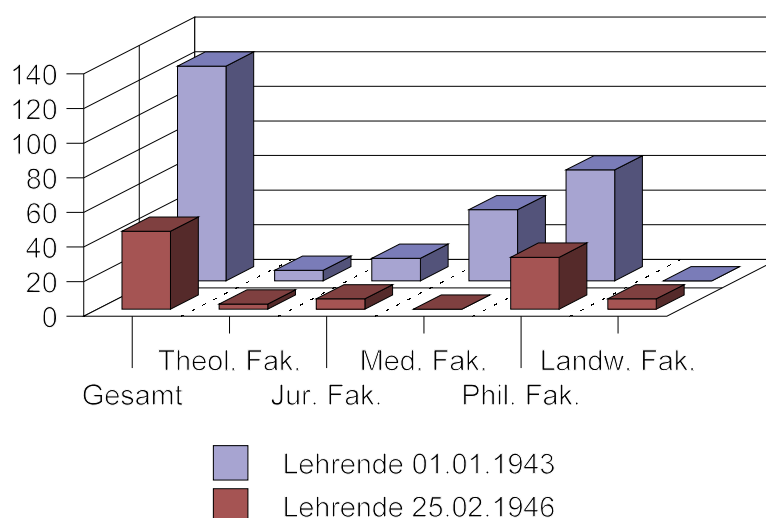


Tabelle und Diagramm 6
Philosophische Fakultät 1947/48 und 1943

Philosophische Fakultät	Gesamt	Professoren	Lehrbeauftragte	Dozenten	Vorl.beauftragte	Lektoren
Lehrende WS 1947/48	43	24	1	4	8	6
Davon bereits 1943 tätig	16	12	0	2	2	0

Phil. Fakultät 1947/48 und 1943



Die Juristische und die Landwirtschaftliche Fakultät werden hier nicht statistisch erhoben, da sich in ihren Reihen keine Lehrkräfte von vor 1945 befinden.

Die Tabellen 4, 5 und 6 machen deutlich, dass die alten Lehrkräfte, die bereits vor 1945 an der Universität gewirkt haben, vor allem in den höher gestellten Positionen – dies betrifft vor allem den Rang der Professoren – zu finden sind. Dies bringt uns zu einem bereits mehrfach angesprochenen und erläuterten Problem zurück: Eine gründliche Entnazifizierung konnte nicht ohne das Erliegen der wissenschaftlichen Infrastrukturen vonstatten gehen, weshalb es am Ende immer mehr Alteingesessenen gelang, in ihre vor 1945 besessene Stellung zurückzukehren. So gehörten der Rektor und die Dekane der Theologischen, der Philosophischen und der Medizinischen Fakultät ebenfalls zum Lehr- und Verwaltungspersonal, das bereits zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Rostock

gewirkt hatte. Es wird deutlich, dass es keinen rigorosen Austausch der Lehrkräfte gegeben hat. Dennoch ist es erforderlich noch genauer in der Betrachtung zu werden, da niemandem eine Nähe zum Regime Adolf Hitlers unterstellt werden soll.

Dabei ist es notwendig, die jeweilige Aktivität des einzelnen zur Zeit des Nationalsozialismus genauer zu betrachten. Hier bilden die durch die Entnazifizierungskommissionen vermerkten Begründungen im Falle von Anschuldigungen eine wesentliche Grundlage, wobei an dieser Stelle vier Punkte zu bemerken sind: (1) Es wurden von mir lediglich als sicher geltende Mitgliedschaften in der NSDAP oder einer der Organisationen, deren Mitglieder durch die Direktive 24 als vorbelastet und zu bestrafen gekennzeichnet sind, in die statistische Erhebung mit aufgenommen. (2) Ich habe keine Anschuldigungen über nationalsozialistisches Verhalten mit in den folgenden Teil der Arbeit fließen lassen, da aus der heutigen Perspektive nur eine Mitgliedschaft einen tatsächlichen und nachweisbaren Aussagewert besitzt und nicht die Aussage eines vermeintlichen Zeugen. (3) Ich habe nicht bei allen Mitgliedern des Lehrkörpers ermitteln können, welcher Art die gegen sie erbrachten Vorwürfe gewesen sind. Ihre Namen gehen aus mehreren Sammelschreiben der Entnazifizierungskommission hervor. (4) Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da nicht als sicher gilt, dass von den Entnazifizierungskommissionen alle Mitgliedschaften erfasst worden sind.

Dies ergibt folgendes Bild des Lehrkörpers der Universität zur Zeit des Wintersemesters 1947/48:

Theologische Fakultät

1. Prof. Quell (Dekan): Mitglied im Opferring der NSDAP seit 1934¹⁵³
2. Prof. Weiss¹⁵⁴

Landwirtschaftliche Fakultät

1. Prof. Petersen (Dekan): Mitglied der NSDAP seit 1943¹⁵⁵

Medizinische Fakultät

1. Prof. Kalbfleisch: Mitglied der NSDAP seit 1937
2. Prof. Holtz: Mitglied der NSDAP seit 1933

¹⁵³ Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. UAR, R10. o. Bl.

¹⁵⁴ Sammelschreiben der Entnazifizierungskommission vom 2. Januar 1948, in dem mehrere Personen als belastet geltend gemacht wurden, ohne genauere Gründe zu nennen. MLHA, MfV 2237. Bl. 128.

¹⁵⁵ Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. UAR, R10. o. Bl.

3. Prof. Brüning: Förderndes Mitglied der SS und Mitglied im Opferring der NSDAP
4. Prof. Rosenfeld: Förderndes Mitglied der SS seit 1933
5. Prof. Curschmann: Mitglied der NSV
6. Prof. Poppe: Mitglied der NSV, Mitglied des NS-Dozentenbundes, förderndes Mitglied der SS seit 1933
7. Prof. Comberg: Mitglied der NSV, Mitglied des NS-Dozentenbundes, förderndes Mitglied der SS seit 1933
8. Prof. Reinmöller: Mitglied der NSV, Mitglied des NS-Dozentenbundes, förderndes Mitglied der SS seit 1933
9. Prof. Wachholder: Förderndes Mitglied der SS seit 1933¹⁵⁶ und Mitglied im NS-Dozentenbund¹⁵⁷

Philosophische Fakultät

1. Prof. Schneeweis: Beantragte 1939 die Aufnahme in die NSDAP
2. Prof. Josef Spek: Förderndes Mitglied der SS
3. Prof. Langenbeck: Mitglied der NSDAP seit 1937 und Mitglied der SA seit 1934 (er bekleidete die Funktion eines „Rottenführers“) und Mitglied des NS-Dozentenbundes seit 1937
4. Prof. Herz: Mitglied der NSDAP seit 1938
5. Prof. Schubert: Mitglied der HJ von 1935-1937
6. Prof. Brinkmann
7. Prof. Kunze
8. Prof. Brummer
9. Dozent Hobohm: Mitglied des NS-Studentenbundes von 1937 bis 1938
10. Lektor Lindh¹⁵⁸
11. Prof. Falckenberg: Mitglied des NSFK¹⁵⁹
12. Prof. Gerstenberg: Mitglied der NSDAP seit 1937
13. Prof. Bröcker: Mitglied der NSDAP seit 1941 und Mitglied der SA zwischen 1933 und 1935¹⁶⁰

¹⁵⁶ Alle Informationen über die Lehrbeauftragten der Medizinischen Fakultät beziehen sich auf den Aktentitel: Ebd.

¹⁵⁷ Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. UAR, R2153. o. Bl.

¹⁵⁸ Alle Informationen über die neun über dieser Fußnote stehenden Lehrbeauftragten beziehen sich auf den Aktentitel: MLHA, MfV 2237. Bl. 128.

¹⁵⁹ Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. UAR, RIII, 3. o. Bl.

¹⁶⁰ Alle Informationen zu den Lehrbeauftragten Gerstenberg und Bröcker beziehen sich auf den Aktentitel: UAR, R2148. o. Bl.

14. Prof. Teuchert: Mitglied des NS-Opferrings für kurze Zeit¹⁶¹ und der KSV¹⁶²
15. Prof. Kleinknecht: Anwärter der SA im Jahre 1933
16. Prof. Bauch: Förderndes Mitglied der SS seit 1933¹⁶³

Interessant ist die Tatsache, dass insgesamt elf der hier aufgeführten belasteten Personen nicht bereits schon vor 1945 zum Lehrkörper der Universität Rostock gehört haben, sondern als Ersatz für belastete Lehrkräfte an die Universität geholt worden sind (nach Fakultäten aufgesplittet: eine an der Theologischen Fakultät, eine an der Medizinischen Fakultät, acht an der Philosophischen Fakultät und logischerweise die einzige an der 1943 noch nicht existierenden Landwirtschaftlichen Fakultät verdächtige Person ebenfalls). Dies macht zum wiederholten Male deutlich, wie schwer es gewesen ist, adäquaten Ersatz für die durch die Entnazifizierung Entlassenen zu finden.

Die Tabelle 7 zeigt, dass über 32% der Lehrkräfte, die zur Zeit des Abschlusses der Entnazifizierung im Wintersemester 1947/48 an der Universität tätig waren, im Zuge des drei Jahre andauernden Entnazifizierungsprozesses entweder durch die universitätseigene oder durch die von politischer Seite aus gesteuerte Entnazifizierungskommission nach der Auslegung der Direktive 24 beschuldigt worden waren (nach Fakultäten aufgesplittet: 40% an der Theologischen Fakultät, 0% an der Juristischen Fakultät, 42,9% an der Medizinischen Fakultät, 37,2% an der Philosophischen Fakultät und 10% an der Landwirtschaftlichen Fakultät). Lediglich vier von den Beschuldigten trugen keinen Professorentitel.

Es bleibt am Ende festzuhalten, dass die Entnazifizierung für die Universität in erster Instanz tatsächlich eine Zäsur bedeutet hat, die auf einen von Rienäcker prospektierten „Neubeginn“ ohne nationalsozialistische Schatten aus der Vergangenheit hoffen lassen konnte. Tragischerweise erhielt jedoch die Kontinuität alter Strukturen schleichenden Eingang an der Universität Rostock, indem nach und nach alte Mitglieder des Lehrkörpers hierher zurückkehrten, sodass in zweiter Instanz von einer gescheiterten Bereinigung des Lehrkörpers gesprochen werden muss.

¹⁶¹ Auflistung der politisch belasteten Professoren der Universität Rostock. MLHA, MfV 2237. Bl. 132.

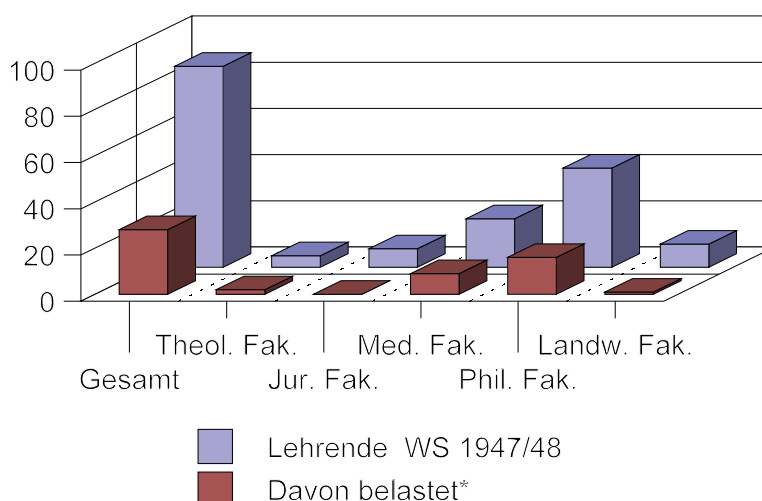
¹⁶² Von der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns verlangte Übersicht über die Tätigkeit zur Zeit des Nationalsozialismus. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 30.

¹⁶³ Alle Informationen zu den Lehrbeauftragten Kleinknecht und Bauch beziehen sich auf den Aktentitel: UAR, R10. o. Bl.

Tabelle und Diagramm 7
Lehrende WS 1947/48 und NS-Belastete*

	Gesamt	Theol. Fak.	Jur. Fak.	Med. Fak.	Phil. Fak.	Landw. Fak.
Lehrende WS 1947/48	87	5	8	21	43	10
Davon belastet*	28	2	0	9	16	1

Lehrende WS 1947/48



* Belastet durch die Entnazifizierungskommission.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Kontinuität hatte vor allem die Wiedereröffnung der Medizinischen Fakultät, wobei auch das Anwachsen des Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät diese Tendenz unterstützte. Die Gründe für dieses Unterwandern der Entnazifizierung sind zahlreich und führen alle auf das bereits altbekannte Kernproblem zurück: Die Rostocker Hochschule hätte wohl kaum einen angemessenen Lehrbetrieb garantieren können, wenn die Entnazifizierung nicht deutlich zurückgenommen worden wäre. Hinzu kam, dass die neuen Machthaber schnell feststellen mussten, dass die so genannte „neue Intelligenz“¹⁶⁴ noch lange nicht verfügbar war, sodass ihr Vorhaben, die Lehrstühle mit Personen zu

¹⁶⁴ Handschuck (2003). S. 54.

besetzen, die ein „scharfes demokratisches Profil“¹⁶⁵ vorweisen konnten, schlichtweg scheiterte. Die ebenfalls in der Anfangszeit des Lehrbetriebes vorgenommenen Einstellungen von Schullehrern zur Kompensation des entstandenen Vakuums scheint ebenfalls gescheitert zu sein. Zum Wintersemester 1947/48 war ein Großteil dieser Lehrkräfte bereits wieder in den niederen Schuldienst zurückgekehrt. Es sollte ein schrittweises Umdenken die Entnazifizierung betreffend stattfinden, welches schnell die Tendenz offenbarte, von der Entnazifizierungskommission belastete Lehrkräfte doch zu rehabilitieren.

4. Professor Dr. Hermann Teuchert Ein Fallbeispiel zur Entnazifizierung

4.1 Kurz-Biografie und wissenschaftliches Schaffen Hermann Teucherts

Als am 15. Dezember 1954 der Dekan der Philosophischen Fakultät Professor Dr. Werner Hartke in der Aula des Rostocker Universitätshauptgebäudes Teuchert in seiner Laudatio anlässlich dessen Abschiedsvorlesung als „Gelehrten“ würdigte, blickte dieser auf 34 Jahre wissenschaftliches Arbeiten an der Universität Rostock zurück.¹⁶⁶ Teuchert galt als „Meister der Mundartkunde“¹⁶⁷ und Dr. Jürgen Gundlach bezeichnete in seinem Nachruf vom 11. Februar 1972 den 52 Jahre zuvor erfolgten Ruf Teucherts auf den neu gegründeten Lehrstuhl für niederdeutsche Sprache und Literatur als „bedeutsame Entscheidung“¹⁶⁸. Dabei schien jedoch die Wahl bei der Besetzung der Stelle nicht zuerst auf Teuchert zu fallen. Doch nachdem der Heidelberger a.o. Professor Neckel lieber einem Ruf nach Berlin folgte und der bereits als großer Volkskundler und Feldforscher geschätzte Richard Wossidlo den Ruf aufgrund seines fortgeschrittenen Alters an die Universität, die er 37 Jahre zuvor als Student verlassen hatte, abgelehnt hatte, musste die Philosophische Fakultät neu entscheiden.¹⁶⁹ Dabei spielte eine Rolle, dass die

¹⁶⁵ Zitiert nach Ebd. S. 56.

¹⁶⁶ Ansprache des Dekans der Philosophischen Fakultät Professor Dr. Werner Hartke anlässlich der Abschiedsvorlesung Hermann Teucherts vom 15. Dezember 1954. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 1.

¹⁶⁷ Nachruf auf Hermann Teuchert in der Wochenbeilage der Neuen Deutschen Zeitung, den *Nordeutsch[en] Leuchtturm* vom 11. Februar 1972. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 3.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Überlegungen der Philosophischen Fakultät zur Einrichtung eines neuen Lehrstuhls am Institut der Germanistik. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 5.

Philosophische Fakultät „schon seit Jahren den Wunsch [hegte], das deutsch-philologische Lehrfach zu erweitern und zwar mit der Rücksicht auf die örtlichen besonderen Verhältnisse durch Ausdehnung auf das niederdeutsche und nordische Gebiet.“¹⁷⁰ Der aus dieser Diskussion resultierende Konsens stellte das nordische Element zurück und brachte die erste ordentliche Professur für die niederdeutsche Sprache und Literatur sowie zwei neue Anwärter auf die vakante Stelle mit sich: den in Stralsund geborenen Otto Bremer und den mit 40 Jahren noch vergleichsweise jungen Hermann Teuchert.¹⁷¹ Die Wahl sollte auf den am 3. März 1880 in Loppow, Kreis Landsberg (Warthe), geborenen und nun in Berlin tätigen Gymnasiallehrer Teuchert fallen.

Teuchert selbst galt als wissenschaftlich anerkannt, denn er hatte bereits wesentlichen Anteil an der Entstehung des *Brandenburgischen* und *Rheinischen Wörterbuchs*, sodass die Philosophische Fakultät der Universität Rostock „den trefflichen Gelehrten baldmöglichst aus dem Schuldienst für die Wissenschaft zu gewinnen“¹⁷² wünschte. Zudem hatte Teuchert bereits im Jahre 1913 die Leitung der *Zeitschrift für deutsche Mundart* übernommen und auch seine Sozialisation und Herkunft dürften bei seiner Wahl einen entscheidenden Faktor gespielt haben. Als Sohn eines brandenburgischen Bauern war er von Geburt an Niederdeutscher und schien sich „zur Erforschung des Plattdeutschen hingezogen“¹⁷³ gefühlt zu haben. Ein bereits bei der Stellenausschreibung festgelegter Schwerpunkt der wissenschaftlichen Tätigkeit sollte später zu Teucherts Lebenswerk werden: Die Erstellung des Mecklenburgischen Wörterbuchs, welche auf der Basis der von Wossidlo in den vergangenen Jahren gesammelten Informationen geschehen sollte. Teucherts Ernennung zum ordentlichen Professor erfolgte am 15. September 1920, seinen Dienst trat er zum 1. Oktober desselben Jahres an.¹⁷⁴

Teucherts wissenschaftliches Schaffen umfasst zwei Monografien, 69 Aufsätze, Abhandlungen beziehungsweise gedruckte Vorträge und 228 Buchbesprechungen. Hinzu kam seine oben bereits erwähnte Tätigkeit für die Wörterbücher, wobei er vor allem die Erstellung des *Mecklenburgischen Wörterbuchs* bis zum vor-vorletzten, dem fünften Band, maßgeblich bis in das hohe Alter von 90 Jahren vorantrieb. Dennoch sollte das Hauptgebiet seines Schaffens immer die branden-

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Schreiben des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an die Verwaltungsbehörde für Finanzen der Universität in Rostock vom 15. September 1920. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 17.

burgische Sprachlandschaft bleiben, was sich auch anhand seiner zwei Monografien verdeutlichen lässt.¹⁷⁵

Seit der Emeritierung Professor Golthers 1934 besetzte Teuchert zusätzlich den Lehrstuhl für deutsche Sprachen und ältere deutsche Literatur. Zudem war er seit 1946 Direktor der Abteilung für deutsche Sprache und altdeutsche Literatur sowie der Abteilung für Niederdeutsch und Niederländisch und der Abteilung Sprechkunde des Germanistischen Instituts der Universität Rostock. Unter den zahlreichen Auszeichnungen, die Teuchert erhielt, waren der Brüder-Grimm-Preis der Universität Marburg (1954), der Nationalpreis 1. Klasse der DDR (1961) und die Ehrendoktorwürde der Universität Rostock (1970).¹⁷⁶

Teuchert war seit 1909 mit Änni Jahn verheiratet und hatte fünf Söhne und eine Tochter, wobei jedoch ein Sohn im Kindesalter verstarb und ein Sohn 1939 in Polen an der Front fiel. Am 13. Januar 1972 verstarb Hermann Teuchert im Alter von 92 Jahren in Heidelberg.

Gundlach charakterisiert Teuchert in seinem Nachruf¹⁷⁷ als jemanden, der „großes und tiefes Wissen“ besaß, „sich immer die äußerste Anspannung abverlangte und niemals Halbheiten duldete“. Tatsächlich scheint diese Beschreibung Teucherts zu stimmen. Die Genauigkeit, die er bei seinen Abrechnungen¹⁷⁸ bezüglich seines Umzuges aus Berlin in den Rostocker Meisenweg walten ließ, scheint sich auch in seiner wissenschaftlichen Lehre niedergeschlagen zu haben, wie uns genaue Überlegungen zu seinen Vorlesungen zum Sommersemester 1946 zeigen.¹⁷⁹ Gleiches scheint für das wissenschaftliche Arbeiten zu gelten, was aus dem intensiven Briefwechsel zwischen Teuchert und Richard Wossidlo hervorgeht.¹⁸⁰

¹⁷⁵ Teuchert, Hermann: Laut- und Flexionslehre der neumärkischen Mundart. Phil. Diss. Berlin 1907. und Teuchert, Hermann: Die Sprachreste der niederländischen Siedlungen des 12. Jahrhunderts. Neumünster 1944.

¹⁷⁶ Auflistungen der Aufzeichnungen, die Teuchert für sein wissenschaftliches Schaffen erhalten hat vom 15. Oktober 1964. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 20.

¹⁷⁷ Nachruf auf Hermann Teuchert vom 11. Februar 1972 im *Norddeutsch[en] Leuchtturm*. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 3.

¹⁷⁸ Abrechnungen Hermann Teucherts seinen Umzug nach Rostock betreffend. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 26, 27, 31, 32, 33.

¹⁷⁹ Überlegungen Teucherts zu einer dreistündigen Hauptvorlesung mit dem Titel *Grammatik der neuhochdeutschen Schriftsprache nebst einer Einführung in das Mittelhochdeutsche* im Sommersemester 1946. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 38-41.

¹⁸⁰ Briefe von Teuchert an Wossidlo und von Wossidlo an Teuchert. WA RW – M/XV. o. Bl.

4.2 Hermann Teuchert und die Entnazifizierung an der Universität Rostock

Hermann Teucherts Schicksal, das ihn in den Jahren 1945 bis 1949 ereilte, mag als Beispiel für das komplizierte Entnazifizierungsverfahren an der Universität Rostock gelten. Hierbei soll vor allem erörtert werden, welche Angaben zu welchem Zeitpunkt und gegenüber wem gemacht werden mussten, welche Probleme die Entnazifizierung im Einzelfall mit sich bringen konnte und wie sie alltagsgeschichtlich auf die Betroffenen und deren Umfeld gewirkt hat.

Wie bereits erwähnt, begann die universitätseigene Entnazifizierung sehr früh. Teuchert kam bereits am 17. Mai 1945 der Aufforderung des Rektors Wachholder nach, einen genauen Lebenslauf vorzulegen.¹⁸¹ Die Angaben zur Erstellung des Lebenslaufes, die die Leitung der Universität dem Lehrpersonal mit auf den Weg gegeben hatte, waren jedoch nicht so präzise, dass die Betroffenen die Funktion dieser Aufforderung erkennen konnten. So berichtete Teuchert zwar ausführlich über seine Herkunft, seinen schulischen Werdegang, sein Studium, seine berufliche Tätigkeit, seinen Lebensstand, seine militärische Laufbahn und sein wissenschaftliches Schaffen, hält sich aber im Hinblick auf seine Einstellung gegenüber der NSDAP sehr kurz. Er gibt an „[v]or 1933 habe ich [Hermann Teuchert] keiner Partei angehört.“ Natürlich reichte diese Information nicht aus, sodass es anscheinend zu einer Nachfrage kam, die handschriftlich in der Akte bei seinem Lebenslauf festgehalten wurde. Teuchert musste daraufhin den Lebenslauf überarbeiten. Er ergänzte handschriftlich „[...] und bin nicht Mitglied der NSDAP gewesen“. Die logische Folge war, dass Teuchert von der universitätseigenen Entnazifizierungskommission mit dem „einstimmige[m] Entschluß“ entlastet wurde und im Amt verbleiben konnte.¹⁸²

Am 23. Juli desselben Jahres musste sich Teuchert zum ersten Mal gegenüber der neu formierten Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns äußern.¹⁸³ Dabei wurden Angaben über ein eventuelles Eintrittsdatum in die NSDAP, die eventuelle Aktivität innerhalb der Partei Adolf Hitlers und eventuelle Zugehörigkeiten und Tätigkeiten in einer der Gliederungen der Partei oder der ihr angeschlossenen Verbände erfragt. Interessant an dieser Forderung von genauen Angaben sind zwei Punkte: Erstens lässt das Datum erkennen, dass es folglich schon vor dem am 30. August 1945 erfolgten Versuch Warnkes, die Entnazifizierung zu vereinheitlichen, durchaus erste politisch geregelte Entnazifizierungs-

¹⁸¹ Lebenslauf Hermann Teucherts vom 17. Mai 1945. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 21.

¹⁸² Beschluss der universitätseigenen Entnazifizierungskommission über Hermann Teuchert vom 31. Juni 1945. UAR, RIII, 10, o. Bl.

¹⁸³ Von der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns verlangte Übersicht über die Tätigkeit zur Zeit des Nationalsozialismus. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 30.

bestrebungen gegeben hat. Zweitens wird deutlich, dass es schon früh ein Interesse an politischen Tätigkeiten auch außerhalb der Partei gegeben hat. Es wurden jetzt Mitgliedschaften in Organisationen beziehungsweise Verbänden wie der SA, der SS, dem NSFK, der HJ, dem NS Dozenten- und Studentenbund, dem Ärztebund oder der NSV registriert. Teuchert, der sowohl Mitglied im NS-Dozentenbund wie der NSV gewesen war, geht auf die als Beispiele aufgeführten Vereinigungen ein und gibt seine Teilnahme zu. Er verschweigt jedoch seine zeitweilige Mitgliedschaft im Opferring der NSDAP, nach der in diesem Dokument auch nicht ausdrücklich gefragt wird. Dies bedeutet, dass es eine erste sehr strikte Erfassung der Aktivitäten des Einzelnen gegeben hat, die in ihrem Umfang über die im Potsdamer Abkommen getroffenen Vorschriften zur Entnazifizierung hinausging und somit auch strenger geregelt war als die von der Universität vorgenommene Entnazifizierung, bei der es vor allem auf die Parteimitgliedschaft angekommen war.

Eine für die weitere Darstellung des Fallbeispiels wichtige Entscheidung wurde, wie bereits oben erwähnt, in dem Ergänzungsantrag zum Befehl Nr. 50 der SMAD gefällt. Aus diesem geht hervor, dass die Entnazifizierung den Provinz- und Landesverwaltungen zugeordnet werden sollte. Die Folge dieses Befehls war nicht nur, dass damit die Entnazifizierung des universitären Lehrkörpers der Kompetenz der Stadt übergeben wurde, sondern dass dadurch ein Chaos an Kompetenzzuweisungen entstand. So waren folglich direkt vor Ort die Landes- und Provinzverwaltungen mit dem zu leistenden Aufwand betraut, aber auch die anderen politischen Instanzen sollten sich weiterhin in das entstehende Verwirrspiel mit einbringen. Auf den Punkt gebracht bedeutete dies, dass das Lehrpersonal der Universität durch fünf Instanzen entnazifiziert wurde: (1) der Universitätsleitung, die vor allem zu Beginn durch die Feststellung der Parteimitgliedschaft eine Beseitigung von vermeintlichen Schuldigen betrieb, sich aber ständig dem Wechselspiel zwischen Aufrechterhaltung des Lehr- und Forschungsbetriebs und der Entnazifizierung ausgesetzt sah, (2) der neu gegründeten Landesverwaltung, die zwischen dem Wunsch nach Selbstständigkeit und den Befehlen der Besatzungsmacht schwankte, (3) der SMAM, die sich jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur (4) SMAD befand, der ein Überblick über den zu leistenden Verwaltungsaufwand komplett fehlte und (5) den nun neu in die Entnazifizierung eingebundenen Provinz- und Landesregierungen – in unserem Beispiel die Stadt Rostock –, deren Kompetenzfeld jedoch vorerst nicht deutlich abgesteckt wurde, wie es bei von der SMAD ausgehenden Zuweisungen und Befehlen doch häufig der Fall war.

Bevor jedoch die Entnazifizierung weiter betrieben werden konnte, war es nötig, dass die noch vorhandenen Strukturen erfasst wurden. Dazu musste jedes Mitglied des Lehrpersonals einen so genannten „Persönlichen Fragebogen eines

Wissenschaftlers“ ausfüllen.¹⁸⁴ Dieser erfasste keine Mitgliedschaften in Organisationen zur Zeit des Nationalsozialismus, sondern war einzig und allein auf den wissenschaftlichen Wert des einzelnen – wie Warnke sie in seinem Rundschreiben vom 30. August nennt – „Spezialist[en]“ gerichtet. Es ist anzunehmen, dass dieser Fragebogen eine erste Reaktion der politischen Seite auf die Problematik des entstehenden Vakuums an fachlich versiertem Personal gewesen ist, wie Warnke sie ja bereits in seinem Rundschreiben eingestanden und folglich dessen Beseitigung gefordert hatte. Der Fragebogen richtete sich nach der „im Laufe der wissenschaftlichen Tätigkeit erworbenen Spezialität“, dem „wissenschaftlichen Rang“, den Veröffentlichungen, der Zugehörigkeit zu wissenschaftlichen Gesellschaften und dem Umfang der Lehrtätigkeit. Wie groß der Mangel an geeignetem Lehrpersonal an den Universitäten gewesen ist, zeigt ein Schreiben, welches die Leitung der Universität Rostock von der Berliner Hochschule am 14. Dezember 1945 erhalten hatte. Die etwas mehr als einen Monat vor ihrer Wiedereröffnung stehende Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, erkundigte sich, ob Teuchert Mitglied der NSDAP gewesen sei.¹⁸⁵ Dies macht deutlich, wo der Schwerpunkt bei der Suche nach geeignetem Personal gelegen hat: Es sollte primär politisch unbelastet sein. Der Dekan der Philosophischen Fakultät Hohl schloss jedoch einen Wechsel Teucherts nach Berlin kategorisch aus, da es sich bei ihm um den einzigen noch verbliebenen Hochschullehrer des Germanistischen Instituts handelte.¹⁸⁶

Wie dünn die Personaldecke zu dieser Zeit war, erfuhr Teuchert auch auf anderem Wege. Der Rektor Rienäcker setzte ihn am 6. Juni 1946 vertretungsweise als Leiter des Seminars für neuere deutsche Literaturgeschichte und für das Schwedische Seminar ein.¹⁸⁷

Am 10. Oktober 1946 schien der Entnazifizierungsprozess für Professor Teuchert beendet, denn er wurde durch die SMAM auf seinem Posten bestätigt¹⁸⁸. Nun hätte er in Ruhe seinen Tätigkeiten in wissenschaftlicher Forschung und Lehre nachgehen können, wenn die politischen Instanzen nicht parallel nebeneinander gearbeitet hätten. So sollte sich die Situation für Teuchert etwa acht Monate später aufs Unangenehmste verschärfen. Der Dekan der Philosophischen

¹⁸⁴ Persönlicher Fragebogen eines Wissenschaftlers. Ausgefüllt von Hermann Teuchert am 11. September 1945. Ebd. Bl. 26.

¹⁸⁵ Anfrage der Friedrich-Wilhelms-Universität an den Dekan der Philosophischen Fakultät Hermann Teuchert betreffend. Ebd. Bl. 33.

¹⁸⁶ Absage des Dekans an die Friedrich-Wilhelms-Universität Hermann Teuchert betreffend. Ebd. Bl. 37.

¹⁸⁷ Ebd. Bl. 42.

¹⁸⁸ Bestätigung Teucherts auf seinem Lehrstuhl durch die SMAM am 23. März 1946. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. V, Bl. 100.

Fakultät Hohl hatte zwar am 13. Januar 1947 gegenüber der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock betont, dass Teuchert „parteilos“ und als „Spezialist für altdeutsche Mundarten“ unentbehrlich für die Universität Rostock sei¹⁸⁹, doch war unabhängig davon die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock am 6. Juni zu der Entscheidung gekommen, dass Teuchert zu entlassen sei.

Es handelt sich hier [gemeint sind die Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Rostock, die laut Beschluss der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock zu entlassen seien] um die 25 ehemaligen Mitglieder faschistischer Organisationen, die Sie [die Verwaltung der Universität Rostock] unsumamentlich aufgaben und um Herrn Professor Dr. Teuchert. Nach gründlicher Überprüfung faßte die Kommission folgenden Beschluß: [...] Nach Artikel 11 der Direktive Nr. 24 müssen folgende Professoren aus dem Lehrkörper ausscheiden und sofort entlassen werden: [...] 2. Professor Teuchert, geb. 3.3.80, Professor der Philosophischen Fakultät.¹⁹⁰

Der Artikel 11 der am 12. Januar 1946 erlassenen Direktive beschäftigte sich mit den Personen, die „nach Ermessen“ aus ihren Ämtern zu entlassen seien. Darunter fallen „Personen, die voraussichtlich undemokratische Traditionen verewigen würden“, wie zum Beispiel „Berufsoffiziere der Deutschen Wehrmacht“ und „Personen, die die preußische Junkertradition verkörpern“.¹⁹¹ Professor Teuchert ist aufgrund seines Lebenslaufes in keine dieser Gruppen eindeutig einzuordnen, sodass sich die Frage nach der Entscheidungsgrundlage stellt. In den von der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock gemachten Vorwürfen wurde folgende Anschuldigung festgehalten:

Professor Dr. Teuchert hat bei Schanzarbeiten vor den Toren Rostocks unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß Fremdarbeiter [sic.] eine Menschenklasse darstellten, die mit deutschen Menschen nichts gemeinsam hätten. Teuchert spricht allen Angehörigen fremder Rassen und fremder Völker alle selbstverständlichen Rechte ab. Es ist der Kommission bekannt, daß politisch organisierte Professoren in der Nazizeit jetzige Betriebsratsmitglieder vor Teuchert warnten und diese aufforderten, in Unterhaltungen mit Teuchert vorsichtig zu sein. Obgleich Teuchert nicht eingeschriebenes

¹⁸⁹ Charakterisierung Hermann Teucherts durch den Dekan der Philosophischen Fakultät Ernst Hohl vom 13. Januar 1947. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 25.

¹⁹⁰ Anschuldigung der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vom 6. Juni 1947. UAR, RIII, 10, o. Bl.

¹⁹¹ Direktive 24. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 5). 31. März 1946. S. 98-115. S. 112f.

*Mitglied der Nazipartei war, wurde er als großer Parteianhänger und Denunziant angesehen. Nach Artikel 11 der Direktive Nr. 24 macht die Ausmerzung des Nationalsozialismus es erforderlich, daß Personen, die voraussichtlich undemokratische Traditionen verewigen würden, von allen richtungsweisenden und einflußreichen Stellungen zu entfernen und auszuschließen sind.*¹⁹²

Die hier gegen Teuchert angebrachten Vorwürfe und der Befehl der sofortigen Entlassung stehen in einem klaren Gegensatz zu der am 10. Oktober 1946 durch die SMAM erfolgten Bestätigung Teucherts, was einmal mehr das Verwaltungschaos verdeutlicht. Wer die hier gegen Teuchert vorgebrachten Vorwürfe an die Entnazifizierungskommission übermittelt hat, bleibt unklar. Dennoch muss betont werden, dass Denunziation eine für viele sehr willkommene Möglichkeit gewesen ist, unliebsame Personen aus dem Weg zu schaffen. Als problematisch ist zudem die Einordnung Teucherts in die unter Artikel 11 der Direktive Nr. 24 genannte Personengruppe zu sehen. Bedenkt man, dass die Rostocker Professoren Gottfried Quell und Hermann Kleinknecht im gleichen Schreiben trotz nachgewiesener Mitgliedschaft beziehungsweise Anwärterschaft in nationalsozialistischen Organisationen ohne die Nennung von Gründen von der Entnazifizierungskommission als „politisch entlastet“ eingestuft worden sind, da sie „nicht unter [die] Direktive Nr. 24 [fallen]“, drängt sich der Verdacht der Willkür auf. Dieser wird verstärkt, wenn es im Folgenden heißt: „Die übrigen Professoren, die der NSDAP, der SA und anderen faschistischen Organisationen angehörten, können vorläufig nach Artikel 6 der Direktive Nr. 24 im Dienst verbleiben“. In Artikel 6 der Direktive Nr. 24 ist folgender Passus zu finden, auf den sich die Entnazifizierungskommission in diesem Fall beruft:

*Personen, die in dem Ermessen unterliegende Kategorien fallen, sollen jedoch nur dann in ihren Stellungen belassen werden, wenn anderes geeignetes Personal nicht zur Verfügung steht und nur so lange, bis anderes geeignetes Personal verfügbar wird.*¹⁹³

Es ist verwunderlich, dass eine solche Ausnahmeregelung zwar für den Großteil der von den Anschuldigungen der Entnazifizierungskommission betroffenen Mitglieder des Lehrkörpers gilt, nicht aber im Falle Teucherts, der als einziger verbliebener Germanist, so Dekan Hohl in seinem Schreiben an die Berliner

¹⁹² Anschuldigung der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vom 6. Juni 1947. UAR, RIII, 10, o. Bl.

¹⁹³ Direktive 24. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 5). 31. März 1946. S. 98-115. S. 101.

Friedrich-Wilhelms-Universität, für die Universität Rostock nicht zu entbehren war.¹⁹⁴

Es überrascht nicht, dass eine Reaktion von Seiten der Universität nicht lange auf sich warten ließ. Acht Tage später beschwerte sich Rektor Rienäcker bei der DVV über die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock.¹⁹⁵ Er monierte, dass er bereits in einem der Landesverwaltung übermittelten Schreiben Stellung zu den von der städtischen Entnazifizierungskommission nun angeschuldigten Professoren bezogen und diese als politisch unbelastet bewertet habe. Rienäcker stellt fest, dass „eine generelle nicht zustimmende Einstellung der Entnazifizierungskommission zu den von mir [Rienäcker] seit der Wiedereröffnung der Universität getroffenen Maßnahmen zur Wiederaufstellung eines unter den heutigen Verhältnissen einigermaßen ausreichenden Lehrkörpers“ bestehe. Dieser Versuch Rienäckers, seinen Kompetenzbereich in Sachen Entnazifizierung abzustecken, ist als eine Reaktion auf das allgemeine Kompetenzwirrwarr bei der Entnazifizierung zu verstehen. Rienäcker sah sich in seiner Argumentation übergangen und stellte deshalb heraus, dass er zu den erstellten Gutachten stehe. Rienäckers Schreiben zeigte Wirkung, und es erfolgte eine Stellungnahme der Landesverwaltung am 27. Juni 1947¹⁹⁶, in der Gottfried Grünberg der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vorwarf, „ihre Befugnisse weit überschritten zu haben“. So seien „alle Professoren [...] mit der Genehmigung zentraler Instanzen eingestellt [worden] und können nur mit deren Genehmigungen entlassen werden. Die Kommission ist nicht berechtigt, Entlassungen von Hochschullehrern anzuordnen“. Des Weiteren heißt es, dass die Kommission „nicht einzelne Personen als politisch entlastet“ erklären könne, da sie keine Spruchkammer sei. Sie könne die Universität allenfalls als „öffentliche Einrichtung entnazifizieren und dabei ihre Meinung aussprechen“. Zudem wies Grünberg auf die Problematik der Erhaltung des Lehrbetriebs hin. Hier heißt es: „Ich [Grünberg] vermisste bei der Entlassungsforderung von einigen Professoren konkrete Vorschläge, wie Ihrer Meinung nach die Universität aufrechtzuerhalten ist“. Grünbergs Schreiben schließt mit dem Satz: „Ich kann nicht annehmen, dass die Kommission sich diese Frage nicht überlegt hat“, dem ein süffisanter Unterton deutlich zu entnehmen ist.

Grünbergs Schreiben bedeutete, dass eine Entlassung Teucherts vorerst nicht vorgesehen war, und dass damit im Grunde genommen der Entnazifizie-

¹⁹⁴ Absage des Dekans an die Friedrich-Wilhelms-Universität Hermann Teuchert betreffend. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 37.

¹⁹⁵ Beschwerde Günther Rienäckers beim Ministerium für Volksbildung am 14. Juni 1947 über die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock. LHAS, MfV 2237. Bl. 90.

¹⁹⁶ Schreiben der Landesregierung an die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock als Reaktion auf das Schreiben Rienäckers vom 14. Juni 1947. LHAS, MfV 2237. Bl. 92.

rungskommission der Stadt Rostock jegliche Entscheidungsgewalt abgesprochen wurde. Diese habe – so Grünberg – lediglich die Kompetenz, den Verbleib oder die Entlassung des Lehrpersonals vorzuschlagen und müsse daher die Entscheidungen der Landesregierung über ihre Beurteilung des Rostocker Lehrpersonals abwarten. Grünbergs Schreiben blieb nicht unbeantwortet: Der Bürgermeister der Stadt Rostock, der gleichzeitig Vorsitzender der dortigen Entnazifizierungskommission war, bemerkte in einem an Grünberg gerichteten Schreiben vom 16. Juli 1947, dass die Landesregierung nicht „berechtigt ist, in das Entnazifizierungsverfahren einzugreifen, und daß die Beschlüsse der [städtischen] Entnazifizierungskommission maßgebend sind“¹⁹⁷.

Die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock, die Landesbehörde und die SMA sollten auch in der folgenden Zeit aneinander vorbei arbeiten und auf ihrer jeweiligen Vormachtstellung beharren, sodass davon auszugehen ist, dass es zu keiner Aussprache beziehungsweise deutlichen Kompetenzzuweisung von Seiten der Besatzungsmacht gekommen ist.

Am 30. Juli 1947 wurde Teuchert auf Befehl der SMA erneut in seinem Amt bestätigt¹⁹⁸, was jedoch nicht das Ende der Auseinandersetzung um seine Person bedeuten sollte. Die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock hatte sich durch Grünbergs Einwände nicht beirren lassen und ihre Arbeit weiter verfolgt, sodass sie lediglich zwei Monate später Anfang Oktober bei der Universität Rostock nachfragte, „inwieweit der Beschluss [gemeint ist der Beschluss vom 6. Juni] zur Durchführung gelangt ist“.¹⁹⁹ Kurator Schlesinger verwies auf Grünbergs Schreiben vom 27. Juni, mit dem er der städtischen Entnazifizierungskommission alle Befugnis abgesprochen hatte und machte der DVV Meldung.²⁰⁰ Dennoch beharrte die Rostocker Entnazifizierungskommission auf ihrem Standpunkt und verschärfte die Maßnahmen gegen Professor Teuchert. Da sie eine Entlassung nicht aussprechen konnte, beschloss sie, mit der Hilfe des Wohnungsamtes Teucherts Villa im Meisenweg zu beschlagnahmen und seine Möbel zu konfiszieren.²⁰¹ Rienäcker reagierte umgehend und sandte am 12. Dezember 1947

¹⁹⁷ Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Rostock an die Landesregierung Mecklenburgs, Ministerium für Volksbildung, vom 16. Juli 1947. LHAS, MfV 2237. Bl. 95.

¹⁹⁸ Bestätigung des Lehrkörpers durch die SMA vom 30. Juli 1947. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. V, Bl. 102.

¹⁹⁹ Reaktion Schlesingers auf die Anfrage der Entnazifizierungskommission „inwieweit der Beschluss [gemeint ist der Beschluss vom 6. Juni] zur Durchführung gelangt ist“. LHAS, MfV 2237. Bl. 107.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Reaktion Rienäckers auf den Beschluss der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vom 6. Dezember 1946 die Wohnung und Möbel Hermann Teucherts zu konfiszieren. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 62f.

ein Schreiben an den Oberbürgermeister,²⁰² in dem er eine doppelte Strategie verfolgte. Zum einen – und das mag kaum überraschen – betont er, dass er die städtische Entnazifizierungskommission nicht als die für die Universität verantwortliche Instanz sehe, sondern „die Landeskommission in Schwerin für die Universität zuständig ist“. Zum anderen beruft er sich auf den Befehl 201, in dem es heißt, dass ein Beschluss der Entnazifizierungskommission nur dann Gültigkeit besitze, wenn der Beschuldigte persönlich bei der Verhandlung anwesend gewesen sei. Rienäcker hebt hervor, dass Hermann Teuchert jedoch nicht vorgeladen worden sei und betont:

Als Rektor der Universität kann ich daher sowohl den Beschluß der Entnazifizierungskommission Rostock betr. Herrn Professor Teuchert als auch den Beschluß des Wohnungsamtes vom 6. Dezember 1947 nicht für rechtsgültig halten, Herr Professor Teuchert wird Einspruch dagegen erheben und ich werde als Rektor der Universität diesen Einspruch unterstützen. Eine Beschlagnahme der Wohnung und Sicherstellung der Möbel ist bis zur Klärung der Sachlage deshalb nicht angängig.

Teuchert selbst reagierte nicht nur mit dem durch Rienäcker angekündigten Einspruch auf diese chaotischen Zustände. Die Tatsache, dass er von drei unterschiedlichen Instanzen bereits drei Mal in seinem Amt bestätigt und zweimal seine Entlassung gefordert worden war (s. Schaubild S. 63), schien nicht spurlos an ihm vorbeigegangen zu sein: Am 4. Dezember 1947 stellte der 68-jährige Teuchert seinen Emeritierungsantrag.²⁰³ Dies mag angesichts seines Alters nicht überraschen, doch kann ihm dieser Entschluss nicht leicht gefallen sein, wenn man bedenkt, dass Teuchert im Endeffekt doch noch bis ins Jahr 1954 an der Universität tätig gewesen ist.

Eine positive Nachricht erreichte Teuchert am 13. Dezember 1947: Das Wohnungsamt setzte den Beschluss der Beschlagnahmung von Teucherts Haus und Möbeln außer Kraft und teilte mit, eine Entscheidung der Landesentnazifizierungskommission abzuwarten.²⁰⁴ Hiermit ließ man sich jedoch Zeit, vermerkte aber, dass Teuchert die Emeritierung beantragt habe.²⁰⁵ Erst am 1. März 1948 erfolgte eine weitere Reaktion, die jedoch noch kein endgültiges Urteil mit sich

²⁰² Ebd.

²⁰³ Emeritierungsantrag Hermann Teucherts vom 4. Dezember 1947. Ebd., Bl. 59.

²⁰⁴ Aussetzung des Beschlusses zur Konfiszierung Hermann Teucherts Wohnung vom 13. Dezember 1947. Ebd. Bl. 64.

²⁰⁵ Auflistung der politisch belasteten Professoren der Universität Rostock. LHAS, MfV 2237. Bl. 132.

brachte. Das Ministerium für Volksbildung stellte fest, dass auch über Teucherts Emeritierungsantrag erst entschieden werden könne, wenn ein endgültiger Beschluss der Landesentnazifizierungskommission gefasst worden sei.²⁰⁶

In der Zwischenzeit gab es eine Reaktion von Seiten der Studentenschaft auf die Vorwürfe gegen Teuchert, die sowohl über die Zustände der Universitäten zur damaligen Zeit, wie auch über Teuchert selbst aufschlussreiche Informationen gibt. Der Fakultätsrat der philosophischen Fakultät sowie circa 100 Studenten – unter ihnen auch der spätere Nachfolger Teucherts an der Universität Rostock, Professor Hans Gernentz – unterschrieben am 18. Dezember 1947 ein Dokument, mit dem sie sich für einen Verbleib Teucherts an der Universität aussprachen.²⁰⁷ In diesem heißt es:

*Der Studentenschaft ist bekannt geworden, daß eine Amtsniederlegung des Ordinarius [...] Herrn Professor Hermann Teuchert zu befürchten ist. Die Universität würde damit einen Gelehrten von Ruf und einen bewährten, von seiner Zuhörerschaft allseits verehrten akademischen Lehrer verlieren. Abgesehen von diesem ideellen Verlust würden aber auch die Interessen der Studenten der Germanistik und verwandter Fächer durch eine solche Maßnahme unmittelbar geschädigt, denn die Erfahrungen haben gezeigt, daß eine angemessene Besetzung germanistischer Lehrstühle auf große Schwierigkeiten stößt.*²⁰⁸

Der hier angeführte Auszug aus dem Dokument verdeutlicht noch einmal direkt, wie angespannt die Personallage zu dieser Zeit war. Hermann Teuchert war der einzige noch verbliebene Germanist an der Universität Rostock und die Besetzung der Professur für neuere deutsche Literatur zog sich in die Länge. Dabei macht die Anzahl der Unterschriften deutlich, wie groß der Bedarf an fachlich versierten Universitätslehrkräften auf Studentenseite gewesen ist. Über Teuchert selbst heißt es in dem Dokument:

Wir, die unterzeichneten Studenten der Germanistik an der Universität Rostock, haben Herrn Professor Teuchert als Lehrer und Menschen von durchaus fortschrittlicher Gesinnung kennen gelernt. Uns sind keine antidemokratischen Äußerungen Herrn Prof. Teucherts bekannt; im Gegenteil hat er in seinen Vorlesungen und Auseinandersetzungen mit wissen-

²⁰⁶ Verschiebung einer Entscheidung über Hermann Teucherts Emeritierungsantrag durch die DVV vom 8. März 1948. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 70.

²⁰⁷ Unterschriftensammlung der Rostocker Studenten für einen Verbleib Hermann Teucherts an der Universität Rostock vom 27. Dezember 1947. Ebd. Bl. 65-67.

²⁰⁸ Ebd. Bl. 66.

*schaftlichen Irrfahrten der Nazizeit stets antifaschistischen und antimilitaristischen Anschauungen Ausdruck gegeben.*²⁰⁹

Diese Einschätzung der Studentenschaft ist insofern bedeutsam, als sie die Wahrnehmung Teucherts durch dessen Zeitgenossen spiegelt. Glaubt man dieser durch circa 100 Studenten autorisierten Charakteristik Teucherts, wäre eine Entlassung tatsächlich nicht angebracht, wenn nicht doch – wie wahrscheinlich häufig – eine rein äußerliche Wandlung den Eindruck der Studentenschaft geprägt hat. Ob es, wie in einem später von Professor Gernentz geleiteten Seminar zur Universitätsgeschichte angenommen, lediglich diese Aktion der Studentenschaft gewesen ist, die die Entnazifizierungskommission des Landes zum Einlenken bewegte, muss bezweifelt werden.

Der neue Dekan der Philosophischen Fakultät Kleinknecht geht mit seinem Schreiben an die Landesregierung vom 5. April 1948²¹⁰ in die gleiche Richtung wie die Studenten und fragt an, ob sie „im Hinblick auf das dringende Bedürfnis, das gerade auf dem Gebiet der deutschen Sprache und älteren deutschen Literatur besteht“, Herrn Teuchert auch weiterhin und trotz seines fortgeschrittenen Alters im Amt belassen könne. Die Reaktion fiel positiv aus: Grünberg schrieb am 26. April 1948, dass Teuchert auch weiterhin sein Amt ausführen dürfe.²¹¹ Dabei nahm er jedoch lediglich Bezug auf die von Teuchert erreichte Altersgrenze. Es überrascht, dass Grünberg keinen Beschluss der Entnazifizierungskommission erwähnt. Kleinknecht hingegen formulierte seine Anfrage bewusst vorsichtig und begründete diese damit, dass „dem Vernehmen nach die Weiterführung der Lehrtätigkeit des Herrn Prof. Teuchert nicht unmöglich erscheint“²¹². Diese Formulierung und das Fehlen einer direkt ausgesprochenen Billigung der Fortsetzung von Teucherts Lehrtätigkeit durch die Entnazifizierungskommission lässt folgendes vermuten: Teuchert scheint zu den knapp 500 Personen zu gehören, über deren Verbleib in ihrem Amt aufgrund der durch den Befehl Nr. 35 erlassenen offiziellen Einstellung der Entnazifizierung nicht mehr entschieden worden ist. Interessant an dem von Kleinknecht an die Landesregierung gerichteten Schreiben ist vor allem das Datum. Der 5. April 1948 liegt zeitlich kurz nach dem

²⁰⁹ Ebd. Bl. 67.

²¹⁰ Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Hermann Kleinknecht an die DVV mit der Bitte um die Weiterführung der Lehrtätigkeit Hermann Teucherts vom 5. April 1948. Ebd. Bl. 71.

²¹¹ Antwort der DVV auf das Schreiben Kleinknechts vom 5. April 1948. Ebd. Bl. 74.

²¹² Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Hermann Kleinknecht an die DVV mit der Bitte um die Weiterführung der Lehrtätigkeit Hermann Teucherts vom 5. April 1948. Ebd. Bl. 71.

Befehl Nr. 35. Dies unterstützt die oben genannte Vermutung und erklärt auch die Vorsichtigkeit der Formulierung Kleinknechts.

Eine andere Eventualität greift die auch von den Studenten erkannte und bekannt gemachte Tatsache auf, dass die Lücke, die ein Ausscheiden Teucherts in den Lehrbetrieb reißen würde, nicht gefüllt werden konnte. Grünberg selbst bringt in seinem Schreiben vom 26. April 1948 seine „Freude über die Bereitwilligkeit des langjährigen Gelehrten, seine Kraft dem Aufbau unseres Landes noch zur Verfügung zu stellen, und die Zuversicht, daß dadurch eine sonst klaffende Lücke in der Ausbildung unserer Studenten noch geschlossen bleibt“²¹³ zum Ausdruck. Es dürfte ein Zusammenspiel dieser beiden Eventualitäten gewesen sein, das einen Verbleib Teucherts an der Universität Rostock endgültig gesichert hat. Dennoch zeigt das hier gewählte Fallbeispiel Teuchert, wie zufällig und unberechenbar, aber auch schwierig in der Sache die Entnazifizierungsprozesse abgelaufen sind und welchem Druck die beschuldigten Personen über einen langen Zeitraum ausgesetzt waren.

4.3 Eine Bewertung

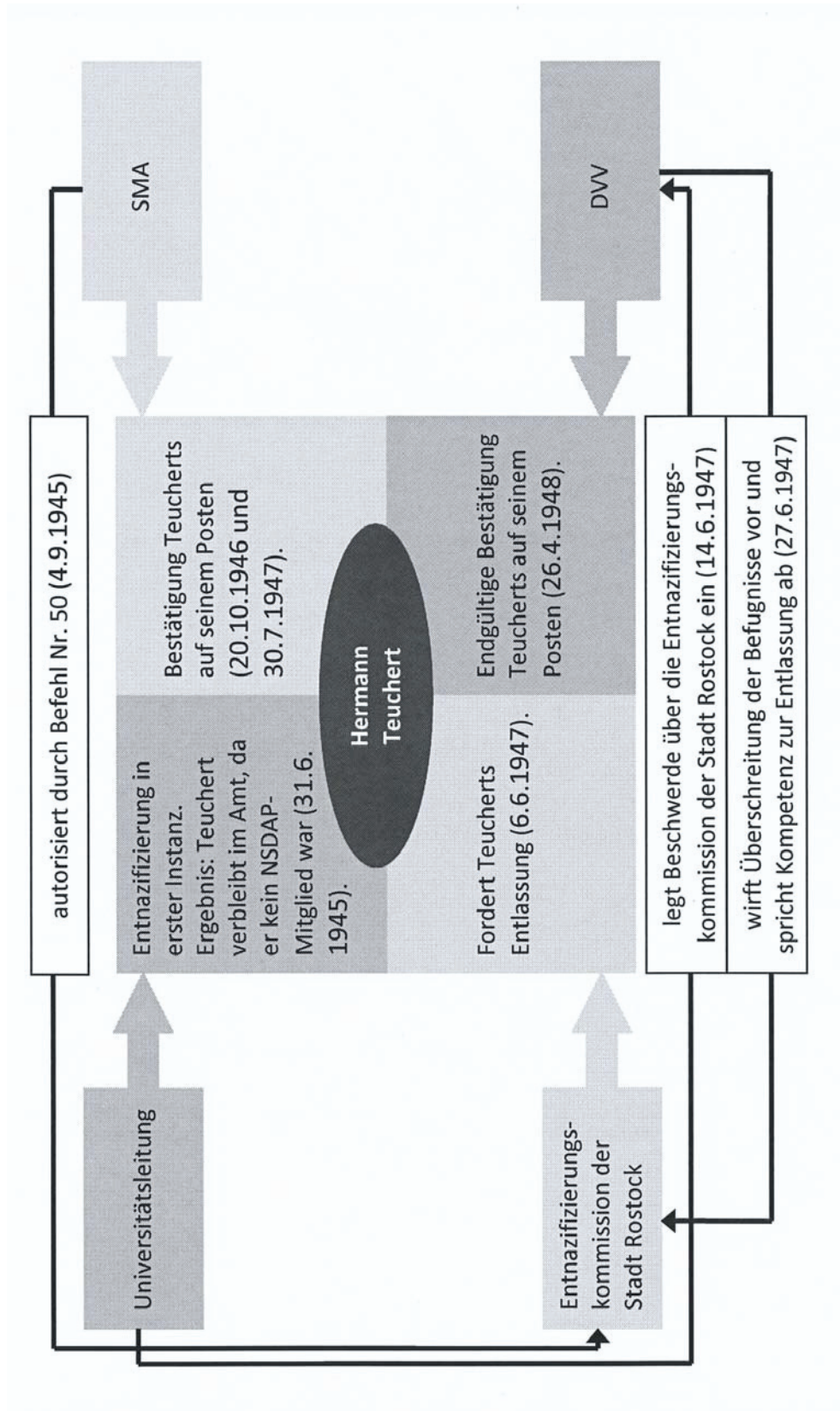
Hermann Teuchert war mit Sicherheit kein Nationalsozialist und hat sich auch nicht dem Regime von Adolf Hitler zur Verfügung gestellt. Dies verdeutlicht die Tatsache, dass er nie Mitglied der Führerpartei gewesen ist. Er bewegte sich vielmehr in einer Grauzone zwischen Anlehnung und Ablehnung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Aus diesem Grund eignet er sich als Fallbeispiel für diese Arbeit besonders gut, denn so werden die Schwierigkeiten deutlich, mit denen die Entnazifizierungskommissionen bei einer Beurteilung umzugehen hatte.

War jemand ein aktives Mitglied in der NSDAP, so war der Fall laut Vorgabe klar und die Entlassung der betreffenden Person aus ihrem Amt nur eine Formsache. Die Realität zeigte allerdings ein anderes Bild: Ausnahmen wurden dennoch gemacht. Einmal bei fachlicher Unentbehrlichkeit, zum anderen bei mangelnder und lückenhafter Überprüfung – letzteres war bei den in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelten Flüchtlingen der Fall. Dies zeigt, dass die Entnazifizierung bereits bei der Personengruppe, die formell als am leichtesten in ihrer Aktivität zu bewerten und dadurch auch zu bestrafen gelten konnte, nicht so funktionierte, wie im ursprünglichen Sinne erwünscht.

²¹³ Antwort der DVV auf das Schreiben Kleinknechts vom 5. April 1948. Ebd. Bl. 74.

Schaubild

Hermann Teuchert und das Wirrwarr der Entnazifizierung



Gerade die Beurteilung von Fällen, die sich – wie bei Teuchert – in einer Grauzone bewegten, zeigt, dass eine gründliche Entnazifizierung gar nicht möglich gewesen ist. Die Direktive Nr. 24 bildete den Versuch, schwer zu definierende Personengruppen zu erfassen: Doch die zahlreichen Organisationen des NS-Staates, denen sich zahlreiche Deutsche angeschlossen hatten, um nicht in die NSDAP eintreten zu müssen, fielen nun unter diese Direktive. Dies bedeutete, dass die Zahl der unter Ausschluss Fallenden so groß war, dass die Funktionalität des Staatswesens nicht möglich gewesen wäre. Die Medizinische Fakultät der Universität Rostock bietet dafür ein gutes Beispiel.

Wer sich nicht mit dem Regime Adolf Hitlers identifizieren wollte, der konnte in einer der Unterorganisationen abtauchen und damit eine Wanderung auf einem schmalen Grat zwischen Opportunismus und innerer Ablehnung beginnen. Dass in einem solchen Fall die Identifikation des Betreffenden mit dem Führerstaat kaum messbar war, ist klar und lässt sich anhand von vielen Beispielen verdeutlichen. Kurt Wacholder – um nur eines zu nennen – gab an, die Zahlungen an die SS „als eine Art Lösegeld“ gesehen zu haben, „mit dem ich [Wachholder] mich gegenüber stärkeren Anknüpfungsversuchen seitens der Partei loskaufen konnte“.²¹⁴ Wie ist im Falle Wacholders, der selbst die Entnazifizierung an der Universität Rostock vorantrieb, nun sein Verhalten zur Zeit des Nationalsozialismus zu bewerten? Sollte er gemäß der Direktive Nr. 24 entlassen werden oder als unentbehrlich geltender Arzt doch im Amt verbleiben? Es verwundert nicht, dass die Entnazifizierungskommissionen in häufigen Fällen den einfachsten Weg einschlugen und die Person nach ihrer Entbehrlichkeit bewerteten, da diese deutlich einfacher zu messen war – eine gleiche Behandlung allen gegenüber konnte so natürlich nicht gewahrt werden.

Bei Teuchert lag der Fall ähnlich: Er war im NS-Dozentenbund, der NSV und – wenn auch nur für kurze Zeit – im Opferring der NSDAP, also Mitglied mehrerer nationalsozialistischer Organisationen.²¹⁵ Dies sprach gegen seinen Verbleib im Amt. Für die Entnazifizierungskommission beim Rat der Stadt Rostock war dies mit ein Grund, seine Entlassung zu fordern. Dennoch ist auch sein Fall entschieden komplexer.

In einem Zeitungsinterview mit der Täglichen Rundschau vom 29. Januar 1946 zum Thema: „Was wird an Ihrem Lehrstuhl im Kampf gegen die Rassenlehre getan?“ äußert sich Hermann Teuchert zu der Frage, ob er die „Rassentheorie“ in seiner wissenschaftlichen Lehre beachtet und den Studenten „ihre Unwissenschaftlichkeit“ vor Augen führt:

²¹⁴ Erklärung Wacholders zu seiner Aktivität zur Zeit des Nationalsozialismus. LHAS, MfV 2237. Bl. 40f.

²¹⁵ Auflistung der politisch belasteten Professoren der Universität Rostock. LHAS, MfV 2237. Bl. 132.

*Um aber besonders die Gründe geltend zu machen, warum solche Äußerungen in der wissenschaftlichen Literatur keinen Platz haben dürfen, erkläre ich den Studenten immer, wie falsch und lächerlich die Anhänger der Rassenlehre die eine oder andere von der Hörerschaft entwickelte Frage 'gelöst' haben. [...] Dafür, daß ich kein Anhänger der Rassenlehre war, wurde ich seinerzeit vielen Angriffen von seiten der nazistischen Studentenschaft ausgesetzt.*²¹⁶

Intern revidierte Teuchert seine Äußerungen und behauptete Ernst Hohl gegenüber, dass „ein Interview in der Form und mit dem Inhalt [...] nicht stattgefunden“²¹⁷ habe. Er betont, dass er „die Frage, ob den Professoren die Rassenlehre aufgezwungen worden sei, verneint“ habe und charakterisiert sich selbst „nicht als einen aktiven Verurteiler der Rassenlehre“, sagt aber, „daß ich [Hermann Teuchert] ihr kritisch gegenüberstehe und ihre Übertreibung ablehne“. Im ersten Moment mag eine solche Distanzierung von der Position eines „aktiven Verurteiler[s] der Rassenlehre“ verwundern und dennoch sollte in dieser Äußerung mitnichten eine Anlehnung an das nationalsozialistische Regime gesehen werden. Die Äußerung muss in dem Kontext ihrer Entstehungszeit und -situation gesehen werden: Teuchert war mit Sicherheit national gesinnt, nicht aber nationalsozialistisch und es muss hier der Begriff „Rassenlehre“ genauer betrachtet werden.

Teuchert scheint diesen nicht im nationalsozialistischen Sinne – also die Überlegenheit einer Rasse über die andere – zu gebrauchen, sondern rein auf der Ebene der Differenzierung unterschiedlicher Ethnien. Zudem äußerte er sich in diesem Fall einem bekennenden Antifaschisten gegenüber. Ernst Hohl, der lediglich Mitglied in der NSV gewesen war, hatte bereits zur Zeit des Nationalsozialismus starke Angriffe von Seiten der Machthaber über sich ergehen lassen müssen und „schon Ende 1935 war seine Berufung an die Universität Breslau [...] dadurch sabotiert worden, dass ihm die damaligen Führer der Universität Rostock (Rektor, Dozentenschafts- und Studentenschaftsführer) in ihren 'Gutachten' übereinstimmend bescheinigten, er sei und werde kein Nationalsozialist“. Diese Charakteristik zitiert Rienäcker in einem nach dem Ende des zweiten Weltkriegs erstellten Gutachten.²¹⁸ Interessant ist zudem Teucherts Äußerung die „vielen

²¹⁶ Interview mit Hermann Teuchert in der *Täglichen[n] Rundschau* vom 29. Juni 1946. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II. Bl. 44.

²¹⁷ Erklärung Teucherts zu dem Interview in der *Täglichen[n] Rundschau* gegenüber dem Dekan der Philosophischen Fakultät Ernst Hohl. Ebd. Bl. 45.

²¹⁸ Stellungnahme Günther Rienäckers zu einer von den Nationalsozialisten angefertigten Charakterisierung Ernst Hohls. UAR, PA Ernst Hohl, Bd. I, Bl. 16.

Angriffe[...] von seiten der nazistischen Studentenschaft“²¹⁹ betreffend. So äußert er Hohl gegenüber in seinem bereits zitierten Schreiben vom 14. Juli 1946:

*Die Frage, ob die Rostocker Professoren angegriffen worden seien von der Studentenschaft, habe ich bejaht, die weitere Frage, ob auch ich angegriffen [sic.] worden sei, desgleichen, beides mit dem Zusatz, daß die Angriffe von der Studentenführung ausgegangen seien. [...] Was mich angeht, so war mir in Erinnerung ein Ausfall gegen mich in der Rostocker Studentenzeitung, der aggressive Vortrag des stud. phil. Augustin in der volkskundlichen Arbeitergemeinschaft, zu dem ich geladen war, das demonstrative Fortbleiben der Studentenfürher aus meiner Vorlesung über deutsche Volkskunde im Verlaufe des Semesters und meine Abberufung aus dem Amt des Stipendieninspektors.*²²⁰

Teuchert bezog sich dabei auf eine Meinungsverschiedenheit mit dem stellvertretenden Gaustudentenbundführer und Fachgruppenleiter der Historiker Alarich Augustin. Der Streit wurde jedoch wohl schnell wieder beigelegt. Und auch der „Ausfall“ gegenüber Teuchert in der Rostocker Studentenzeitung ist wohl eher als Lappalie zu bezeichnen, wenn man sie mit Ausfällen der Rostocker Studenten gegenüber den Professoren David Katz und Hans Moral vergleicht.²²¹ In dem vom Teuchert erwähnten Fall machte sich ein Student über Teucherts wissenschaftliche Forschungen lustig, indem er unterstellte, dass auch Teuchert versucht habe, zu der Rassenlehre einen Teil beizutragen – dies jedoch mit einem wenig überzeugenden Ergebnis:

*Herrn Professor Dr. Teuchert von der philosophischen Fakultät an der Universität Rostock ist es gelungen, den 'Zweck' der langen 'nordischen' Nase zu entdecken. Man höre und staune: Sie dient zum Vorwärmen der kalten Luft! Welchen Riesenzinken müssen dann die Eskimos haben?!*²²²

Teucherts Verhältnis zum Nationalsozialismus war ambivalent. Zum einen scheint er in Distanz zu den damaligen Machthabern gegangen zu sein und bekannte sich nicht eindeutig zur nationalsozialistischen Führung. Abgesehen

²¹⁹ Interview mit Hermann Teuchert in der *Tägliche[n] Rundschau* vom 29. Juni 1946. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II. Bl. 44.

²²⁰ Erklärung Teucherts zu dem Interview in der *Tägliche[n] Rundschau* gegenüber dem Dekan der Philosophischen Fakultät Ernst Hohl. Ebd. Bl. 45.

²²¹ Rostocker Universitätszeitung. Nr. 1 (1933). S. 17.

²²² Der Student in Mecklenburg-Lübeck. Gau-Zeitung der Hoch- und Fachschulen. Nr. 8 (1936). S. 4.

von den oben geschilderten Ereignissen hatte dies jedoch keine weiteren Konsequenzen. Zum anderen war er jedoch darauf bedacht, nicht in Konflikte mit der NS-Herrschaft zu geraten. Ein Schreiben seinerseits vom 24. März 1939 macht dies besonders deutlich. Teuchert fragte beim Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin an, ob eine von ihm geschriebene Rezension in einer dänischen Monatsschrift abgedruckt werden dürfe:

*Da das Ersuchen von einer Stelle ausgeht, die im dänisch-politischen Sinne wirkt, trage ich Bedenken, die erbetene Einwilligung auszusprechen, und unterbreite daher die Angelegenheit zur Prüfung und Entscheidung.*²²³

Abgesehen von einer vorsichtigen Haltung gegenüber den NS-Machthabern kooperierte er mit dem Regime zumindest auf wissenschaftlicher Ebene. In einem Artikel des *Rostocker Anzeigers* vom 23. April 1936 wird ein Vortrag Teucherts erwähnt, bei dem er einleitend darauf hingewiesen habe, „daß gerade im neuen Staate die Arbeiten dieser Art [gemeint ist dabei seine Arbeit am Mecklenburgischen Wörterbuch und am Atlas der deutschen Volkskunde] weitestgehend gefördert werden, liegt doch ihr Zweck und ihr Ziel ganz in den Bestrebungen der Zeit begründet.“²²⁴ Teucherts wissenschaftliche Arbeiten kamen nach seiner Einschätzung dem NS-Regime entgegen: Die Germanistik wurde neu definiert²²⁵ und die nationalsozialistisch geprägte Wissenschaft sah „ihre Entstehung in der Frage nach dem Volkstum“, wie es Dr. Wolff, Dozent zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Rostock, im *Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* vom 25. Juni 1936 formulierte.²²⁶ In diesem Zusammenhang stand auch die Instrumentalisierung der Volkskunde, da gerade sie sich doch dazu eignen sollte, den Stolz auf das eigene Vaterland und die Wurzeln der deutschen Kultur in den Vordergrund des Bewusstseins der Bevölkerung stellen zu können. Im *Niederdeutschen Botschafter* Nr. 196 vom 24. August 1937 charakterisieren die Herausgeber Wossidlo und Teuchert die Zielsetzung ihres *Mecklenburgischen Wörterbuchs* wie folgt:

[...] seine Andacht vor den Mächten des Ewigen und seine Verbundenheit mit dem Boden, den die Väter vor ihm beackert haben, und mit allen, die

²²³ Anfrage Teucherts beim Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 24. März 1939. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 92.

²²⁴ Artikel des *Rostocker Anzeigers* vom 23. April 1936. WA RW-M/XV, o. Bl.

²²⁵ Kunicki, Wojciech: Germanistik in Breslau 1918-1945. Dresden 2002. S. 12.

²²⁶ Wolff, Kurt: Ueber den Wert und Unwert einer germanistischen Wissenschaft. In: Der Student in Mecklenburg-Lübeck. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Gau Mecklenburg-Lübeck. Nr. 13 (1936). S. 10.

*seines Blutes sind und seine Gesinnung teilen, ist in diesem Buche dargestellt, soweit all dies in der heimischen Sprache Ausdruck gefunden hat.*²²⁷

Natürlich muss beachtet werden, dass ein solcher Text immer im Rahmen seiner Zeit entsteht und doch zeigt diese Passage, dass Teuchert es zumindest verstand, die Maximen der neuen Machthaber aufzugreifen und sie für seine Zwecke zu nutzen. Dies stieß auf Seiten der Nationalsozialisten natürlich auf positive Resonanz. So ließ es sich der Reichsstatthalter und Gauleiter in Mecklenburg Friedrich Karl Hildebrandt²²⁸ nicht nehmen am 5. Juli 1937 zum ersten Band des *Mecklenburgischen Wörterbuchs* ein Vorwort zu verfassen, in dem er dieses als „das Ergebnis mühevoller Arbeit und unermüdlichen Fleißes in unbeirrbarer Heimatliebe der Professoren Richard Wossidlo und Dr. H. Teuchert“ lobte. Er sah in diesem „Werk ein[en] wertvolle[n] Bestandteil der ganzen deutschen Volkstumpflege“.²²⁹ Die hier zum Vorschein getretene Anlehnung an die nationalsozialistische Ideologie schlägt sich jedoch nicht in Teucherts wissenschaftlichem Schaffen nieder. Auch wenn in dem oben bereits zitierten Auszug aus dem *Rostocker Anzeiger* davon gesprochen wird, dass sich unter anderem zum Beispiel bei der Erstellung des *Atlas der deutschen Volkskunde* der „Geist des neuen Deutschlands“²³⁰ widerspiegele, kann in diesem Falle nicht von einer politisch-ideologischen Prägung gesprochen werden. Dieses komplexe, wissenschaftlich äußerst bedeutungsvolle Werk basiert auf vier Fragebögen, die die Bevölkerung im gesamten deutschen Gebiet zu Traditionen, Sitten, Bräuchen und Ähnlichem befragten. Ein 1935 ausgesandter fünfter Fragebogen wird, wie bereits erwähnt, als ein Fragebogen bezeichnet, „der ganz den Geist des neuen Deutschlands atmet“²³¹. Tatsächlich zielen die hier aufgeführten Fragen vor allem auf körperliche Merkmale ab. Frage 201 fragt zum Beispiel nach „Redensarten oder Meinungen, welche die Form der

²²⁷ Artikel aus dem *Niederdeutschen Botschafter* Nr. 196 vom 24. August 1937 WARW-M/XV, o. Bl.

²²⁸ Friedrich Karl Hildebrandt wurde als Sohn einer Arbeiterfamilie am 19. September 1898 in der Nähe von Parchim geboren, war von 1921 bis 1922 Vorsitzender der Reichsgruppe Westprignitz des Brandenburgischen Landarbeiterbundes, von 1924 bis 1926 Mitglied des Landtags Mecklenburg-Schwerin, von 1925 bis 1945 Gauführer der NSDAP Gau Mecklenburg-Lübeck und von 1930 bis 1945 Mitglied des Reichstages. Die Verbreitung und der Aufstieg des Nationalsozialismus im Bereich des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns sind eng an die Person Friedrich Hildebrandts geknüpft. 1947 wurde er in Dachau angeklagt und ein Jahr später hingerichtet. Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Bremen 1995. S. 194.

²²⁹ Vorwort Friedrich Karl Hildebrandts zum ersten Band des *Mecklenburgischen Wörterbuchs* vom 5. Juli 1937. WA RW-M/XV, o. Bl.

²³⁰ Artikel des *Rostocker Anzeigers* vom 23. April 1936. WA RW-M/XV, o. Bl.

²³¹ Ebd.

Nase eines Menschen mit bestimmten Eigenschaften seines Charakters in Zusammenhang bringen“²³². Es muss jedoch bedacht werden, dass diese Frage rein deskriptiv zu verstehen ist, sodass über Teuchert, der bei der Erstellung des *Atlas der deutschen Volkskunde* für den Bereich Mecklenburg zuständig gewesen ist, definitiv kein Werturteil gefällt werden kann. Mehr Aufschluss über eine eventuelle Übereinstimmung von Teuchert mit der NS-Ideologie gibt uns ein Ausschnitt aus einem Brief Richard Wossidlos an seinen Freund Otto Kröplin vom 6. Dezember 1937:

*Die Erklärung der Sagen wird außerordentlich schwierig, vielfach unmöglich sein: schon deshalb, weil ich Hinweise auf slawischen Götterkult nicht geben darf. Teuchert kommt heute zu mir: er ist von Berlin aus zum Kommissar für Mecklenburg für die Überwachung der slawischen Frage ernannt worden.*²³³

Wossidlos Problem war, dass viele der volkstümlichen Bräuche oder Sagen, die er im Laufe der Jahre gesammelt hatte, auf slawische Wurzeln zurückzuführen sind. Dies ist eine Tatsache, die mit der nationalsozialistischen Ideologie nicht zu vereinbaren war. Eine slawische Präsenz auf dem Boden, der von den Nationalsozialisten als deutsches Gebiet ausgegeben wurde, stand vor allem unter dem Aspekt der „Lebensraumgewinnung im Osten“ mit der nationalsozialistischen Ideologie im Widerspruch. Teuchert bot hier eine für die Nationalsozialisten passende Theorie: Er war der Meinung, „daß das Slawische am Aufbau der mecklenburgischen Sprache keinen Anteil hat“ und begründet diese Feststellung mit seinen abgeschlossenen Untersuchungen.²³⁴ Er ist sich sicher, dass „eine Beteiligung der Flamen und Holländer in einem Ausmaße, wovon man bisher keine Ahnung haben konnte“ an der Entwicklung der „Siedlungs- und Sprachsphäre“ in weiten Teilen Deutschlands maßgebend war. Teuchert gelangte zu folgender Konsequenz:

Aus dieser Tatsache erwacht die Forderung einer wissenschaftlichen Untersuchung der Laute, die in der Mundart vorkommen, damit endlich mit dem noch immer verbreiteten Irrtum, als seien gewisse Leute [sic] aus dem Slawischen überkommen, aufgeräumt werde. Da das mecklenburgische nicht nur mit dem deutschen Altlande verbunden ist, sondern auch innerhalb des Kolonialniederdeutschen betrachtet werden muß, sind die von mir [Hermann Teuchert] angestellten Untersuchungen eines großen Teils der ostpommer-

²³² Wildhagen, Eduard: *Atlas der dt. Volkskunde*. Bd. I. Berlin 1938.

²³³ StgMWis, 960.

²³⁴ Artikel des *Rostocker Anzeigers* vom 23. April 1936. WA RW-M/XV, o. Bl.

*schen und des brandenburgischen Sprachraums für die Erkenntnis der Sonderstellung des Mecklenburgischen und der sprachlichen Seite der ostdeutschen Siedlungen von Wert.*²³⁵

Teuchert liegt sprachgeschichtlich gesehen richtig, wenn bedacht wird, dass um circa 1900 als letzter slawischer Dialekt das Slowinzische im Bereich Pommern ausgestorben ist und es tatsächlich keinen slawischen Einfluss auf das Niederdeutsche gegeben hat. Er sieht folglich keinen slawischen Einfluss im Mecklenburg, bezieht dies jedoch ausdrücklich auf eine sprachgeschichtliche Ebene. Dennoch spielte er so den Nationalsozialisten in die Hände, die versuchten, jegliche slawische Wurzeln – wie zum Beispiel die von Wossidlo tradierten Sagen – im heutigen Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns zu verschleiern.

Ob sie jedoch, wie Wossidlo in seinem Brief an Otto Kröplin behauptete, Teuchert „von Berlin [...] für die Überwachung der slawischen Frage“ eingesetzt haben, geht aus dem Aktenbestand nicht hervor.

Es wird deutlich, dass jegliche Anlehnung Teucherts an die nationalsozialistische Ideologie lediglich wissenschaftlich motiviert gewesen ist. Dies zeigt ein Ausschnitt aus einem persönlichen Brief Teucherts an den damaligen Rektor Kurt Wachholder vom 14. März 1945.

*Wörterbuch und die genannte Arbeit sollen den Rest meiner Lebenstage ausfüllen. Dazu braucht es des Sieges unserer Waffen. Diesen erhoffe ich mit aller Zuversicht. Was ich meinen Schülern an Begeisterung für alle edlen Tugenden unserer Ahnen und an wissenschaftlichem Ethos habe einflößen dürfen, will ich auch künftig vermitteln [...].*²³⁶

Das Hoffen auf einen Sieg der deutschen Wehrmacht nur zwei Monate vor der bedingungslosen Kapitulation zeigt eine gewisse Ausblendung beziehungsweise Verblendung der Realität durch den im ersten Weltkrieg hoch dekorierten Teuchert.

Seinen Studenten hingegen waren nach 1945 keine rassistischen oder undemokratischen Äußerungen Teucherts aufgefallen. In ihrer Unterschriftenaktion bürkten etwa 100 von ihnen dafür. Dr. Jürgen Gundlach, der ebenfalls seine Unterschrift auf diese Liste gesetzt hatte, äußerte sich in einem Zeitzeugengespräch im Dezember 2007 auf die Frage nach den Bestrebungen der Entnazifizierungskommission gegenüber Teuchert wie folgt:

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Persönlicher Brief Teucherts an den Rektor der Universität vom 14. März 1945. UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 133.

Dazu kann ich nun wenig sagen, da wir Studenten in diese Vorgänge nur wenig involviert waren. Wir haben für Teuchert eine Unterschriftensammlung – glaube ich – gemacht. Ob das nun durch diese Unterschriftensammlung oder durch andere Umstände bewirkt war, weiß ich nicht. Jedenfalls blieb er da. [...] Das haben wir gar nicht gewusst, dass er angeschwärzt worden ist. [...] Naja, das war ja dann mitten im Studium. Das hat man damals ja so richtig gar nicht begriffen. Dann hat man da unterzeichnet oder auch nicht unterzeichnet. Also ich sehe darin kein besonderes Ereignis, dass Herr Teuchert blieb. Der war eben da. Eine Zeit lang wollten sie ihn nun nicht haben, aber das hat damals nicht die Aufmerksamkeit gehabt, wie Sie heute denken.²³⁷

Den Worten von Jürgen Gundlach zu Folge wurden die sich auf politischer Ebene abspielenden Ereignisse von den Studenten nicht in ihrem ganzen Ausmaße wahrgenommen, sodass davon ausgegangen werden muss, dass über die Vorwürfe der Entnazifizierungskommission gegenüber Teuchert nicht öffentlich gesprochen worden ist. Und dennoch zeigt uns die Unterschriftensammlung, dass auch die Studenten sich von der Entnazifizierung der Universität betroffen fühlten. Dr. Jürgen Gundlach wies in diesem Zusammenhang vor allem auf die von den Schulen herangezogenen Lehrkräfte hin, die er aber als durchweg positiv in Erinnerung hat und die er als „sehr tüchtig“ beschreibt. Auch seine Charakterisierung von Teuchert fällt positiv aus. So hat er ihn als einen „souveränen Menschen“, bei dem es kein „Geschwätz oder ähnliches gab“ und als einen „gestrengen Chef“ in Erinnerung. Seinen ersten Eindruck schildert Herr Gundlach wie folgt:

Teuchert war mittelgroß. [...] Hatte wohl schon eine Glatze. Er ist ja 1880 geboren. Er war schon alt. Heute würden Sie sagen, wir haben hier einen alten Professor oder Prof. sagen Sie heute. [...] Es war sehr streng bei ihm. Er sagte dann meinetwegen: 'Fräulein' und dann atmeten wir Männer alle auf, dann waren wir nicht dran. Es war dann wie eine Entlastung. Dann musste sie lesen, übersetzen und die Sprache erklären. Er hat sich dann auch Noten notiert. Er hat – so dass wir es sehen konnten – eine Drei oder Zwei allenfalls gegeben.

Positiv im Gedächtnis verankert sind Herrn Gundlach vor allem die Erinnerungen an Teuchert, wenn er die Mitarbeiter des *Mecklenburgischen Wörterbuchs* nach Hause einlud.

²³⁷ Zeitzeugengespräch mit Dr. Jürgen Gundlach in Wismar am 5. Dezember 2007, abgedruckt im Anhang.

Dann waren wir eingeladen bei ihm am Meisenweg 5. Da war er wie ausgewechselt. Er hatte also diese große Villa. Das war ein schönes Haus – er hatte eine große Familie. Er war reizend dann: Er zeigte uns seinen Garten, da gingen wir dann durch, es wurden dann die Blumen benannt. Das war eigentlich schön.

Wie ist nun jemand in seiner Aktivität zur NS-Zeit zu bewerten, der sich einerseits in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an nationalsozialistische Ideologien anlehnte, sich andererseits jedoch nicht aktiv zum Regime Adolf Hitlers bekannte, nach 1945 dann als fachlich unentbehrlich und bei seinen Studenten als beliebt und mit „fortschrittlicher Gesinnung“ bezeichnet wurde? Eine Bewertung dieser Persönlichkeit bleibt schwierig. Gab es eine in manchen Punkten ideologische Anlehnung an die Nationalsozialisten lediglich, damit Hermann Teuchert überhaupt an der Universität verbleiben konnte, beziehungsweise seiner wissenschaftlichen Tätigkeit nachgehen durfte? Basierten die von der Rostocker Entnazifizierungskommission erhobenen Vorwürfe gegenüber Teuchert überhaupt auf realen Äußerungen seinerseits? Waren ferner die Mitgliedschaften Teucherts in Unterorganisationen der NSDAP ebenfalls lediglich eine – wie Wachholder es nannte – „Art Lösegeld“, um sich „gegenüber stärkeren Anknüpfungsversuchen seitens der Partei loskaufen“ zu können? Diese Fragen konnten von der Entnazifizierungskommission nicht beantwortet werden, sodass diese sich lediglich nach bloßen Fakten richten und den emotionalen Aspekt, wie die Furcht vor einer Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, nicht beachten konnte. Dies zeigt, dass die Urteilsfindung im Fall Teuchert letztendlich umstritten bleibt.

5. Zusammenfassung und Beurteilung

Nachdem ich in den vorangegangenen Kapiteln dieser Arbeit den Vorgang der Entnazifizierung auf drei unterschiedlichen Ebenen erläutert habe und in den jeweiligen Teilbereichen der Arbeit bereits eine kurze Bewertung vorgenommen worden ist, soll zum Abschluss noch einmal ein Gesamturteil erfolgen, welches der Frage nachgeht, inwieweit die Entnazifizierung nun einen Umbruch bedeutete, oder ob eine Kontinuität der zur Zeit des Nationalsozialismus vorhandenen Strukturen und Anschauungen bestand. Dazu ist es notwendig, dass ich die drei bisher dargestellten Ebenen miteinander verknüpfe und die bisher gewonnenen Erkenntnisse auswerte.

Wie in dem ersten Kapitel ausgeführt, fand in Mecklenburg-Vorpommern eine durchgreifende Entnazifizierung nicht statt. Neben der aufgezeigten Instrumentalisierung der Entnazifizierung spielte das Verwaltungs- und Organisationschaos in den angesprochenen Beispielen ebenfalls immer eine entscheidende Rolle. Das Beispiel der Universität Rostock, hier deutlich am Fallbeispiel Hermann Teuchert zeigt, dass die Wiedereröffnung der Universität vor allem durch das Chaos der Zuständigkeitsinstanzen hinausgezögert wurde. So scheiterte zum Beispiel eine endgültige Entscheidung der Entnazifizierungskommission im Falle Hermann Teucherts durch das Kompetenzgerangel zwischen der Besatzungsmacht (SMAM und SMAD), der DVV, der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock und der Verwaltung der Universität. Dies geschah aus zwei Gründen: Zum einen blieben die dringend erforderlichen klaren Richtlinien lange Zeit aus. Selbst als mit den Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 ein Kriterienkatalog in Sachen Einstufung und Bestrafung vorlag, war immer noch nicht eindeutig geklärt, wer für die Durchführung in den einzelnen Fällen zuständig war. Zum anderen spielt hier die Instrumentalisierung der Entnazifizierung eine wesentliche Rolle. Das Beispiel Hermann Teucherts zeigt, wie mehrere Verwaltungsstellen mit unterschiedlichen Zielen diese durchzusetzen versucht haben. Diese gegeneinander wirkenden Faktoren haben es möglich gemacht, dass die Kontinuität alter nationalsozialistischer Anschauungen in manchen Fällen bewusst, in anderen unbewusst Einzug in die „Erneuerung“, wie Rienäcker es nennt, gehalten haben.

Ein weiterer Aspekt, der bereits mehrfach in der Arbeit aufgegriffen worden ist und sich auf allen drei Ebenen gezeigt hat, ist die Problematik der Wechselwirkung zwischen Entnazifizierung und Aufrechterhaltung des Staatswesens in all seinen Bereichen, wie Politik, Wirtschaft und natürlich auch im Bildungswesen. Dieser Aspekt ist eng an die Tatsache geknüpft, dass durch die Struktur des faschistischen Regimes der Großteil der Bevölkerung Mitglieder in den den Nationalsozialisten nahe stehenden Organisationen war. Die „Gleichschaltung“ durch dergleichen Organisationen sollte nicht nur eine Bewertung der Aktivität des Einzelnen zur NS-Zeit nahezu unmöglich machen, sondern eine Beseitigung

derer, die nach den Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 aus ihren Stellungen zu beseitigen gewesen wären, konnte nicht vollzogen werden ohne den Zusammenbruch sämtlicher Strukturen herbeizuführen. Die Universität Rostock ist hierfür ein gutes Beispiel. Hatte es hier in erster Instanz tatsächlich die Bestrebungen einer gründlichen Entnazifizierung gegeben, so wurde diese nach und nach rückgängig gemacht. Die Folge war, dass hier die Kontinuität des Personals gegeben war und somit alte nationalsozialistische Strukturen beibehalten wurden.

Das Beispiel Teucherts zeigt zudem, dass eine Entnazifizierung schon in ihrem Kern zum Scheitern verurteilt war, da in vielen Fällen nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte, ob eine Anpassung an das nationalsozialistische Regime nun aus politischer beziehungsweise ideologischer Überzeugung geschehen war oder lediglich aus taktischen Gründen. Die Grauzone, in der sich viele Personen bewegten, ist derart undurchsichtig, dass in diesen Fällen nur selten ein Werturteil gefällt werden konnte, weshalb des Öfteren die alte juristische Formel in dubio pro reo – oder bei diesen Fällen wohl besser: in dubio pro patria – angewandt wurde, nicht aber die Aktivität der Personen zur Zeit des Nationalsozialismus das Bewertungskriterium war, sondern die Frage ihrer Entbehrlichkeit.

Auch das Bestehenbleiben alter Strukturen muss hier erneut aufgegriffen werden. Die politische und die universitäre Ebene zeigen hier eine deutliche Kontinuität. Die Beispiele der Einbindung von ehemaligen bekennenden Faschisten in staatliche Organisationen wurden bereits angeführt, aber auch in struktureller Hinsicht wurden viele aus der Zeit des Nationalsozialismus stammende Formen übernommen.²³⁸ Auch an der Universität Rostock fällt auf, dass Schlüsselstellen mit Personen besetzt worden sind, die bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs an der Universität gewirkt haben. Während auf der politischen Ebene bereits der Aufbau einer neuen Diktatur, die sich der alten ebenfalls diktatorischen Strukturen bediente, hier eine wesentliche Rolle gespielt haben dürfte, muss dieser Aspekt beim Beispiel der Universität eher auf ein personelles Problem zurückgeführt werden: Das alte Personal war nicht nur fachlich am versiertesten, sondern es fehlte völlig der akademische Nachwuchs. Die Entnazifizierung wurde an der Rostocker Hochschule anders als auf der politischen Ebene nicht dazu benutzt, alte Strukturen für neue diktatorische Bestrebungen zu verwenden: Der Aufbau der sozialistischen Hochschule begann erst später.

Zusammenfassend kann nicht von einer gelungenen Entnazifizierung gesprochen werden. Dies hatte zur Folge, dass ein wirklicher Umbruch nicht stattfand, sondern eine Kontinuität von alten Strukturen und Personen in zahlreichen Bereichen des Staatswesens zu finden ist. Dieses Urteil gilt sowohl für die politische Ebene, wie auch für das in der vorliegenden Arbeit genauer beleuchtete Bildungs-

²³⁸ Fait (1990). S. 109f.

wesen. Die Tatsache, dass so viele Wissenschaftler überhaupt zur Zeit des NS-Regimes Mitglieder in der NSDAP oder einer der ihr angehörenden Organisationen gewesen sind, lässt einen Neuanfang als unwahrscheinlich erscheinen. Dies ist jedoch kein endgültiges Armutszeugnis der Entnazifizierungsbestrebungen, denn diese waren zumindest zu Beginn – das Beispiel der Universität Rostock macht dies deutlich – in ihrer Absicht durchaus auf eine Beseitigung der undemokratischen Bestandteile gezielt. Es stellt vielmehr der wissenschaftlichen Elite ein Armutszeugnis aus, die sich ab 1933 nur allzu bereit der Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus gefügt hatte und nun nach 1945 nicht bereit war, einen völligen Neuanfang zu wagen. Diese Tatsache hat die Entnazifizierung der Wissenschaft und des Hochschulwesens scheitern lassen, bevor diese überhaupt mit ihrer Arbeit beginnen konnte.

6. Anhang

6.1 Abkürzungsverzeichnis

DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung, zuvor: Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LHAS	Landeshauptarchiv Schwerin
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSV	Nationalsozialistische Volksfürsorge
Pg	Parteimitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
SED	Sozialistische Einheitspartei
SMA	Sowjetische Militäradministration (SMAD und SMAM zusammengefasst)
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SMAM	Sowjetische Militäradministration Mecklenburg
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StgMWis	Stadtgeschichtliches Museum Wismar
UAR	Universitätsarchiv Rostock
WA	Wossidlo-Archiv Rostock
ZK	Zentralkomitee der KPD und SED

6.2 Quellenverzeichnis (ungedruckte Quellen)

6.2.1 Aktenbestände aus dem Universitätsarchiv Rostock (UAR)

Bestand des Rektorats (nach 1945)

Schreiben Kurt Wachholders vom 30. Juli 1945 an den Oberbürgermeister der Stadt Rostock, in dem er sich zur Schließung der Universität Rostock sowie zur Schließung einzelner Fakultäten äußert. In: Anträge auf Wiedereröffnung der Universität 1945/56 (UAR, R III, 1. o. Bl.).

Ergänzungsantrag auf Wiedereröffnung der Universität Rostock vom 17. September 1945. In: Ergänzungen zum Antrag auf Wiedereröffnung der Universität 17.09.1945 (UAR, R III, 2. o. Bl.).

Auflistungen der Lehrkräfte vom 1. Januar 1943. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Fragebogen zur Entnazifizierung von Professor Günter Falckenberg. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Schreiben Wachholders an den Präsidenten der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Kultur und Volksbildung vom 18. Oktober 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Schreiben Wachholders an Grünberg vom 23. Oktober 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Schreiben Grünbergs an Wachholder vom 26. Oktober 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Schreiben Wachholders an Grünberg vom 1. November 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Schreiben Grünbergs an Wachholder vom 7. November 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Lehrkräfte) 1945 (UAR, R III, 3. o. Bl.).

Antrag auf Wiedereröffnung der Universität Rostock durch Rektor Kurt Wachholder vom 14. September 1945. In: Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität (Forschungsinstitute) 1945/46 (UAR, R III, 7. o. Bl.).

Lebensläufe, die von den Angestellten der Universitätsverwaltung der Universitätsleitung überreicht worden sind. In: Untersuchungsausschuss zur Bereinigung der Verwaltung 1945-1946 (R III, 9. o. Bl.).

Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. In: Entnazifizierung des Lehrkörpers 1945-1948 (UAR, R III, 10. o. Bl.).

Beschluss der universitätseigenen Entnazifizierungskommission über Hermann Teuchert vom 31. Juni 1945. In: Entnazifizierung des Lehrkörpers 1945-1948 (UAR, R III, 10. o. Bl.).

Anschuldigung der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vom 6. Juni 1947. In: Entnazifizierung des Lehrkörpers 1945-1948 (UAR, R III, 10. o. Bl.).

Auflistung der von der DVV genehmigten Lehrkräfte für das Sommersemester 1946. In: Lehrkräfte (SS) 1946. (UAR, R III, 13. o. Bl.).

Schreiben Schlesingers an Rienäcker vom 27. März 1946. In: Lehrkräfte (SS) 1946. (UAR, R III, 13. o. Bl.).

Rede des Rektors Günther Rienäcker anlässlich der Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25. Februar 1946. In: UAR: Feier der Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25.2.1947 (R III, 14. o. Bl.).

Protokolle des Untersuchungsausschusses. In: Untersuchungsausschuss: Philosophische Fakultät (Entnazifizierung) 1945 (UAR, R 2148. o. Bl.).

Protokoll des universitätseigenen Untersuchungsausschusses vom 25. Juni 1945, in dem festgelegt wird, dass die „Reinmachefrau“ Emma Lüss in ihrer Stellung verbleibt, so lange bis über den Verbleib ihres Mannes entschieden wird, der NSDAP-Mitglied und uniformierter Blockleiter gewesen ist. In: Untersuchungsausschuss: Phil. Fak. (Entnazifizierung) 1945 (R 2148. o. Bl.).

Entlassungen der universitätseigenen Entnazifizierungskommission. In: Untersuchungsausschuss: Landwirtschaftliche Fakultät (Entnazifizierung) (UAR, R 2151. o. Bl.).

Auflistung des Lehrkörpers im Zuge der Entnazifizierung. In: Untersuchungsausschuss Medizinische Fakultät (Entnazifizierung) Bd. II 1945 (UAR, R 2153. o. Bl.).

Handschriftlicher Eintrag des Vorlesungsverzeichnisses für das Sommersemester 1946. In: Vorlesungsverzeichnis der Universität Rostock vom Sommersemester 1946 bis zum Wintersemester 1951.

Personalakten

Überlegungen der Philosophischen Fakultät zur Einrichtung eines neuen Lehrstuhls am Institut der Germanistik. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 5.).

Schreiben des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an die Verwaltungsbehörde für Finanzen der Universität in Rostock vom 15. September 1920. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 17.).

Abrechnungen Hermann Teucherts seinen Umzug nach Rostock betreffend. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 26, 27, 31, 32, 33.).

Anfrage Teucherts bei Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 24. März 1939. (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 92.).

Persönlicher Brief Teucherts an den Rektor der Universität vom 14. März 1945. (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. I, Bl. 133.).

Ansprache des Dekans der Philosophischen Fakultät Professor Dr. Werner Hartke anlässlich der Abschiedsvorlesung Hermann Teucherts vom 15. Dezember 1954. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 1.).

Nachruf auf Hermann Teuchert in der Wochenbeilage der Neuen Deutschen Zeitung, dem „Nordeutsch[em] Leuchtturm“ vom 11. Februar 1972. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 3.).

Auflistungen der Aufzeichnungen vom 15. Oktober 1964, die Teuchert für sein wissenschaftliches Schaffen erhalten hat. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 20.).

Lebenslauf Hermann Teucherts vom 17. Mai 1945. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 21.).

Charakterisierung Hermann Teucherts durch den Dekan der Philosophischen Fakultät Ernst Hohl vom 13. Januar 1947. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 25.).

Persönlicher Fragebogen eines Wissenschaftlers. Ausgefüllt von Hermann Teuchert am 11. September 1945. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 26.).

Von der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns verlangte Übersicht über die Tätigkeit zur Zeit des Nationalsozialismus. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 30.).

Anfrage der Friedrich-Wilhelms-Universität an den Dekan der Philosophischen Fakultät Hermann Teuchert betreffend. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 33.).

Absage des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Rostocks an die Friedrich-Wilhelms-Universität Hermann Teuchert betreffend. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 37.).

Überlegungen Teucherts zu einer dreistündigen Hauptvorlesung mit dem Titel *Grammatik der neuhochdeutschen Schriftsprache nebst einer Einführung in das Mittelhochdeutsche* im Sommersemester 1946. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 38-41.).

Interview mit Hermann Teuchert in der Täglichen[n] Rundschau vom 29. Juni 1946. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 44.).

Erklärung Teucherts zu dem Interview in der *Täglichen[n] Rundschau* gegenüber dem Rektor der Universität Rostock. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 45.).

Emeritierungsantrag Hermann Teucherts vom 4. Dezember 1947. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 59.).

Reaktion Rienäckers auf den Beschluss der Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock vom 6. Dezember 1946 die Wohnung und Möbel Hermann Teucherts zu konfiszieren. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 62f.).

Aussetzung des Beschlusses zur Konfiszierung Hermann Teucherts Wohnung vom 13. Dezember 1947. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 64.).

Unterschriftensammlung der Rostocker Studenten für einen Verbleib Hermann Teucherts an der Universität Rostock vom 27. Dezember 1947. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 65-67.).

Verschiebung einer Entscheidung über Hermann Teucherts Emeritierungsantrag durch die DVV vom 8. März 1948. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 70.).

Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Hermann Kleinknecht an die DVV mit der Bitte um die Weiterführung der Lehrtätigkeit Hermann Teucherts. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 71.).

Antwort der DVV auf das Schreiben Kleinknechts vom 5. April 1948. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. II, Bl. 74.).

Bestätigung Teucherts auf seinem Lehrstuhl durch die SMAM am 23. März 1946. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. V, Bl. 100.).

Bestätigung des Lehrkörpers durch die SMA vom 30. Juli 1947. In: Personalakte Hermann Teuchert (UAR, PA Hermann Teuchert, Bd. V, Bl. 102.).

Stellungnahme Günther Rienäckers zu einer von den Nationalsozialisten angefertigten Charakterisierung Ernst Hohls. In Personalakte Ernst Hohl (UAR, PA Ernst Hohl, Bd. I, Bl. 16.).

6.2.2 Aktenbestände aus dem Wossidlo-Archiv Rostock (WA)

Briefe von Teuchert an Wossidlo und von Wossidlo an Teuchert. (WA RW – M/XV. o. Bl.).

Vorwort Friedrich Karl Hildebrandts zum ersten Band des Mecklenburgischen Wörterbuchs vom 5. Juli 1937. (WARW-M/XV, o. Bl.).

Artikel aus dem *Rostocker Anzeiger* vom 23. April 1936. (WA RW-M/XV, o. Bl.).

Artikel aus dem *Niederdeutschen Botschafter* Nr. 196 vom 24. August 1937. (WARW-M/XV, o. Bl.).

6.2.3 Aktenbestände aus dem Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS)

Niederschrift der am 21.9.1945 in der Militärischen Administration stattgefundenen Besprechung unter der Leitung des Generalmajors Skossyrew. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 60. Bl. 329.).

Runderlass des Präsidenten des Landes, Abteilung Innere Verwaltung, betreffend die Entnazifizierung der Verwaltung vom 30. August 1945. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 752. o. Bl.).

Bericht Höckers vom 27. November 1945 über die Bereinigung der Verwaltung von Faschisten. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 752. o. Bl.).

Verordnung Warnkes zur Bereinigung der Verwaltung am 15. September 1945. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 752. o. Bl.).

Bericht Höckers vom 27. November 1945 über die Bereinigung der Verwaltung von Faschisten. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 752. o. Bl.).

Schreiben der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Verwaltung an alle Landräte und Oberbürgermeister die Entnazifizierung betreffend vom 2. Januar 1947. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 762. o. Bl.).

Schreiben Kundermanns vom 7. August 1947. In: Ministerium des Innern (1946-1952) (LHAS, Mdl 762. o. Bl.).

Bericht Kundermanns über den Stand der Entnazifizierung am 5. Dezember 1946. In: Ministerpräsident (LHAS, MinPräs 1375. o. Bl.).

Bericht Kundermanns zum Befehl 201 für den Monat Februar vom 3. März 1948. In: Ministerpräsident (LHAS, MinPräs 1479. o. Bl.).

Bericht über den Abschluss der Entnazifizierung vom 19. März 1948. In: Ministerpräsident (LHAS, MinPräs 1479. o. Bl.).

Erklärung Wachholders zu seiner Aktivität zur Zeit des Nationalsozialismus. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 40f.).

Beschluss des Blocks der antifaschistischen Parteien Kurt Wachholder betreffend vom 9. Februar 1946. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 42.).

Beschwerde Günther Rienäckers beim Ministerium für Volksbildung am 14. Juni 1947 über die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 90.).

Schreiben der Landesregierung an die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock als Reaktion auf das Schreiben Rienäckers vom 14. Juni 1947. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 92.).

Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Rostock an die Landesregierung Mecklenburgs, Ministerium für Volksbildung, vom 16. Juli 1947. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 95.).

Schreiben des Kurators an das Amt für Volksbildung in Schwerin, in dem er sich auf die durch die Entnazifizierungskommission der Stadt geforderte Entlassung Wachholders auf Basis der Direktive Nr. 24 bezieht. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 107.).

Sammelschreiben der Entnazifizierungskommission vom 2. Januar 1948, in dem mehrere Personen als belastet geltend gemacht wurden, ohne genauere Gründe zu nennen. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237, Bl. 128.).

Auflistung der politisch belasteten Professoren der Universität Rostock. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 133.).

Schreiben Schlesingers an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Kultur und Volksbildung, in dem er sich für Kurt Wachholder ausspricht. In: Ministerium für Volksbildung (1946-1952) (LHAS, MfV 2237. Bl. 208.).

6.3 Quellenverzeichnis (gedruckte Quellen)

Direktive 24. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 5). 31. März 1946. S. 98-115.

Direktive 38. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 11). 31. Oktober 1946. S. 184-212.

Auszug aus dem Beschluss der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945). Zitiert nach: Arnold, Gerhard (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Plauen 1957. S. 4.

Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947. Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates. Zitiert nach Rößler, Ruth-Kristin: Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien. Goldbach 1994. S. 147-149.

Befehl Nr. 35 der SMAD über Auflösung der Entnazifizierungs-Kommissionen vom 26. Februar 1948 zitiert nach Rößler (1994). S. 257-258.

Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der Alliierten von Jalta im Februar 1945. Zitiert nach Schwabe (1992). Anlage Dokument Nr.1.

Korrektur der Direktive 24 um den 28. Dezember 1946. Zitiert nach Schwabe (1992). Anlage Dokument Nr. 6.

6.4 Zeitzeugengespräch mit Dr. Jürgen Gundlach in Wismar am 5. Dezember 2007 (Auszug)

J. G. = Dr. Jürgen Gundlach, J. H. = Jobst Herzig

J. H.: Es geht mir hauptsächlich darum, dass ich Herrn Teuchert als Person ein bisschen einschätzen kann. Man kennt ihn ja nur aus den Akten, weshalb es sehr schlecht ist sich ein Bild von jemandem zu machen. [...] Mich würden zwei Schwerpunkte interessieren: 1. Das Verhältnis von Hermann Teuchert zu Richard Wossidlo und 2. Teucherts Wirken an der Universität nach 1945. Als Eingangsfrage hatte ich mir überlegt, wie Sie Herrn Teuchert kennen gelernt haben und was für einen Eindruck er auf Sie als Mensch gemacht hat.

J. G.: Das ist so eine Sache. [...]

[Herr Gundlach zeigt mir sein Studienbuch]

J. G.: Teuchert kommt hier gleich vor.

J. H.: Das ist das Sommersemester 1946 – also das erste Semester nach der Wiedereröffnung der Universität.

J. G.: [...] Hier [Rostock] angekommen am 9. März 1946. Wenig später ging ich auf Zimmersuche. Damals ging das noch, dass man so schnell zum Studium kam. Man wurde also nicht auserlesen, sondern man war einfach da. Die Germanistik war also besetzt geblieben. Die Historiker waren es zunächst nicht, die mussten zunächst noch auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Es gab ja auch viele Universitätsleute, die in der Partei waren, in der NSDAP. Das war Teuchert nicht. Teuchert war – das habe ich dann später irgendwo gelesen – in der Sozialdemokratischen Partei.

J. H.: Das geht aus den Akten über Teuchert gar nicht hervor?

J. G.: Doch, dass ist so. Ja, dann ging es gleich in einen Hörsaal. Das war ein Gebäude, das hinter dem Hauptgebäude steht. [...] Da waren Teile der Germanistik untergebracht, unter anderem auch die Bibliothek. Also Teile der Bibliothek. Die anderen der Germanistik waren im Hauptgebäude untergebracht – unten rechts. Da war auch – mit Blick auf den Universitätsplatz – das Mecklenburgische Wörterbuch untergebracht, welches ich damals noch nicht kannte und wer Wossidlo war, dass wusste ich damals auch noch nicht. Dann ging der Betrieb los. Das war ganz normal mit Studienbuch und Einschreibung und Belege. [...] Da stand man vor dem schwarzen Brett und da stand „Im Sommersemester gedenke ich zu lesen.“ Also das war nicht schulmäßig, das ist ja heute wohl alles etwas anders. [...] Wir haben uns die Kollegs selbst zusammensuchen müssen. Einiges überschchnitt sich. Dann war man sehr erstaunt. Herr Heyde hatte einen Anschlag, dass er erst später anfängt. Das war so der Eindruck von der Universität. Wir waren so als Studenten – schätze ich – 50 an der Zahl. [...] Das war sonst ein frohes Leben,

auch mit Gastwirtschaften. Aber man war immer höflich zueinander. Teuchert war mittelgroß. [...] Hatte wohl schon eine Glatze. Er ist ja 1880 geboren. Er war schon alt. Heute würden Sie sagen, wir haben hier einen alten Professor oder Prof. sagen Sie heute. [...] Er las damals eben noch Niederdeutsch. Den Lehrstuhl hatte er 1920 gekriegt, er war damals Studienrat in Berlin. Er ist dann ohne Habilitation – das war damals durchaus so üblich, wenn man wissenschaftlich ausgewiesen war. Das war er. [...] Er fand bereits in Mecklenburg Richard Wossidlo vor. [...] Teuchert hat sich bereit erklärt, das Mecklenburgische Wörterbuch zu machen. Damit hatten wir als Studenten aber gar nichts zu tun gehabt. [...] Das haben wir so alles nicht recht gewusst als Studenten. Es war wohl nicht die Verpflichtung das Mecklenburgische Wörterbuch zu machen – wohl aber die moralische Verpflichtung. [...] Also Teuchert hatte bald seine Kollegs nicht auf das Niederdeutsche beschränkt. [...] Er hat dann wenig Niederdeutsch gemacht. Teuchert war ja – das war ja wohl sein Glück – nicht in der NSDAP gewesen, er war in der SPD gewesen, was er uns jedoch nicht sagte. Er hat sein Kolleg in diesem Sinne nicht systematisch aufgebaut. [...] Teuchert hat kein Tafelbild erstellt, er hat beim Lesen keine Fragen gestellt. Das war damals so üblich. [...] Er hatte vier Stunden Kolleg zu halten und ein zweistündiges Seminar. Das Seminar war richtig schulmäßig. Da hatte er auch ein so kleines schwarzes Buch, da hat er mit Bleistift seine Notengebung vorgenommen – ob die Studenten auch ordentlich präpariert waren. Es war sehr streng bei ihm. Er sagte dann meinetwegen: „Fräulein“ und dann atmeten wir Männer alle auf, dann waren wir nicht dran. Es war dann wie eine Entlastung. Dann musste sie lesen, übersetzen und die Sprache erklären. Er hat sich dann auch Noten notiert. Er hat – so dass wir es sehen konnten – eine Drei oder Zwei allenfalls gegeben. [...] Der Schnitt der Studenten war – würde ich sagen – konservativ, obwohl diese Begriffe damals keine Rolle spielten. Es gab damals schon einige wenige Blauhemden – also Mitglieder der FDJ – jedoch beachtete man diese nicht, man machte sich eher lustig über sie. Die haben dann später zugenommen. Man war immer ausgesprochen höflich zueinander. So per Du, wie Sie es heute pflegen, gab es damals nicht: wir siezten uns und zur Begrüßung wurde immer der Hut gezogen und den jungen Damen wurde noch in den Mantel geholfen. [...] Zurück zu Teuchert: Er war ein souveräner Mensch. Also ein Geschwätz oder ähnliches gab es nicht. Aber er lud uns immer ein. Ich war ja später an seinem Mecklenburgischen-Wörterbuch tätig. Dann waren wir eingeladen bei ihm am Meisenweg 5. Da war er wie ausgewechselt. Er hatte also diese große Villa. Das war ein schönes Haus – er hatte eine große Familie. Er war reizend dann: Er zeigte uns seinen Garten, da gingen wir dann durch, es wurden dann die Blumen benannt. Das war eigentlich schön. Sonst war er auch ein gestrenger Chef. Das betrifft nun besonders das Mecklenburgische Wörterbuch, wo ich dann ja bald nach dem Staatsexamen einstieg. [...]

J. H.: Ich würde gerne das Gespräch noch einmal auf das Sommersemester 1946 lenken. Die Wiedereröffnung der Universität hat sich ja in die Länge gezogen – die Rostocker Universität war die letzte, die innerhalb der SBZ wiedereröffnet worden ist. Mich würde interessieren, wie die Bedingungen gewesen sind. Viele Professoren sind ja vorerst nicht an die Universität zurückgekehrt, da sie von der Entnazifizierungskommission als vorbelastet eingestuft worden sind. Hermann Teuchert wurde ja ebenfalls von der Entnazifizierungskommission erfasst und seine Entlassung wurde gefordert. Nun ist Herr Teuchert ja im Amt verblieben, sodass es mich interessiert, wie dabei der Werdegang war.

J. G.: Sie wollen wissen, warum Herr Teuchert im Amt geblieben ist?

J. H.: Ja, (a) wie es kam, dass Herr Teuchert im Amt geblieben ist und (b) ob die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden sind, gestimmt haben. Er wurde ja durch die Aussage eines dritten belastet, rassistische Äußerungen getätigt zu haben.

J. G.: Dazu kann ich nun wenig sagen, da wir Studenten in diese Vorgänge nur wenig involviert waren. Wir haben für Teuchert eine Unterschriftensammlung – glaube ich – gemacht. Ob das nun durch diese Unterschriftensammlung oder durch andere Umstände bewirkt war, weiß ich nicht. Jedenfalls blieb er da. Da wissen Sie schon mehr als ich. Das haben wir gar nicht gewusst, dass er angeschwärzt worden ist.

J. H.: Bei dieser Unterschriftensammlung hatten die Studenten ja auch betont, dass Teuchert sich nie irgendwelche rassistischen Äußerungen hat zu Schulden kommen lassen. Es waren ja gut 100 Studenten, die unterschrieben haben. Wie war nun der Eindruck von Teuchert, denn die Akten belegen, dass er für kurze Zeit Mitglied im Opferring der NSDAP gewesen ist und zudem Mitglied im NS-Dozentenbund gewesen ist. Dies war ja nun immer eine sehr schmale Gratwanderung, aber wissen Sie vielleicht, ob es während der Zeit des Nationalsozialismus Probleme gab, mit denen Teuchert zu kämpfen hatte?

J. G.: Das glaube ich nicht. [...] Aber genau weiß ich das nicht.

J. H.: Noch mal zum Sommersemester 1946 zurück. Aus den Akten geht hervor, dass der Universitätsbetrieb sehr holprig anlief. Davon haben Sie als Studenten wahrscheinlich auch was mitbekommen. [...]

J. G.: Teuchert war nach unserer Ansicht nicht ein führender Mann, das haben wir erst später gemerkt. Er war halt ein Universitätsprofessor. Ach so: holprig begann es. Das können Sie auch der Tatsache entnehmen, dass Frau von Harlem Gymnasialdirektorin gewesen ist. Wir verehrten Sie geradezu. Es hat keine Rolle gespielt, ob Sie nun Professor war oder nicht. Die hat offensichtlich Teuchert besorgt. [...] Beckmann ist ja auch ein Schulmann gewesen. Ein liebenswürdiger Mensch. Er gehörte zur „Wossidlo-Seite“, aber Teuchert hat ihn gekannt und auch genommen. [...] Wir hatten ja zwei Pflichtfächer in der Geschichte. Das war besonders schwierig. Hohl zum Beispiel, Ernst Hohl ist dann erst später wiedergekommen

und er war ja bekennender Antidemokrat. [...] Wir haben Hohl aber sehr geschätzt. Dann war da noch die Stuhlwanderung – es waren nämlich nicht genug Stühle vorhanden. Das war der Hörsaal 8, in dem die Historiker lasen. Bei Hohl haben wir sehr viel gelernt. Teuchert hat ja nicht über die Geschichte der Germanistik gelesen, das war unter seiner Würde sozusagen. Er hat Germanistik vorgeführt. Hohl hatte dann auch seine Witze, die er machte. Hohl habe ich durchgehend gehabt, bis er nach Berlin gegangen ist. [...] Ja, der holprige Beginn. Teuchert hatte sich dann diese Leute von der Schule besorgt, die aber sehr tüchtig waren. [...] Was kommt jetzt?

J. H.: Zum Beispiel die Tatsache, dass 1/3 aller Universitätsprofessoren, die dann wieder an die Universität kamen Mitglieder der NSDAP beziehungsweise ihr nahe stehender Organisationen waren. Kann man in diesem Zusammenhang wirklich von einem demokratischen Neubeginn sprechen? Wie haben Sie das als Studenten erlebt?

J. G.: Wir waren ja entschiedene Gegner der DDR. Aber eine entscheidende Rolle spielten diese Sachen nicht. [...]

J. H.: Hat man von den alten Traditionen, die vor 1945 an der Universität geherrscht haben irgendwas mitbekommen?

J. G.: Nein. Burschenschaften hat es ja zum Beispiel nicht mehr gegeben.

J. H.: Und in Äußerungen von Professoren der Studentenseite gegenüber?

J. G.: Mmh. Das kann ich so nicht sagen.

J. H.: Glauben Sie denn, dass als Sie an die Universität Rostock gekommen sind, hier ein demokratischer Neubeginn stattgefunden hat?

J. G.: Nein, das kann ich so nicht sagen. Die Professoren haben ihre Kollegs gehalten und wir sind halt hingegangen und wurden geprüft. Das würde mich zu sehr festlegen von einem demokratischen Neubeginn zu sprechen. Wir, die da studiert haben waren glücklich, studieren zu können. [...]

J. H.: Als Sie dann hörten, dass eventuell eine Entlassung von Herrn Teuchert bevorstehen könnte, haben die Studenten ja die Unterschriften gesammelt. Es geht aus dem Dokument ja eine große Angst der Studenten vor einem Verlust Teucherts hervor, da die Universität nicht nur einen ideellen Verlust zu befürchten hätte, sondern auch die Angst vor einem Zusammenbruch der Germanistik bestand. Mir geht es nun um dieses Gefühl, wie es für die Studenten gewesen sein muss, ohne Herrn Teuchert zum kommenden Semester an der Universität auszukommen.

J. G.: Wann war das?

J. H.: Juni 1947.

J. G.: Naja, das war ja dann mitten im Studium. Das hat man damals ja so richtig gar nicht begriffen. Dann hat man da unterzeichnet oder auch nicht unterzeichnet. Also ich sehe darin kein besonderes Ereignis, dass Herr Teuchert blieb. Der war

eben da. Eine Zeit lang wollten Sie ihn nun nicht haben, aber das hat damals nicht die Aufmerksamkeit gehabt, wie Sie heute denken.

J. H.: Glauben Sie es gab eine Intrige gegen Hermann Teuchert?

J. G.: Das weiß ich nicht.

J. H.: Ich würde nun gerne auf das Verhältnis Teucherts zu Richard Wossidlo zu sprechen kommen. Und zwar haben Sie in einem Nachruf auf Teuchert eine Briefzeile Teucherts an Wossidlo aufgegriffen, in der Teuchert zur Sprache bringt, dass Wossidlo und er komplett unterschiedliche Formen des Arbeitens haben, aber dass er gerade daraus hofft, etwas Tolles schaffen zu können. Nun ist die Frage: Gab es so etwas wie einen unausgesprochenen Streit zwischen Wossidlo und Teuchert?

J. G.: Es gab einen ausgesprochenen Streit. Aber das glückliche war, dass als der Druck des Wörterbuchs in Gang kam, Wossidlo bereit war, Teuchert zu helfen – das hat er auch ausgedrückt. [...] Was den Streit ausmachte? Sie waren ja beide völlig verschieden veranlagt. Denn der einzelne Beleg war für Wossidlo etwas Schönes und Erstaunliches. Und für Teuchert war der Beleg ein Beleg. [...] Mein Anliegen, wenn ich über Wossidlo geschrieben habe, war es, Teuchert neben Wossidlo zu sehen. Ein Wossidlo war ja im Lande der Mann, den die Bevölkerung auch verehrte, als er gestorben war – in Waren – ist er ja mit einem Sonderzug transportiert, nach Ribnitz transportiert worden, wo er dann auch beigesetzt worden ist. Sie sehen, das ist bemerkenswert. Frau Teuchert im Besonderen hat dies sehr verbittert, denn Teuchert war eben der Gelehrte zu Hause, der seine Sachen machte und dadurch nicht so in die Breite wirkte. Also, sie konnten sich praktisch nicht vertragen. Ich würde nicht sagen: Wossidlo ist im Recht oder Teuchert ist im Recht. Man muss froh sein, dass Wossidlo sich letzten Endes noch zum Wörterbuch bekannte. Er hätte ja auch das Material zurückziehen können. [...]

J. H.: Als Teuchert seine Abschiedsvorlesung gegeben hat, wurde eine Laudatio gehalten, in der auch Richard Wossidlo lobend erwähnt worden ist. Ich frage mich, was Teuchert in diesem Moment gedacht haben muss.

J. G.: Das weiß ich nicht. War das in der Aula?

J. H.: Ja, das war in der Aula. 1954.

J. G.: Ja, da bin ich ja auch gewesen. Da haben wir noch ein lateinisches Zitat gefunden, das auf Teuchert zu beziehen war. Nun haben wir das aber gar nicht so recht übersetzen können. Da haben wir uns dann die Übersetzung besorgt von den Altphilologen. [...] Nun reagierte Herr Teuchert bemerkenswerterweise mit einem eigenen Zitat auf die Glückwünsche – auf Latein. Das haben wir uns dann auch wieder übersetzen lassen. Also sie sehen den Bildungsgrad der Studenten, das war eben so.

J. H.: Mich würde interessieren, wie Sie zum Mecklenburgischen Wörterbuch gekommen sind. Ist Herr Teuchert auf Sie zugekommen?

J. G.: Nein, das war der Herr Johannes Schröder. Das weiß ich noch genau. Bei dem Kriegerdenkmal für 1870/71. [...] Wir hatten ja ein sehr enges Verhältnis zu den Professoren. Zum Beispiel Herr Hohl erkundigte sich bei uns, wie wir mit der Semesterarbeit vorankamen. Das hat Hohl dann kollegial gefragt. Also, auf jeden Fall habe ich bei dem Kriegerdenkmal dann Herrn Schröder getroffen oder er mich. Wir waren ein Verein – also die Schröder'sche Schule, auch die Kneipen gehörten dazu – und er sagte, ich solle mal zum alten Teuchert gehen, der sucht da einen. Und dann bin ich dahin gegangen und jaja, das ging dann ein viertel Jahr meinetwegen. [...] Ich bin dann zum Wörterbuch geholt worden, als Frau von Hagenow gestorben war. Dann wurde gleich die Sitzordnung in dem Raum geändert. Wir waren dann ja drei Mitarbeiter – wunderbare Leute, das war so was Herzliches. Und ich kriegte dann da gleich den Platz neben Teuchert, am Fenster. Dann mussten die anderen rücken, das hat mir aber keiner verübelt. Und dann bin ich da geblieben, bis zum Ende. [...]

J. H.: Eine Sache, die mir da noch einfällt. Es gab damals ein Zeitungsinterview von Herrn Teuchert, ich weiß nicht, ob Sie das kenne, in dem sich Herr Teuchert über ...

J. G.: ... Wossidlo beklagt hat.

J. H.: Ja.

J. G.: Das sehe ich noch genau. Wir waren damals untergebracht, wo heute ein Hotel ist. In der Schwaanschenstraße. [...] Es war üblich, dass wir zusammen frühstückten. 10 nach 10 kam Teuchert aus seinem Arbeitszimmer und brachte seine Stulle mit und wir mussten dann zwischendurch ein Buch raussuchen oder etwas holen – das war nicht angenehm. Und wenn Teuchert wieder zu seinem Arbeitszimmer ging, fingen wir erst an richtig zu frühstücken. Wie das bei Vorgesetzten so ist. Ja und diese Sache, da habe ich – glaub ich – einen Artikel auf Teuchert geschrieben. Da war eine Formulierung in der Zeitung, die aufgenommen worden war von mir: „Es begann die Zeit der Zusammenarbeit zwischen Wossidlo und Teuchert.“ Nun war ich ja der Meinung ich habe eine ordentliche Sache geschrieben und hätte dafür auch ein Lob verdient gehabt. Aber nun kam es: Es habe, sagte Teuchert, keine Zusammenarbeit zwischen Wossidlo und ihm gegeben. Im Gegenteil: Wossidlo habe ihm Knüppel zwischen die Beine geschmissen. Und da habe ich einen Schreck gekriegt, dass meine Version nicht akzeptiert wurde. Ich habe aber gesagt: „Wünschen Sie, Herr Professor, dass die Presse anders unterrichtet wird?“ „Nein“ hat er gesagt. Also er hat in diesem Sinne den Befehl seiner Frau ausgeführt, indem er die Sache in seinem Sinne dargestellt hat. Das war nebenbei.

J. H.: Hat Herr Teuchert je spezifiziert, was für Knüppel das gewesen sind, die Wossidlo ihm zwischen die Beine geschmissen hat?

J. G.: Nein. Das ist die einzige Äußerung über Wossidlo von Herrn Teuchert, die er je getan hat. Es stammen ja 75-80% der Belege des Wörterbuch-Materials stammen ja von Wossidlo. Das hat Teuchert aber auch offiziell erklärt, das ist selbstverständlich gewesen.

J. H.: Ich würde dennoch ganz gerne noch mal einen Rückschritt machen und zwar zu dem Entnazifizierungsprozess an der Universität. Es gab ein Interview, in dem sich Herrmann Teuchert über politische Eingriffe in die wissenschaftliche Lehre geäußert hat. Wissen Sie darüber etwas?

J. G.: Nein. [...]

J. H.: Von politischer Aktivität einzelner Universitätsprofessoren zur Zeit des Nationalsozialismus haben Sie als Studenten wahrscheinlich gar nichts mitbekommen.

J. G.: Nein.

J. H.: Auch nicht später von der Seite der Blauhemden, dass es da Bestrebungen gab, einem Professor seine Vergangenheit anzulasten?

J. G.: Mit den Blauhemden haben wir ja nicht zu tun gehabt. Die kamen ja erst auf und wir machten uns am Anfang über sie lustig. [...]

J. H.: Gab es so etwas wie eine Entnazifizierung der Studenten. Zum Beispiel, dass Studenten, die ein hohes Amt in der HJ gehabt haben nicht zugelassen wurden?

J. G.: Rienäcker war ja damals Rektor, der sich sozusagen mit seinem Namen verbürgt hat für die Studenten. Und damit war das eigentlich erledigt. [...] Ich habe bisher vielleicht noch nicht Herrn Teuchert genug als Gelehrten dargestellt. Das war ja etwas, was nicht in die Übungen einfluss, das wusste man gar nicht. Als Teuchert mal eingeladen wurde von Professor Mitzger – er ist Leiter des Deutschen Sprachatlas Marburg gewesen. Und da ging Teuchert durch die Reihen des Instituts und da hat einer extra notieren müssen, was Teuchert gesagt hatte. Also sein Wort war so wichtig und galt so sehr in der Germanistik. Das war unwahrscheinlich. Er war eben der Altmeister. [...] Ein Zitat von Teuchert zu einem älteren Kollegen war: Sie sollen nicht so viel in alten Büchern lesen. Warum nicht? Das hält auf. Der Wörterbuchschreiber hatte das Umfeld laut Teuchert nicht so sehr zu betrachten.

J. H.: Es gibt ja diese Diskussion über den Spracheinfluss in Mecklenburg. Wossidlo hatte immer sehr stark den slawischen Einfluss gesehen, Teuchert eher den niederländischen.

J. G.: Ja, da würde ich aber keinen Gegensatz sehen. Das niederländische ist ja das Wortgut vom Strelitzer Land, bisschen von der Mark Brandenburg ab. [...]

Das Gespräch bei uns beim Mecklenburgischen Wörterbuch war immer fachbezogen. Es wurde nicht gefragt, wie Sie das Wochenende verlebt hatten. [...]

J. H.: Wie würden Sie ihr Verhältnis zu Teuchert charakterisieren? War es freundschaftlich geprägt?

J. G.: Also ich war eigentlich nicht so direkt sein Mann. Aber ich hab ja dann die Arbeitsstelle geleitet und das war dann auch nicht die Frage für Teuchert. Er ging dann ja auch nach Heidelberg zu seiner Tochter. [...] Sie können ruhig mehr fragen.

J. H.: Ich habe die wesentlichen Informationen und Eindrücke mittlerweile bekommen, danke.

J. G.: Sie hatten ja schon eine gewisse Erwartung an dieses Gespräch und hätten es wahrscheinlich gerne gehabt, wenn ich mehr über die Bestrebungen Teuchert zu emeritieren gewusst hätte. Aber ich habe das nicht gewusst, das spielte für uns damals keine Rolle. [...]

J. H.: Was war Herr Rienäcker für ein Mensch? Haben Sie den genauer kennen gelernt?

J. G.: Ja, das waren ja alles ausgezeichnete Leute. Er war anorganischer Chemiker.

J. H.: Und Wachholder, seinen Vorgänger. Haben Sie ihn kennen gelernt? Die Namen Rienäcker und Wachholder stehen ja sehr eng verbunden mit der Wiedereröffnung der Universität. [...]

J. G.: Ich erinnere mich, es war damals üblich, wenn man als Student krank wurde, wurde man vom Professor – das muss der Wachholder gewesen sein – untersucht. Und mir ist in Erinnerung, dass er nicht ein Stereoskop benutzte, um die Herzfrequenz zu hören, sondern sein Ohr anlegte. [...]

J. H.: Bis wann waren Sie dann Student an der Universität.

J. G.: 50/51 habe ich dann Staatsexamen gemacht.

J. H.: Unter anderem bei Teuchert.

J. G.: Ja.

J. H.: Herr Gundlach, ich danke Ihnen für dieses aufschlussreiche und informative Gespräch.

Die Wiedereröffnung der Universität Rostock nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Catharina Trost

1. Vorbemerkung

Die Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25. Februar 1946 beschäftigte in der jüngsten Zeit nur eine kleine Anzahl von Historikern. Martin Handschuck gab mit seiner Dissertation „Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule“ im Jahr 2003 ein ausführliches Standardwerk zu diesem Thema heraus. Auch der Rostocker Historiker Werner Müller nahm sich bereits zum 575-jährigen Jubiläum dieses Themas mit seinem Aufsatz „Die Anfänge sozialistischer Umgestaltung der Universität in der Nachkriegszeit“ an.

Bedenkt man, dass sich im Jahr 2019 die Ersteröffnung der Universität Rostock von 1419 zum 600. Mal jährt, ist es nur von Verständnis, dass bis zu diesem Datum auch eine Aufarbeitung aus der Zeit der DDR-Diktatur vorhanden sein sollte. Neben Martin Handschuck und Werner Müller möchte diese Arbeit mit neuen Erkenntnissen dazu beitragen aufzuzeigen, dass die Person und Position des damals amtierenden Rektors Prof. Dr. Kurt Wachholder bisher weit unterschätzt wurde. Er, der die Vorarbeiten zur Wiedereröffnung nicht nur forciert und vorangetrieben hatte, erhält in dieser Arbeit ein separates Kapitel, um seiner Person gerecht zu werden.

Beginnend mit der Gründung der Provinz Mecklenburg bis hin zu den zentralisierenden Mechanismen der Besatzer, in Form der Zentralverwaltungen, sollen alle damit verbundenen Personen detailliert behandelt werden. Da die Entnazifizierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein weites Feld war, wie Damian van Melis in seinem wohl bekanntesten Werk „Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern Herrschaft und Verwaltung 1945-1948“ von 1999 dargestellt hat, wird diese Arbeit sich explizit mit der Entnazifizierung der Behörden beschäftigen. Die Universität Rostock stellt in diesem Zusammenhang ein Novum in der Nachkriegsgeschichte dar. Dieses und der Kampf um die Wiedereinstellung hochrangiger Wissenschaftler wird ebenso thematisiert werden wie auch die Stagnation bis hin zur Einstellung und damit Aufgabe der Entnazifizierung durch die Besatzer.

Dazu wurden Forschungen im Landeshauptarchiv Schwerin, im Universitätsarchiv und im Stadtarchiv Rostock angestellt, die belegen, dass es bei der „Sowjetisierung“ durch die Besatzer und der neu gebildeten Landesregierung nicht auf die fachlichen Kompetenzen eines Wissenschaftlers ankam, sondern ausschließlich seine Vergangenheit beurteilt wurde. Dass hierbei auch eine Vielzahl von Fehlentscheidungen getroffen und umgesetzt wurden, soll anhand von Beispielen

aufgezeigt werden. Eines davon ist die Neubesetzung des Personals in der Universität Rostock im Jahr 1946. Hieran wird erkennbar, wie aussichtslos die angestrebte Entnazifizierung durch die Sowjetische Militäradministration war. Nicht nur, dass sie damit die Zahlungen der Reparationsleistungen gefährdeten, auch der damit vielfach verbundene Weggang von hochrangigen Wissenschaftlern aus der SBZ wird beleuchtet werden.

Wie die systematische Umformung zu einer „Volksuniversität“ vonstatten ging, ist ebenfalls Thema dieser Arbeit. Es soll aufgezeigt werden, wie aussichtslos Wachholders Bestrebungen nach einer demokratischen Universität waren, wenn man bedenkt, dass die Besatzer von Beginn an vorhatten, die Hochschulen nach ihren Vorstellungen (sowjetischen) aufzubauen.

Zum Abschluss der Arbeit wird es eine Schlussbemerkung geben, die noch einmal die neuesten Forschungsergebnisse kurz zusammenfasst und auf weitere, noch nicht bearbeitete Forschungsfelder aufmerksam machen möchte.

2. Die Nachkriegssituation in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Mecklenburg-Vorpommern

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches der Zweite Weltkrieg in Europa.¹ Die oberste Gewalt in Deutschland, das nunmehr „lediglich ein Objekt der internationalen Politik [war] ohne äußere und innere Souveränität“², übernahm am 5. Juni 1945 der Alliierte Kontrollrat als gemeinsame Regierungsbehörde der Siegerstaaten. Ihm gehörten anfänglich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion an. Frankreich kam später hinzu. Das Territorium Deutschlands wurde unter diesen Staaten zum Zwecke der Besatzung nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 in vier Zonen aufgeteilt.³ Der Kontrollrat sollte über Deutschland als Ganzes entscheiden, jede Besatzungsmacht erließ jedoch für ihre Zone selbstständig Befehle und Gesetze.

Somit war ein Schritt zur getrennten Entwicklung getan, der es der Sowjetunion ermöglichte, in ihrer Zone die Grundlagen für ein kommunistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem zu legen.

Im von ihr besetzten Teil Deutschlands verfolgte die Sowjetunion nach Kriegsende eine zweigleisige Taktik. Einerseits gestattete sie „die Tätigkeit verschiedener politischer Richtungen, legte [...] »antifaschistisch-demokratisch«

¹ Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn 2000. S. 19.

² Grosser, Alfred: Das Bündnis der westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg. Paris 1978. S. 80.

³ Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990. Bonn 2004. S. 117.

im Sinne der pluralistischen Demokratie aus“⁴, was Hoffnungen auf eine reale Demokratisierung weckte. Andererseits leitete sie in ihrer Besatzungszone Maßnahmen mit dem Ziel ein, diese nach sowjetischem Muster ideologisch und organisatorisch umzugestalten und somit langfristig in ihren Machtbereich einzubinden.

In Mecklenburg versetzte die Besetzung die Einwohner in unterschiedliche Verfassungen. Es herrschten in erster Linie Angst und die Hoffnung auf das wirkliche Ende des Krieges gemischt mit Desinformation und Gewaltexzessen seitens der Besatzer. In einigen Städten herrschte das totale Chaos. Malchin wurde beispielsweise nach seiner Besetzung von den Besatzern in Schutt und Asche gelegt, indem man die Stadt nach der Eroberung in Brand setzte.⁵ Am 01. Juli 1945 übergaben die britischen Truppen die von ihnen besetzten Gebiete West-Mecklenburgs der Roten Armee und zogen aus Mecklenburg ab. Es wurden die ersten Orts- und Kreiskommandanturen in den Dörfern eingerichtet, die auch gleichzeitig die obersten Verwaltungen darstellten.

2.1 Die Gründung der „Provinz Mecklenburg“ - Zusammensetzung und innere Struktur der neuen Landesregierung

Bereits Ende Mai hatte sich die sowjetische Besatzungsmacht mit der bevorstehenden Bildung einer Landesverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern befasst. Diese wurde vertreten durch General Iwan Iwanowitsch Fedjuninskij⁶, dem späteren Chef der Sowjetischen Militäradministration Mecklenburg (SMAM).⁷ Mit der Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Erneuerung des Präsidiums der Landesverwaltung durch die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD) am 04. Juli 1945 war die parallele Verwaltungssituation beendet.

Am 27. Juni 1945 fanden in Güstrow und Rostock unter der Leitung von Gustav Sobottka⁸ Gespräche über die Zusammensetzung einer künftigen Landesverwaltung statt. In diesen Gesprächen wurden ausgewählte Personen vorgeschla-

⁴ Weber, Hermann: DDR Grundriß der Geschichte 1945-1981. Hannover 1982. S. 21.

⁵ Karge, Wolf; Münch, Ernst; Schmied, Hartmut: Die Geschichte Mecklenburgs. Rostock 1993. S. 167 ff.

⁶ Brunner, Detlev: Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945 bis 1949. Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Bremen 2003. S. 630.

⁷ Brunner: S. 118. (Dokument 7 vom 27.06.1945. Besprechungen in Güstrow und Rostock betr. Bildung der Landesverwaltung.)

⁸ Gustav Sobottka (KPD). In: Brunner: S. 650.

gen oder stellten sich selbst als zukünftige Vertreter des Landes vor: So auch Albert Schulz, der aber an seine Kandidatur Bedingungen knüpfte. Er wünschte „ein persönliches Gespräch mit den führenden Männern in Berlin, bevor er sich endgültig entscheiden würde.“⁹

Am 28. Juni 1945 fuhren Wilhelm Höcker¹⁰ und Hans Warnke¹¹ nach Berlin-Karlshorst zum Sitz der SMAD. Der oberste Chef, Marshall Shukow, konnte sie nicht empfangen, ließ sich aber durch seinen Stellvertreter Armeegeneral Wassili Davidowitsch Sokolowski zusammen mit dem Generalleutnant Fjodor Jefimowitsch Bokow¹² vertreten. Bereits am 29. Juni 1945 erhielt Höcker eine Vollmacht der SMAD „zur Bildung der Landesverwaltung.“ Die Vollmacht bezeichnete die Bildung einer „Provinz Mecklenburg“.¹³

Zurück in Schwerin leitete Höcker bereits am 30. Juni 1945 seine „amtlichen Personalvorschläge“¹⁴ zur Besetzung der neuen Landesregierung an die SMAD weiter. Am 04. Juli 1945 erhielt er die Bestätigung durch Marshall Shukow für folgende Personen: Er selbst, Höcker, wurde als Präsident des Landes bestätigt. Neben ihm wurden Hans Warnke (KPD) erster Vizepräsident, Otto Möller¹⁵ (CDU) zweiter Vizepräsident und als dritten Vizepräsidenten ernannte man Gottfried Grünberg¹⁶ (KPD). Nach Abzug der britischen Truppen am 01. Juli nahm die neue Landesregierung ihre Amtsgeschäfte zum 07. Juli 1945 auf.¹⁷ Bereits am 08. Juli 1945 fand die erste konstituierende Präsidialsitzung statt, in welcher der stellvertretende Chef der SMAM Michail Alexandrowitsch Skossy-

⁹ Schulz, Albert: Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Oldenburg 2000. S. 81.

¹⁰ Wilhelm Höcker. Vor 1933 sozialdemokratischer Landtagspräsident bzw. Vizepräsident in Mecklenburg. In der NS-Zeit politisch verfolgt. In: Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955. Bremen 2003. S. 388.

¹¹ Johannes Warnke. Von 1924 bis 1933 mecklenburgischer Landtagsabgeordneter. Nach 1933 mehrfach in Haft bzw. im KZ. In: van Melis, Damian [Hrsg.]: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945-1952. Schwerin 1999. S. 72.

¹² Bokow war Mitglied im so genannten „Kriegsrat“. In: Brunner: S. 14.

¹³ Ebenda. S. 120. Siehe ebenfalls im Anhang. Nr. 1.

¹⁴ Brunner: S. 14.

¹⁵ Otto Möller. Parteilos/CDU. Seit 1919 in führender Position in der Landwirtschaftskammer des Landes bzw. im Reichsnährstand. In: van Melis: Sozialismus auf dem platten Land. S. 85.

¹⁶ Gottfried Grünberg. Von Hause aus Bergarbeiter. Flüchtete in die Sowjetunion und kam mit der Initiativgruppe Sobottka am 6. Mai 1945 nach Deutschland zurück. In: Grünberg, Gottfried: Kumpel, Kämpfer, Kommunist. Berlin (Ost) 1977. S. 45.

¹⁷ van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948. München 1999. S. 51.

rew¹⁸ erste Arbeitsanweisungen gab. Die SMAM wurde allerdings erst am 09. Juli 1945 mit Befehl Nr. 5 der SMAD zum Zweck der „Verwaltung der Provinzen und Sicherung der Kontrolle über die Arbeit der (deutschen) Selbstverwaltungsorgane“ gegründet.¹⁹ Sie zog direkt gegenüber der neuen Landesverwaltung in die Schlossstraße in Schwerin ein. Ihr Leiter war Generaloberst Iwan I. Fedjuninskij.

Über den Namen des Landes herrschte noch einige Zeit Unklarheit, da auf Höckers Vollmacht von der „Provinz Mecklenburg“ die Rede war, in der Bestätigung von Shukow jedoch „Landesverwaltung Mecklenburg“ stand. Nachdem Höcker am 10. Juli 1945 eine Verfügung verabschiedete, worin es hieß, dass die Bezeichnung ab sofort „Landesverwaltung Mecklenburg-Pommern“ heißen sollte, bat Höcker Skossyrew am 24. Juli 1945 um eine erneute Entscheidung, da Mecklenburg schon immer ein eigenständiges Land war und sich somit von den Provinzen Preußens abgegrenzt hatte. Am 26. Juli 1945 fiel dann die endgültige Entscheidung über die Provinzfrage. Man legte fest, dass von nun an die offizielle Bezeichnung „Der Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ sein sollte.²⁰ Dieser Name galt allerdings auch nur bis zum 28. Februar 1946, da ab 01. März 1947 der Zusatz „Vorpommern“ auf Anordnung der SMAD entfiel.²¹

Nachdem die Namensfrage des Landes nunmehr endgültig geklärt war, konnte man sich um die internen Belange des Landes kümmern. Was den Verwaltungsaufbau als solchen anbelangte, so führte die neue Landesverwaltung zunächst im Wesentlichen jene von Staatsminister Hans Jess²² noch unter britischer Besatzung angeordnete Struktur fort. In der ersten Präsidialsitzung der neu gebildeten Landesregierung wurden, wie unter britischer Besatzung, acht Abteilungen festgelegt. Im Einzelnen waren dies: I. Präsidialabteilung, II. Abt. innere Verwaltung, III. Abt. Wohlfahrt, IV. Abt. Finanzen, V. Abt. Landwirtschaft und Forsten, VI. Abt. Wirtschaft und Arbeit, VII. Abt. Kultur und Volksbildung und VIII. Abt. Justiz. Einzelne von ihnen wurden zum Teil noch untergliedert und unterstanden alle dem Präsidenten und den drei Vizepräsidenten. Diese waren wie folgt zuständig: Der Präsident für die Abt. I und IV, erster Vizepräsident für Abt.

¹⁸ Brunner: S. 650.

¹⁹ Welsh, Helga A.; Zank, Wolfgang: Zentralverwaltungen. In: Broszat, Martin; Weber, Hermann [Hrsg.]: SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1993. S. 201 ff.

²⁰ Brunner: S. 15.

²¹ Ebenda.

²² Hans Jess. Bis Juli 1945 Ministerialdirektor der Präsidialabteilung. 1948 Flucht. In: Ebenda. S. 637.

II, III und VI., zweiter Vizepräsident für Abt. V und VI und der dritte Vizepräsident für die Abteilungen VII und VIII.

2.2 Die Bildung der Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone

Mit Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 ordnete die SMAD „zwecks Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung in der sowjetischen Besatzungszone“²³ die Bildung von zunächst elf²⁴ Zentralverwaltungen an. Hierunter befand sich auch die Zentralverwaltung für Volksbildung und Justiz. Diese wurden während der Monate August und September 1945 in Berlin eingerichtet.

Die Zentralverwaltungen, die ab 1946 meistens als „Deutsche Verwaltungen“ bezeichnet wurden, dienten zunächst hauptsächlich der Beratung und Entlastung der entsprechenden SMAD-Abteilungen. Die frühe Errichtung von Zentralverwaltungen in der SBZ hat auf westlicher Seite schon frühzeitig zu Spekulationen hinsichtlich des Einflusses und der Ausdehnung über die eigenen Zonen hinweg geführt. Auf der östlichen Seite machte man allerdings die Westmächte für das Scheitern einer gesamtdeutschen Verwaltung verantwortlich. Die Zuständigkeit der auf Veranlassung der SMAD in Berlin gegründeten deutschen Zentralverwaltungen blieb somit auf die sowjetische Zone beschränkt.

Die ursprünglich elf Zentralverwaltungen nahmen im Sommer und Herbst 1945 in verschiedenen Gebäuden in Berlin ihre Arbeit auf und befanden sich im sowjetischen Sektor von Berlin. Sie waren keine Rechtsnachfolger der früheren deutschen Zentralbehörden. Durch Befehle der sowjetischen Besatzer ins Leben gerufen, unterschieden sie sich hinsichtlich ihrer Organisation und ihres Personals grundlegend von den ehemaligen Reichsbehörden; auch hatten sie gegenüber den Landes- und Provinzialverwaltungen zunächst kein eigenes Gesetzes- und Verordnungsrecht.

Ebenfalls mit Befehl Nr. 17 wurden die ersten Präsidenten der neuen elf Zentralverwaltungen namentlich bekannt gegeben. Die Personalvorschläge kamen durch den Aufruf an die neu zugelassenen Parteien, „Personalvorschläge für die Führungspositionen in den geplanten zentralen Verwaltungen“²⁵ zu machen, zustande. Nicht alle von der SMAD berufenen Personen stimmten mit den Vor-

²³ Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: „...stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1994. S. 37.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Bonn 1991. S. 164.

schließen überein. So wurde beispielsweise nicht Jürgen Kuczynski,²⁶ sondern Henry Meyer²⁷ für die „Deutsche Zentralfinanzverwaltung“ eingesetzt. Nach Beendigung des Auswahlverfahrens stellte die KPD sechs Präsidenten und elf Vizepräsidenten sowie die SPD vier Präsidenten und elf Vizepräsidenten.²⁸ Ähnlich den Landes- und Provinzialverwaltungen gelang es der KPD, dass die öffentlichen Institutionen kommunistisch dominiert wurden. Die KPD -später SED- die in nahezu allen Zentralverwaltungen von Beginn an den für das Personalwesen verantwortlichen Abteilungsleiter stellte, konnte vor allem aufgrund dessen ihre Vorherrschaft ausbauen.

Bereits Ende 1947 beschäftigten die Zentralverwaltungen insgesamt 6000 Personen²⁹, deren fachliche Kompetenz nicht immer entscheidend war. Wichtiger bei der Besetzung der Führungspositionen war die politische Zuverlässigkeit, während die Aufgabenbereiche der Referenten und Sachbearbeiter von entsprechend fachlich ausgebildetem Personal betreut wurden. Selbst ehemalige NSDAP-Mitglieder kamen in Frage, sofern sich erwies, dass sie „Gegner des Nationalsozialismus“³⁰ waren. Die marginale Rolle der so genannten bürgerlichen Parteien wird deutlich, wenn man die parteipolitische Zusammensetzung des Personals der acht wirtschaftlichen Zentralverwaltungen vergleicht. Bei einer Gesamtbelegschaft von 3.099 Mitarbeitern gehörten Ende 1947 1.010 der SED, 129 der SPD, aber nur 155 der CDU und sogar nur 25 der LDP an.³¹

2.3 Die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV)

Zur ersten Gruppe der deutschen Zentralverwaltungen gehörte mit Befehl Nr. 17 die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), die von Paul Wandel³²

²⁶ Jürgen Kuczynski (1904-1997). Volkswirtschaftler. Ab 1964 Professor für politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin. 1950-1958 Abgeordneter der Volkskammer (SED). In: Heinemann, Manfred [Hrsg.]: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Die Sowjetische Besatzungszone. Berlin 2000. S. 375.

²⁷ Welsh; Zank: Zentralverwaltungen. In: Broszat; Weber [Hrsg.]: SBZ-Handbuch. S. 202.

²⁸ Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999. S. 153.

²⁹ Welsh; Zank: Zentralverwaltungen. In: Broszat; Weber [Hrsg.]: SBZ-Handbuch. S. 202.

³⁰ Ebenda. S. 203.

³¹ Ebenda.

³² Paul Wandel. Ehemaliger Sekretär von Wilhelm Pieck während der Moskauer Emigration, Lehrer an der Kominternschule Kuschnarenkowo. In: Ebenda.

geleitet wurde und am 11. August 1945³³ ihre Tätigkeit im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft aufnahm.³⁴ Paul Wandel war vor der Ernennung zum Präsidenten der DVV Chefredakteur des Zentralorgans der KPD „Deutsche Volkszeitung“ und leitete die DVV bis zu deren Auflösung im Jahr 1949. Wie auch bei den Zentralverwaltungen wurde die personelle Frage durch Vorschläge der Parteien letztlich ebenfalls durch die SMAD entschieden.

An Wandels Seite als ersten Vizepräsidenten stellte man den sozialdemokratischen Lehrer Erwin Marquardt³⁵. Die Positionen des zweiten und dritten Vizepräsidenten waren bis 1946 nur nominell besetzt worden. Dr. Emil Menke-Glückert³⁶, der als 2. Vizepräsident vorgesehen war, zog es vor, „in Sachsen zu bleiben, wo er einflussreiche Partei- und Staatsämter innehatte.“³⁷ Als 3. Vizepräsident fungierte der Schriftsteller Johannes R. Becher³⁸, obwohl er mit dem Aufbau „des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands beschäftigt“³⁹ war. Auch er schied 1946 aus der DVV aus. Im selben Jahr erhielt der ehemalige Direktor der Universitätsklinik in Halle, Prof. Theodor Brugsch⁴⁰, der die „Abteilung Wissenschaft und Forschung“⁴¹ leitete, die Position des 2. Vizepräsidenten.

Zum Nachfolger von Becher wurde der ehemalige Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland Erich Weinert. Auch er war ein ehemaliger Remigrant aus der Sowjetunion. Die DVV war in ihrer Zusammensetzung und Struktur von Beginn an ein Pendant der Abteilung Volksbildung der SMAD unter der Leitung von Pjotr W. Solotuchin.⁴² Wichtigstes Aufgabengebiet der DVV war anfangs die

³³ Müller; Müller: S. 37.

³⁴ Müller; Müller: S. 37.

³⁵ Erwin Marquardt war 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt des Obermagistrats von Berlin entfernt worden. In: Welsh: (DVV). In: Broszat; Weber [Hrsg.]: SBZ-Handbuch S. 230.

³⁶ Ebenda. (Ehemaliger Staatssekretär im sächsischen Kultusministerium)

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda. (Seit 1919 Mitglied der KPD, Emigration in die Sowjetunion, Rückkehr nach Deutschland im Juni 1945)

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Müller, Werner: Die Anfänge „sozialistischer Umgestaltung“ der Universität in der Nachkriegszeit. In: Wissenschaftliche Tagung. Universität und Stadt anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock. Rostock 1995. S. 270.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Solotuchin war Chefredakteur der „Prawda“ in Lenin und Rektor der dortigen Universität. Er leitete die Abteilung bis 1948; sein Nachfolger wurde sein Stellvertreter: Professor I. D. Artjuchin. In: Welsh: (DVV). In: Broszat; Weber [Hrsg.]: SBZ-Handbuch S. 229.

schnelle Ingangsetzung des Schul- und Hochschulbetriebs entsprechend den in den SMAD-Befehlen Nr. 40 vom 25. August 1945 und Nr. 50 vom 04. September 1945 enthaltenen Richtlinien. Im Aufruf des ZK der KPD und des Zentralsekretariats der SPD zur Schulreform hieß es dazu: „Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehen bleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferischer Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten.“⁴³ Dazu gehörte als wesentliche Aufgabe vor allem auch die Erarbeitung und Drucklegung neuer Lehrpläne und Lehrbücher sowie die Mitwirkung bei einer durchgreifenden Entnazifizierung der Lehrer- und Hochschullehrerschaft.

Der Befehl Nr. 50 der SMAD sah vor: „Die Durchführung erforderlicher Maßnahmen zur Vorbereitung der Obersten Lehranstalten für die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit, unter völliger Beseitigung nationalsozialistischer und militärischer Doktrine aus dem Lehrstoff und der Studentenerziehung und zu sorgen für die Schaffung solcher Kräfte, die imstande wären, demokratische Grundsätze zu verwirklichen.“⁴⁴ Aus dem Aufruf und dem Befehl Nr. 50 ging eindeutig hervor, dass eine vollständige Entnazifizierung und Demokratisierung der Schulen und Hochschulen stattzufinden hatte.

2.4 Die Abteilung Kultur und Volksbildung in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern zeigte sich die Abteilung Kultur und Volksbildung der Landesregierung, der als dritter Vizepräsident der Landesregierung Gottfried Grünberg (KPD) vorstand, für die Belange des Bildungswesens zuständig. Primär war sie dazu sowohl in personeller als auch struktureller Hinsicht kaum in der Lage. Bei ihrer Bildung im Juli 1945 gehörten ihr nicht mehr als 27 Mitarbeiter an.⁴⁵

Die Leitung hatte anfänglich der erste Nachkriegskurator der Universität Rostock Richard Möller⁴⁶ inne, der vor 1933 Landesvorsitzender der DDP gewesen war. Dieser wurde unter „mysteriösen Umständen [...]“ allerdings im Herbst

⁴³Hoffmann, Rosemarie: Der Kampf um eine demokratische Neueröffnung der Universität Rostock (Mai 1945 bis November 1946). Dissertation. Rostock 1964. S. 36.

⁴⁴ Landeshauptarchiv Schwerin (im Folgenden: LHAS): 6.11-21. 2441. Blatt 11. (Auszug aus: Befehl des Obersten Chefs d. SMAD Nr. 50. vom 04.09.1945)

⁴⁵ Handschuck: S. 34.

⁴⁶ Richard Möller. 1919 Eintritt in die DDP. 1945 CDU, 1921-1932 MdL Mecklenburg-Schwerin. Bis 1933 Lehrer. Entlassung aus dem Schuldienst. Privatgelehrter und Schriftsteller. 1945 Kurator der Universität Rostock. Ab Juli 1945 Ministerialdirektor der Abteilung Kultur und Volksbildung. 16.12.1945 Verhaftung durch NKWD. In: Brunner: S. 643.

1945 von der SMAM verhaftet und verstarb wenig später im Internierungslager des NKWD⁴⁷ Fünfeichen.“⁴⁸ Der Grund für die Verhaftung war ein von Möller verfasstes Buch über die russische Geschichte „Von Rurik bis Stalin“, erschienen 1939 in Leipzig und enthielt nach Ansicht der SMAM antisowjetische Passagen.

Grünberg schrieb in seiner Autobiographie von Auseinandersetzungen mit seinem Stellvertreter. Sein „Stellvertreter, Abteilungsleiter Dr. Möller, behauptete, krank zu sein, und zog sich nach Rostock zurück. Später stellte sich heraus, dass er selbst Nazidreck am Stecken hatte.“⁴⁹ Es ist bis heute nicht nachgewiesen, ob Grünberg davon wusste und die sowjetischen Behörden darüber informierte. Aufschluss darüber könnten nur die entsprechenden Akten des NKWD in Moskau geben.⁵⁰

Möllers Nachfolger war Hans Manthey⁵¹ (KPD), dessen Arbeit ebenfalls durch die geringe Personalstärke erschwert wurde. Außerdem konnten durch die wenigen vorhandenen finanziellen Mittel in den folgenden Monaten kaum geeignete Fachkräfte eingestellt werden. Grünberg berichtete, dass die Entlohnung vielfach nur auf natürlicher Basis erfolgen konnte.⁵² Die vordringlichste Aufgabe der Abteilung Kultur und Volksbildung in den ersten Nachkriegsmonaten war ohne Zweifel die Reorganisation des Schulwesens. Grünberg sah es als die „wichtigste Aufgabe beim Aufbau des antifaschistisch-demokratischen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern.“⁵³ Die einsetzende Entnazifizierung hatte auch in Mecklenburg „empfindliche personelle Lücken gerissen“⁵⁴. Die Abteilung Kultur und Volksbildung strukturierte sich in zehn Dezernate. Dem Dezernat VIII unterstanden die Universitäten. Dieses wurde von dem CDU-Mitglied Reinhold Lobe-

⁴⁷ Ebenda. S. 623. Ebenfalls in: Handschuck: S. 419. (NKWD meint „Narodnij Kommissariat Vnjutrennjch Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR) bis 1946, danach MWD)

⁴⁸ Handschuck: S. 35.

⁴⁹ Grünberg: S. 260.

⁵⁰ Seils, Markus: „Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten“. Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1950. Schwerin 1996. S. 21.

⁵¹ Hans Manthey. Vor 1933 SPD Mitglied, ab 1945 KPD. Von Juli 1945-Mai 1947 Ministerialdirektor der Abteilung Volksbildung. Im Mai 1947 auf SMA-Anordnung entlassen. Flucht nach Westdeutschland. In: Brunner: S. 642.

⁵² Grünberg: S. 290 ff.

⁵³ Ebenda. S. 259.

⁵⁴ Vollnhals, Clemens [Hrsg.]: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München 1991. S. 47 ff.

danz⁵⁵ geleitet. Die Dezernate bestanden nicht lange und wurden in Abteilungen umgewandelt. Für die Universitäten wurde die „Hochschulabteilung“⁵⁶ eingerichtet. Fritz Müller⁵⁷, der ein Vertrauter von Grünberg war, stand dieser Abteilung ab Ende des Jahres 1945 vor.

3. Die Entnazifizierung in der SBZ am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern

Zu Beginn der Besatzung nahmen Deutsche fast ausschließlich an lokalen Maßnahmen der Entnazifizierung teil. Erst im August 1945 systematisierte die neue Landesverwaltung die Bestimmungen. Die Kommunisten hatten es schon früh geschafft, sich dabei eine Monopolstellung in der Personalpolitik zu sichern. Mit der Zuständigkeit für die Personalpolitik steuerten sie die Entlassungen und Neueinstellungen. Dies taten sie aber vor allem unter dem Aspekt der kompletten Umgestaltung des Verwaltungsapparates „unter kommunistischer Hegemonie.“⁵⁸

In der Landesverwaltung Schwerin waren bei der Geschäftsübernahme der SMAD von 371 Personen noch 239 Mitglieder der NSDAP.⁵⁹ Gerade bei der Polizei war der Anteil besonders hoch. Von 181 Beamten waren 145 NSDAP-Mitglieder. Auch unter den Lehrkräften des Landes war noch ein Anteil von 85% zu verzeichnen.⁶⁰

⁵⁵ Reinhold Lobedanz war Dr. jur. und ab 1945 Mitbegründer und Mitglied der CDU. Von 1945-52 war er Vorsitzender der Landesverwaltung der CDU und gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender CDU in der SBZ/ DDR. Von 1946-52 war Lobedanz Mitglied der Landesregierung. In: Brunner: S. 641. Ebenfalls in: Handschuck, S. 36. Weiterhin in: Müller S. 270.

⁵⁶ Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Im Auftrage des Rektors und des Wissenschaftlichen Rates verfaßt und herausgegeben von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn, Gerhard Heitz, Johannes Kalisch, Karl-Friedrich Olechnowitz, Ulrich Seemann. Band II. Berlin (Ost) 1969. S. 25.

⁵⁷ Fritz Müller war vor 1945 Erzieher einer Erziehungsanstalt in Keilhau und Berlin. Ende 1945 wurde er Leiter der Abteilung für Hochschulen im Ministerium für Volksbildung der Landesregierung. Er war maßgeblich für die Umgestaltung der Universität mitverantwortlich. Ab 1949 wurde er Hochschullehrer und wenig später Dekan an der Pädagogischen Fakultät. Nach der Umbenennung 1952 wurde er Direktor des Pädagogischen Instituts und war auch hier erneut von 1961 bis 1966 Dekan. 1967 wurde er emeritiert und Ehrensensator der Universität. In: Handschuck: S. 391.

⁵⁸ van Melis, Damian: Entnazifizierung S. 67.

⁵⁹ Brunner: S. 22.

⁶⁰ Ebenda. (Stand 01.03.1945)

Die Entlassungen ehemaliger NSDAP-Mitgliedern wurden im lokalen Raum Mecklenburgs bereits vor Beginn der Arbeitsaufnahme des Präsidiums der Landesverwaltung im Juli 1945 durchgeführt. Dabei lagen zu dieser Zeit noch keine klaren Anweisungen und Dienstvorschriften vor. Auch über die Kriterien und die Vorgehensweise der Entlassungen war man sich nicht einig. Ein großes Problem stellte die Differenzierung der aktiven Parteimitglieder und der so genannten nominellen Mitglieder dar. Man einigte sich in einem Gespräch mit Landrat Wilhelm Beltz⁶¹ in Güstrow am 14. Juni 1945 darauf, dass sämtliche Personen, die vor 1937 der NSDAP beigetreten waren, sofort zu entlassen seien.

Beltz machte in dieser Sitzung darauf aufmerksam, dass „die Russen“⁶² keine Unterschiede machen würden, ob jemand nun freiwillig oder unter Zwang der NSDAP beigetreten sei. Auch war es nicht von Relevanz, ob der- oder diejenige sich dem Faschismus zugewandt hat, nur um seinen Arbeitsplatz zu behalten. Er gab zu bedenken, dass die Sowjets einen durchaus strengeren Maßstab ansetzen würden, wenn es um die Entlassungen von ehemaligen Parteimitgliedern ginge.⁶³ Einzig Hans Warnke warnte vor einem schematischen Vorgehen, da von Fall zu Fall entschieden werden sollte, wer entlassen würde. Trotzdem sah Warnke die Notwendigkeit, „möglichst alle faschistischen Kräfte aus der Verwaltung“ zu entfernen, wobei er auch hier Ausnahmen für möglich hielt. „Was soll werden, wenn jetzt alle entlassen würden?“⁶⁴

Bereits am 8. Juli 1945 erließ Generalmajor Skossyrew seine erste Arbeitsanweisung, in der er die „radikale Liquidierung der faschistischen Organisationen sowie die restlose Ausrottung der faschistischen Ideologie“⁶⁵ forderte. Mit der Ausrottung wurde aber auch gleichzeitig eine demokratische Umerziehung der Menschen gefordert. Da Skossyrew in seiner Arbeitsanweisung jedoch sehr vage blieb und das Präsidium nicht wusste, ob Unterscheidungen zwischen aktiv und nominell gemacht werden sollten, verdeutlichte der Chef des Inneren Sektors Oberst Serebriski am 24. Juli die Forderung. Er verlangte, dass die Verwaltungen

⁶¹ Wilhelm Beltz war Hauptmann a. D. Später im Volksausschuss des NKFD Güstrow tätig. Von Mai bis August 1945 war er Landrat in Güstrow, wurde aber auf Anordnung der SMAD abgesetzt. Ebenda. S. 626.

⁶² LHAS: Mdl 30. Blatt 131-149a. (Niederschrift der Sitzung vom 14. Juni 1945 mit den Bürgermeistern)

⁶³ LHAS: Mdl 30. Blatt 131-149a. (Niederschrift der Sitzung vom 14. Juni 1945 mit den Bürgermeistern)

⁶⁴ LHAS: Mdl 30. Blatt 131-149a. (Niederschrift der Sitzung vom 14. Juni 1945 mit den Bürgermeistern)

⁶⁵ Brunner: S. 124.

„restlos von den Nazis gesäubert werden“⁶⁶ müssen. Dieses bedeutete für das neue Präsidium, sich eindeutig auch von nominellen Parteimitgliedern zu distanzieren und sich von ihnen zu trennen. Am 31. Juli 1945 waren in der Landesverwaltung noch 39 ehemalige NSDAP-Mitglieder von ehemals 304 Beamten beschäftigt.⁶⁷ Diese Entlassungswelle reichte der SMAM-Führung aber nicht aus und so verlangte Generaloberst Fedjuninski von Höcker, die restlichen Faschisten bis zum 20. August 1945 zu entlassen. Das Datum war bewusst von Fedjuninski gewählt worden, da an diesem Tag eine Konferenz der Oberbürgermeister und Landräte in Schwerin angesetzt war. Warnke kam der Aufforderung nach und konnte am Tag der Konferenz mitteilen, dass sich keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder mehr in der Landesverwaltung befänden.⁶⁸

Auch bei den Lehrkräften im Land wurden Entlassungen durchgeführt, doch auf Antrag konnten nominelle Parteigenossen weiterbeschäftigt werden. Dieses galt im Übrigen auch für die Landesverwaltung. Die Folge war eine Flut von Anträgen, denen aber nur zum Teil entsprochen wurde. Unter den Lehrern waren am 01. Dezember 1945 noch ca. 25% ehemalige NSDAP-Mitglieder. Dieser Stand sank bis zum 01. Februar 1946 auf 0,06%.⁶⁹

Während die Entnazifizierungsmaßnahmen voran gingen, hatte das Land Mecklenburg noch zwei weitere Prozesse zur gesellschaftlichen Umgestaltung mit gleichem Personal zu erfüllen. Im September wurden mehrere Verordnungen erlassen. Zuerst trat am 29. August 1945 die Verordnung für „die Inanspruchnahme von Wohnraum und Gebrauchsgegenständen durch die Gemeinden“ in Kraft. Es folgten weitere Verfügungen bis Ende September. Des Weiteren riefen die Parteien und Massenorganisationen wie z.B. die SPD, KPD, CDU, der Kulturbund und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) am 03. September 1945 die „Bodenreform“ aus, durch die in wenigen Wochen fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mecklenburgs enteignet und verteilt wurde. Auch unrechtmäßig enteignetes Land wurde in den Folgejahren nicht wieder an die eigentlichen Besitzer zurückgegeben, da man die KPD-dominierte Verwaltung in Gefahr sah. Ähnlich zeichnete sich auch der weitere Verlauf ab. Bei der Entnazifizierung der Verwaltungen in Mecklenburg fällt auf, dass es den Behörden nicht um Einzelfallprüfungen ging, sondern um den kompletten Austausch des Personals.

⁶⁶ LHAS: Mdl 11. Blatt 062.

⁶⁷ van Melis: Entnazifizierung. S. 356.

⁶⁸ Die Angaben von Warnke entsprachen nicht der Wahrheit. Bis zum 01. September 1945 wurden noch 37 Personen weiterbeschäftigt, die nachweislich Angehörige der NSDAP waren. In: LHAS: Mdl 1296. Selbst bis zum 30.12.1947 waren immer noch drei Personen ehemalige Parteigenossen. In: van Melis: Entnazifizierung. S. 358.

⁶⁹ LHAS: MfV 199. Blatt 104 und 121.

Damian van Melis konstatierte, dass die „Entnazifizierung in der ganzen SBZ ähnlich gestaltet wurde“⁷⁰, allerdings zeigten diese gravierenden Formen in Mecklenburg eine schnelle und tief greifende Veränderung der Verwaltungen. Der alliierte Kontrollrat erließ am 12. Januar 1946 die Direktive Nr. 24 über „Die Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“. In Mecklenburg war schon vor Erlass der Direktive die Entnazifizierung der Verwaltungen, insbesondere der Zentralverwaltung, weitestgehend abgeschlossen. Man kann festhalten, dass für dieses Tempo die SMAM bzw. die SMAD ausschlaggebend waren. Andere SBZ – Länder benötigten weitaus länger für diese Umsetzung.⁷¹

In Mecklenburg hatte Wilhelm Höcker einen entscheidenden Anteil an der Entnazifizierung. Er hätte sich bei Personalentscheidungen mehr Einflussnahme gewünscht, denn bei der Einstellung von neuem Personal war es ihm nicht möglich, „die einzustellende Person kennen zu lernen, ehe er die Urkunde über ihre Einstellung“⁷² unterschrieb. Er überließ es seinen Abteilungsleitern, die einzustellenden Personen „ihm persönlich bekannt zu machen.“ Damit hatte Höcker seinen Machtverlust deutlich gemacht. Mit diesem Schreiben verlor er schon „sechs Wochen nach der Übernahme der Präsidentschaft den Einfluss auf die Besetzung der leitenden Stellen seiner Verwaltung.“⁷³

3.1 Die Entnazifizierung der Universität Rostock

Auch an der Universität Rostock gestaltete sich die Entnazifizierungspolitik nicht sehr einfach. Mit der Besetzung der Universität durch die Truppen der Roten Armee wurde sie in erster Instanz zunächst geschlossen. Eine Reihe der Gebäude nahmen die Besatzer für sich in Anspruch.

Fest verbunden mit der Entnazifizierung und dem Neuaufbau der Universität Rostock ist der damalige Kurator Richard Möller⁷⁴, der noch im Mai 1945 von Prof. Dr. Kurt Wachholder berufen wurde. In ihm fand er einen eifrigen Mitstreiter bei den Umstrukturierungen im Personalstamm und den Bemühungen um eine schnelle Wiedereröffnung der Universität. Bereits am 29. Mai 1945 wurde auf Bestreben von Möller und Wachholder ein „Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Zuverlässigkeit sämtlicher bei der Universität und den Uni-

⁷⁰ van Melis: Entnazifizierung: S. 95.

⁷¹ Ebenda. S. 76-100.

⁷² LHAS: Mdl 759. ohne Blatt. (Schreiben vom 16. August 1945)

⁷³ van Melis: Entnazifizierung. S. 93.

⁷⁴ Handschuck: S. 37 ff.

versitätskliniken und -instituten beschäftigen Persönlichkeiten“⁷⁵ ins Leben gerufen. Dieser nahm am 04. Juni 1945⁷⁶ seine Arbeit auf und nicht, wie Martin Handschuck fälschlicherweise in seiner hier schon oft zitierten Dissertation anmerkte, am 04. Juli 1945.

Diesem Untersuchungsausschuss gehörten neben dem Rektor und Kurator auch ein Mitglied mit einwandfreier Vergangenheit aus der jeweils zu überprüfen- den Fakultät an. Allen Mitarbeitern der Fakultäten war es bis zum 02. Juni 1945 freigestellt, zu einzelnen Personen schriftliche Stellungnahmen einzureichen. Von diesem Recht machten jedoch nicht viele Gebrauch. Martin Handschuck vermerkte in seinem Werk „Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule“, dass z. B. der Dekan der Philosophischen Fakultät und spätere Rektor Prof. Dr. Günther Rienäcker sich für den Verbleib des Philosophieprofessors und ehemaligen NSDAP-Mitgliedes Prof. Dr. Walter Böcker einsetzte.⁷⁷

Der Untersuchungsausschuss, dessen Mitglieder im Übrigen häufig wechselten, überprüfte die noch verbliebenen 53 Mitarbeiter von ehemals 123⁷⁸ auf ihre mögliche Nazivergangenheit. Neun Mitarbeiter flohen vor den herannahenden Truppen der Roten Armee, fünf Mitarbeiter⁷⁹ entließ das Gremium wegen ihrer Nähe zum NS-Regime und die übrigen Wissenschaftler, wovon immerhin noch ca. die Hälfte der NSDAP angehörten, verblieben in ihren Stellungen. Sie benötigte man, um den Universitätsbetrieb aufrechterhalten zu können. Da alle diese Maßnahmen ohne Zutun der SMAD stattfanden – ohne Befehle oder Direktiven – spricht man in der neueren Forschungsliteratur in diesem Fall oft von einer Art Selbstreinigung. Damian van Melis fand in seinen Forschungen für seine Dissertation „Entnazifizierung“ heraus, dass es sogar „Übergriffe“ auf ehemalige „Partei-mitglieder“ gegeben haben soll.⁸⁰ Davon ist aus der Universität Rostock allerdings nichts bekannt geworden. Statt dessen stellt deren Selbstreinigung ein Novum dar, da andere Universitäten in der SBZ diese Form der Entnazifizierung nicht an-

⁷⁵ Universitätsarchiv Rostock (im Folgenden UAR): R III. 11. ohne Blatt.

⁷⁶ UAR: R III. 11 ohne Blatt. (Kuratorium der Universität vom 29. Mai 1945). Des Weiteren muss hier auch vermerkt werden, dass Martin Handschuck den 04. Juli 1945 (S. 37) in seiner Dissertation als Arbeitsbeginn des Untersuchungsausschusses angegeben hat. Anhand des eingefügten Dokuments ist aber ersichtlich, dass es sich um den 04. Juni 1945 handelte.

⁷⁷ Handschuck: S. 37.

⁷⁸ Handschuck sprach in seiner Dissertation von 49 Mitarbeitern von ehemals 124. (S. 37) Die Zahlen schwanken jedoch in den Literaturangaben. In einem Schreiben vom 22.09.1945 von Wachholder an Grünberg spricht dieser von 65 Lehrkräften. Das Universitätsarchiv hält schriftlich 53 von 123 fest. In: UAR: R III. 9. ohne Blatt.

⁷⁹ UAR: R III. 9. ohne Blatt.

⁸⁰ van Melis: Entnazifizierung. S. 22 ff.

wandten. Auch die neue Landesregierung hieß Ende Juli 1945 den Untersuchungsausschuss der Universität für gut und behinderte ihn nicht in seiner Arbeit.⁸¹

In der Dissertation von Rosemarie Hoffmann aus dem Jahr 1968 liest sich die Entnazifizierung der Universität anders. Berücksichtigt werden muss hierbei, dass diese Arbeit von ihr als „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus“ vorgelegt wurde.⁸² Sie schreibt in Teil II ihrer Dissertation, dass Prof. Dr. Kurt Wachholder „in seiner Amtszeit [...] einen reaktionären Einfluss auf die Universität Rostock“ ausübte. Als „reaktionär“ bezeichnet sie dabei „[...] alle diejenigen, die sich gegen die historisch notwendige gesetzmäßige Aufgabe, die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, wandten. Das heißt, reaktionär waren die Ideologen und Praktiker der Politik der deutschen Imperialisten, die zum Faschismus geführt hatten. Als reaktionär mußten aber auch jene gelten, die diese faschistische Ideologie und Praxis zu erhalten, zu rechtfertigen, mit demagogischen Begründungen oder Phrasen zu verschleiern, zu versimpeln, zu vertuschen suchten oder sie lediglich als Auswüchse, Ausrutscher o.ä. (sic!) bezeichneten.“⁸³ Der weitere Prozess der Entnazifizierung nahm einen bizarren Verlauf an der Universität. Die Einzelheiten hierzu werden in den folgenden Kapiteln, beginnend mit dem Rektor Prof. Dr. Kurt Wachholder, eingehend behandelt.

3.2 Rektor Prof. Dr. Kurt Wachholder

Prof. Dr. Kurt Wachholder ist die bedeutendste Persönlichkeit im Kampf um die Wiedereröffnung der Universität Rostock im Februar 1946. Rosemarie Hoffmann und später auch Martin Handschuck haben in ihren jeweiligen Dissertationen ausschließlich Auszüge und Lebensstationen Wachholders aufgezeigt. Bisher liegt keine Biografie über ihn vor.⁸⁴ Um seiner Person und seinen Errungenschaften für die Rostocker Universität gerecht zu werden und auch um die Diskussion um seine evtl. Nazivergangenheit besser zu verstehen, ist es von Nöten, die gesamte Person Wachholder bis zu seinem Weggang aus Rostock zu beleuchten.

Kurt Otto Eduard Wachholder wurde am 23. März 1893 in Oberhausen (Rheinland) als Sohn des Markscheiders und späteren Bergwerksdirektors Wilhelm Max und seiner Ehefrau Helene Aurelie, geb. Hackenberg geboren. Er

⁸¹ UAR: R III. 8. ohne Blatt. (Protokoll vom 20.07.1945)

⁸² Hoffmann: S. 1 ff.

⁸³ Ebenda. S. 69.

⁸⁴ Vgl. seinen Lebenslauf aus dem Jahr 1953 im Anhang Nr. 6, und: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001093.

wuchs in einer evangelischen Familie auf und besuchte von 1902 bis 1912 das Realgymnasium in Düsseldorf bis zum Abitur. Nach diesem schrieb Wachholder sich zum Sommersemester 1912 in Freiberg für den Studiengang Medizin ein. An der Freiburger Universität studierte er bis zum Wintersemester 1912/13. Zum Sommersemester 1914 ging Wachholder nach Bonn, wo er 1914 sein Physikum absolvierte.

Am 11. Juni 1914 unterbrach er sein Studium und meldete sich freiwillig für den Kriegsdienst und wurde zuerst als Facharzt im 7. Regiment in Wesel eingesetzt. Im Januar 1915 versetzte man ihn als Sanitätsunteroffizier in das 4. Bataillon der Reserve und gleichzeitig war er als Feldarzt des 59. Regiments tätig. 1917 ernannte man Wachholder zum Feldhilfsarzt und bis zum Kriegsende arbeitete er als Abteilungsarzt der III. Abteilung des 59. Regiments. Diese Kriegsjahre waren für ihn der erste praktische Einsatz als Arzt, allerdings konnte er diese Tätigkeit später auf sein praktisches Jahr anrechnen lassen.⁸⁵ Für seinen Kriegseinsatz an der Front erhielt Wachholder das Eiserne Kreuz II. Klasse und ihm wurde ebenfalls das Frontkämpfer Ehrenkreuz verliehen. Nach Ende des 1. Weltkrieges absolvierte Wachholder sein Staatsexamen und erhielt am 13. Februar 1920 seine Approbation zum Arzt in Bonn. Seine Promotion folgte noch im selben Jahr zum Dr. med. am 7. September 1920 als Physiologe. Ebenfalls in diesem Jahr heiratete Kurt Wachholder seine Ehefrau Felicitas Baetzner (geb. 21. Februar 1890). Bereits zwei Jahre später, am 19. Mai 1922, kam seine erste Tochter Lore-Hildegard zur Welt, die später in Rostock studierte und als Dolmetscherin arbeitete.

Ab 1. Oktober war er Assistent am Physiologischen Institut der Universität Breslau, an dem er am 12. März 1923 auch habilitierte. Er arbeitete weiterhin am Physiologischen Institut, konnte aber nunmehr auch als Dozent wirken. Noch in Zürich als Dozent tätig, kam am 12. April 1925 seine zweite Tochter Elisabeth zur Welt, die später Ärztin an der Universitätsklinik für Frauenheilkunde in Rostock wurde.⁸⁶ 1928 ernannte man Wachholder zum a. o. Professor und er erhielt für das Sommersemester 1929 eine Vertretungsdozentur in Zürich für den beurlaubten Ordinarius der Physiologie Professor Hess.⁸⁷ Ebenfalls im Jahr 1928 wurde Wachholders dritte Tochter, Felicitas Marianne, am 9. Januar geboren, die später Dipl. Landwirtin wurde.

Wachholder ging mit der gesamten Familie nach Zürich und verblieb dort bis zu seinem Ruf im Jahr 1932 nach Rostock. Hier sollte er der Nachfolger von Professor Fröhlich des Physiologischen Lehrstuhls werden. Allerdings dauerte sein Berufungsverfahren aufgrund des Widerstandes der nationalsozialistischen

⁸⁵ UAR: Personalakte (im Folgenden PA) Wachholder. Band I. Blatt 5.

⁸⁶ UAR: PA. Wachholder. Band I. Blatt 5.

⁸⁷ Ebenda. Band IV. Blatt 16. (11.04.1953)

mecklenburgischen Regierung bis zum 1. Mai 1933.⁸⁸ Nachdem die Differenzen mit der Regierung überwunden waren, weilte er als Ordinarius für Physiologie und Direktor des Physiologischen Instituts in Rostock. Wachholder hatte von Beginn an Probleme mit der nationalsozialistischen Regierung, da er sich als Wissenschaftler und unpolitischen Menschen sah. Er wollte seinen Forschungen zur Ernährung in Verbindung mit der Vitalität des Menschen nachgehen und sah sich anfänglich nicht in der Lage, für das Reichsernährungsministerium Forschungen anzustellen. Er verweigerte seinen Eintritt in die NSDAP und wurde stattdessen zahlendes Mitglied der SS ab Juni 1933. Fortan ließ man Wachholder und seine Familie in Ruhe und er konnte sich seinen Forschungen widmen. Er war weiterhin Mitglied in den nationalen Verbänden der „N.S. Volkswohlfahrt“ und dem „N.S. Lehrerbund“⁸⁹. Ab 1934 wurde er ebenfalls ordentliches Mitglied des „Reichsluftschutzbundes“.⁹⁰ Wachholder wandte sich am 11. September 1933 an das „Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium für Unterricht, Kunst und geistliche Medizinalangelegenheit“ und bat um Erstattung seiner Umzugskosten von Breslau nach Rostock, die ihm dann prompt in Höhe von „1.456 RM und 15 Rpf.“ gewährt wurden.⁹¹

Im Januar 1936 musste auch der unpolitische Kurt Wachholder erstmalig einen arischen Nachweis für sich und seine Frau vorlegen, was er in Form eines auszufüllenden Fragebogens am 15. Januar 1936 tat. In ihm musste er nicht nur nähere Angaben über seine Abstammung machen. Der erste Teil des Fragebogens befasste sich mit den Parteizugehörigkeiten Wachholders. In ihm sollte er aufführen, ob er z. B. „der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen (einschl. der so genannten nationalkommunistischen Bewegung - „Schwarze Front“ -) angehört“ und „falls ja, von wann bis wann?“⁹² Der Regierungsbevollmächtigte an der Universität Rostock bescheinigte am 23. Januar 1936, „daß Herr Professor Dr. Wachholder durch Vorlage der entsprechenden Urkunden den Nachweis der arischen Abstammung für sich und seine Ehefrau Felicitas, geb. Baetzner erbracht hat.“⁹³

1938 fand die erste Begutachtung Wachholders durch den Gaudozentenbundführer statt. In einer schriftlichen Begutachtungsniederschrift zur „1. wissenschaftliche[n] und fachliche[n], 2. charakterliche[n] und 3. politischen Beurteilung“, war man unter 3. der Auffassung, dass er sich nach der Machtübernahme

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Ebenda. Band I. Blatt 5.

⁹⁰ UAR: PA. Wachholder. Band I. Blatt 92.

⁹¹ Ebenda. Blatt 43.

⁹² UAR: PA. Wachholder. Band I. Blatt 62. (Fragebogen vom 15. Januar 1936).

⁹³ Ebenda. Band IV. Blatt 61. (23. Januar 1936).

sehr zurückhaltend verhalten hatte. Dieses Betragen entsprach nach Auffassung der Nationalsozialisten „vor allem seiner besonderen Veranlagung. Er ist ein unpolitischer, wissenschaftlicher Mensch, der früher niemals besondere politische Interessen gehabt hat.“⁹⁴ Diese Begutachtungsäußerungen seitens der NSDAP lässt Rosemarie Hoffmann in ihrer Dissertation vollkommen außer Acht und bezieht sich statt dessen auf die Ausführungen des Gaudozentenbundführers, „daß er sich in jeder Weise mit den nationalsozialistischen Ideen beschäftigt und sich voll und ganz eingeordnet hat.“⁹⁵ Leider vergisst Frau Hoffmann den darauf folgenden Satz mit zu zitieren, in dem es heißt: „Er wird niemals ein politischer Aktivist werden [...]“.⁹⁶ Hoffmanns weitere Zitate bekräftigen die Nähe zu den Nationalsozialisten, was aber als falsch bezeichnet werden kann, denn die höchste Priorität hatten für Wachholder seine Forschungen. Auch Zitate aus der Entnazifizierungskommission aus dem Jahr 1947 werden vollkommen aus dem Zusammenhang heraus und damit fehl zitiert. Berücksichtigt werden muss hierbei wiederum ihre Erlangung zum Dr. phil. im Jahre 1968. Ebenfalls im Jahr 1938 erhielt Wachholder einen Ruf nach Gießen, den er aber am 12. Oktober 1938 ablehnte.⁹⁷ Sein Hauptarbeitsgebiet sah Wachholder in der „Steigerung und Erhaltung der menschlichen Leistungsfähigkeit durch geeignete Bewegung und Ernährung.“ Außerdem war er seit Beginn des Krieges „als Oberarzt bei der Wehrmacht und mit Beratungen und wissenschaftlichen Untersuchungen zur Ernährung der Truppe betraut.“⁹⁸ Seit September 1939 wurde er als Stabsarzt der Reserve eingezogen und zur Einrichtung und Leitung eines Reservelazarettes in Pommern eingesetzt. Anfang 1940 kam Wachholder im Zuge einer Versetzung zur Sanitätsstaffel nach Rostock und wurde „nebendienstlich für den Unterricht zur Verfügung gestellt.“⁹⁹ Im Jahr 1940/41 war er Dekan der medizinischen Fakultät.

Am 1. April 1944¹⁰⁰ wurde Professor Dr. Kurt Wachholder vom Reichserziehungsminister als Nachfolger von Prof. Steuerer zum Rektor ernannt, nachdem er bereits seit 1941 Prorektor war. Steuerer schlug ihn für dieses Amt vor, da er selbst einen Ruf nach Hamburg erhalten hatte. In einer späteren Stellungnahme zur NSDAP-Zugehörigkeit Wachholders im Jahr 1946 gab Steuerer an, dass die Berufung Wachholders als Rektor mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden

⁹⁴ Ebenda. Blatt 108.

⁹⁵ Hoffmann, Rosemarie: S. 70.

⁹⁶ UAR: PA. Wachholder. Band I. Blatt 108. Seite 2.

⁹⁷ Ebenda. Blatt 109.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Ebenda. Band IV. Blatt 16. (11.04.1953).

¹⁰⁰ UAR: PA. Wachholder. Band I. Blatt 168.

war, da er „als Judenschüler (Assistent von Winterstein) verschrien war.“ Außerdem stieß Steurer auf „starken Widerstand bei den verschiedenen Parteidienststellen, denen Herr Wachholder als Nicht-Pg. nicht genehm war und es dauerte fast 1 Jahr bis seine Ernennung durchgesetzt war.“¹⁰¹ Ebenfalls vermerkte Steurer, dass Wachholder „durch seinen passiven Widerstand [...] ganz zweifellos für das Wohl und den Fortbestand der Universität Rostock unschätzbare Dienste geleistet hat.“¹⁰²

Hoffmann sah natürlich auch hierin faschistische Züge, da Steurer ebenfalls seit dem 1. Mai 1937¹⁰³ NSDAP-Mitglied und zahlendes Mitglied der SS war. Ihrer Auffassung nach sei es nur logisch, dass die Faschisten einander schützten und sie sah durch ihre tiefrote Brille nicht die fachlichen Qualifikationen und Bemühungen des neuen Rektors.

Wachholder war bis zum 12. Januar 1946 Rektor der Universität. Als Nachfolger wurde Prof. Dr. Günther Rienäcker gewählt nach der ersten freien Rektorenwahl seit 1933. Auf Rienäcker fielen 22 von 29 Stimmen und Wachholder erhielt sechs Stimmen. Eine Person hatte sich enthalten.¹⁰⁴ Rienäcker konnte sein Amt allerdings erst zum 12. Januar antreten, da die Besatzungsbehörden die Wahl erst zum 7. Januar 1946 bestätigten.¹⁰⁵

Handshuck schreibt in seiner Dissertation, dass Wachholder seine Position auch verlor, weil er im Dezember 1945 ein Eingeständnis ob seiner finanziellen Förderung der SS preisgab. Dem kann hier nur widersprochen werden, da Wachholder von Beginn an offen mit seiner Vergangenheit umging und auch die sowjetischen Behörden bis dato nichts gegen ihn unternommen hatten, sondern ihn im Gegenteil noch bei den Entnazifizierungsmaßnahmen unterstützten, indem sie ihm beispielsweise bei der Errichtung des Untersuchungsausschusses freie Hand ließen.¹⁰⁶

Am 1. November 1945 wurde Wachholder Direktor am Pharmalogischen und Hygienischen Institut Rostock. Allerdings verfügte der Präsident des Landes Mecklenburg am 6. März 1946, Wachholder „einen unbezahlten Erholungsurlaub“ zu genehmigen, da die medizinische Fakultät nicht mit eröffnet wurde. Die Sperre

¹⁰¹ Ebenda. Band III. Blatt 83 u. 84. Ebenfalls in: LHAS: MfV 2237. Blatt 41.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ UAR: PA. Steurer. Band I. Blatt 2.

¹⁰⁴ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 38. (Rektorwahl vom 28. November 1945)

¹⁰⁵ Jakubowski, Peter; Urbschat, Kerstin: Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 – Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs. In: Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock. Band 19. Rostock 1994. S. 9 ff.

¹⁰⁶ UAR: R III. 8. ohne Blatt (Protokoll vom 20.07.1945).

seiner Bezüge begann am 1. März und endeten am 30. Juni 1946.¹⁰⁷ Selbst der neue Rektor Prof. Rienäcker setzte sich am 11. Juli 1946 mit einem Schreiben an den Präsidenten für die Wiedereinstellung Wachholders ein. „Es würde für die Universität Rostock ein großer Verlust sein, der auch in weiten Kreisen der wissenschaftlichen Welt des In- und Auslandes auf kein Verständnis stoßen würde, wenn Herr Professor Wachholder die Lehrbefugnis verweigert werden würde.“¹⁰⁸ Er schloss sich der Entscheidung des Blockes der antifaschistischen Parteien an, der am 8. Juli getagt hatte und am 13. Juli 1946 sein Dekret mitteilte. „Der Block der Antifaschistischen Parteien befürwortet [...] seine Wiederzulassung als Hochschullehrer und ist der Überzeugung, daß sowohl im Interesse der Universität Rostock als auch besonders des Unterrichts der Studenten diese Wiederzulassung liegt.“¹⁰⁹

Nachdem Wachholder seine Arbeit wieder aufnehmen konnte, erhielt er im Jahr 1947 einen Ruf für den Lehrstuhl der Physiologie an die Universität Leipzig. Auch hier wurde erneut heiß diskutiert, ob Wachholder für Leipzig tragbar wäre. In einem Schreiben vom 20.05.1947 an Prof. Rompe, Mitarbeiter der DVV Berlin, von Prof. Dr. Simon, Mitarbeiter der Landesregierung Sachsen, hieß es: „Es ist an und für sich doch so, daß Herr Wachholder als aktiver Professor in Rostock, also auch in der sowjetischen Zone, tragbar ist und dort nicht mehr und nicht weniger schadet als in Leipzig.“¹¹⁰ Wachholder lehnte diesen Ruf jedoch am 14. Juli 1947 ab, da er für sich erhebliche Nachteile und eine Unterbrechung seiner wissenschaftlichen Arbeit aufgrund von Materialmangel sah. Die Friedrich Schiller Universität Jena wollte Wachholder als Nachfolger von Prof. Skamlik berufen und richtete ein Schreiben an das Ministerium für Volksbildung Weimar am 4. November 1950. Wachholder lehnte jedoch auch diesen Ruf ab und blieb der Universität Rostock treu. Auch den Ruf an die Berliner HU für den Lehrstuhl der Physiologie trat er nicht an. Dies hatte jedoch besondere Gründe. Am 9. Februar 1951 heißt es in einer an das Ministerium für Volksbildung gerichteten Charakteristik Wachholders: „Prof. Wachholder ist nicht in der Lage, die Probleme der Zeit in gesellschaftspolitischer Hinsicht klar zu sehen.“¹¹¹ Das Ministerium sah gar nicht, was für einen herausragenden Wissenschaftler sie an der Universität Rostock beschäftigte, denn auch den Ruf nach Istanbul im Jahr 1952 lehnte Wachhol-

¹⁰⁷ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 79. (Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Kultur und Volksbildung AZ: VII 46 F 444).

¹⁰⁸ Ebenda. Blatt 34.

¹⁰⁹ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 79 (siehe Anlage Nr. 5).

¹¹⁰ Ebenda. Band IV. Blatt 55. (Schreiben von Prof. Simon an Prof. Rompe vom 20.05.1947).

¹¹¹ Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern [Hrsg.]: Ärzteblatt Mecklenburg-Vorpommern. 07/2004. Geschichtliches. Die Rostocker Vorklinik 1946-1953. S. 245.

der ab, um seine Forschungen in Rostock weiter voranzutreiben und auch seine Kollegen nicht im Stich zu lassen.

Erst das Jahr 1953 brachte für Wachholder eine Wende. Nachdem er Anfang des Jahres einen Herzinfarkt erlitten hatte und sich zur Kur in Bad Salzuflen zur Genesung aufhielt, erhielt er einen Ruf an die Universität Bonn, über den er die Landesregierung Mecklenburg nicht informierte. Er beantragte für sich und seine Frau einen Interzonenpass für eine Tagung in Bonn, der auch genehmigt wurde. Am 23. September 1953 schrieb Wachholder an das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR eine Mitteilung bezüglich seines Weggangs aus Rostock. „Ich beabsichtige, gleich hier in Westdeutschland zu bleiben. Wenn ich meinen Weggang aus Rostock heimlich und plötzlich vollziehen mußte, so bedauere ich dies selbst sehr. Ich sah mich dazu aber gezwungen, nachdem noch im April/Mai dieses Jahres das Staatssekretariat entgegen der in den Einzelverträgen enthaltenen Zusicherung der Freizügigkeit bei Berufungen ausdrücklich erklärt hatte, daß es dem Weggange eines Hochschullehrers nach Westdeutschland nicht zustimmen könnte.“¹¹² Auch an den Dekan gerichtet fand er die passenden Worte: „Hinzu kommt, daß ich nach dem 17. Juni wie ein Gefangener behandelt worden bin. Man hat den Haupteingang des Institutsgebäudes geschlossen und eine Kontrolle am unteren Nebeneingang eingerichtet. So war ich, im Institut wohnend, tagsüber unter dauernder Kontrolle und jeden Nachmittag von 18.00 Uhr sowie Sonnabend Mittag (sic!) bis Montag früh völlig von der Außenwelt abgeschnitten.“¹¹³

Nachdem Wachholders Rückkehr nach Rostock damit ausgeschlossen war, teilte man der Berliner HU in einem Schreiben vom 12. Oktober 1953 mit, dass „Wachholder nicht mehr nach Rostock zurückkehren wird“¹¹⁴ und damit sein Ruf nach Berlin hinfällig war. Wachholder lehrte noch einige Jahre in Bonn, wo er dann am 7. August 1961 verstarb.¹¹⁵ Für die Rostocker Universität war Wachholder einer der wertvollsten Wissenschaftler seiner Zeit. Seine erfolgreichen Bemühungen als Rektor um die Wiedereröffnung wurden von den DDR-Historiographen nicht honoriert, stattdessen versuchte man ihn mit allen Mitteln zu schikanieren und ihn in seinen Forschungen zu hemmen.

¹¹² UAR: PA. Wachholder. Band II. Blatt 118-119. (Schreiben von Wachholder an Staatssekretariat vom 23.09.1953, siehe Anlage Nr. 7).

¹¹³ Ärzteblatt Mecklenburg. S. 245.

¹¹⁴ UAR: PA. Wachholder. Band IV. Blatt 151.

¹¹⁵ UAR: PA. Wachholder. Band IV. Blatt 155.

3.3 Maßnahmen des Rektors zur Wiedereröffnung

Nach der Kapitulation Deutschlands und der Besetzung der Stadt Rostock durch die Rote Armee am 1. Mai 1945, wurde Wachholder bereits am 18. Mai durch den sowjetischen Kommandanten Oberst Prjadko¹¹⁶ zu einem ersten Gespräch geladen. In diesem Gespräch wollte sich der neue Stadtkommandant einen ersten Überblick über die Lage an der Universität Rostock verschaffen.¹¹⁷ Daraufhin berief Wachholder eine konstituierende Sitzung der noch amtierenden Mitglieder des Senats ein. Hoffmann nimmt erneut an, dass es sich um die Sitzung eines „faschistischen Staatsorgans“ handelte, das „faktisch illegal in Tätigkeit“ trat.¹¹⁸ Auch hier kann Hoffmann energisch widersprochen werden, denn in dieser Zusammenkunft ist erstmals die Rede von einem aufzubauenden Untersuchungsausschuss an der Universität Rostock. Dieser wurde, wie zuvor schon erwähnt, am 29. Mai gebildet und nahm am 4. Juni 1945 seine Tätigkeit auf. Wachholder wollte nicht auf Befehle oder Direktiven warten, sondern sah es als seine Pflicht an, die Universität selbst von ehemaligen Nazis zu reinigen.¹¹⁹

Ebenfalls im Mai 1945 berief Rektor Wachholder den neuen Kurator der Universität, Dr. Richard Möller.¹²⁰ Dieser sollte ein wertvoller Helfer und Mitstreiter Wachholders werden, bis die SMAD ihn im Jahr 1946 aufgrund seines Buches „Von Rurik bis Stalin. Wesen und Werden Rußlands“ festnehmen ließ. Möller¹²¹ kümmerte sich beispielsweise sofort nach seiner Berufung um einen Dachdecker, der das Dach des Bücherspeichers reparieren sollte, um den wertvollen Bestand zu schützen.¹²² Möllers Nachfolger, nach dessen Verhaftung, wurde Wilhelm Heinrich, der sich in ähnlicher Weise engagierte. Der neue Oberbürger-

¹¹⁶ Seils, Miriam: Willkommen in Rostock. Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Rostock nach 1945. Rostock 2006.S. 33.

¹¹⁷ UAR: R III 89/45. (loses Blatt)

¹¹⁸ Hoffmann: S. 75.

¹¹⁹ UAR: PA. Wachholder. Band III. ohne Blatt.

¹²⁰ Handschuck: S. 36.

¹²¹ Richard Möller (geb. 1890; gest. vermutlich 1947 oder 48) studierte Geschichte und Germanistik in Rostock. 1913 promoviert zum Dr. phil. Studienrat des Rostocker Lyzeums. Ab 1921 Abgeordneter im Landtag. Von 1926-1929 Staatsminister. 1933 vom Dienst suspendiert. Erscheinungsdatum des o. g. Buches erstmalig 1939. 1945-46 Kurator der Universität Rostock. 1946 Verhaftung durch SMAD. 1947 oder 48 verstorben. In: Hoffmann: S. 79 ff.

¹²² Stadtarchiv Rostock: (im Folgenden: SAR) Rat der Stadt. 02.01.308. Blatt 3. (Brief von Möller an OB Rostock) .

meister der Stadt Rostock, Christoph Seitz¹²³, ordnete als erstes am 6. Juni 1945 an, die Universitätsbibliothek von „nazistischer“ Literatur zu befreien.¹²⁴ Ansonsten sah er zunächst keinen Handlungsbedarf, da er in seiner Stadt mit Obdachlosigkeit, Plünderungen, Hunger und Vertriebenen zu tun hatte; Themen, die ihm in diesem Moment wichtiger erschienen.¹²⁵ Gerade von Mai 1945 bis Oktober 1945 herrschte in den meisten Städten das reine Chaos. Dazu fiel in diese Zeit noch der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der eine „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat“ forderte, wie auch der am 4. Juli 1945 von Johannes R. Becher gegründete „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“.¹²⁶

Am 30. Juli 1945 schrieb Wachholder an den Oberbürgermeister und bat um die Erhaltung der Universität Rostock.¹²⁷ In diesem Brief ging es um die generelle Erhaltung der Universität und die Folgen der Schließung der ältesten Universität des Nordens. Wachholder machte Seitz deutlich, dass mit der Schließung der Universität der Stadt Rostock „eine unwiederbringliche, schwere Schädigung“¹²⁸ verbunden wäre. Gleichzeitig gab er zu bedenken, dass „die Greifswalder Universität gerade besonders unter dem nationalsozialistischen Regime ein Lieblingskind der Berliner Regierung war und von dieser mit besonderen Zuwendungen bevorzugt worden ist.“ Wachholder machte auf zwei Seiten deutlich, dass die Schließungen einzelner Fakultäten ebenfalls nicht im Interesse der neuen Landesregierung und der Stadt Rostock sein konnten.

Seitz sandte noch am selben Tag eine befürwortende Stellungnahme zum Erhalt der Universität an Ministerpräsident Höcker.¹²⁹ Nachdem die Landesregierung sich nicht äußerte, protestierte Rektor Wachholder mit einem Schreiben vom 2. August 1945 persönlich gegen eine mögliche Schließung der Universität beim Landesoberhaupt.¹³⁰ Daraufhin versprach Gottfried Grünberg am 15. August 1945, sich für eine baldige Wiedereröffnung einzusetzen und verlangte im Gegenzug die Bildung eines Ausschusses, zusammengesetzt aus Rektor und Dekanen. Außerdem forderte Grünberg eine Auflistung aller für die Lehre zur Verfügung

¹²³ Der alte Oberbürgermeister und der Bürgermeister hatten sich das Leben genommen. Seils, Miriam: S. 32.

¹²⁴ Handschuck. S. 39.

¹²⁵ Seils, Miriam: S. 33 ff.

¹²⁶ Geschichte der Universität Rostock. Band II. S. 7 ff.

¹²⁷ UAR R III, 1; siehe Anhang Nr. 1.

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ SAR: Rat der Stadt. 2.1.0.308. Blatt 7-8. (Brief von Seitz an Höcker vom 30.07.1945).

¹³⁰ UAR: K1. 1005. ohne Blatt. (Wachholder an Präsidenten der Landesverwaltung M-V).

stehenden Professoren sowie Pläne für die Aufnahme von Studenten.¹³¹ Am 27. August 1945 konnte Wacholder die Umsetzung der von Grünberg geforderten Maßnahmen bestätigen.¹³²

Am 30. August 1945 ordnete die Innere Verwaltung der Landesregierung die sofortige Entlassung aller vor 1933 der NSDAP beigetretenen Beamten an. Dieses galt ebenso für die nach der Machtergreifung eingetretenen Personen. Die übrigen ehemaligen Parteimitglieder stufte das Ministerium als „nominell“ ein. Sie durften vorerst auf ihren Positionen bis zur endgültigen Überprüfung verbleiben. Man wollte ihnen die Chance geben, sich „in ihrem Beruf im Sinne des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus“ zu bewähren.¹³³ Der Rektor ignorierte dieses Rundschreiben jedoch, da die Landesregierung bis zu diesem Zeitpunkt noch keine rechtliche Handhabe besaß, gesetzliche Verfügungen herauszugeben und er sah sich ebenfalls durch die SMAM bestätigt, die diese Forderung des Ministeriums in keinem Befehl oder einer Direktive unterstützte. Gleichzeitig musste Wacholder auch um eine schnelle Wiedereröffnung bangen, denn mit den bevorstehenden Massenentlassungen hätte er den Lehrbetrieb nicht garantieren können. Wie der Kurator am 6. September 1945 festhielt, erließ Grünberg die Anweisung, „die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse zur Nachprüfung der politischen Zuverlässigkeit sowohl in Rostock, wie in Greifswald“ einzustellen. „Auf die Aufstellung der neuen Lehrpläne ist grösstes Gewicht zu legen.“¹³⁴ Damit war die Entnazifizierung an der Universität Rostock als endgültig beendet erklärt worden. Dass es sich hierbei lediglich um eine „Scheinentnazifizierung“ handelte, hielt Werner Müller bereits in seinem Aufsatz anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock fest.¹³⁵

3.4 Die Position der Landesverwaltung

Mit Befehl Nr. 50 der SMAD am 4. September 1945 sorgte diese für noch mehr Verwirrung unter allen Beteiligten. Der Befehl wies an, dass alle Universitäten und Hochschulen für den Universitätsbetrieb vorzubereiten seien, allerdings war aus ihm nicht erkennbar, wie diese Vorbereitungen ablaufen hätten. Klar war einzig und allein, dass alle Lehrkräfte und die Lehrinhalte von Generalmajor Solotuchin überprüft werden sollten und damit alle „nazistischen und militaristi-

¹³¹ Ebenda. (Grünberg an Kuratorium vom 15.08.1945) .

¹³² Ebenda. (Wachholder an Grünberg 27.08.1945).

¹³³ UAR: K 19. 824. ohne Blatt. (Schreiben der inneren Verwaltung vom 30.08.1945). Ebenfalls in: Handschuck: S. 40 und Müller: S. 269.

¹³⁴ UAR: R III. 11 (Vermerk des Kurators vom 06.09.1945) .

¹³⁵ Müller: S. 269.

schen Lehren aus dem Unterricht und der Erziehung der Studenten völlig zu beseitigen“ waren.¹³⁶ Da die Universität unter Rektor Wachholder die Form der Selbstreinigung betrieben und auch ansonsten alle Auflagen des Landes und der SMAM erfüllt hatte, beantragte der Rektor am 17. September die Universität zum 15. Oktober 1945 mit allen ihren fünf Fakultäten wieder zu eröffnen. „Die Universität gibt die Versicherung ab, daß sie nach der ihr verbliebenen materiellen Ausstattung, also nach Gebäuden, Lehrmaterial und sonstigem Inventar durchaus in der Lage ist, einen fachlich vollwertigen Unterricht in allen Fakultäten durchzuführen [...]“.¹³⁷

Wachholder knüpfte die Wiedereröffnung der Universität an zwei Bedingungen, die noch zu erfüllen waren: Erstens verlangte er die Freigabe des Universitätshauptgebäudes und die Wiederbestückung mit Stühlen und Tischen sowie zweitens für die landwirtschaftliche Fakultät die Freimachung der landwirtschaftlichen Versuchsstation und der Verbrauchsgüter Dummerstorf und Hohen Schwarfs.¹³⁸ Weiterhin räumte er ein, dass „eine antifaschistische Gesinnung zu dokumentieren und zu versprechen“ sehr billig erscheinen mag. „Die Universität Rostock kann sich aber darauf berufen, daß sie diese Gesinnung bereits in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch mehrfach bezeugt hat.“ Gemeint war hiermit beispielsweise die Besetzung des Lehrstuhls der anorganischen Chemie, die mit dem Nicht-Parteigenossen Prof. Rienäcker besetzt war.¹³⁹

Um eine politisch einwandfreie Studentenschaft zu garantieren, schlug Wachholder ein Ausleseverfahren vor. Zum Einen wollte er Studierende, die eine Nazivergangenheit hatten – auch nominelle Mitglieder – grundsätzlich vom Studium ausschließen und zum Anderen Studierwilligen, die ihr Reifezeugnis vor dem 1. Mai 1945 erhalten hatten, einen Zugang zur Universität ermöglichen, indem er vorsah, dass diese Studenten an einem Ergänzungsunterricht teilnehmen mussten. Erst nach dem ersten Semester und nach der Teilnahme am Ergänzungsunterricht wurde von Seiten des Rektors und der Hochschullehrer entschieden, „ob die Genehmigung des Weiterstudiums fachlich und politisch gerechtfertigt erscheint oder nicht.“¹⁴⁰ Damit ein angemessenes Studium garantiert werden konnte, bat er ebenfalls um die Freimachung des ehemaligen Studentenwohn-

¹³⁶ LHAS: 6.11-21. 2441. Blatt 11. (Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 50, vom 04.09.1945).

¹³⁷ UAR: R III, 1 (Brief vom 17.09.1945 von Wachholder an Präsidenten des Landes). Siehe Anhang Nr. 2.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ UAR: R III. 7. ohne Blatt. (Brief vom 17.09.1945 von Wachholder an Präsidenten des Landes. 4 Seiten).

heims in der Schwaanschen Straße 2, das zukünftig wieder als ein solches genutzt werden und den Mittagstisch für die Studenten garantieren sollte.

Des Weiteren riet Wachholder in diesem Antrag auf Wiedereröffnung von einer Rektorenwahl zum jetzigen Zeitpunkt ab, da „sich unter den Lehrkörpern der Hochschule noch zahlreiche, wenn auch nur nominelle NSDAP-Mitglieder befinden würden.“¹⁴¹ Der Vizeminister Grünberg und somit auch die Landesverwaltung Mecklenburgs unterstützten den Antrag Wachholders. Am 20. September sandte Grünberg eine Aufstellung der Lehrprogramme der Universitäten Greifswald und Rostock der SMAM zur Prüfung, um am 21. September Wachholders Wiedereröffnungsantrag „auf das wärmste“ (sic!) zu empfehlen.¹⁴² In diesem Schreiben machte Grünberg deutlich, wie wichtig die schnelle Eröffnung beider Universitäten für das Land und den Aufbau einer demokratischen Hochschullandschaft wäre. Prof. Wachholder wurde über dieses Schreiben vom Leiter der Präsidialverwaltung der Landesverwaltung Reinhold Lobedanz informiert und gebeten, die Entscheidungen der SMAM abzuwarten. Diese blieb allerdings aus.

Wachholder war aber um eine schnelle Wiedereröffnung bemüht und wollte deshalb nicht lange abwarten. Dementsprechend stellte er am 11. Oktober 1945 einen erneuten Antrag auf Wiedereröffnung der Universität, allerdings dieses Mal direkt bei der Russischen Administration Herrn Prof. Iwanow.¹⁴³ In diesem Gesuch machte er auf die wichtigsten Punkte aufmerksam. So forderte er beispielsweise „Die Zurückführung der Bibliothek [...], die ausgiebige Versorgung mit Heizmaterial“, aber auch unter Punkt acht „Passierscheine für Professoren aus dem Westen Furch und Lösch (Mathe) von Bülow (Geologie), Schultz (Physikalische Chemie), Schreiner (Theologie) [...]“. Als sehr wichtig erachtete er ebenfalls die „Besorgung von Wohnungen bzw. räumen (sic!) von beschlagnahmten Wohnungen von Professoren.“¹⁴⁴

Die Besatzer reagierten nur zum Teil auf die Anliegen Wachholders. Zwar wurde das Universitätshauptgebäude noch im Oktober geräumt, doch der Zustand im Inneren war nicht der, um adäquate Vorlesungen oder Seminare abhalten zu können. Auch ging es immer noch um die Transportmöglichkeiten für die Rückführung der Bibliotheken, die nicht bereitgestellt wurden. Die wissenschaftlichen Apparaturen verblieben ebenfalls zum größten Teil im Besitz der Kommandantur.¹⁴⁵ Unter diesen Umständen war wissenschaftliches Arbeiten in Rostock kaum möglich. Der Kurator versuchte, sich mit der Stadtverwaltung zu einigen, um

¹⁴¹ Ebenda. 6. ohne Blatt. (Ergänzungsantrag vom 17.09.1945).

¹⁴² LHAS: 6.11-21. 2257. Blatt 107. (Schreiben von Grünberg an die SMAM am 21.09.1945).

¹⁴³ UAR: R I (Eröffnungsantrag von Wachholder an Iwanow vom 11.10.1945).

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Handschuck: S. 42.

wenigstens das durch Flüchtlinge besetzte Studentenwohnheim im Rosengarten wiederzuerlangen. Auch diese Bemühungen scheiterten. Als dann noch Ende September eine Zahlungsunfähigkeit bevorstand, schien die Wiedereröffnung in weite Ferne gerückt.¹⁴⁶

Hinzu kam, dass die Deutsche Zentralverwaltung am 18. September neue Durchführungsbestimmungen zum Befehl Nr. 50 herausgegeben hatte. Somit änderten sich die Ausgangsbedingungen grundlegend. Die Grundvoraussetzung für die Wiedereröffnung der Universität war „eine politische Überprüfung des Personalbestandes“ durch entsprechende Ausschüsse. Diese sollten von der zuständigen Landes- und Provinzialverwaltung eingesetzt werden, um die Vorgänge zu prüfen und unter Kontrolle zu haben.¹⁴⁷ Nur so, dachten die Behörden, konnte „die einstige alte Elite flächendeckend aus ihren Positionen“ vertrieben und durch „Kommunisten, Sozialdemokraten und andere fortschrittliche Kräfte“¹⁴⁸ ersetzt werden. Letztlich trat die SMAD bei den Umwälzmaßnahmen nicht in Erscheinung. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sie diese Form der erneuten Entnazifizierung nur befürwortete. Rektor Wachholder konnte und wollte diesen Maßnahmen nicht im vollen Umfang Folge leisten, da er dadurch die Wiedereröffnung gefährdet sah. Wären zu diesem Zeitpunkt alle auch nominellen NSDAP-Mitglieder entlassen worden, worunter nicht nur technisches, sondern zumeist unersetzbar qualifiziertes Personal gehörte, wäre kein Ersatz für diese gefunden worden. Dieses betraf zum großen Teil die Medizinische Fakultät, deren „prozentualer Anteil der NSDAP-Mitglieder annehmend hoch war“¹⁴⁹ und somit deren Eröffnung gefährdete.

Da auch der Rektor immer noch an einen reibungslosen Ablauf und eine schnelle Problemlösung glaubte, gab er bereits am 7. Oktober 1945 eine Pressenotiz zur Wiedereröffnung der Universität heraus.¹⁵⁰ Er richtete weitere Anträge an Prof. Iwanow und dieser vermerkte auf einem der Schreiben, dass es vereinzelt „ziemlich unverschämte Forderungen“¹⁵¹ wären, die Wachholder an die Wiedereröffnung knüpfte. Auch die „Volksstimme“ berichtete mit einem Artikel vom 13. Oktober 1945 von: „Eröffnung der Universität Rostock steht kurz bevor. Rektor

¹⁴⁶ UAR: K 1. 1005 (Rektor Wachholder an Höcker am 26.09.1945).

¹⁴⁷ Ebenda. (Verordnung über die Neugestaltung von Universitäten vom 18.09.1945).

¹⁴⁸ Handschuck: S. 44.

¹⁴⁹ Ebenda.

¹⁵⁰ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 26. (Pressenotiz von Wachholder vom 07.10.1945).

¹⁵¹ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 26. (Pressenotiz von Wachholder vom 07.10.1945), Blatt 27.

soll wieder Professor Wachholder sein.“¹⁵² Als Mitte Oktober immer noch keine endgültige Lösung bzgl. der neuen Entnazifizierungspolitik durch die SMAM gefunden worden war, erkundigte sich der Kurator direkt bei der Abteilung Kultur und Volksbildung, ob denn die bisherige Entnazifizierungspraxis fortgesetzt werden könne. Dieses hätte allerdings bedeutet, dass die nominellen NSDAP-Mitglieder auf ihren Posten verblieben wären, da für sie kein adäquater Ersatz vorhanden war. Grünberg fragte daraufhin direkt bei der SMAM nach, ob die vom Untersuchungsausschuss gemachten Vorschläge anerkannt würden. Auch schlug Wachholder die Aberkennung der Ränge einiger Professoren vor, wenn diese dafür im Amt verbleiben dürften.¹⁵³ Anfang November verfuhr man mit den Angestellten der Universität in ähnlicher Weise. Auch hier baten der Rektor und der Kurator um eine Weiterbeschäftigung einiger Personen „mit dem Ziele der Bewährung.“¹⁵⁴

Ebenfalls in die Wirren dieser Tage und Monate fiel die erste Verleihung der Ehrendoktorwürde an Willi Bredel.¹⁵⁵ Er wurde von Prof. Rienäcker und Mitgliedern der Philosophischen Fakultät vorgeschlagen und es gab keinerlei Einspruch vonseiten Wachholders und Heinrichs. Hoffmann nimmt in ihrer Dissertation an, dass es sich hierbei um die Absicht des Druckmittels handelte. „Sie glaubten, die Ehrung W. Bredels als ‘fortschrittliches Aushängeschild mißbrauchen’ zu können.“¹⁵⁶ Retroperspektiv kann hierzu gesagt werden, dass es sich um einen schleichenden Prozess der Umwandlung (Sowjetisierung) handelte und somit die Rückkehr zu den wahren demokratischen Verhältnissen von vor 1933 nicht mehr machbar war. Ebenso in die Tage des Novembers 1945 fiel der Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober. Dieser verlangte die sofortige Beschlagnahme von ehemaligem NSDAP-Eigentum und anderen Organisationen.¹⁵⁷ Darunter fielen auch die bisherigen Forschungsergebnisse und Forschungsobjekte sowie erneut das Universitätshauptgebäude. Hiergegen legte Wachholder mit einem Schreiben vom 12. November Einspruch ein.¹⁵⁸ Wie Handschuck festhielt, verlief dagegen die Realisierung des Befehls Nr. 126 vom 31. Oktober 1945 reibungslos.

¹⁵² Ebenda. Blatt 28. („Volksstimme“, Nr. 11 vom 13.10.1945. und „Volkszeitung“ (Schweriner) Nr. 58 vom 07.10.1945).

¹⁵³ UAR: R III. 5 (Schreiben von Wachholder an Grünberg vom 23.10.1945).

¹⁵⁴ UAR: K 19. 824. (Schreiben von Wachholder und Heinrich an Grünberg vom 16.11.1945)

¹⁵⁵ Willi Bredel ist mit der Initiativgruppe der KPD unter Leitung Gustav Sobottkas im Mai 1945 nach Rostock zurückgekommen. In: Hoffmann. S. 85.

¹⁵⁶ Hoffmann: S. 87.

¹⁵⁷ UAR: K 1. 11. ohne Blatt. (Befehl Nr. 124 und 126 vom 30. und 31.10.1945).

¹⁵⁸ UAR: K 1. 11. ohne Blatt. (Befehl Nr. 124 und 126 vom 30. und 31.10.1945). Erklärung von Wachholder.

In ihm wurde die komplette Einziehung jeglichen Eigentums der ehemaligen Angehörigen vom NS-Dozentenbund und des NS-Studentenbundes sowie der Deutschen Studentenschaften befehligt.¹⁵⁹

Aus all diesen Wirren geht hervor, dass die Landesverwaltung von Mecklenburg in großem Maße selbst keine Entscheidungen herbeiführen konnte, weil ihnen die rechtliche Handhabe fehlte und die SMAM auf Befehle oder Anordnungen von Berlin (SMAD) warten musste. Auch dadurch wurde die Wiedereröffnung der Universität Rostock weit hinausgezögert. Es stellt sich die Frage, warum die SMAD sich so in Schweigen hüllte. Hatte sie vielleicht selbst keine Ahnung, wie die Neustrukturierung der Universität auszusehen hatte? Gab es bei dem Versuch eines Elitewechsels womöglich Unstimmigkeiten ob der Lehrtätigkeit, die dann nicht mehr gegeben wäre? Es kann hierzu festgehalten werden, dass die SMAD zwar eine Umstrukturierung mit allen Mitteln durchsetzen wollte, allerdings selbst sah, dass diese nur zum Teil realisierbar war.

4. Die Wiedereröffnung der Universität Rostock im Jahr 1946 unter Rektor Prof. Dr. Günther Rienäcker

Am 28. November 1945 fand die Rektorwahl an der Universität Rostock statt. Es stellten sich zwei Kandidaten, Prof. Dr. Günther Rienäcker¹⁶⁰ und erneut Prof. Dr. Kurt Wachholder, zur Wahl. Dieses sollte sich sehr positiv auf die schnelle Wiedereröffnung auswirken, nachdem die Friedrich-Schiller-Universität Jena bereits am 16. Oktober 1945 ihre Tore geöffnet hatte. Auch die anderen Universitäten in der SBZ waren noch in Verhandlungen mit der SMAD, wie die jeweilige Eröffnung auszusehen hätte.

In Rostock hingegen war es die erste freie Rektorenwahl nach 1933 und von den 29 Wahlberechtigten stimmten 22 für Rienäcker und sechs für Wachholder.¹⁶¹ Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, konnte der neu gewählte Rektor sein Amt erst

¹⁵⁹ Handschuck: S. 45.

¹⁶⁰ Günther Rienäcker wurde am 13. Mai 1904 in Bremen geboren. Studium der Chemie in München. Promotion 1926. Habilitation 1935. 1936-1938 Dozentur in Göttingen. 1942 nach Rostock und bis 1945 ordentlicher Professor. 1946-1948 Rektor der Universität. 1954 Ruf nach Berlin an die HU. 1953 ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften. 1957-1963 Generalsekretär des Instituts. 1966 auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 1969 wurde Rienäcker emeritiert. 13. Juni 1989 in Berlin verstorben.
In: http://www.chemie.de/lexikon/d/G%C3%BCnther_Rien%C3%A4cker (Artikel vom 10.08.2007). Siehe auch Catalogus Professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002183.

¹⁶¹ UAR: PA. Wachholder. Band III. Blatt 38. (Rektorwahl vom 28. November 1945).

zum 12. Januar antreten, da die Besatzungsbehörden die Wahl erst zum 7. Januar 1946 bestätigten.¹⁶² Da Rienäcker der SPD angehörte, waren die Vorzeichen zur Wiedereröffnung besser, als wenn Wachholder, der als zahlendes Mitglied der SS bei den Besatzern bekannt war, die Wahl gewonnen hätte. Die für den 26. Januar 1946 vorgesehene feierliche Einführung des neuen Rektors musste vertagt werden, weil der Befehl zur Wiedereröffnung noch nicht vorlag. Prof. Rienäcker legte in der Senatssitzung vom 21. Januar 1946 den Eid nach der Universitätssatzung vom 1. Juli 1933, § 20 ab: „Ich, Günther Rienäcker, gelobe und schwöre, daß ich das mir übertragene Amt des Rektors der Universität mit Sorgfalt und Treue führen, das Ansehen, die Rechte und die Freiheiten der Universität gewissenhaft verteidigen, erhalten, die Beratungen des Konzils und des Senats ordnungsgemäß leiten, die Beschlüsse ungesäumt zur Ausführung bringen, überhaupt keine Sache ohne Not verzögern, die akademischen Satzungen nicht allein selbst beachten, sondern auch darauf sehen, daß sie von den übrigen Universitätsangehörigen befolgt werden, die akademische Disziplin gewissenhaft und unparteiisch handhaben und beflissen sein will, daß das Beste der Universität und des ganzen Landes durch die Universität gefördert werde. So wahr mir Gott helfe!“¹⁶³ Ebenfalls war Rienäcker von Beginn an kompromissbereiter als sein Vorgänger. Er vertrat genau wie die Landesverwaltung den Standpunkt: „daß in einer mehrjährigen Übergangsperiode, in der die Tätigkeit eines mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Kurators im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung der Universität noch erforderlich sei, die politischen Voraussetzungen noch geschaffen werden müßten, um zu einer ausgesprochenen Rektorverfassung übergehen zu können.“¹⁶⁴ Folgende Dekane wurden ebenfalls neu gewählt: Für die Theologische Fakultät Prof. Dr. Gottfried Quell „(wie bisher)“, für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Prof. Dr. Heinrich Mitteis „(wie bisher)“, für die Medizinische Fakultät Prof. Dr. Walther Fischer „(wie bisher)“, für die Philosophische Fakultät Prof. Dr. Hermann von Guttenberg, für die Landwirtschaftliche Fakultät Prof. Dr. Heinz Janert „(wie bisher)“ und für die neu zu gründende Pädagogische Fakultät Prof. Dr. Johannes Erich Heyde „(wie bisher)“.¹⁶⁵ Die Wahl des neuen Rektors und der Dekane gehörte schon vor 1933 zu den traditionellen Prinzipien der akademischen Selbstverwaltung der Universitäten.

¹⁶² Jakubowski; Urbschat: S. 9 ff.

¹⁶³ UAR: K 17. Blatt 165. Ebenfalls in: Hoffmann: S. 89.

¹⁶⁴ Geschichte der Universität. Band II. S. 8. Ebenfalls in: Müller: S. 272.

¹⁶⁵ UAR: K 09, 17, Blatt 155. (Aufzählung der neu gewählten Dekane vom 28. November 1945).

Im Dezember 1945 gab es aber einen weiteren Einschnitt in der Geschichte um die Wiedereröffnung der Universität. Dr. Erich Schlesinger¹⁶⁶ wurde von der Landesverwaltung als neuer Kurator zum 01. Dezember 1945 berufen.¹⁶⁷ Er war der „neue starke Mann“, der schon vor 1933 die Position eines höheren Ministerialbeamten und Staatsministers bekleidete und jetzt mit seiner Berufung die Interessen von Minister Grünberg an der Universität vertrat und umsetzte. Martin Handschuck fand in den Forschungen zu seiner Dissertation heraus, dass Schlesingers Wirken als Kurator von Rektor Rienäcker, der Studentenschaft und auch von der später gegründeten Betriebsgruppe der SED wenig begeistert aufgenommen wurde. Schlesinger, so Handschuck weiter, wurde als politisch undurchsichtig empfunden und im Jahr 1947 bezeichnete man ihn sogar als „reaktionäres Element“, das die Bestrebungen einer Neustrukturierung der Universität „entweder sabotieren oder zumindest auch nicht im geringsten Maße unterstützen würde.“¹⁶⁸ Allerdings konnte Dr. Schlesinger durch seine verwaltungstechnischen Kenntnisse bald alle Missverständnisse bereinigen und Gottfried Grünberg kannte seine Qualitäten schon aus der vorhergehenden Zeit als Leiter der Justizabteilung in der Landesverwaltung. Da Schlesinger in der Weimarer Zeit als konservativer Politiker bekannt war, verwundert es kaum, dass der neue Rektor und auch Teile der Studentenschaft und schon gar nicht die Betriebsgruppe der SED sein Verhalten beim Aufbau der Universität verstanden. Hoffmann schrieb in ihrer Dissertation, dass „er noch im hohen Alter Schritt für Schritt den nicht einfachen Weg von einem bürgerlich-liberalen Wissenschaftler und Politiker, durch die Erkenntnis der historischen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten, zu einem Kämpfer für die antifaschistisch-demokratische und danach sozialistische Umgestaltung der Universität, des Hochschulwesens [...]“¹⁶⁹ ginge. Sie sieht in der Benennung des neuen Rektors Rienäcker und Schlesingers als Kurator den „Wendepunkt in der

¹⁶⁶ Dr. Erich Schlesinger geboren am 23.12.1880 in Worstade, Krs. Neuhaus an der Oste. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, München, Berlin und Rostock. Promotion zum Dr. jur. 1904 in Rostock. 1925 Ministerialdirektor im Innenministerium in Mecklenburg. 1929 Staatsminister. 1932 abgelöst und 1934 in den dauernden Ruhestand versetzt worden von den Nazis. 1945 Leiter der Justizabteilung in der Landesverwaltung in Schwerin. Ab Herbst 1946 Honorarprofessor der Juristischen Fakultät, später Kurator an der Universität Rostock. Prorektor von 1949-1951. 1952 bis 1956 Rektor der Universität. Gestorben 1956 in Rostock. In: Jakubowski, Peter: Erich Schlesinger. In: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Rostock 1981. Band I. S. 101-104. Siehe auch Catalogus Professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002154

¹⁶⁷ Geschichte der Universität. Band II. S. 23. Ebenfalls in: Handschuck: S. 46.; Hoffmann: S. 91, und Müller: S. 272.

¹⁶⁸ Handschuck: S. 46. und 47.

¹⁶⁹ Hoffmann: S. 94.

Entwicklung der Universität Rostock“.¹⁷⁰ Seine Verdienste wurden nicht nur in Hoffmanns Dissertation und in der „Geschichte der Universität Rostock“ ausreichend gewürdigt, auch die neuen Machthaber taten dies gebührend. Mit 71 Jahren wurde Schlesinger in das Amt des Rektors berufen, das er bis zu seinem Tod 1956 bekleidete. Seine Einsetzung im Jahr 1945 führte nach neuesten Forschungsergebnissen dazu, dass die neue Landesregierung mehr Einfluss auf die Universität hatte.¹⁷¹

Trotz des Einflusses der Landesverwaltung und auch Schlesingers ließ sich Wachholder nicht beirren, den demokratischen Aufbau der Universität voranzutreiben und auch eine schnelle Wiedereröffnung herbeizuführen. Anfang Dezember 1945 wurde Wachholder von Solotuchin informiert, dass „der Termin der Eröffnung der Universität [...] im Wesentlichen von der Aktivität des Rektors und der Dekane abhängt.“¹⁷² Es war für die SMAD undenkbar, dass eine deutsche Universität, nachdem die Nürnberger Prozesse bereits begonnen hatten, mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in ihrem Personalstamm eröffnet würde. Solotuchin schlug Wachholder daraufhin vor, auch darüber nachzudenken, Lehrkörper aus anderen Hochschulen zu gewinnen oder im Notfall Lehrer aus mittleren Schulen einzusetzen.¹⁷³ Er schrieb am 14. Dezember 1945 an die Sowjetische Administration in Schwerin: „Es wird bekannt gegeben, dass die Universität von NSDAP-Parteigenossen frei ist und um eine Wiedereröffnung und Unterrichtsbeginn gebeten [wird] (sic!). Die Dozentenliste wird mit übersandt. Gez. Der Rektor“¹⁷⁴ Die Entscheidung, nämlich die Befürwortung zur Wiedereröffnung, wurde Wachholder jedoch erst nach dem Jahreswechsel 1945/46 mitgeteilt. Am 16. Januar 1946 teilte man dem Kurator Schlesinger mit, dass er gemäß Befehl Nr. 4 der SMAD vom 6. Januar 1946, Vorbereitungen für die Aufnahme des Lehrbetriebs, gemäß dem Beispiel der Universität Berlin, erstellen sollte.¹⁷⁵

Wie aus diesem Befehl ersichtlich ist, wurden die Maßgaben bezüglich der Wiedereröffnung präziser. So befahl der stellvertretende oberste Chef der SMAD Sokolowsky, dass zum 20. Januar 1946 der Unterricht der sieben Fakultäten wieder aufzunehmen sei. Neu hinzugekommen zu den bisherigen sechs Fakultäten war hier die „Pädagogische Fakultät“. Weiterhin wurde eine Aufstellung „der Fächer einer jeden Fakultät mit Angabe des Grades der ausgebildeten Fachkräfte, der Lehrplan und das Programm eines jeden Faches und die Zahl der in jede

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Handschuck: S. 47.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Ebenda.

¹⁷⁴ UAR: R III. 5 (Schreiben von Wachholder an Solotuchin vom 14. Dezember 1945).

¹⁷⁵ UAR: K 1. 1005 (Abschrift. Befehl Nr. 4. vom 06. Januar 1946).

Fakultät und jeden Kursus aufzunehmenden Personen“¹⁷⁶ verlangt. Außerdem wurden genaue Angaben über die Aufnahme der Studenten gemacht, die in Kapitel 4.2 angesprochen werden. Von wesentlich höherer Bedeutung war, wie unter Punkt zwei des Befehls nachzulesen ist, dass „[f]rühere Mitglieder der Nazipartei zur Leitung der Universität, der einzelnen Fakultäten, Institute und Katheder sowie zu Vorlesungen und zur Leitung der Seminare nicht zuzulassen“¹⁷⁷ waren. Auch Schlesinger, der immer noch als Kurator fungierte, legte dem neuen Rektor nahe, nicht nur das lehrtechnische Personal, sondern auch die Angestellten der Kliniken und das technische Personal nochmals genauer prüfen zu lassen. Daraufhin ordnete Grünberg am 24. Januar 1946 „unter Aufhebung aller entgegenstehenden Anordnungen die sofortige Bereinigung des wissenschaftlichen Apparates beider Landesuniversitäten“¹⁷⁸ an.

Rienäcker, der das Amt des Rektors seit dem 12. Januar nun auch offiziell inne hatte, protestierte gegen die Bestimmungen Grünbergs und setzte sich für die Rehabilitierung einiger Wissenschaftler und auch für die ehemals fördernden Mitglieder der SS¹⁷⁹ ein, indem er dem dritten Vizepräsidenten mitteilte, dass „es sich um hervorragende Wissenschaftler und politisch einwandfreie Persönlichkeiten“¹⁸⁰ handelte. Nur in Einzelfällen erzielte Rienäcker damit Erfolge.

So durften Wachholder und auch der Dekan der Philosophischen Fakultät Hermann von Guttenberg im Amt verbleiben. Alle restlichen ehemaligen NSDAP-Mitglieder wurden ausnahmslos entlassen.¹⁸¹ Zwar hatte die Leitung der Universität nunmehr auch die letzte Auflage der Besatzer erfüllt, dennoch wurde die Wiedereröffnung erneut verschoben. Erst mit Befehl Nr. 28 der SMAD¹⁸² vom 29. Januar 1946 ordnete diese die Wiedereröffnung der ältesten Universität des Nordens an. Nachdem die Universität Berlin bereits an diesem Tag eröffnet worden war,¹⁸³ zogen die anderen Universitäten nach. Am 01. und 06. Februar 1946 folgten die Universitäten Halle und Leipzig, selbst Greifswald wurde noch

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Ebenda. K 19. 824. ohne Blatt. (Schreiben von Grünberg an Schlesinger)

¹⁷⁹ Ebenda. R III. 10. ohne Blatt. (Rienäcker an Grünberg vom 12. Februar 1946)

¹⁸⁰ Handschuck: S. 49. Ebenfalls in: LHAS: 6.11-21. 2257. Blatt 192.

¹⁸¹ Ebenda. S. 50.

¹⁸² UAR: R III. 7. ohne Blatt. (Befehl liegt in russischer Sprache im Universitätsarchiv vor).

¹⁸³ Hoffmann schreibt in ihrer Dissertation, dass die Eröffnung der Universität Berlin bereits am 20.01.1946 stattfand, und auch die Eröffnung der Universität Leipzig datiert sie auf den 5. Februar 1946. In: Hoffmann: S. 147.

vor Rostock am 15. Februar wiedereröffnet, obwohl es einige Probleme bezüglich des Rektors gab.¹⁸⁴

Prof. Dr. Ernst Lohmeyer¹⁸⁵, ein bekannter Theologe, wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1946 von der SMAD verhaftet und am 19. September 1946 durch diese hingerichtet. Warum dieses geschah, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Grünberg hinterließ hierzu in seiner Autobiographie folgende Anmerkung: „Als ich am Eröffnungsmorgen in Greifswald ankam, fand ich alles verwirrt und bestürzt vor. Prof. Lohmayer (sic!) war von sowjetischen Organen verhaftet worden. Den Grund wußte keiner, die Sache blieb unklar. [...] Der Parteisekretär, Genosse Wohlgemut, nahm die Parteigruppe der Universität zusammen. Beratungsthema war die Eröffnung, die ohne weiteren Zwischenfall stattfinden mußte.“ Wie aus den weiteren Angaben Grünbergs bekannt geworden ist, wurde die Universität ohne den Rektor eröffnet und dieser erst nach vierstündiger Verhandlung mit den Professoren und mit dem Senat kommissarisch neu berufen. Hierbei handelte es sich um den Physiker Professor Dr. Seeliger, der „sich bereit fand, zeitweilig die Rektorwürde zu übernehmen.“¹⁸⁶

In Rostock verlief die Eröffnung der Universität am 25. Februar 1946 anders ab. Die Volkszeitung berichtete auf Seite drei in ihrer Ausgabe vom 13. Februar 1946 davon: „Am 25.2. wird die Universität Rostock ihren Unterricht wieder aufnehmen [...] Seit dem Herbst liegen bereits über 500 Anmeldungen von Studenten vor. [...] Die Rostocker Universität, im Jahre 1419 als erste Hochschule Nordeuropas gegründet, gehört zu den wenigen deutschen Universitäten, die völlig intakt aus dem Kriege hervorgegangen sind; denn die Bombenschäden von 1942 sind längst ausgeheilt. [...] Die Stadtverwaltung setzt sich sehr für die Wohnungsbeschaffung ein.“¹⁸⁷ Prof. Rienäcker, der die Vorbereitungen für die Eröffnung nur zum Teil getroffen hatte, wurde an diesem Datum offiziell in sein Amt eingeführt. Anwesend waren Skossyrew von der SMAM, Generalleutnant Rosly von der SMAD aus Karlshorst, Oberst Krylow, der Militärkommandant der Stadt

¹⁸⁴ Grünberg: S. 293.

¹⁸⁵ Ernst Lohmeyer, geboren am 8. Juli 1890 in Dorsten. Studium der Theologie, Philosophie und Orientalistik in Tübingen, Leipzig und Berlin. 1914 promoviert. 1918 Habilitation in Heidelberg. 1920 Professor in Breslau. Dort leitete er das Rektorat von 1930/31. Setzte sich ein für jüdische Kollegen, beispielsweise Martin Buber. Degradierung und Zwangsversetzung nach Greifswald im Jahr 1935. Nach der kurzfristigen Schließung wird Lohmeyer ab 1945 wieder Rektor bis zu seiner Verhaftung. Lohmeyer starb in „russischem Gewahrsam“ – heißt: wurde am 19. September 1946 hingerichtet, was am 6. Dezember 1957 erst offiziell bestätigt wurde. In: Koehn, Andreas: Der Neutestamentler Ernst Lohmeyer. Studien zu Biographie und Theologie. Band 180. Tübingen 2004, S. 19 ff.

¹⁸⁶ Grünberg: S. 295.

¹⁸⁷ Volkszeitung. Nr. 37. 13. Februar 1946, S. 3.

Rostock und andere hohe Offiziere sowie Ministerpräsident Höcker und Grünberg als dritter Vizepräsident des Landes, der froh war, nur als Gast da zu sein und nicht, wie in Greifswald, die Eröffnungsfeier moderieren zu müssen.¹⁸⁸ Trotz seiner positiven Erinnerungen vergaß Grünberg jedoch, in seinem Buch zu erwähnen, dass sich beispielsweise die Talare für die Dekane der Fakultäten aus der Universität Greifswald ausgeliehen werden mussten.¹⁸⁹ Grünberg und Rienäcker hielten jeweils eine der Ansprachen, wobei der dritte Vizepräsident seine Vorstellungen zur politisch motivierten Neuorientierung sehr deutlich machte. Grünberg sang ein Loblied auf Stalin, indem er sagte: „Wir haben tagtäglich zu sehen und zu fühlen, daß zwischen den Worten und Taten des grossen Humanisten Generalissimus Stalin kein Unterschied besteht.“ Weiterhin sah er die Universität als „nie wieder ein vom Volk losgelöstes Gebilde sondern ein fester Teil des Volkes, eine Stätte der Forschung und Lehre sein. Sie ist sich dessen bewußt, daß nur durch eine geeignete starke deutsche Arbeiterklasse Deutschland wieder aus dem Chaos hinausgezogen werden kann.“¹⁹⁰

Rienäcker, der als zweiter Redner sprach, verkündete: „Ich möchte hiermit den Auftrag des Volkes entgegennehmen, den es uns heute erteilt. Es ist der Auftrag, bis zum letzten für die Einheit des deutschen Volkes und für eine demokratische Zukunft zu arbeiten und zur Erreichung des Zieles, die faschistische Ideologie restlos und bis an die Wurzeln auszurotten. Es ist der Auftrag, die höchste Bildungs- und Ausbildungsstätte der begabtesten Menschen des ganzen Volkes, die wahre Volksuniversität zu sein und Trägerin und Kündlerin des neuen Geistes zu werden.“¹⁹¹ [...]“ Damit war der neue Weg klar vorgegeben.

Nach der Eröffnungsfeier las man in der Volksstimme vom 26. Februar 1946, dass die Eröffnung unter zwei Losungen gestanden hätte: 1. „Die Wissenschaft soll der Erneuerung Deutschlands, der Festigung des Friedens und der Verständigung der Völker dienen“ und 2. „Nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz kann alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion, des Militarismus und des Faschismus endgültig überwinden.“¹⁹² Bis nach Berlin reichten

¹⁸⁸ Grünberg: S. 295.

¹⁸⁹ Krause, Christiane: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte. Rostock 1994. S. 11. Ebenfalls in: Der Rektor der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Klaus Plötner. [Hrsg.]: Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Heft 14. Rostock 1990., S. 66.

¹⁹⁰ LHAS: 6.11-21. 155. Blatt 226-228. Hier Blatt 226. Ebenfalls in: Handschuck: S. 50.

¹⁹¹ LHAS: 6.11-21. 155. Blatt 226-228. Hier Blatt 226. Ebenfalls in: Handschuck: S. 50. Hier Blatt 174. (Eröffnungsrede von Prof. Rienäcker)

¹⁹² Volksstimme. Nr. 36. 26. Februar 1946, S. 1.

die Meldungen der Wiedereröffnung der Universität Rostock. Die Tägliche Rundschau schrieb: „Universität Rostock eröffnet. Eindrucksvolle Veranstaltung – General Skossyrew: Seien Sie unserer weiteren großzügigen Hilfe und Unterstützung sicher. – Der neuernannte (sic!) Rektor: Eine Universität kann und darf nicht apolitisch sein.“¹⁹³ Damit war der Prozess der Wiedereröffnung abgeschlossen.

4.1 Die neue Struktur der Universität Rostock

Nachdem die Universität nun mehr oder weniger reibungslos eröffnet worden war, mussten die neuen Strukturen, die von der SMAM bereits vorgegeben waren, umgesetzt werden. Die von der SMAD geforderten Entlassungen der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, auch der nominellen, bis auf ein paar Wenige, waren erledigt und somit verteilten sich die Lehrkörper nach der Wiedereröffnung etwas anders.

Diese neuen Lehrkräfte wurden von den sowjetischen Behörden allerdings erst am 23. März 1946 endgültig bestätigt.¹⁹⁴ Die Medizinische Fakultät wurde noch nicht wieder eröffnet. Dieses lag an der proportional hohen Prozentzahl von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern. Trotz dieser, im Vergleich zu anderen Fakultäten, hohen Anzahl von Parteimitgliedern, rechneten die Leitungsmitglieder noch bis Februar 1946 mit einer Wiedereröffnung ihrer Fakultät. Sie beriefen sich hierbei auf ein Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Gesundheit an Rektor Wachholder vom 11. Januar 1946, in dem es hieß, dass „zehn bis 20 % des Lehrkörpers aus ehemals nominellen NSDAP-Mitgliedern bestehen dürfte.“¹⁹⁵ Dieses war jedoch eine Fehlinformation. Anzumerken ist an dieser Stelle auch, dass die meisten Lehrkräfte zu dieser Zeit parteilos waren. Nur 18 Wissenschaftler,¹⁹⁶ so fand Handschuck heraus, gehörten den zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien an, neun von ihnen der SPD und acht der CDU. Einzig Walter Braeuer von der Juristischen Fakultät zählte zur KPD. Dieses sollte sich allerdings mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 21./22. April 1946 ändern. Vom Vereinigungsparteitag an wurden die Mitglieder der SPD automatisch zu Mitgliedern der SED. Damit dominierte der kommunistische Einfluss. Handschuck vermerkte weiterhin in seiner Dissertation, dass nur wenige Universitätsangehörige der damaligen SED angehörten. Somit war es vordringlichstes Ziel der Machthaber,

¹⁹³ Tägliche Rundschau. Nr. 49. 28. Februar 1946, S. 3.

¹⁹⁴ Jakubowski; Urbschat: S. 11.

¹⁹⁵ UAR: R III. 1. ohne Blatt. (Schreiben von der Deutschen Zentralverwaltung für Gesundheit an Rektor Wachholder vom 11. Januar 1946.)

¹⁹⁶ Handschuck: S. 51.

dieses schnellstmöglich zu ändern und eine Umgestaltung des Lehrkörpers vorzunehmen.¹⁹⁷ Die Zulassung der Studenten und die Personalauswahl wird ausführlich in den Kapiteln 4.2 und 4.3 behandelt werden.

Die Struktur der Universitäten in der SBZ glich bis Mitte 1948 der Universitätsstruktur der Weimarer Zeit. Erst durch eine Änderung der Stellung der Kuratoren bahnte sich ein Wechsel an. Der Kurator, der bisher faktisch die Universität leitete und einzig die wissenschaftliche Leitung dem Rektor und dem Senat oblag, wurde geändert. So kam es zu einer Reorganisation der Leitung im Sinne der SED, die nach außen nur wenig in Erscheinung trat. Dieser erste Prozess einer inneren Umformung ging in aller Stille vor sich. Denn zum größten Teil parteilose Rektoren und ein Senat, der noch kaum mit Mitgliedern der SED durchsetzt war, repräsentierten die Universität nach außen. Marianne und Egon Erwin Müller hielten hierzu fest: „Durch die Einsetzung der nicht wählbaren Kuratoren gelang es den Landesregierungen und damit den kommunistischen Volksbildungsministerien, den Verwaltungsapparat der Universitäten nach und nach in ihre Hand zu bringen.“¹⁹⁸

Anfänglich ließ der durch die Entnazifizierung und die Folgen des Krieges hervorgerufene Mangel an geeignetem Personal nur geringe Auswahlmöglichkeiten zur Besetzung der Lehrstühle im parteilichen Sinne zu, jedoch änderte sich dieses mit dem In-Kraft-Treten der „Vorläufigen Arbeitsordnung für die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone“¹⁹⁹ im Jahr 1949. Wichtiger war für die SED, die Lehrstühle möglichst schnell und nach fachlichen Qualifikationen wieder zu besetzen. Auch die Parteizugehörigkeit spielte im ersten Jahr nach der Wiedereröffnung keine überragende Rolle. Dies lag allerdings auch daran, dass nur ein kleiner Prozentsatz des Lehrkörpers zur kommunistischen Partei oder zur SED kurz nach der Wiedereröffnung tendierte. Aber auch dieses anfängliche Problem löste sich zugunsten der SED im Laufe der Jahre. So wurden bei Abwanderung, Emeritierung oder Versterben eines Dozenten die freigewordenen Stellen den entsprechenden Landesbehörden mitgeteilt, die daraufhin vorgeben, welchen neuen Professor sie auf der Position gerne sehen würden. Wenn allerdings die Fakultäten selbst Vorschläge machten, mit welchem Kandidaten sie die Stelle neu zu besetzen gedachten, wurden diese zumeist abgelehnt. Daher kam es in den ersten Jahren der Wiedereröffnung der Universitäten vor, dass Stellen teilweise monatelang unbesetzt blieben. Müller und Müller schrieben in ihrem

¹⁹⁷ Ebenda, S. 52.

¹⁹⁸ Müller; Müller: S. 44.

¹⁹⁹ Ebenda. Ebenfalls in: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 130.

Buch von „Kämpfen hinter den Kulissen“²⁰⁰, die sich allerdings noch nicht zuspitzten, da vorrangig die Ausbildung von Studenten gewährleistet werden sollte. Anfänglich sah es sogar so aus, dass die Landesregierungen zurückrudern mussten, da sie sich nicht gegen die Stimmen einer gesamten Fakultät stellen konnten, aber auch dieses veränderte sich zunehmend. Zahlreiche unpolitische Mitglieder der Fakultäten traten nach und nach der SED bei und so vergrößerte diese ihren Einfluss auf die Universitäten und somit auch auf die zu besetzenden Stellen. Diese Form der Sowjetisierung der Universitäten hatte zwar keinen grundlegenden Einfluss auf deren Struktur, allerdings waren sie die Vorbereitungen für die kommenden Hochschulreformen sowie die Eröffnungen der Pädagogischen und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten.

Auch waren die Zulassungen zum Studium oder die Besetzung der Professuren ein Eingriff in das universitäre Leben. Es gab beispielsweise eine große Anzahl von geeigneten Anwärtern auf einen der begehrten Studienplätze, die durch den Krieg nicht in der Lage waren, die Voraussetzungen, die zur Hochschulreife führten, zu erfüllen. Allein die Tatsache, dass es einen enormen Bedarf an neuen Lehrern, aber auch an anderen wissenschaftlichen Kräften gab, rechtfertigte, so Thomas Ammer, dass „neben den Abiturienten auch anderen Bewerbern den Zugang zur Universität zu ermöglichen.“²⁰¹

So wurde in Rostock 1946 eine der zahlreichen in der SBZ entstandenen Vorstudienanstalten eröffnet, in denen sich die zukünftigen Studenten, die keine oder keine abgeschlossene Hochschulbildung besaßen, auf das Studium vorbereiten konnten. Die Rostocker Vorstudienanstalt begann ihre Arbeit mit fünf Dozenten und 66 zukünftigen Studenten.²⁰² Was hierbei aber angemerkt werden muss und auch zum Teil verwunderlich scheint, ist der Fakt, dass die Zulassung für diese Vorstudienanstalt keinerlei Parteizugehörigkeit unterworfen war. So kann festgehalten werden, dass nur ein geringer Teil der KPD/SED angehörten. Somit waren diese Vorstudienanstalten nicht allein den Personenkreisen dieser Parteien vorbehalten. Allerdings erhielten die Kommunisten hiermit auch erstmals die Möglichkeit, ihre Genossen an die Universitäten zu bringen, die dann später für eine Umstrukturierung im ideologisch-politischen Bereich sorgten.

Ein weiterer wichtiger Einschnitt in die Universitätsstruktur war die mit SMAD-Befehl Nr. 333²⁰³ vom 2. Dezember 1946 eingerichtete Gesellschaftliche Fakultät. Sie wurde einzig zur „Ausbildung qualifizierter Kader für die neuen

²⁰⁰ Müller; Müller: S. 45.

²⁰¹ Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969, S. 28.

²⁰² Ebenda.

²⁰³ Müller: S. 277.

Selbstverwaltungsorgane und die Leitungen der VEB²⁰⁴ eingerichtet. Für dieses Studium an der neu geschaffenen Fakultät war erstens nur die mittlere Reife vorgesehen und zweitens war die Zulassung „weit mehr an politische Zuverlässigkeit geknüpft als allgemein üblich.“²⁰⁵ Darüber hinaus wurde die „Bewährung in einer mindestens einjährigen Tätigkeit in staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Anstalten und Organisationen“²⁰⁶ gefordert. Für diese Fakultäten waren gesonderte Zulassungsausschüsse gegründet worden, die für eine entsprechende politische Vorauswahl der Studienanwärter sorgten.²⁰⁷

Ferner muss an dieser Stelle die Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) angesprochen werden. Diese Organisation wurde am 07. März 1946 von der SMAD zugelassen.²⁰⁸ Sie hatte zwar in den Anfangsjahren keinen sonderlichen Einfluss auf die Studenten, war aber anders begründet, wie die Universitätsgeschichte der Rostocker Universität aus dem Jahr 1968 aufzeigt. Darin heißt es: „Eine der Hauptursachen für diese unzureichende FDJ-Arbeit an der Universität Rostock von Ende 1946 bis Herbst 1948 war die klassenmäßige und politische Zusammensetzung der Studentenschaft. Die Mehrzahl der Studenten kam aus bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Schichten und orientierte sich vorwiegend auf die bürgerlichen Parteien. Sie war noch nicht bereit, in einer revolutionär-demokratischen Jugendorganisation, deren Kern die Arbeiterjugend war, mitzuarbeiten.“²⁰⁹

Die Studenten orientierten sich vorrangig an den alten Strukturen, wie beispielsweise dem Studentenrat, der ihre legitimierte Vertretung war. Außerdem, wie oben erwähntes Zitat aufzeigt, stammten die ersten Studenten nicht, wie die SED es wünschte, aus den entsprechenden Arbeiter- und Bauernfamilien, sondern zumeist aus Familien mit bürgerlichem Hintergrund. Dieses war anfänglich ein Problem für die neuen Machthaber. So schrieb Grünberg im Oktober 1946 an die Kreisbildungsämter, dass die Zusammensetzung der Studentenschaft „noch immer nicht das wirkliche Bild der Bevölkerungsstruktur unseres Landes“ wiedergeben

²⁰⁴ Heidorn, Günter; Hoffmann, Horst; Hoffmann, Rosemarie: Zur Hochschulpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946 bis 1949/50 unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Rostock. In: Das Hochschulwesen. Nr. 11/1963. S. 806.

²⁰⁵ Ammer: S. 28.

²⁰⁶ Kollektiv des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Band I. Jena 1958, S. 705.

²⁰⁷ Müller; Müller: S. 48.

²⁰⁸ Bernitt, Hartwig: Die Universität Rostock 1945-1969. Ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte. Rostock 1994, S. 46.

²⁰⁹ Geschichte der Universität Rostock. Band II. S. 72. Ebenfalls in: Handschuck: S. 183.

würde.²¹⁰ Daraufhin teilte ihm die Hochschulabteilung mit, dass sie den Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an der Gesamtstudentenschaft im Jahre 1947 auf 50 %²¹¹ erhöhen wolle. Rektor Rienäcker stand dem Ansinnen Grünbergs von Beginn an skeptisch gegenüber und verfasste Ende Januar 1947 eine Stellungnahme an das Ministerium für Volksbildung in Schwerin. In diesem Schreiben machte Rienäcker deutlich, dass es für ihn und auch die Universität eine Selbstverständlichkeit sei, den Zugang allen zu ermöglichen, die ihn aus sozialen oder anderen Gründen bisher nicht gefunden hatten. Allerdings, so Rienäcker weiter, „[...] ist es aber nicht abhängig, das verfassungsmäßige Recht des Begabten aus allen Kreisen auf Zugang zur Hochschule dahingehend zu beschränken, dass man etwa freie Plätze gut beleumundeten, politisch einwandfreien Inhabern des Reifezeugnisses und Kindern von Angestellten, Handwerkern usw. vorenthält. [...] Man veranlaßt sie zur Abwanderung nach dem Westen mit all ihren Folgen und schadet letztthin dem Ansehen der deutschen Universität.“²¹² Rienäcker wies weiter darauf hin, dass die Heimkehrer und Umsiedler bei der Zulassung besonders berücksichtigt werden müssten und forderte, die Frage nach der Parteizugehörigkeit in den Bewerbungsunterlagen zu unterlassen.²¹³ Dass dieses Ansinnen des Rektors nicht gerade übermäßigen Anklang bei den Verantwortlichen fand, sollte selbstverständlich sein. Rienäcker wurde statt dessen in der Folgezeit von den Mitgliedern der SED-Betriebsgruppe immer stärker kritisiert. Diese verlangten von ihm eine engere Zusammenarbeit und wollten außerdem eine Beteiligung der Studentenschaft bei der Zulassung zum Studium erreichen.

4.2 Die Zulassung der Studenten 1946

Bereits mit seinem Schreiben vom 17. September 1945 schlug der damals noch amtierende Rektor Prof. Kurt Wachholder ein mögliches Verfahren zur Zulassung der Studenten nach der Wiedereröffnung vor. Seine Überlegungen waren, alle Studierende, die eine Nazivergangenheit hatten, auch nominelle Mitglieder, von vornherein vom Studium auszuschließen und zum anderen Studierwilligen, die ihr Reifezeugnis vor dem 01. Mai 1945 erhalten hatten, einen Zugang zur Universität zu ermöglichen, indem er vorsah, dass diese Studenten an einem Ergänzungsunterricht teilnehmen mussten. Erst nach dem ersten Semester und nach der Teilnahme am Ergänzungsunterricht wurde von Seiten des Rektors und der Hoch-

²¹⁰ LHAS: 6.11-21. 155. Blatt 102. (Schreiben von Grünberg an die Kreisbildungsämter vom 23. Oktober 1946).

²¹¹ Handschuck: S. 150.

²¹² LHAS: 6.11-21. 2441. Blatt 101. (Rienäcker an das MfV vom 29. Januar 1947).

²¹³ Ebenda. Blatt 260. (Rienäcker an die DVV vom 28. Januar 1947).

schullehrer entschieden, „ob die Genehmigung des Weiterstudiums fachlich und politisch gerechtfertigt erscheint oder nicht.“²¹⁴

Die DVV erließ am 30. September 1945 die „Verordnung über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen“²¹⁵. Diese wurde durch „Grundlegende Hinweise über die Zulassung zum Studium an den Universitäten und Hochschulen“ vom 12. Dezember 1945 und die „Richtlinien“ vom 27. Dezember 1945 ergänzt und präzisiert.²¹⁶ Im Schreiben der Zentralverwaltung vom 12. Dezember 1945 unter Punkt IV. heißt es, dass „zum Studium an Universitäten und Hochschulen“ nicht zugelassen werden:

„1. Personen, welche der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben und darüber hinaus auch solche, welche sich aktiv für die Interessen der Nazi-partei eingesetzt haben. Dieses gilt jedoch nicht:

- a) für diejenigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, die wegen ihres politischen Verhaltens aus diesen Organisationen ausgeschlossen oder wegen ihrer politischen Haltung ihrer Freiheit beraubt oder unter Anklage gestellt worden sind oder die nachweisbar unter Einsatz ihrer Person am Kampf gegen den Nazismus teilgenommen haben;
- b) für lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1920 geboren sind, sofern sie jetzt bereits die Gewähr bieten, daß sie für den demokratischen Neuaufbau von Wert sind.“²¹⁷

Mit Schreiben vom 27. Dezember 1945 präzisierten die DZV allerdings ihre Bestimmungen und revidierten diese zum Teil. Hierin heißt es unter Punkt eins, dass alle „ehemaligen Mitglieder der NSDAP, unabhängig davon, in welchem Jahr sie geboren sind“²¹⁸ vom Studium auszuschließen waren. Dieses sollte nun bei den neuen Immatrikulationen umgesetzt werden. Gefördert werden sollten von Anbeginn die Kinder von Arbeiter- und Bauernfamilien. Die Zugehörigkeit zur förderungswürdigen sozialen Gruppe war aber keinesfalls immer mit der von den Behörden gewünschten weltanschaulich-politischen Überzeugung identisch. In Rostock schlug die Hochschulabteilung der SMAM bereits mit einem Schreiben

²¹⁴ UAR: R III. 7. ohne Blatt. (Brief vom 17. September 1945 von Wachholder an Präsidenten des Landes. 4 Seiten).

²¹⁵ Ammer: S. 30.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ UAR: R 1046. ohne Blatt. (Schreiben der Zentralverwaltung für Volksbildung vom 12. Dezember 1945 an die Universität Rostock).

²¹⁸ UAR: R 1046. ohne Blatt. (Schreiben der Zentralverwaltung für Volksbildung vom 12. Dezember 1945 an die Universität Rostock).

vom 14. Februar 1946 ein aufzunehmendes Kontingent von 1.690 Studenten vor. Auf Anordnung der Besatzungsmacht wurden jedoch lediglich 600 Studenten zugelassen.²¹⁹

Über die Zulassung der Studenten entschied eine zusammengesetzte Kommission, die aus je einem Vertreter der jeweiligen Fakultät und drei von der Landesverwaltung unabhängigen berufenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestand. Dabei war es in erster Linie für die Kandidaten wichtig, dass sie die fachlichen Leistungen und zumindest eine demokratische Gesinnung mitbrachten. Ammer hielt dazu fest, dass durch die beim Landesvolksministerium gebildete Zulassungskommission schon damals viele zu Unrecht abgewiesen wurden.²²⁰ Wie bereits erwähnt wurden mit Schreiben vom 27. Dezember 1945 alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder ausgeschlossen. Aber auch Kinder, deren Eltern hochrangige Positionen während der NS-Zeit hatten, und auch solche, gegen die Ermittlungen von Seiten der Besatzer liefen, wurden nicht zugelassen. Handschuck machte deutlich, dass damit der „Einfluss der Eltern eine Gefahr für die Gesinnung und Haltung der Studentenschaft wäre.“²²¹ Letztlich lag die Entscheidung, wer zum Studium zugelassen wurde, beim sowjetischen Hochschuloffizier für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Major Iwan Matwejewitsch Jessin.²²²

Im März 1946 waren 325 Studenten an den vier Fakultäten immatrikuliert, gleichwohl die Zahl der Neuimmatrikulationen bis zum Ende des ersten Semesters auf insgesamt 556 anstieg.²²³ All diese Studenten hatten vorab eine Unbedenklichkeitsbescheinigung unterzeichnen müssen. Der größte Anteil von ihnen studierte an der Philosophischen Fakultät. Allein hier waren 293 Studenten immatrikuliert. Die Volkszeitung schrieb hierzu: „Universität Rostock an der Arbeit. Nach der feierlichen Eröffnung am 25. Februar sind bei der Universität Rostock rund 450 Anmeldungen zum Studium erfolgt, und es sind bereits rund 350 Studierende zugelassen worden. Da eine Gesamtbesucherzahl von 600 Studenten vorgesehen ist und die zugelassene Frequenz in einzelnen Fächern noch nicht erreicht ist, sind Immatrikulationen noch weiterhin möglich, vor allem in der theologischen und in der landwirtschaftlichen Fakultät, sowie für das Studium der Sprachen und der

²¹⁹ Seils: S. 28.

²²⁰ Ammer: S. 31.

²²¹ Handschuck: S. 53.

²²² Prof. I. M. Jessin war Hochschullehrer für Philosophie. Gardemajor. 1945 Zensor SMA Mecklenburg. Danach Hochschuloffizier der SMAM. Mitarbeiter (Philosophie) Abteilung Volksbildung SMAD. In: Foitzik: S. 463.

²²³ Jakubowski; Urbschat: S. 20. Ebenfalls in: Handschuck: S. 53 und in: Seils: S. 28.

Mathematik.“²²⁴ Die Theologische Fakultät wurde deshalb so explizit erwähnt, weil bei Vorlesungsbeginn genau sechs Studenten an ihr studierten.

Die tatsächliche Zusammensetzung der Studentenschaft im ersten Semester nach Ende des Krieges entsprach nicht den Wünschen der neuen Machthaber. So stammte nur ein Bruchteil aus gewünschten Arbeiter- und Bauernfamilien. Vielmehr waren es Kinder aus den bürgerlichen Familien, die ihr Studium fortzusetzen versuchten oder ein neues begannen, sofern sie zugelassen wurden. Mit ihnen konnte die SED den Umbruch des Hochschulsystems nicht realisieren, da diese den Maßnahmen eher skeptisch und distanziert gegenüberstanden. Außerdem wiesen viele angehende Studenten aus den unteren sozialen Schichten enorme Bildungslücken auf, die einen Zugang zur Universität und das damit verbundene Studium eher erschwerten. Auch hatten die Jugendlichen aus diesen Milieus eher Vorbehalte gegen die in ihren Augen „bürgerliche Elite“. Rosemarie Hoffmann schrieb dazu, dass ein weiteres Problem darin bestand, dass es in großen Teilen der Arbeiterklasse bestehende Vorbehalte gegen das Studium ihrer Kinder zu überwinden galt. „Es gab Vorbehalte der verschiedensten Art, z. B. sektiererische Auffassungen gegenüber der Intelligenz, Angst vor den zu bewältigenden Schwierigkeiten, die von der Bourgeoisie bewußt jahrzehntelang aufgebauscht worden waren und manchmal mangelndes Selbstbewußtsein.“²²⁵

Der Rektor konstatierte damals, dass „bei vielen Jugendlichen aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten die Grundlagen einer bürgerlichen Existenz vernichtet oder erschüttert waren, war ihr Streben, sich durch ein Hochschulstudium eine neue bürgerliche Existenz zu schaffen, besonders ausgeprägt.“²²⁶ Die Zahlen der Immatrikulationen zum Wintersemester 1946/47 sahen für die neuen Machthaber nicht viel besser aus.

Auch hier versuchten die DDR-Historiographen sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie behaupteten, dass erst zum Wintersemester 1946/47 viele der Intellektuellenkinder ihre Zulassung zum Studium erhalten hätten oder zum Sommersemester kein Abitur nachweisen konnten. Von Vorteil war für sie einzig, dass zum Wintersemester zum ersten Mal auch Immatrikulationen für die Medizinische und für die neu eingerichtete Pädagogische Fakultät vorgenommen werden konnten. Zum 15. Dezember 1946 studierten 892 Studenten an der Universität Rostock.²²⁷

Obwohl die SED auf die Anwendung der parteipolitischen Aspekte bei der Zulassung geachtet hatte, waren immer noch mehr bürgerliche Studenten ver-

²²⁴ Volkszeitung. Nr. 69. 22. März 1946, S. 3.

²²⁵ Hoffmann: S. 140.

²²⁶ Geschichte der Universität Rostock. Band II.: S. 61.

²²⁷ Geschichte der Universität Rostock. Band II.: S. 60.

treten, als vorgesehen. Um diesen Anstieg weiterhin zu verhindern oder zumindest zu reduzieren, sollten die Zulassungskommissionen zukünftig auf die „demokratische Verantwortlichkeit“ der einzelnen Bewerber einen prüfenden Blick werfen.²²⁸ Für die Zulassung zum Studium war es zum Wintersemester 1946/47 auch nicht mehr hinderlich, Zugehöriger der NSDAP gewesen zu sein.²²⁹ Um bei den zukünftigen Immatrikulationen auch die unteren sozialen Schichten vertreten zu haben, konzentrierten sich die Volksbildungsministerien auf die Vorstudienanstalten.²³⁰ Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder war auf diesen Anstalten sehr hoch. Erhöht werden konnte dieser abermals, als die SED das „Prinzip der Studiendelegation“ festlegte. Das bedeutete, dass nunmehr gezielt Arbeiter aus der Produktion herausgeholt und auf die Vorstudienanstalten delegiert werden konnten.²³¹ Zusätzlich änderten die Zulassungsbestimmungen für die Gesellschaftswissenschaftliche und Pädagogische Fakultät, an denen nur systemtreue Studienkandidaten zugelassen wurden, langfristig das Bild der Studentenschaft an der Universität Rostock.

4.3 Die Personalauswahl 1946

Auch bei der Personalauswahl des Lehrkörpers liegen die frühen Errungenschaften bei Rektor Prof. Kurt Wachholder. Durch seine schon frühzeitig vorgenommene Selbstreinigung der Universität und die zusätzlich im Oktober 1945 vorgegebenen Maßnahmen der SMAM und der Landesverwaltung waren bei Vorlesungsbeginn nur noch wenige nominelle NSDAP-Mitglieder unter dem Lehrkörper zu verzeichnen.

Allerdings stellte die SED schon wenige Wochen nach der Eröffnung fest, dass die Universität keinen adäquaten Bildungsbetrieb aufgrund der nur 29 neu eingestellten Dozenten²³² gewährleisten konnte. Zwar waren sie wohl allesamt Antifaschisten, hingegen ist es wohl mehr ihre Persönlichkeit gewesen, von denen die SED eine direkte Unterstützung ihrer Hochschulpolitik erwarten konnte. Viel zu hoch waren nämlich die Entlassungen aufgrund der rigorosen Entnazifizierungsmaßnahmen.²³³ Rostock litt enorm darunter. Der hier schon oft zitierte Martin Handschuck fand hierzu heraus, dass vor allem die Mediziner die Leid-

²²⁸ Müller; Müller: S. 78. Ebenfalls in: Handschuck: S. 149.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ Ammer: S. 28.

²³¹ Müller; Müller: S. 54.

²³² Ammer: S. 29.

²³³ Feige, Hans-Uwe: Aspekte der Hochschulpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945-1948. In: Deutschland Archiv. Nr. 25. 1992, S. 1174.

tragenden waren. Diese Fakultät hatte, wie bereits erwähnt, die meisten NSDAP-Mitglieder zu verzeichnen und wurde deshalb im Februar 1946 gar nicht erst eröffnet.²³⁴ Aber auch die anderen Fakultäten stellten kurz nach der Eröffnung fest, dass die neu eingestellten Lehrkräfte durch die DZfV, in keiner Weise einen Ersatz für die entlassenen Professoren darstellten. Man könnte annehmen, dass nun verschärft nach neuen Lehrkräften gesucht wurde, jedoch blieben die Erfolge dieser Maßnahmen eher gering.²³⁵

Statt dessen nahmen die neuen Machthaber im Frühjahr 1946 eine Fülle von Rehabilitierungsvorgängen „ehemaliger geringfügiger belasteter Lehrkräfte“²³⁶ vor. Dieses lag an einem Kurswechsel der SED, weil sie merkte, dass die alte Elite nicht durch die Entlassungen und Entnazifizierungsmaßnahmen zu beseitigen war. Ebenso war, wie im vorhergehenden Kapitel schon aufgezeigt (siehe Tabellen), die entsprechende „neue Intelligenz“²³⁷, wie Handschuck sie bezeichnete, noch nicht vorhanden. Weiter musste die SED feststellen, dass langfristig nicht auf die fachlichen Kompetenzen der Dozenten zu verzichten sei.

Von entscheidender Bedeutung war der Zusammenschluss von KPD/SPD zur SED. Erst jetzt konnten die Kommunisten den Einfluss der SPD-Mitglieder, obwohl diese sich in der Überzahl befanden, eindämmen und gleichzeitig sah man die neue Partei auch als „ausführendes Organ [...] der deutschlandpolitischen Pläne.“²³⁸ Nach dem Zusammenschluss veröffentlichte die SED bereits am 20. Juni 1946 einen Beschluss über die „SED und die nominellen Parteigenossen.“²³⁹ In diesem Beschluss wurde festgehalten, dass eine schnelle Eingliederung aller nominellen Mitglieder und Mitläufer der NSDAP in den „Demokratischen Aufbau Deutschlands“ zu vollziehen sei, „da die Macht der Kriegstreiber und aktiven Nazis durch die Entnazifizierung und die Bodenreform gebrochen worden sei.“²⁴⁰ In diesem Zusammenhang muss nochmals auf die Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, die vom Alliierten Kontrollrat herausgegeben wurde, verwiesen werden. In ihr waren die detaillierten Einzelfallbehandlungen von NSDAP-Mitgliedern verankert. Für die sowjetische Besatzungsmacht schien es plötzlich nicht mehr wichtig, die Hochschulen in der SBZ von ehemaligen Nazis bereinigt zu wissen, denn angewendet wurde die Direktive erst im Spätsommer 1946 zunächst in den

²³⁴ Handschuck: S. 54.

²³⁵ Feige: S. 1174.

²³⁶ Ammer: S. 29.

²³⁷ Handschuck: S. 54.

²³⁸ Handschuck: S. 54.

²³⁹ Vollnhals: S. 192.

²⁴⁰ Ebenda.

Städten. Die ersten Entnazifizierungskommissionen hierfür wurden erst Ende August 1946 gegründet.

Dieses war für die Universität Rostock von großem Vorteil, denn so konnten beispielsweise die Professoren der Medizinischen Fakultät wieder in Amt und Würde treten. Kurt Wachholder, der ebenfalls zu den Medizinern gehörte, denen nunmehr die Lehrerlaubnis wieder erteilt wurde, wurde allerdings immer noch sehr kritisch beäugt. Da er aber von Beginn an sehr offen mit seiner Vergangenheit als zahlendes Mitglied der SS umging und auch in allen Fragebögen sowie persönlichen Unterredungen dieses nie verschwiegen hatte, setzte sich auch Fritz Müller entschieden für den Verbleib Wachholders ein. Auch die übrigen Fakultäten profitierten vom Kurswechsel der SED. An der Philosophischen Fakultät stieg die Anzahl der Lehrkräfte, nachdem die SMAM fünf weiteren vormals politisch belasteten Professoren die Lehrerlaubnis neu erteilte.²⁴¹ Letztlich wurde nur sechs Wissenschaftlern in Rostock ihre Lehrerlaubnis wieder erteilt. Zu groß war die Sorge der SED, dass die ehemaligen nominellen Mitglieder einen nicht zu unterschätzenden Unsicherheitsfaktor böten. Ferner wollten sie für die Besetzung der frei gewordenen Lehrstühle Personen, die in ihren Augen besonders demokratisch waren, gewinnen.

Die Universität protestierte von Anbeginn gegen die Richtlinien der Landesregierung und wollte eine Wiedereinstellung ihres vorbelasteten Personals erreichen. Da jedoch die DZfV zum großen Teil von Mitgliedern der SED geleitet wurde, hatten sie kaum eine Chance dort Gehör zu finden. Obwohl der Ausschuss des Antifaschistischen Blocks „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“²⁴², wie beispielsweise für Wachholder ausstellten, gaben die übergeordneten Stellen nur widerwillig, bzw. wenn überhaupt, dem sehr langsam statt.

Mit dem Wahlsieg der SED im Herbst 1946 baute diese ihre Kompetenzen zur Wiedereinstellung NSDAP-belasteter Wissenschaftler oder seiner Ablehnung erneut aus. Die deutschen Verwaltungsstellen verweigerten aufgrund ihrer alleinigen Entscheidungskompetenz in zunehmendem Maße die Wiedereinstellungen. Selbst den Einzelfallprüfungen wurde nur noch sehr selten nachgegangen. Dieses war deshalb möglich, weil es immer noch keine verbindlichen Richtlinien der sowjetischen Besatzungsmacht gab. An den Universitäten kam es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen den Entnazifizierungskommissionen und deren Leitung, weil diese bemüht waren, ihr belastetes Personal schnellstmöglich wieder einzustellen.

Darüber hinaus kam es zu Kompetenzgerangel zwischen dem Betriebsrat, der Leitung der Universität und der Landesverwaltung. Der Betriebsrat der Universität Rostock sprach sich beispielsweise schon Ende 1946 dafür aus, dass kein

²⁴¹ Handschuck: S. 56.

²⁴² Handschuck: S. 57.

ehemaliges Mitglied der Naziartei wiedereingestellt werden sollte. Hinzu kam, dass sie zukünftig ein Mitspracherecht bei der Beschäftigungspolitik der Hochschule haben wollten. Doch aufgrund der alleinigen Entscheidungsgewalt der Landesverwaltung bei der Berufung von neuem Personal oder bei der Wiedereinstellung von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern sprach sich diese dagegen aus. Die Wiedereinstellungen wurden oftmals mit dem Mangel an geeigneten Wissenschaftlern oder deren Nachwuchs begründet.²⁴³

Wie im Kapitel 3.2 erwähnt, hatte auch Prof. Kurt Wachholder immer wieder Probleme ob seiner zahlenden Mitgliedschaft bei der SS. Am 06. Juni 1947 nahmen die Schwierigkeiten um seine Person erneut zu. Die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock forderte die Universität auf, ihn und den Germanisten Hermann Teuchert gemäß der Direktive 24, Artikel 11, zu entlassen. Die übrigen 24 Professoren könnten vorerst im Dienst verbleiben, jedoch sollte die Universität dafür Sorge tragen, „dass im Laufe der Zeit die belasteten Mitglieder des Lehrkörpers durch Antifaschisten ersetzt werden.“²⁴⁴

Schlesinger hielt sich in dieser Angelegenheit zurück und wollte die Entscheidung des Volksbildungsministeriums abwarten, doch Rienäcker sah sofortigen Handlungsbedarf. So schrieb er am 14. Juni 1947 an Grünberg, dass „er im Einvernehmen mit den Fakultäten und der Landesverwaltung“²⁴⁵, die damals von ihm getroffenen Maßnahmen nach wie vor vertreten könne. Auch der Dekan der Medizinischen Fakultät äußerte sich in diesem Fall und machte die Landesverwaltung darauf aufmerksam, dass wissenschaftlicher Nachwuchs, der an der Mecklenburger Universität abgelehnt wird, eher in den Westen gehen würde und damit dann gänzlich verloren sei. Grünberg erteilte der Entnazifizierungskommission aufgrund von Überschreitung ihrer Befugnisse eine formlose Rüge. Er selbst unternahm zukünftig ebenfalls nichts, um ehemalige Mitglieder der NSDAP zu rehabilitieren. Weiter warf er der Kommission vor, keine Personenvorschläge gemacht zu haben, welche die vakanten Positionen nach den Entlassungen von Wachholder und Teuchert einnehmen sollten. Damit war die Angelegenheit für ihn erledigt.

Aufgrund dieser Vorkommnisse erließ die SMAD am 16. August 1947 den Befehl Nr. 201, mit dem erstmals die „Entnazifizierung in der SBZ auf eine zentrale Grundlage gestellt“²⁴⁶ wurde. Alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder sollten ihre bürgerlichen und politischen Rechte zurückerhalten, einschließlich die des

²⁴³ Ebenda.

²⁴⁴ UAR: R III. 10 (Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock an den Kurator vom 06. Juni 1947).

²⁴⁵ Ebenda.

²⁴⁶ Vollnhals: S. 206.

passiven Wahlrechts. Die Prozesse gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder wurden deutschen Gerichten übertragen und ehemals aktiven Mitgliedern blieben leitende Tätigkeiten in Behörden untersagt. Diesen Befehl gab die SMAD nicht grundlos zu dieser Zeit heraus, denn auch sie sah ein, dass ein Elitenwechsel zu dieser Zeit eher unmöglich war und der SBZ noch mehr wirtschaftlich schaden würde. Damit sah sie ihre an die Sowjetunion zu entrichtenden Reparationsleistungen in Gefahr. Bisher hatte die SMAD sich aus den deutschen Verwaltungen herausgehalten, aber inzwischen war sie sich sicher, dass eine Einflussnahme der alten Eliten auf das neue System nicht mehr möglich war.²⁴⁷ Hier muss angemerkt werden, dass der Befehl nur mit einigen Teilen der SED-Führung abgesprochen war, allerdings nicht mit der DZV. Sie weigerte sich weiterhin, ehemals politisch belastete Mitglieder wieder einzustellen. Die Durchführungsbestimmungen zum Befehl Nr. 201 wurden erst am 31. Oktober 1947 erlassen. Sie sahen vor, dass „Angehörige der Nazipartei nur in dem Umfang eingestellt werden, wie freie Stellen vorhanden sind und nur dann, wenn das ehemalige Mitglied nazistischer Organisationen seit Mai 1945 durch praktische Arbeit bewiesen hat, daß es bereit und befähigt ist, ehrlich und aktiv am demokratischen Aufbau Deutschlands mitzuarbeiten und von dem Prüfungsausschuss entlastet worden ist.“²⁴⁸ Nach und nach kehrten so immer mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP auch an die Universität Rostock zurück, sofern sie nicht schon in den Westen gegangen waren. Im Mai 1948 verzeichnete die Universität Rostock von ihren 127 Lehrkräften 20 ehemalige Parteimitglieder.²⁴⁹ Diese Zahl stieg in den kommenden Jahren noch weiter an. Die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei traten zwar zum großen Teil der SED bei, engagierten sich in dieser in der Regel nicht sehr und vertieften sich in ihre Forschungen.

4.4 Die Pflichtvorlesung „Politische und soziale Fragen der Gegenwart“

Zu Beginn der Vorlesungszeit 1946 waren 325 Studenten immatrikuliert, die alle sehr geprägt von den zurückliegenden Kriegserlebnissen waren. Sie beschäftigten sich in erster Linie mit der Bewältigung ihrer materiellen und finanziellen Lage. Aber, und das muss hier unbedingt erwähnt werden, alle Studenten sahen einer Wiedereröffnung sehr positiv ins Auge und freuten sich über einen Neuanfang. Die Parteizugehörigkeit spielte hierbei keinerlei Rolle, denn die Studenten, geprägt durch das vorangegangene System, misstrauten allen politischen Organisa-

²⁴⁷ Ebenda. S. 51.

²⁴⁸ Feige: S. 1173.

²⁴⁹ Jakubowski; Urbschat: S. 13.

tionen. Einzig die neuen politischen Zusammenhänge waren für sie interessant.²⁵⁰ Noch im Februar 1946 hatte Rektor Rienäcker zu einer Zusammenkunft einiger Parteien und gesellschaftlichen Organisationen eingeladen, um sich selbst und die Ziele der neu eröffneten Universität vorzustellen. Er hatte für diese Veranstaltungen Referate einzelner Mitglieder von Parteien vorgesehen. Diese wurden aber kurzerhand von der SMAM verboten. Man könnte annehmen, dass die SMAM kein separates Auftreten von KPD und SPD vor dem Vereinigungsparteitag forcieren wollte, damit die Mitglieder der SPD keine Möglichkeit mehr hatten, sich selbst darzustellen und damit die geplante „Zwangsvereinigung“ gefährdet würde.²⁵¹

Der Vorlesungsbetrieb begann für alle Studenten mit dem „Kurs zur Erziehung der Studenten“,²⁵² der acht Veranstaltungen umfasste. Im Laufe des Semesters kam die Vortragsreihe „Die Entwicklung der Demokratie von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“²⁵³ hinzu. Deren Referenten waren zumeist Vertreter der politischen Parteien und der Landesverwaltung. Man stellte in diesen Kreisen fest, dass sich diese äußerst positiv auf die Studenten auswirkten, da sie einen gewissen Schulungscharakter für die Studenten aufwiesen.²⁵⁴ Im Mittelpunkt der Vorlesungen standen die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sowjetunion. Auch Gottfried Grünberg ließ es sich nicht nehmen, drei Vorträge beizusteuern. Werner Müller merkte hierzu an, dass nicht einmal die Besucher der Parteischulen einer so intensiven politischen Schulung unterworfen waren.²⁵⁵ Grünberg hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, eine Pflichtveranstaltung aus den Vortragsschulungen zu machen, weil er vermutlich die politische Beeinflussung der Studenten vermeiden wollte.

Alle diese Veranstaltungen waren Vorgaben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, die am 6. Mai 1946 angewiesen hatte, die Erziehungsarbeit in drei Foren durchzuführen. Die allgemeinpolitischen Vorträge sollten von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens übernommen und in den Studienplan mit integriert werden. Diese fanden etwa ein bis zweimal im Monat statt.²⁵⁶ Für die demokratisch gesinnten Studenten unter ihnen waren weiterhin regelmäßige Diskussions- und Vortragsabende im Angebot. Die Deutsche Zentral-

²⁵⁰ Krause: S. 45.

²⁵¹ Müller: S. 276.

²⁵² Jakubowski; Urbschat: S. 11.

²⁵³ Ebenda.

²⁵⁴ Handschuck: S. 112.

²⁵⁵ Müller: S. 277.

²⁵⁶ Jakubowski; Urbschat: S. 13.

verwaltung drängte darauf, dass die Probleme der deutschen Geschichte in der neuesten Vergangenheit eingebettet wurden. Auch die Lehre der deutschen Arbeiterbewegung und deren Rolle bei der nationalen Entwicklung Deutschlands sollte in sechs Vorträgen abgehandelt werden.²⁵⁷ Diese Vortragsreihen waren Vorläufer für die Vorlesung „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“, die in den kommenden Jahren für alle Studenten zu einer obligatorischen Veranstaltung wurde. Die Idee einer Pflichtvorlesung kam vom Leiter der Deutschen Zentralverwaltung, Abteilung Wissenschaft und Forschung, Robert Rompe, der im November 1946 alle für die Erziehung der Studenten zuständigen Hochschulprofessoren nach Berlin zu einem ersten Gespräch einlud. Nach diesem sandte er den ersten Entwurf des Historikers Prof. Alfred Meusel²⁵⁸ an die Universitäten, wobei in diesem Schreiben schon von einer Pflichtvorlesung die Rede war. Mit diesem Schreiben einher ging auch die Aufforderung, dass die Studenten diese Vorlesung bis zum Sommersemester 1947 alle gehört haben sollten.²⁵⁹

Im Dezember 1946 wies die Zentralverwaltung alle Landesverwaltungen an, die geplante Pflichtvorlesung so schnell wie möglich in den normalen Lehrplan der Universitäten aufzunehmen. Diese kamen der Aufforderung der DVV nach und verstärkten die Forderung noch, indem sie anordneten, dass alle Studenten diesen Vorlesungen beizuwohnen hätten.²⁶⁰ Rektor Rienäcker widersprach diesen Maßnahmen und wies darauf hin, dass die Studenten sehr ungehalten auf die Einflussnahme des Staates reagierten. Außerdem hatte er für den November des Jahres 1946 bereits einflussreiche Redner wie Grünberg, Bredel und Warnke organisiert und war davon ausgegangen, seinen politischen Verpflichtungen nachgekommen zu sein.²⁶¹ Das genügte der DVV nicht und so verpflichtete sie kurzerhand Heinz Herz von der Universität Greifswald für diese Aufgabe. Er sollte die Vorlesung abhalten. Dass dieser ehemals NSDAP-Mitglied von 1938 bis 1944 war, übersah man geflissentlich in der Landesverwaltung, immerhin hatte er sich bewährt, indem er seit Januar 1946 der SPD und seit April der SED angehör-

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Alfred Meusel (1896-1960). Emigration über Dänemark nach England. Marxistisch-Leninistischer Historiker an der Universität Berlin. 1952 Direktor des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin. Bekannt geworden auch durch sein Verhalten auf den westdeutschen Historikertagungen. Gründete das Pendant zu Westdeutschland die Deutsche Historikergesellschaft. In: <http://www.geschichte.hu-berlin.de/galerie/texte/meusel.htm> (Artikel vom: 10.08.2007).

²⁵⁹ Müller: S. 274.

²⁶⁰ Handschuck: S. 114.

²⁶¹ Ebenda.

te. Interessanterweise wurde Herz doch erst im Januar 1948 von der Landesentnazifizierungskommission offiziell entlastet.²⁶²

Das Volksbildungsministerium in Schwerin hatte sich in der Zwischenzeit die volle Verantwortung für diese Vorlesung übertragen lassen und führte nunmehr auch obligatorische Prüfungen für die Studenten ein. Damit hatte Mecklenburg auch in diesem Punkt ein Novum geschaffen, denn in den anderen Ländern der SBZ war diese Vorlesung noch nicht einmal zur Pflicht geworden. Zuerst hatte man Angst, dass die Prüfungen bei den Studenten auf Widerstand stoßen könnten, doch Prof. Herz konnte ihn diesbezüglich beruhigen und wies daraufhin, dass es keinerlei Monierungen seitens der Studentenschaft gab. Außerdem hatte sich Prof. Herz auch an die Auflage des Ministeriums zu halten, in der es hieß, dass er keine Gesinnungs- oder Gewissensprüfungen durchführen dürfte und ebenfalls keine Noten zu vergeben hatte.²⁶³

Herz wies einzig darauf hin, dass die Anwesenheitspflicht unter den Studenten eher als Einfluss des Staates angesehen werde als die eigentliche Prüfung. Trotz der derart positiven Rückmeldung über den Ablauf der Vorlesung zog es die Hochschulabteilung vor, im darauf folgenden Semester die Prüfung wieder abzusetzen. Warum dies so war, kann an dieser Stelle nicht nachvollzogen werden. Vermutlich beugte sie sich dem Druck aus Berlin, da es in den anderen Ländern der SBZ keine Vergleichsfälle gab.

4.5 Die Differenzen um das Statut der Universität Rostock

Der Beginn der Auseinandersetzungen um ein neues Statut für die Universität Rostock hatte seine Anfänge ebenfalls im Schreiben vom 17. September 1945, in dem der Rektor darum bat, die Brunstäd-Verfassung²⁶⁴ von vor 1933, wenn auch

²⁶² Handschuck: S. 115.

²⁶³ Ebenda.

²⁶⁴ Friedrich Brunstäd gehörte lange dem Vorstand der 'Studienstiftung des deutschen Volkes' an. Er war zeitweilig Präsident des 'Kirchlich-sozialen Bundes' und leitete von 1922 bis 1934 die von ihm gegründete Evangelisch-Soziale Schule des Johannesstifts in Spandau. Er war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, von 1920 bis 1928 aktives Mitglied ihres Hauptvorstandes, auch Parteitagsredner in München 1921 und in Königsberg 1928. 1930 trat er aus Opposition gegen den rechten Flügel Hugenberg's aus der Partei aus und schloss sich der 'Volkskonservativen Vereinigung' an. Auf seine Initiative als Rektor in Rostock ging die parlamentarische 'Brunstäd-Verfassung' der Universität von 1930 zurück, die 1933 außer Kraft gesetzt wurde. Durchaus völkisch, galt Friedrich Brunstäd dennoch als Gegner der Nationalsozialisten und wurde 1938 als Dekan des Amtes enthoben, weil er sich für einen Kollegen einsetzte. In: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a3.htm#fn15> (Artikel vom: 10.08.2007). Siehe auch: Catalogus Professorum Rostochiensium: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000575.

mit einigen Änderungen, wieder in Kraft zu setzen.²⁶⁵ Unter den Rostocker Wissenschaftlern war man sich einig, dass nur diese Verfassung zu einer freien Lehre beitragen könnte. Das sah die DVV für Volksbildung, insbesondere Paul Wandel, etwas differenzierter. Er drängte darauf, dass die Universität in ein zentral gelenktes und geleitetes Bildungssystem mit einzubinden sei.

Zugespitzt hatte sich die Situation in Rostock, weil Wachholder unter Änderungen verstand, dass dem Rektor die Leitung der Universität oblag und der Kurator ihm unterstand. Gegen diesen Vorschlag Wachholders legte Heinrich am 13. Oktober 1945 Einspruch bei der Landesverwaltung ein. Er war insbesondere gegen die von Wachholder vorgeschlagene „Rektorenverfassung.“²⁶⁶ Heinrich sah darin die Stellung des Kurators gefährdet, da dieser ja bisher im Sinne der Landesverwaltung agierte. Auch als Schlesinger im Dezember 1945 das Amt von Heinrich als Kurator übernahm, konnte der Konflikt nicht beigelegt werden. Wachholder forderte im Januar 1946 eine Entscheidung der Landesverwaltung, ob „der Rektor als alleiniger oberster Leiter der ganzen Universität auch über dem Kurator steht“²⁶⁷ oder nicht. Da die Landesverwaltung sich nicht äußerte und am 12. Januar 1946 Prof. Rienäcker als neuer Rektor die Amtsgeschäfte von Wachholder übernahm, wurde es wieder etwas ruhiger. Dieser Wechsel der Rektoren führte dazu, dass die Landesverwaltung am 23. Januar 1946 ein Gespräch mit Schlesinger und Rienäcker suchte, in dem sie deutlich machte, dass es derzeit nicht möglich sei, eine Rektorenverfassung zu realisieren. Stattdessen schlug man vor, dass der Kurator und der Rektor bis zur Problemlösung möglichst erfolgreich zusammenarbeiten sollten. Rienäcker betonte in diesem Gespräch nochmals, dass er seit seinem Amtsantritt ein sehr gutes Verhältnis zum Kurator pflegte, indes plädierte er weiterhin für eine Rektorenverfassung.

Da die Universität seit ihrer Eröffnung am 25. Februar somit eine faktische Kuratorverfassung hatte, blieb der Einfluss der Landesverwaltung weiterhin in hohem Maße bestehen. Die Landesverwaltung teilte außerdem mit: „Die Universitäten hätten den Beweis [...] noch nicht dafür erbracht, daß sie wirklich selbständig Neues leisten könnten und wirklich zuverlässig in der neuen Zeit stünden. Sie wollten noch konservieren, was zu konservieren ist.“²⁶⁸ Erst im Juli 1946 flammte die Diskussion erneut auf. Paul Wandel, der Präsident der DVV, war der Ansicht, dass die deutschen Universitäten in der SBZ in ein zentral gelenktes und geleitetes Bildungssystem einzubinden wären. Deshalb berief die

²⁶⁵ UAR: R III, 1 (Brief vom 17. September 1945 von Wachholder an den Präsidenten des Landes, siehe auch Anlage Nr. 2).

²⁶⁶ Geschichte der Universität Rostock. Band II. S. 27.

²⁶⁷ Ebenda.

²⁶⁸ Geschichte der Universität Rostock. Band II. S. 27.

DVV am 18./19. Juli 1946 in Berlin eine Rektorenkonferenz ein, auf welcher der Präsident seinen ersten Entwurf für eine „Provisorische Satzung“²⁶⁹ präsentierte. Als höchste Aufgabe des Rektors war darin enthalten, dass dieser die Universität wieder aufbauen und zu einer Volksuniversität umfunktionieren sollte. Gleichzeitig wurde auch das Positionsgerangel geklärt, in dem unmissverständlich klar gemacht wurde, dass der „Rektor an der Spitze der Universität“²⁷⁰ steht. Darüber hinaus begünstigte der Entwurf einer neuen Rektorenverfassung eine weitgehende Selbstverwaltung der Hochschule. Gegen diesen Entwurf erhoben die meisten Kuratoren Einwände. Deshalb beriefen diese eine Tagung in Halle am 04. September 1946 ein, um einen gemeinsamen Standpunkt zum Entwurf der DVV zu finden.

Daraufhin teilte Schlesinger der Landesverwaltung am 15. Oktober 1946 seine Einwände mit. Er war u. a. nicht der Ansicht, dass der Universität eine so enorme Selbstverwaltung zugestanden werden sollte. Schlesinger hielt fest, dass „im Lehrkörper und in der Studentenschaft“ immer noch „der Geist des Hitlerregimes“ nachwirkte.²⁷¹ Dieses veranlasste ihn zu der Empfehlung, dass die Landesverwaltung bei der DVV gegen diesen ersten Entwurf intervenieren sollte. Da die Landesverwaltung Schlesinger in diesem Punkt nur unterstützen konnte, weil er das Bindeglied zwischen ihr und der Universität war, teilte sie der DVV mit, dass eine „Kuratorialverfassung [...] ein wichtiges Mittel zur fortschreitenden Demokratisierung“²⁷² der Universität wäre. Daraufhin legte die Zentralverwaltung am 09. November 1946 einen überarbeiteten Entwurf mit den entsprechenden Änderungen vor, der aber erneut die Frage der Stellungen von Kurator und Rektor offen ließ. Auch diesen Entwurf monierte die Landesverwaltung und wies erneut auf die Stärkung der Position des Kurators hin. Die strittigen Punkte konnten im Jahr 1946 nicht beigelegt werden und somit legte die Zentralverwaltung am 10. Januar 1947 nunmehr einen dritten Satzungsentwurf vor.²⁷³

In diesem Entwurf war der Kuratorvorschlag weitgehend eingefügt worden und stellte eine Mischung von Kurator- und Rektorverfassung dar, wobei die Kuratorkomponente überwog.²⁷⁴ In einem gesonderten „Vorschlag zur Einsetzung eines Kurators an Hochschulen und Universitäten“ an die Landesverwaltung gerichtet, schlug die DVV vor, dass der Kurator als „bevollmächtigter Geschäfts-

²⁶⁹ Handschuck: S. 66.

²⁷⁰ Geschichte der Universität Rostock. Band II.: S. 28.

²⁷¹ Ebenda.

²⁷² Ebenda.

²⁷³ Seils: S. 34.

²⁷⁴ Ebenda.

träger der Landesregierung am Hochschulort“²⁷⁵ agieren solle. Der Kurator und die Landesverwaltung stimmten dieser Bevollmächtigung zu, allerdings hatten sie erneut Einwände gegen den dritten Satzungsentwurf vom 10. Januar 1947, die nicht nachvollziehbar waren, da der Entwurf eindeutig den Kurator bevorzugte. Prof. Rienäcker legte diesbezüglich am 29. Januar 1947 Einspruch ein und betonte: „Wenn man als erstes eine ausgesprochene `Obrigkeit` schafft, ihr Befugnisse in so sehr weitgehendem Maße zuspricht und einseitig festhält, so wird der durch Jahrhunderte aus dem Geiste der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre gewachsene und geformte Gesamtorganismus der Universität ein Objekt der Verwaltung werden, und da ist nicht zu erwarten, daß sich dann noch der zur Zeit rechtlose, seiner Natur nach ohnehin empfindliche wissenschaftliche Organismus in demokratischer und freier Weise entfalten kann.“²⁷⁶ Rienäcker war der Auffassung, dass die Rostocker Wissenschaftler frei arbeiten und sich nicht durch eine Obrigkeit einschränken lassen sollten.

Die Konferenz der Volksbildungsminister vom 18./19. März 1947 brachte ebenfalls keine neue Klärung. Der Kuratoraspekt blieb weitestgehend bestehen. Ferner wünschte der Volksbildungsminister von Mecklenburg eine zentrale Stellung der Zentralverwaltung in dem neu vorzulegenden Entwurf. Am 10. April legte man daraufhin der Landesregierung einen nochmals überarbeiteten Entwurf vor. Bereits am 12. April erhielt sie die Weisung, die neue Satzung bis zum 31. Juli 1947 festzuschreiben.²⁷⁷ Hiergegen ging nun der Rektor der Universität entschieden vor. Am 28. April wurde auf Beschluss des Senats eine Sonderkommission gebildet, der auch Prof. Wachholder angehörte. Rienäcker wandte sich nunmehr auch an andere Rektoren der SBZ mit dem Vorschlag, gemeinsam über das Verfassungsproblem zu diskutieren. Auf der Rektorenkonferenz in Halle trafen nicht nur die Rektoren der SBZ, sondern auch die aus den westdeutschen Universitäten ein. Der bekannteste unter ihnen, so hielt Müller fest, war Prof. Walter Hallstein.²⁷⁸ Sie diskutierten über die Autonomie der Universitäten. Nach der Rückkehr aus Halle berief der Rektor erneut das Konzil ein, das den Entwurf der Zentralverwaltung ebenfalls entschieden ablehnte und sich die alleinige Leitung des Rektors wünschte, dem zur Unterstützung ein Verwaltungsdirektor unterstellt werden sollte.²⁷⁹ Da Schlesinger sich aber mit der Landesregierung einig war und den Entwurf vom 10. Januar 1947 für sich als Vorteil ansah, schien erneut keine Lösung in Sicht. So einigte man sich darauf, der Landesregierung am

²⁷⁵ Geschichte der Universität Rostock. Band II.: S. 29.

²⁷⁶ Ebenda.

²⁷⁷ Handschuck: S. 68.

²⁷⁸ Müller: S. 272.

²⁷⁹ Geschichte der Universität Rostock. Band II.: S. 30.

8. Juli 1947 zu empfehlen, da es keine Lösung hinsichtlich des Kuratorenstatus gab, vorläufig auf ein neues Statut zu verzichten.²⁸⁰ Es dauerte noch bis zum Beginn des Jahres 1949, bis eine Einigung über die Statutenfrage zwischen Universität, Landesregierung und DVV erzielt wurde.²⁸¹

5. Schlussbetrachtung

In dieser Arbeit wird aufgezeigt, wie umfangreich das Thema der Wiedereröffnung der ältesten Universität des Nordes behandelt werden muss, um einen Einblick in die Wirren der Zeit nach 1945 zu bekommen.

Nicht nur, dass der Aufbau der Landesregierung mit in die Thematik einbezogen werden musste, sondern auch der umfangreiche Aufbau der Zentralverwaltungen, einschließlich der DVV für Volksbildung mit seiner Abteilung Kultur und Volksbildung in Mecklenburg. Beschrieben werden die Persönlichkeiten der ersten Stunde sowie die Motive ihrer Handlungsweisen. So fand die Gruppe „Sobottka“, die maßgeblich an der Umstrukturierung des Landes wie auch an der Universität mitwirkte, ebenso ihren Platz, wie ausgewählte Personen, vor allem Prof. Dr. Kurt Wachholder.

Er, der lange Zeit unterschätzt und in Rosemarie Hoffmanns Dissertation von 1964 als reaktionär bezeichnet wurde, ist die entscheidende Persönlichkeit in der Wiedereröffnung. Wachholder, der ein, wie in dieser Arbeit nachgewiesen wurde, unpolitischer Mensch war, engagierte sich mit Leib und Seele für eine schnelle Wiedereröffnung. Ihm war daran gelegen, dass die Forschungen in seinem und anderen Bereichen der Wissenschaft weiter vorangetrieben und die Zeitverluste durch den Krieg wieder aufgeholt werden konnten. Leider muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass nicht nur er, als einer der wichtigsten Exponenten um die Bemühungen der Wiedereröffnung, auf der Strecke blieb und von den neuen Machthabern gehemmt und schikaniert und letztlich zum Weggang gezwungen wurde.

Trotz der Wirren waren seine Anstrengungen nicht vergebens. Die Universität wurde am 25. Februar 1946 als letzte aller Hochschulen in der SBZ wiedereröffnet, auch wenn es aufgrund der hohen Anzahl von NSDAP-Mitgliedern lange Zeit nicht danach aussah. Die Medizinische Fakultät mit ihrer exorbitanten Anzahl von ehemaligen Parteimitgliedern wurde allerdings auf Anordnung der Landesverwaltung erst zum Wintersemester 1946/47 wiedereröffnet. Gleichzeitig konnte auch aufgezeigt werden, wie wenig Entscheidungsvoll-

²⁸⁰ Handschuck: S. 70.

²⁸¹ Ammer: S. 39. Ebenfalls in: Müller: S. 272.

macht die Landesregierung hatte und sich immer bei der SMAM bzw. SMAD rückversichern musste.

Auch wenn Höcker als erster „Landesvater“ nach dem Krieg bekannt geworden ist, konnte in dieser Arbeit nachgewiesen werden, dass er Fehlentscheidungen traf. Gottfried Grünberg, der dritte Vizepräsident Mecklenburgs und zuständig für die Abteilung Hochschulen des Landes, zeigte mit der Einsetzung Schlesingers im Dezember 1945 als neuen Kurator der Universität seine Stärke. Durch diese Personalpolitik Grünbergs hatte die Landesregierung frühzeitig einen erheblichen Einfluss auf die Universität Rostock. Auch der neu gewählte Rektor Günther Rienäcker, der anfänglich noch im Namen und mit Wachholder zusammen für eine neue Rektorenverfassung im Jahr 1946 plädierte, knickte in den folgenden Jahren mehr und mehr ein.

Es konnte ebenfalls gezeigt werden, dass die umfangreichen Entnazifizierungsmaßnahmen der Besatzer falsch, zumindest inkonsequent waren. Während sie zuerst eine umfangreiche Beseitigung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder anstrebten, mussten sie feststellen, dass dieses zu einem wirtschaftlichen Super-Gau führen würde und damit ihre Reparationsleistungen in Gefahr wären. Auch das Zurückrudern und die Wiedereinstellungen von ehemaligen Parteimitgliedern und die damit verbundene Inkonsequenz wurden aufgezeigt.

Ebenso bedeutend war die Zulassung der Studenten zum Studium im ersten Semester nach der Wiedereröffnung. Während Wachholder für eine aufzunehmende Studentenzahl von 1.600 war, genehmigte die oberste Führung der SMAM nur 600 Studenten. Letztlich wurden genau 325 neu immatrikuliert und nur durch die vorher eingerichteten Vorstudienanstalten konnte sich diese Zahl bis zum Ende des Semesters auf ca. 600 erhöhen. Was allerdings an dieser Stelle nicht verschwiegen werden kann, ist, dass die Zusammensetzung der Studenten den neuen Machthabern (SED) nicht gefiel. So kam mehr als die Hälfte der Studierwilligen aus bürgerlichen Kreisen, wobei die SMAD, die KPD als Vorläuferin zur SED und auch die Landesregierung eher die Kinder aus den unteren sozialen Schichten an der Universität sehen wollten. Erreicht wurde dieses erst mit der Bildung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, zu der auch Studenten ohne Abitur, also mit mittlerer Reife zugelassen wurden. Allerdings barg dies einen Vorteil für die neuen Machthaber. Sie konnten gezielt die neuen Führungskader ausbilden lassen, da die politische Gesinnung aller Studenten sehr genau geprüft wurde. Auch das Prinzip der Studiendelegierung brachte für die SED einen gezielten Vorstoß beim Aufbau ihrer Kader. So wurden ausgewählte Personen aus den Betrieben auf die Vorstudienanstalten delegiert, um sie anschließend auf der pädagogischen- oder gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zu linientreuen Kadern ausbilden zu lassen.

Der universitäre Alltag wurde allerdings schon in den ersten Nachkriegsjahren einer zunehmenden Politisierung unterworfen. Die Einführung der Pflicht-

vorlesung „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ bildete dabei für alle Studierende den Ausgangspunkt. Nicht nur dass die Teilnahme für alle Studenten obligatorisch war, auch die eingeführte schriftliche Prüfung, wenn auch nur in einem Semester, zeugen von einer zunehmenden Machtübernahme der SED. Das anfänglich eher geringe, sich aber im Laufe der Zeit bildende politische Interesse der Studenten wurde jäh zerstört durch den Zwang, dieser Veranstaltung und den späteren Vortragsreihen beiwohnen zu müssen.

Letztlich war die Differenz um das Statut der Universität Rostock Thema dieser Arbeit. In diesem Punkt wurde nochmals herausgestellt, wie wenig Entscheidungsmacht die Landesregierung gegenüber der Universität hatte. Man legte gegen erste Entwürfe der DVV, vorgeschlagen von Paul Wandel, Einsprüche ein. Der Kurator, in diesem Fall Schlesinger, fühlte sich in seinen Kompetenzen beschnitten und sah die Gefahr, das alte Hitlerregime könne in der Universität neu aufflammen. Dass dieses nur ein Vorwand war, um die neuen Machthaber in ihrem Einfluss an der Universität zu stärken, wurde herausgestellt. Nicht umsonst einigte man sich im Jahr 1947, nach zwei Jahren Kompetenzgerangel, vorübergehend auf eine Parität von Rektor und Kurator, auch wenn diese nur von kurzer Dauer war.

Zum Thema der Universitätsgeschichte Rostock liegen bisher nur zwei Arbeiten vor, wobei der Artikel von Werner Müller eine komprimierte Darstellung der Wiedereröffnungsbemühungen darstellt. Das hierfür vorliegende Standardwerk von Martin Handschuck konnte für diese Arbeit als Basis genommen werden, wobei der Aufbau der Zentralverwaltungen inkl. der Abteilung für Volksbildung eher im Aufsatz von Helga Welsh, im SBZ-Handbuch von Martin Broszat und Hermann Weber, nachzuvollziehen war. Für die Thematik der Entnazifizierung konnte nicht über die Werke von Damian van Melis hinweggesehen werden, der eine ausführliche Darstellung für die SBZ, aber auch speziell für Mecklenburg festhielt. Vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch nicht Thomas Ammer vom Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), der oftmals sehr emotional den Wiederaufbau der Universität nach 1945 schilderte. Faktenreicher, wenn auch nur zum Teil anwendbar, war in diesem Fall die „Geschichte der Universität Band II“ des Rektors von 1968. Ausgewählte Zitate konnten aus ihr wiedergegeben und erläutert werden, da diese Form der Geschichtsschreibung sehr einseitig war. Auch Rosemarie Hoffmanns Dissertation wurde für diese Arbeit verwendet, allerdings mehr um nachzuweisen, wie einseitig rot, zum Teil auch falsch und mit Phrasen durchsetzt, Geschichtsschreibung zu Zeiten der Diktatur hochstilisiert und auch verfälscht wurde. Dagegen stellte die Quellenedition von Detlev Brunner eine große Errungenschaft in Sachen Abschriften von Befehlen und Verordnungen vom Land dar. Sein Werk ist eine sehr gute Zusammenstellung aller Schreiben, Befehle und Direktiven der neuen Landesregierung bzw. sie betreffend. Festgehalten werden kann somit, dass die Wiedereröff-

nung der Universität zum großen Teil abhängig war von den Begleitumständen der Jahre 1945-1947. Der Zusammenschluss der KPD/SPD zur SED spielte eine ebenso gewichtige Rolle, wie auch die Bodenreform, die Zulassung der FDJ sowie auch die ersten Betriebsgruppen der SED.

Themen die allerdings nicht in dieser Arbeit, vielleicht jedoch in einer zukünftigen untersucht werden können sind: Warum die Stadt Rostock unter dem Bürgermeister Christoph Seitz so wenig Beistand, geschweige denn Unterstützung zu den Wiedereröffnungsbemühungen von Wachholder leistete. Auch die Frage nach den Verhaftungsumständen des ersten Kurators, Dr. Richard Möller, konnte nicht geklärt werden. Ein weiterer zukünftiger Forschungsschwerpunkt könnte die Frage sein, warum die Universität Rostock als eine der drei Hochschulen ausgewählt wurde, an der als erster die Einrichtung einer gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät stattfand. Diese Fragen können nur durch weitere Studien beantwortet werden.

6. Anhang

6.1 Brief des Rektors an den Oberbürgermeister von Rostock

30. Juli 1945

UAR R III, 1

2 Seiten maschinenschriftliche Durchschrift

Transkription Kersten Krüger

30. Juli 1945

An den
Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Rostock
R o s t o c k

Betrifft: Erhaltung der Universität Rostock

Bei der Landesverwaltung Mecklenburg/Pommern besteht der Plan aus Gründen der Einsparung von Mitteln, entweder die Universität Rostock zu schließen und die Universität Greifswald allein offen zu lassen oder zumindest einzelne Fakultäten in beiden Universitäten ausfallen zu lassen. Speziell scheint so gut wie beschlossen zu sein, die Landwirtschaftliche Fakultät von Rostock nach Greifswald zu verlegen. Außerdem wird erwogen, die Philosophische Fakultät zu unterteilen und nur die naturwissenschaftlichen Fächer in Rostock übrig zu lassen, dagegen die geisteswissenschaftlichen Fächer, also Philosophie, Geschichte, alte und neue Sprachen, nach Greifswald zu verlegen.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Schließung der ganzen Universität Rostock.

Die Universität Rostock ist die älteste Universität im ganzen deutschen Norden. Greifswald ist jünger und von Rostock aus gegründet worden. Mit der Schließung der Rostocker Universität würde der geistige Mittelpunkt des ganzen Landes Mecklenburg vernichtet werden. Die Stadt Rostock würde mit Fortfall der Universität in ihrer Bedeutung als Kulturzentrum eine unwiederbringliche, schwerste Schädigung erfahren. Ferner würden für die Zukunft sicher sehr wertvolle, langjährige Beziehungen nach den nordischen Ländern Schweden, Norwegen, Dänemark verloren gehen.

Vom finanziellen Standpunkt aus würde die Schließung der Universität Rostock gar keine so große Einsparung bedeuten; denn die Kliniken müßten doch erhalten bleiben and mit ihnen die angeschlossenen Institute. Die Ausgaben für die anderen Teile der Universität spielen demgegenüber eine geringere Rolle.

Wenn von Seiten der Universität Greifswald geltend gemacht wird, daß sie über reiche, eigene Einnahmen aus Gütern usw. verfüge, die Universität Rostock dagegen nicht, so ist dazu zu sagen, daß nach den Haushaltsplänen die staatlichen Zuschüsse trotzdem in Rostock immer geringer waren als in Greifswald, weil hier in Mecklenburg immer wesentlich sparsamer gearbeitet worden ist, und die Greifswalder Universität gerade besonders unter dem nationalsozialistischen Regime ein Lieblingskind der Berliner Regierung war und von dieser mit besonderen Zuwendungen bevorzugt worden ist. Aus diesen Gründen, und vor allem auch deswegen, weil die Stadt Rostock während des Krieges stark leiden mußte, die Stadt Greifswald hingegen so gut wie völlig unversehrt blieb, dürfte es auch abwegig sein, dem "armen Vorpommern" entgegenzukommen dadurch, daß man seine Universität von Bestand läßt. Im Gegenteil, wenn eine Universität unbedingt geschlossen werden muß, dann kann es aus Gerechtigkeitsgründen nur die Greifswalder und nicht die Rostocker sein.

2. Schließung einzelner Fakultäten.

Die Landwirtschaftliche Fakultät ist ein jahrelanger Zankapfel zwischen den Universitäten Greifswald und Rostock gewesen, und es ist erst im Jahre 1943 entschieden worden, daß sie nach Rostock kehre. Die Landwirtschaftliche Fakultät befindet sich also noch im Aufbau hier, und die nötigen Unterlagen an Gütern usw. sind hier noch nicht vollständig beschafft worden, während Greifswald hingegen seine eigenen großen Güter hat. In dieser Beziehung wird vielleicht schwer etwas zu machen sein, trotzdem gerade der Verlust der Landwirtschaftlichen Fakultät für das ausgesprochene Agrarland Mecklenburg ganz betrüblich sein würde.

Hingegen muß unter allen Umständen die Philosophische Fakultät vollständig hier erhalten bleiben; denn nicht nur für die Lehramtskandidaten, sondern auch für die Studierenden der anderen Fakultäten (Mediziner, Juristen und Theologen) sind Vorlesungen über die alten Sprachen, Geschichte und Philosophie der Prüfungsordnung nach unbedingt erforderlich. Bei Fortfall der geisteswissenschaftlichen Fächer würden Lehramtskandidaten gar nicht mehr hier studieren können, auch nicht solche der rein naturwissenschaftlichen Fächer und für die anderen Studenten würden zumindest erhebliche Schwierigkeiten entstehen, zur Prüfung zugelassen zu werden. Ganz allgemein sind aber bei den durch die Kriegsverhältnisse bedingten Schullücken und insbesondere zur Schaffung einer neuen, die Reste nationalsozialistischer Einstellung überwindenden Volksbildung die geisteswissenschaftlichen Fächer (Geschichte, Philosophie) völlig unentbehrlich. Die Universität würde ihrer vordringlichsten Aufgabe, der Schaffung einer neuen Bildung im antifaschistischen Sinn nicht gerecht werden können, wenn man ihr die Geisteswissenschaften nähme und dadurch die Universität Rostock zu einer reinen Fachschule degradierte.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, das Vorstehende als Unterlage für das von Ihnen freundlichst zugesagte Einwirken auf die Schweriner Landesverwaltung benutzen zu wollen.

Mit bestem Dank für Ihre auch im Sinne der Stadt liegenden Bemühungen

Ihr sehr ergebener Wacholder, Rektor.

6.2 Brief des Rektors an den Präsidenten des Landes

Mecklenburg-Vorpommern

17. September 1945

UAR R III, 1

4 Seiten maschinenschriftliche Durchschrift

Transkription Kersten Krüger

Der Rektor
der Universität Rostock
W./Pf.
2 C 5

Seestadt Rostock, den 17. September 1945
Fernsprecher Nr. 7061(Nebenstelle 312)

An den
Herrn Präsidenten
des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
(3) S c h w e r i n

(Vom Rektor unmittelbar überreicht, das Kuratorium hat Durchschlag erhalten.)

Betr.: Wiedereröffnung der Universität.

Die Universität Rostock beantragt hiermit die alsbaldige Wiedereröffnung ihres gesamten Lehr- und Forschungsbetriebes und zwar zum Wintersemester 1945/46, also zum 15. Oktober in allen ihren 5 Fakultäten, also der Theologischen, der Rechts- und- Wirtschaftswissenschaftlichen, der Medizinischen, der Philosophischen und der Landwirtschaftlichen Fakultät und auch in allen Abteilungen dieser Fakultäten.

Die Universität gibt die Versicherung ab, daß sie nach der ihr verbliebenen materiellen Ausstattung, also nach Gebäuden, Lehrmaterial und sonstigem Inventar durchaus in der Lage ist, einen fachlich vollwertigen Unterricht in allen Fakultäten durchzuführen, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. die schon zugesagte Freigabe des Universitätshauptgebäudes mit dem Hörsaal, den Praktikums- und Seminarräumen der Landwirtschaftlichen Fakultät, aber auch anderer Fakultäten. Hier wird neben manchen kleineren Reparaturen vielfach eine Wiederergänzung an Tischen und Stühlen erforderlich sein.
2. Für die Landwirtschaftliche Fakultät Aufrechterhaltung und noch engere Knüpfung der Verbindung mit den beiden Versuchsgütern Dummerstorf und Hohen-Schwarfs der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft und Zuweisung von 2 weiteren vom Mecklenburgischen Staatsministerium als Versuchsgüter bereits zugesagten Domänen. Ferner Freimachung der Landwirtschaftlichen Versuchsstation, soweit sie von russischen Dienststellen belegt ist.

Die Universität ist auch nach dem ihr zur Zeit noch verbliebenen Bestand an Professoren und Dozenten voll in der

[Seite 2]

Lage, einen hochwertigen Unterricht durchzuführen, sofern einige besonders in der Theologischen, der Philosophischen und der Landwirtschaftlichen Fakultät vorhandene Lücken durch die beantragten Vorlesungsbeauftragungen an hochqualifizierte Akademiker (Studienräte, Landwirtschaftler) erteilt werden.

Rektor und Dekane der Universität glauben aber, was besonders betont sei, nicht nur fachlich, sondern auch kulturpolitisch und allgemein politisch antifaschistisch einwandfreien Unterricht gewährleisten zu können.

Jetzt eine antifaschistische Gesinnung zu dokumentieren und zu versprechen, mag sehr billig erscheinen. Die Universität Rostock kann sich aber darauf berufen, daß sie diese Gesinnung bereits in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch mehrfach bezeugt hat. So hat die Philosophische Fakultät es 1942/43 durchgesetzt, daß der Nicht-Parteigenosse Professor Rienäcker auf den Lehrstuhl der Anorganischen Chemie berufen wurde; ähnlich hat es 1944 die Medizinische Fakultät durchgesetzt, daß der Nicht-Parteigenosse Professor Klinke auf den Lehrstuhl der Kinderheilkunde berufen wurde, trotzdem diesem 1933 in Breslau die Dozentur abgesprochen worden war. Schließlich hat die Universität 1944 auf ihren Antrag einen Nicht-Parteigenossen als Rektor durchgesetzt, ein auf allen deutschen Hochschulen wohl einzig dastehender Fall. Überdies hat die Universität im Mai 1945, als noch keine Landesregierung bestand, von sich aus einen Untersuchungsausschuß aufgestellt und eine Anzahl ihr politisch nicht tragbar erscheinender Hochschullehrer von sich aus ausgemerzt. Die Urteile des Ausschusses sind seitdem in mehreren Fällen von der Landesregierung bestätigt worden.

Was nun die beiden besonders bedenklich erscheinenden Fächer der Philosophie und Geschichte betrifft, so kann auch hier die volle Zusicherung einer einwandfrei antifaschistischen Haltung gegeben werden. Der Fachphilosoph

Professor Bröcker ist vom ehemaligen Gaustudentenführer Dr. Theil wegen seiner „nihilistischen“ Gesinnung angefeindet, für untragbar erklärt und mit Entsetzung vom Amt nach Kriegsschluß bedroht worden. Er ist trotzdem vom Rektor bis über den Kriegsschluß hinaus als Dekan gehalten worden. Der Fachvertreter für Geschichte, Professor Hohl, ist ebenfalls von der Studentenführung

[Seite 3]

wegen antifaschistischer Einstellung aufs heftigste angefeindet und auch für untragbar erklärt worden. Der zur Ergänzung mit einem Lehrauftrag zu versehen- de Professor Luckwaldt hat übrigens 1933, durch die Danziger Studentenführung gezwungen, von seinem Amte zurücktreten müssen. Auch die anderen für die geisteswissenschaftlichen Fächer zur Ergänzung als Vorlesungsbeauftragte beantragten Herren sind alle von Herrn Ministerialdirektor Dr. Moeller neben ihren fachlichen Qualitäten vor allem auch mit Rücksicht auf ihre antifaschistische Haltung ausgesucht worden. Ferner wird beantragt, daß der seinerzeit aus politischen Gründen entlassene Professor Schreiner in sein Amt zurückberufen wird.

Wenn Rektor und Dekane somit in allen Fächern eine politisch einwandfreie Haltung und Gesinnung des Lehrkörpers garantieren können, so glauben sie dieses auch von der Rostocker Studentenschaft erwarten zu dürfen. Sie glauben nach ihren persönlichen Erfahrungen und auch nach den Erfahrungen der anderen Kollegen die Überzeugung aussprechen zu können, daß die ganzen letzten Jahre hindurch der weitaus größte Teil der Studentenschaft dem Nationalsozialismus zumindest sehr kritisch gegenübergestanden hat. Um eine politisch einwandfreie Studentenschaft zu garantieren, schlägt die Universität folgendes Ausleseverfahren vor:

1. Vom Hochschulstudium werden von vornherein ausgeschlossen, und zwar einerlei, ob sie erst mit dem Studium beginnen wollen oder bereits studiert haben, entsprechend den Berliner Beschlüssen alle diejenigen, welche mehr als nominell der Partei angehört haben, zumal die ehemaligen Führer der NS-Studentenschaft. Über die Zulassung oder Nichtzulassung entscheiden Rektor und Dekane der Universität .
2. Alle erstmalig zum Studium Zugelassenen haben, sofern ihr Reifezeugnis vor dem 1. Mai 1945 ausgestellt worden ist, in ihrem ersten Semester nach einem gemeinsam mit dem Schulrat für Rostock Stadt aufzustellenden Plane einen von einwandfrei antifaschistischen Hochschullehrern oder Vorlesungsbeauftragten gegebenen allgemein bildenden Ergänzungsunterricht durchzumachen. Dies erscheint unter anderem auch erforderlich zur Ergänzung der mangelhaften und zum Teil vorzeitig abgebrochenen Schulausbildung der letzten Jahre. Nach Ablauf des

[Seite 4]

ersten Semesters entscheidet unter Leitung des Rektors ein aus Hochschullehrern und den Leitern des Ergänzungsunterrichts bestehender Ausschuß,

ob die Genehmigung des Weiterstudiums fachlich und politisch gerechtfertigt erscheint oder nicht.

Gegen die unter 1 und 2 gefällte Entscheidung steht Einspruch bei der Landesverwaltung offen.

Zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Studentenschaft sei zum Schlusse noch hervorgehoben, daß für den studentischen Mittagstisch und für die Studentenwohnungen das zu diesem Zwecke bisher benutzte, der Landesverwaltung gehörende Studentenheim Schwaansche Straße 2 wieder freigemacht werden muß. Es ist zur Zeit von einer Bank besetzt. Ebenso ist die Freigabe der zur Zeit von Flüchtlingen benutzten Studenten-Baracke am Rosengarten erwünscht. Soweit die Studenten hier nicht unterkommen können, darf die Universität von der Stadtverwaltung wohl die bisher immer gewährte Unterstützung bei der Beschaffung von Studentenzimmern sowie die Bewilligung der Zuzugsgenehmigung (Registrierung) für alle zum Studium an der Universität nach Rostock Kommenden erwarten.

Unter den oben angeführten Voraussetzungen, glaubt die Universität einen sowohl einwandfreien, als auch vollwertigen Unterricht gewährleisten zu können und wiederholt darum die Bitte der alsbaldigen Freigabe des gesamten Lehr- und Forschungsbetriebes in allen Fakultäten.

Der Rektor.

6.3 Befehl Nr. 208 der SMA

17. Juni 1946

UAR R III 1046

1 Blatt maschinenschriftliche Abschrift

Transkription Kersten Krüger

B e f e h l

des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 208

Berlin 17. Juni 1946

Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, welche der militaristischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind.

In Erfüllung der Richtlinien des Kontrollrates Nr. 32 über Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Verwaltungspersonal von Lehranstalten, Lehrern und Studenten, welche der militaristischen, nazistischen, oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind, befehle ich,

- 1) Personen des leitenden, verwaltenden oder Lehrkörpers jeder Lehranstalt, welche auf was immer für eine Weise militaristische, nazistische oder antidemokratische Lehrsätze verbreiten, an deren Verbreitung mitwirken oder ihr nicht entgegentreten, sind von den Lehranstalten zu entlassen.
- 2) Hörer jeder Hoch- oder technischen Hochschule, welche auf was immer für eine Weise militaristische, nazistische oder antidemokratische Lehrsätze verbreiten, oder an deren Verbreitung mitwirken, sind von den Lehranstalten auszuschließen.
- 3) Die obengenannten Maßnahmen sind unabhängig von anderen disziplinären Strafmaßnahmen durchzuführen, die den Schuldigen außerdem noch auferlegt werden können.
- 4) Die Verwaltung der Lehranstalt hat von jedem Fall einer solchen Entlassung oder Ausschließung aus der Lehranstalt die zuständigen öffentlichen Sicherheitsorgane der Sowjetischen Besatzungszone unverzüglich zu verständigen. Außerdem sind die Listen der Entlassenen der Volksbildungsanstalten der SMA einzureichen.
- 5) Aus den Lehranstalten auf Grund der §§ 1 und 2 dieses Befehls entlassene oder ausgeschlossene Personen verlieren das Recht des Eintritts zum Dienst oder Unterricht in was immer für eine Lehranstalt ohne Genehmigung der SMA in jedem einzelnen Falle.

6) Die Gültigkeit des § 2 dieses Befehls erstreckt sich auf Studenten und Hörer folgender Lehranstalten:

Universitäten, technische- und Wirtschafts-Hochschulen, Konservatorien und Kunstakademien, Forst- und Bergakademien, Ingenieur- und Bauschulen, Lehrerbildungskurse, Volkshochschulen.

7) Die Kontrolle der Durchführung dieses Befehls unterliegt dem Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD Solotuchin.

Oberster Chef SMA usw.
Marschall Sokolowski

Mitglied des Militärrates SMAD
Glt. Bokow

Stabschef SMAD
Glt. Dratwin

In Abschrift:

Herrn Kreisschulrat ...
in

B VII Rundschr. Nr. 75/46

Rektor der Universität
zur Kenntnisnahme und Nachachtung
Im Auftrage [Unterschrift]
Schwerin, den 1. November 1946

[Handschriftlicher Vermerk]
In der Plenarsitzung am 25. 11. 46 nochmals verlesen und erläutert.
Rienäcker

6.4 Block der antifaschistischen Parteien: Mitteilung an Kurt Wacholder

9. Februar 1946

LHAS MfV 2237, Blatt 42

1 Seite handschriftliche Abschrift

Transkription Kersten Krüger

Abschrift

Herrn Professor Wacholder

Rostock, den 9. Februar 1946

Rostock

Wallensteinstr. 25

Der Block der antifaschistischen Parteien in Rostock hat in seiner Sitzung am 8. Februar 1946 einstimmig beschlossen: Der Block erhebt wegen der früheren Zugehörigkeit des Professors Wacholder als „förderndes Mitglied der SS“ gegen seine weitere Tätigkeit als Universitätsprofessor keine Bedenken.

Block der antifaschistischen
Parteien

Der Vorsitzende
gez. Witte.

Die Richtigkeit der Abschrift
wird hiermit bescheinigt.

Rostock, den 20. Mai 1946.

Jördens, Oberinspektor.

6.5 Block der antifaschistischen Parteien**Entscheidung über Kurt Wacholder**

13. Juli 1946

UAR Personalakte Wacholder III, 79

1 Seite maschinenschriftliche Abschrift

Transkription Kersten Krüger

Abschrift.

Block der Antifaschistischen Parteien
Rostocks.

Rostock, den 13. Juli 1946
Sch./Ma.

Betr: Politische Unbedenklichkeit des Professors Dr. Wacholder, Rostock.

In seinen Sitzungen vom 8. Februar und 13. Juli d. Js. hat sich der Block der antifaschistischen Parteien eingehend mit der Frage der politischen Belastung des Professors Dr. Wacholder beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß Professor Wacholder durch seine persönliche Haltung und seine Handlungen Vertrauen als Antifaschist genießt.

Der Block der Antifaschistischen Parteien befürwortet daher seine Wiederzulassung als Hochschullehrer und ist der Überzeugung, daß sowohl im Interesse der Universität Rostock als auch besonders des Unterrichts der Studenten diese Wiederzulassung liegt.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Ortsgruppe Rostock
Liberal-Demokratische Partei Ortsgr. Rostock
Christlich-demokratische Union Ortsvereinigung Rostock

F. d. R. der Abschrift [Unterschrift] Sekretärin

6.6 Lebenslauf von Prof. Dr. Kurt Wacholder

11. April 1953

UAR Personalakte Wacholder IV, Blatt 16

1 Seite Original

Transkription Kersten Krüger

L e b e n s l a u f

Kurt Wacholder, geb. am 23.3.1893 in Oberhausen (Rheinland) als Sohn des Markscheiders Max Wacholder und seiner Ehefrau Helene, geb. Hackenberg, evangelisch, Abitur 1912 am städt. Realgymnasium in Düsseldorf, Studium der Medizin in Freiburg und Bonn, unterbrochen 1914-1918 durch Felddienst zuletzt als Feldhilfsarzt; 1920 Medizinisches Staatsexamen und Promotion zum Dr. med. in Bonn, darauf als Kriegsteilnehmer sofortige Erteilung der Approbation; 1920 Verheiratung mit Felicitas Baetzner, 3 Töchter.

Ab 1. 10. 1920 Assistent am Physiologischen Institut der Universität Breslau, 1923 Habilitation als Dozent für Physiologie in Breslau; 1928 Ernennung zum a.o. Professor; Sommersemester 1929 zur Vertretung des beurlaubten Ordinarius der Physiologie Professor Hess nach Zürich geholt; 1932 von der Rostocker Medizinischen Fakultät als Nachfolger von Professor Fröhlich auf den Physiologischen Lehrstuhl gewünscht, Berufung wegen Widerstandes der nationalsozialistischen mecklenburgischen. Regierung aber erst zum 1. 5. 1933; seitdem Ordinarius für Physiologie und Direktor des Physiologischen Institutes in Rostock; 1938/39 Ablehnung eines Rufes nach Giessen.

Sept.1939 als Stabsarzt d. Res. eingezogen zur Einrichtung und Leitung eines Reservelazarettes in Pommern; Anfang 1940 Versetzung zur San. Staffel Rostock zur Leitung einer Wehrkreislehrküche, dabei der Universität neben dienstlich für den Unterricht zur Verfügung gestellt; 1940/41 Dekan der Medizinischen Fakultät; 1944 bis 1946 Rektor der Universität; Mai 1945 vom Sowjet. Ortskommandanten zur Betreuung der Universität und zur Vorbereitung ihrer Wiedereröffnung aus dem Heeres-San.Dienst entlassen; schriftlicher Bescheid Juni 1945; am 2. 3. 1948 Entscheidung des Landesentnazifizierungsausschusses in Schwerin: „Professor Wacholder kann in allen seinen Ämtern verbleiben.“

1947 Ablehnung eines Rufes nach Leipzig, 1950/51 eines Rufes nach Jena und 1952 eines Rufes nach Istanbul.

Rostock, den 11. 4. 1953

Kurt Wacholder

**6.7 Brief von Prof. Dr. Kurt Wacholder an das
Staatssekretariat für Hochschulwesen**

23. September 1953

UAR Personalakte Wacholder II, 118-119

2 Seiten Original

Transkription Kersten Krüger

[Handschriftliche Vermerke:]

streng vertraulich

1.) z. K. Dr. Grafrath

2.) z. Verbl. PA, Koll [?]bach

G.

Z.D.A.

[Text]

PHYSIOLOGISCHES INSTITUT

BONN, 23. 9. 53.

Nuß-Allee 11

An das

Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR

Abt. Medizin. Fakultäten

Berlin

Wilhelmstr. 64

mit der Mitteilung, daß ich einen Ruf auf den Lehrstuhl für Physiologie an der Universität Bonn vom kommenden Wintersemester an erhalten und angenommen habe.

Für meinen Entschluß, diesen Ruf anzunehmen, waren einmal bestimmend die Größe und Bedeutung des Bonner Lehrstuhls und vor allem, daß Bonn meine Heimatuniversität ist, in deren Umgebung sich mein Elternhaus befindet. Andererseits war für meinen Entschluß aber auch bestimmend, daß mir in den kommenden Jahren ein erfolgreiches Arbeiten als Physiologe an einer Universität der DDR unmöglich erscheint und daß ich auch nach den Erfahrungen der letzten Zeit die Verantwortung für den Unterricht in der Physiologie nicht weiter übernehmen kann. Die Zahl der neuzugelassenen Studierenden der Medizin und Zahnmedizin ist sowohl in Rostock als auch an der Berliner Humboldt Universität, an welcher man mir den Lehrstuhl für Physiologie angeboten hat, schon in diesem Jahr derart groß, daß die vorhandenen Räumlichkeiten, besonders diejenigen für das Physiologische Praktikum im nächsten Jahre auch bei doppelter Abhaltung des Praktikums nicht mehr ausreichen werden. Dazu ist in

der am 29. August im Staatssekretariat gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium abgehaltenen Sitzung der Beschluß verkündet worden, in den folgenden Jahren die Zahl der zum Medizinstudium Zugelassenen noch weiter bis aufs Doppelte zu erhöhen, wobei zumindest in den ersten Jahren die Last des vorklinischen Unterrichts allein von den alten Universitäten getragen werden müsse. Ich habe in dieser Sitzung offen erklärt, daß Letzteres unmöglich sei und daß dem zuzustimmen für die Vertreter der vorklinischen Fächer Selbstmord bedeuten würde, wenn nicht 1. die vorhandenen Institute entsprechend vergrößert und ausgestattet würden, wozu nach meinen sehr trüben Erfahrungen 2. nötig sei, daß die Erfordernisse der Universitäten in

[Seite 2]

eine höhere Dringlichkeitsstufe eingereiht würden. Auf meine Frage, welche Zusagen und Garantien in diesen beiden Beziehungen gegeben würden, habe ich aber weder vom Herrn Staatssekretär HARIG noch von der das Gesundheitsministerium vertretenden Frau Staatssekretär MATERN eine Antwort erhalten.

Ich beabsichtige, gleich hier in Westdeutschland zu bleiben. Wenn ich meinen Weggang aus Rostock heimlich und plötzlich vollziehen mußte, so bedauere ich dies selbst sehr. Ich sah mich dazu aber gezwungen, nachdem noch im April/Mai dieses Jahres das Staatssekretariat entgegen der in den Einzelverträgen enthaltenen Zusicherung der Freizügigkeit bei Berufungen ausdrücklich erklärt hatte, daß es dem Weggange eines Hochschullehrers nach Westdeutschland nicht zustimmen könne. Wenn nach dem 17. Juni erklärt worden ist, das Staatssekretariat werde einem Fortgehen grundsätzlich keine Schwierigkeiten entgegenstellen, behalte sich aber im Einzelfalle eine „Diskussion“ vor, mit dem Ziele den betreffenden Hochschullehrer der DDR zu erhalten, so ist das für Jeden, der die Verhältnisse in der DDR kennt, nur eine versteckte Verhinderung der Freizügigkeit. Da das Staatssekretariat seine in dem mit mir abgeschlossenen Einzelvertrage eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält, sehe ich mich auch meinerseits nicht an die im Einzelvertrage ausgemachte Kündigungsfrist gebunden.

Im übrigen verlasse ich mein bisheriges Amt in Rostock mit dem Bewußtsein, dort alles so zurückzulassen, daß der Unterricht durch meinen Weggang nicht gefährdet wird; zumal da der Oberassistent des Instituts Herr Dr. Beckmann sich kürzlich habilitiert hat und in der Lage ist, Unterricht und Institutsleitung bis auf weiteres vollwertig zu übernehmen.

Wacholder
(Prof. Dr. Kurt Wachholder)

7. Abkürzungsverzeichnis

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DA	Deutschlandarchiv
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung
DZfV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HRSG.	Herausgeber
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LHAS	Landeshauptarchiv Schwerin
LDP (D)	Liberal Demokratische Partei (Deutschlands)
MdI	Ministerium des Inneren
MfV	Ministerium für Volksbildung
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR
NKWD	Narodnij Kommissariat Vnjutrennjch Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB	Oberbürgermeister
PA	Personalakte
R III	Rektorat nach 1945
SAR	Stadtarchiv Rostock
SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
SMAM	Sowjetische Militäradministration Mecklenburg
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
UAR	Universitätsarchiv Rostock
ZK	Zentralkomitee

8. Quellen

8.1 Ungedruckte Quellen der Archive

Landeshauptarchiv Schwerin
 Universitätsarchiv Rostock
 Stadtarchiv Rostock

8.2 Online-Quellen

Zu Friedrich Brunstäd

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000575

Zu Alfred Meusel

<http://www.geschichte.hu-berlin.de/galerie/texte/meusel.htm>

(Artikel vom 10.08.2007)

Zu Günther Rienäcker

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002183

http://www.chemie.de/lexikon/d/G%C3%BCnther_Rien%C3%A4cker

(Artikel vom 10.08.2007)

Zu Erich Schlesinger

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002154

Zu Kurt Wacholder

http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001093

8.3. Zeitungen

Volkszeitung (Schweriner) Nr. 58 vom 07.10.1945. S. 2.

Volksstimme Nr. 11 vom 13.10.1945. S. 3.

Volkszeitung. Nr. 37. 13. Februar 1946. S. 3.

Volksstimme. Nr. 36. 26. Februar 1946. S. 1.

Tägliche Rundschau. Nr. 49. 28. Februar 1946. S. 3.

Volkszeitung. Nr. 69. 22. März 1946. S. 3.

Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Literaturverzeichnis

Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969.

Anweiler, Oskar: Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa und in der SBZ/DDR. Alte Themen, neue Fragen. In: GuG, 24, 1998. S. 81-87.

Ash, Mitchell: Verordnete Umbrüche. Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaft nach 1945. In: ZfG, 43, 1995. S. 903-924.

Baske, Siegfried: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Heidelberg 1966.

Beitl, Klaus: Atlas der deutschen Volkskunde. Kleine Geschichte eines großen Forschungsunternehmens. Würzburg 1990.

Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Band I. Rostock 1981.

Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock. Band 19. Rostock 1994.

Bernitt, Hartwig: Die Universität Rostock 1945-1969. Ergänzende Beiträge zur Universitätsgeschichte. Rostock 1994.

Bonwetsch, Bernd: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD unter Sergej Tjulpanov. Bonn 1998.

Broszat, Martin; Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. 2. Auflage. München 1993.

Broszat, Martin; Weber, Hermann [Hrsg.]: SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1993.

Brunner, Detlev: Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945 bis 1949. Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Bremen 2003.

Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Dokument zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone. Bonn 1966.

Fait, Barbara: Mecklenburg (-Vorpommern). In: Broszart, Martin; Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1990. S. 103-126.

Feige, Hans-Uwe: Aspekte der Hochschulpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945-1948. In: DA, 25, 1992. S. 1169-1180.

Feige, Hans-Uwe: Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig. In: ZfG, 42, 1994. S. 795-808.

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.

Friedrich, Armin (Hg.): Politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen der sowjetischen Besatzungszone 1945-1949. Berlin 1992.

Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Im Auftrage des Rektors und des Wissenschaftlichen Rates verfaßt und herausgegeben von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn, Gerhard Heitz, Johannes Kalisch, Karl-Friedrich Olechnowitz, Ulrich Seemann. Band II. Berlin (Ost) 1969.

Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Bremen 1995.

Grosser, Alfred: Das Bündnis die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg. Paris 1978.

Grünberg, Gottfried: Kumpel, Kämpfer, Kommunist. Berlin (Ost) 1977.

Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955. Bremen 2003.

Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Die Sowjetische Besatzungszone. Berlin 2000.

Hoffmann, Horst: Zu einigen Problemen der antifaschistischen-demokratischen Hochschulreform und der Geschichte der Universität Rostock in den ersten Nachkriegsjahren. März 1946-Juli 1947). Phil. Diss. Rostock 1965.

Hoffmann, Rosemarie: Der Kampf um die demokratische Neueröffnung der Universität Rostock. (Mai 1945 bis Februar 1946). Universität Rostock, Phil. Diss. 1964.

Jakubowski, Peter; Urbschat, Kerstin: Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952. Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs. In: Bernitt, Hartwig (Hg.): Die Universität Rostock 1945-1969. Rostock 1994. S. 9-31.

Jessen, Ralph: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR 1945-1949. In: Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft der DDR. Göttingen 1996. S. 76-107.

Karge, Wolf; Münch, Ernst; Schmied, Hartmut: Die Geschichte Mecklenburgs. Rostock 1993.

Kibbel, Hans Ulrich: Zum Wirken des Chemikers Günther Rienäcker an der Universität Rostock (1942-1953). In: Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 13, 1989. S. 43-48.

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Bonn 1991.

Koehn, Andreas: Der Neutestamentler Ernst Lohmeyer. Studien zu Biographie und Theologie. Band 180. Tübingen 2004.

Kollektiv des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Band I. Jena 1958.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003.

Krause, Christiane: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte. Rostock 1994.

Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn 2000.

Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung. Bd. II. Berlin 1992.

Melis, Damian van: „Angabe nicht möglich“. Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern. In: Hoffmann, Dierk (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1996. S. 161.

Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Karge, Wolf; Rakow, Peter-Joachim; Wendt, Ralf (Hg.): Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern. Biographie einer norddeutschen Region in Einzeldarstellungen. Rostock 1995. S. 338-343.

Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 2). München 1999.

Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: „...stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1994.

Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten. Berlin (West) 1953.

Müller, Werner: Die Anfänge „sozialistischer Umgestaltung“ der Universität in der Nachkriegszeit. In: Jakubowski, Peter; Münch, Ernst: Universität und Stadt. Anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock. Rostock 1995. S. 267-285.

Müller-Meiningen, Ernst: Die Parteigenossen. Die Betrachtung und Vorschläge zur Lösung des „Naziproblems“. München 1946.

Naimark, Norman: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945-1949. Berlin 1997.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Bonn 1982.

Rektor der Universität Rostock (Hrsg.): Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Verfasst von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn, Gerhard Heitz, Johannes Kalisch, Karö-Friedrich Olechnowitz, Ulrich Seemann. Zwei Bände. Berlin (Ost) 1969.

Rektor der Universität Rostock (Hrsg.): Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock. Rostock 1994.

Rößler, Ruth-Kristin: Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien. Goldbach 1994.

Schulz, Albert: Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Oldenburg 2000.

Schwabe, Klaus: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. 1945-1949. Anmerkungen zur Geschichte einer Region. 3. Auflage Schwerin 2000.

Seils, Markus: „Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten“. Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1950. Schwerin 1996.

Seils, Miriam: Willkommen in Rostock. Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Rostock nach 1945. Rostock 2006.

van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948. München 1999.

van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945-1952. Schwerin 1999.

Vollnhals, Clemens [Hrsg.]: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München 1991.

Vollnhals, Clemens; Schlemmer, Thomas: Politische Säuberungen und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München 1991.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. 3. Auflage München 2000.

Wildhagen, Eduard: Atlas der dt. Volkskunde. Bd. I. Berlin 1938.

Wille, Manfred: Ankunft und Aufnahme 1945. Wiesbaden 1996.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II Deutsche Geschichte 1933-1990. Bonn 2004.

Wissenschaftliche Tagung. Universität und Stadt anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock. Rostock 1995.

Wolff, Kurt: Ueber den Wert und Unwert einer germanistischen Wissenschaft. In: Der Student in Mecklenburg-Lübeck. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Gau Mecklenburg-Lübeck. Nr. 13 (1936). S. 10.

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2008 (in Vorbereitung).

Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

Band 5

Kurt Ziegler
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

Band 7

Anita Krätzner
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2008 (in Vorbereitung).

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock, Universitätsarchiv, Universitätsplatz 1, 18051 Rostock, Telefon: +49-381 498 8621; Fax: +49-381 498 8622

